



Nur zur dienstlichen Verwendung

Stenografisches Protokoll
der 28. Sitzung
- Endgültige Fassung* -

1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 18. Dezember 2014, 12.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Reinhardt Breitfelder (BND), ehem. AL 2 (Beweisbeschluss Z-54)	4
- K. L., Verfasserin des Schwachstellenberichts (Beweisbeschluss Z-65)	100

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Zeugen Herrn Reinhardt Breitfelder (Anlage 1) sind in das Protokoll eingearbeitet.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Kiesewetter, Roderich Lindholz, Andrea Schipanski, Tankred Sensburg, Prof. Dr. Patrick	Ostermann, Dr. Tim Warken, Nina Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian	Lischka, Burkhard Mittag, Susanne
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Bredow, Lippold von Cossel, Claudia von Feser, Dr. Andreas Fischer, Sebastian Weinert, Fried-Heye
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Dähne, Dr. Harald Diers, Torben Hanke, Christian Diego
DIE LINKE.	Cyrson, Monique von Halbroth, Anneke Martin, Stephan Scheele, Dr. Jürgen
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Keller, Dr. Iris Leopold, Nils Pohl, Jörn



Nur zur dienstlichen Verwendung

Teilnehmer Bundesregierung	
Bundeskanzleramt	Brunst, Dr. Phillip Heinemann, Martin Wolff, Philipp Zygojannis, Dr. Philipp
Bundesministerium des Innern	Akmann, Torsten Fremke, Eva Hauer, Florian Jacobi, Stephan Köning-Laforet, Elisabeth Weiss, Jochen
Bundesministerium für Verteidigung	Theis, Björn Rauch, Rüdiger Voigt, Björn
Auswärtiges Amt	Berkemeier, Gunnar Lehmann, Uta
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Linden, Stephan Rosenberg, Dr. Malte
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Sangmeister, Christian

Teilnehmer Bundesrat	
LV Bayern	Luderschmid, Florian
LV Hessen	Rüffer, Cai



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 12.14 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 28. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode.

Nach Artikel 44 Absatz 1 des Grundgesetzes erhebt der Untersuchungsausschuss seine Beweise in öffentlicher Verhandlung. Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt. Die Öffentlichkeit und die Vertreter der Presse darf ich an dieser Stelle ganz herzlich begrüßen, und ich darf auch wieder danken, dass Sie eine so intensive Berichterstattung liefern.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir einige Vorbemerkungen - diejenigen, die regelmäßig hier sind, kennen sie schon -: Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. - Ich sehe, auch im Sitzungssaal unten sind keine Kameras und andere Tonbandgeräte mehr. Das ist gut so.

Ich rufe daher den **einzigsten Tagesordnungspunkt** auf:

Zeugenvernehmung:

- Reinhardt Breitfelder, BND,
ehem. AL 2
(Beweisbeschluss Z-54)

- K. L., BND, Verfasserin des
Schwachstellenberichts
(Beweisbeschluss Z-65)

Der Beweisbeschluss Z-54 stammt vom 9. Oktober 2014, der Beweisbeschluss Z-65 vom 27. November 2014. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag Bundestagsdrucksache 18/843 durch Vernehmung von Herrn Reinhardt Breitfelder und Frau K. L. als Zeugen.

Vernehmung des Zeugen Reinhardt Breitfelder

Als Erstes begrüßen darf ich unseren Zeugen Herrn Reinhardt Breitfelder.

Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Breitfelder, Sie haben die Ladung am 9. Dezember 2014 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsbeistand begleitet werden. Ich darf Sie herzlich begrüßen, Herr Eisenberg, und Sie bitten, sich auch heute kurz vorzustellen.

RA Johannes Eisenberg: Rechtsanwalt Eisenberg aus Berlin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Herr Breitfelder, vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei



Nur zur dienstlichen Verwendung

Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Aussage auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, also in nichtöffentliche oder eingestufte Sitzung übergehen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen: Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. - Haben Sie hierzu Fragen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, aber eine Anmerkung. Ich möchte gern ein Eingangsstatement vortragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gut. Das werde ich berücksichtigen. - Ich darf Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem

Fall genügt die Anschrift der Dienststelle, über die wir Sie erreichen können.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Mein Name ist Reinhardt Breitfelder. Ich bin geboren am [REDACTED] 1945. Ladungsfähige Adresse liegt hier vor. Beruf: ehemaliger Berufssoldat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und die ladungsfähige Anschrift ist dann, auch wenn sie hier vorliegt, nach Ihrer Erkenntnis welche?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Die weiß ich nicht auswendig. Die müsste das Sekretariat wissen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. Wir werden das gleich entsprechend prüfen.

Zunächst möchte ich Ihnen - Sie hatten es gerade auch gesagt - entsprechend § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit geben, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern, also, sprich: ohne dass Sie durch direkte Nachfragen unterbrochen werden. Danach geht die Fragerunde los, beginnend beim Ausschussvorsitzenden. Aber Sie haben zuerst das Wort, um im Zusammenhang vorzutragen. Das gebe ich Ihnen jetzt.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Zu Beginn meiner Vernehmung möchte ich die Gelegenheit nutzen, zur Sache zusammenhängend vorzutragen, das heißt Ergänzendes zu meiner Person, dann zu meiner Aufgabenerfüllung als Abteilungsleiter mit den Rahmenbedingungen und dem Aspekt der NSA-Kooperation sowie anschließend und abschließend zugleich ein paar persönliche Anmerkungen.

Zu meiner Person: Ich bin 69 Jahre alt, war über 41 Jahre Berufssoldat der Bundeswehr und wurde am 30. Juni 2006 als Brigadegeneral in den Ruhestand versetzt.

Die letzten zehn Jahre meiner Dienstzeit diente ich beim BND in fünf verschiedenen Verwendungen und drei unterschiedlichen Abteilungen: drei Jahre Referatsleiter in der militärischen Auswer-



Nur zur dienstlichen Verwendung

tung, der Abteilung 3, eineinhalb Jahre als Unterabteilungsleiter in der Nachrichtengewinnung, der Abteilung 2 - das ist die Abteilung, wo ich später Abteilungsleiter geworden bin -, dann ein Dreivierteljahr als Unterabteilungsleiter für technische Entwicklung in der Abteilung 6 - das war damals die Abteilung Technik und IT-Betrieb -, dann war ich zweieinhalb Jahre Abteilungsleiter dieser Abteilung, und dann in dem hier infrage kommenden Zeitraum vom 27.10.2003 bis 30.06.2006, also zweidreiviertel Jahre, war ich Abteilungsleiter Technische Aufklärung. Die Personalstärke dieser Abteilung entsprach fast einem Viertel des gesamten BND.

Die Verwendungshäufigkeit mit den recht kurzen Stehzeiten war ungewöhnlich, die damit verbundenen Aufgaben auch. Nach meiner Anfangsverwendung in der militärischen Auswertung war ich fortan nicht mehr als Fachmann gefragt, sondern ich hatte vielmehr Probleme zu lösen, die eher mit Führungsstärke zu bewältigen waren als mit fachlichem Feinschliff.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle auf ein Merkmal meiner Persönlichkeit eingehen, die für Sie von Belang sein könnte, wenn Sie der Frage nachgehen, in welcher Weise Leitungspersonal sich seiner Verantwortung gestellt hat. Es war meine Auffassung von Führung. Ich bin im deutschen Heer sozialisiert und habe mir dort geltende Führungsauffassungen zu eigen gemacht. Eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Führung ist der Erwerb von Vertrauen. Ich bin mit einer Methode groß geworden, die sich „Auftragstaktik“ nennt, heute „Führen mit Aufträgen“.

Erlauben Sie mir daher, aus einem heute noch aus meiner Sicht aktuellen Papier aus dem Jahr 1977 zu referieren. Es ist der Kommandeurbrief des Inspektors des Heeres zum Thema Auftragstaktik. Dort heißt es:

Die Auftragstaktik setzt eine höhere Qualität von Gehorsam voraus, weil sie jedem Soldaten die Bereitschaft zum selbstständigen Handeln im Sinne des Auftrags abverlangt. Richtig angewandte Auftragstaktik, die Ziele

setzt und Einzelheiten der Durchführung dem Unterstellten überlässt, fördert Initiative, Gestaltungsfreude und Verantwortungsbewusstsein und führt somit zu besseren Leistungen.

Er setzt fort:

Die Auftragstaktik ist heute durch unsere umfangreichen Bestimmungen und Sachzwänge mannigfacher Art bisweilen größter Bedrängnis unterworfen. Umso schwerer wiegt, wenn dieser Raum durch unnötige Regelungen von Einzelheiten noch mehr eingeengt wird. Die Auftragstaktik

- so sagt er weiter -

fordert vor allem den Vorgesetzten. Er muss die Fähigkeit haben, klare weitgesteckte Ziele zu befehlen, und den Mut besitzen, den Unterstellten zuzutrauen, den Weg dorthin weitgehend selbstständig zu finden. Dazu gehört auch, dass der Vorgesetzte das Risiko für in guter Absicht gemachte Fehler seiner Untergebenen mittragen muss. Nur wer diesen Freiraum an Vertrauen bewahren und erforderlichenfalls schaffen - - Nur wenn diese Fälle eintreten, dieser Freiraum an Vertrauen geschaffen wird, kann sich Initiative und Gestaltungsfreude entwickeln. (?)

So weit das Zitat.

Nun zu meiner Zeit als Abteilungsleiter Technische Aufklärung. Die Aufgabe dieser Abteilung wurde vom BND selbst öffentlich so beschrieben:

Die Abteilung Technische Aufklärung ... betreibt Informationsgewinnung mit technischen Mitteln. Dabei werden nachrichtendienstlich relevante Erkenntnisse über das Ausland durch gezielte Filterung der internationalen Kommunikationsströme und



Nur zur dienstlichen Verwendung

elektronischer Medien gewonnen.
Bestimmende Kriterien sind der
Informationsbedarf der Bundes-
regierung

und der Schutz der Bundeswehr.

Zu den Rahmenbedingungen: Als ich meine Aufgabe Ende Oktober 2003 übernahm, bewegte ich mich in einem politisch-gesellschaftlichen Umfeld, das die Erfolgserwartung, um nicht zu sagen: den Erfolgsdruck, auf die Abteilung bestimmte. Das waren im Großen und Ganzen die Auswirkungen des Terroranschlags vom 11. September 2001, nämlich: Die UN-Resolution 1368, in der den USA das Recht zur Selbstverteidigung gemäß Artikel 51 der UN-Charta zugestanden wurde; in diesem Zusammenhang die Bekräftigung der Beistandspflicht Deutschlands gemäß Artikel 5 NATO-Vertrag, im zeitlichen Zusammenhang damit das Wort des ehemaligen Bundeskanzlers von der „uneingeschränkten Solidarität“ mit den USA, ein nahezu axiomatisches Diktum mit politisch-gesellschaftlicher Tiefenwirkung. Am 16. November 2001 die Zustimmung des Bundestages und Folgebeschlüsse zur Teilnahme der Bundeswehr an Antiterroroperationen; der ab Dezember 2001 bis heute noch laufende Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr. Ein Memorandum of Agreement vom 28. April 2002, in dem detailliert festgelegt worden war, dass zwischen dem BND und der NSA Daten ausgetauscht sowie Programme und Methoden zur Erfassung entwickelt werden sollen. 2003 bis 2011 schließlich der Irakkrieg. Und allein in meiner Zeit als Abteilungsleiter von 2003 bis 2006 ereigneten sich vier schwere Terroranschläge in Europa: zweimal Istanbul, dann Madrid und London. Im Herbst 2004 die Gründung des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums, abgekürzt GTAZ, als Reaktion auf die Terroranschläge des 11. September und die Bedrohung durch den islamischen Terrorismus; ein Gebilde, in dem 40 Ämter vertreten sind. - So weit zu den sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für meine Aufgabe.

Die organisatorischen Rahmenbedingungen waren gekennzeichnet durch eine laufende Umgliederung der Abteilungen. Das Ziel war die

Neuordnung von Prozessen, die in einer gewandelten Aufbauorganisation den ebenso gewandelten Anforderungen an die technische Aufklärung bestmöglich gerecht werden sollte. Eine solche Umstrukturierung greift tief in das Innenleben einer Abteilung ein. Die Auflösung von Standorten war geplant, mit allen existenziellen Folgen für die Betroffenen. Ich war allein damit stark gefordert. Der Dialog mit den Personalvertretungen führte bis hin zu einem Vortrag von mir beim damaligen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein. Unterstellungsverhältnisse wechselten, vormals homogene Arbeitsbeziehungen wurden getrennt, Erfahrungsschätze von früher waren nicht mehr gefragt, sondern neue Aufgaben standen im Raum. Die Mannschaft war verunsichert.

Für diese Stimmung ist vielleicht ein Spruch ganz aufschlussreich, den man sich gern an die Tür heftet, um seine Befindlichkeit auszudrücken, den ich vorgefunden habe. Er lautete: Frage an Radio Eriwan: Wie wird im BND der Begriff „Zukunft“ definiert? Antwort: Im Prinzip gar nicht, weil im BND keine einheitliche Auffassung herzustellen ist, aber in begründeten Einzelfällen ist darunter der Zeitpunkt zu verstehen, an dem eine Mehrheit feststellt, dass es zu spät ist.

Organisatorische Strukturen sind schnell entworfen, Kästchen auf dem Papier rasch gezeichnet. Es sind aber Menschen, die für neue Aufgaben befähigt werden müssen und die auch motiviert dazu sind - und das in einem Arbeitsumfeld, wo es nicht auf total kontrollierbares, verrichtungsorientiertes Handeln ankommt, sondern auf die kreative und ideenreiche Beteiligung an einem arbeitsteiligen Prozess mit zahlreichen Schnittstellen. Wer da die Menschen nicht durch persönliche Ansprache erreicht und mitnimmt, der ist als Leiter einer Organisation verloren. Das Einzige, was dann stimmt, sind die neuen Türschilder. Mit anderen Worten: Das Leitungspersonal aller Ebenen war stark absorbiert durch diesen Wandel. An normale Wochenenden war für mich und viele meiner Kollegen nicht zu denken.

Technische Rahmenbedingungen. Der Auslöser für diese Veränderungen war die Einsicht, dass die Welt der Nachrichtentechnik sehr rasch und durchgreifend im Wandel begriffen war. Das



Nur zur dienstlichen Verwendung

Internet wurde als Aufklärungsziel sehr dominant. Und wer da erfolgreich sein wollte, musste die technische Eindringfähigkeit besitzen und zugleich die Fähigkeit, riesige Datenmengen in der rechtskonformen Analyse zu beherrschen.

Wir waren zum Erfolg verpflichtet, wenn wir den Bedarf unseres Auftraggebers decken wollten, und das wollten wir. Allein die Technik machte uns große Probleme: Die Entwicklungskapazitäten für neue Eindringfähigkeiten reichten hinten und vorne nicht aus, und das lag nicht an der Unfähigkeit unserer Ingenieure und Informatiker, sondern an einer nicht hinreichenden personellen Kapazität. Wo wir einen Ingenieur einsetzten, da setzte die NSA 20 ein, wenn es ihr wichtig genug war. „Not macht erfinderisch“, das galt auch für unsere Experten. Wie sich später herausstellen sollte, hatten sie oft kluge Lösungen, die andere nicht hatten, aber eben zu wenig und nicht gleich. Mit Blick auf die NSA waren wir um Jahre in der Entwicklung zurück und hatten keine Chance, aufzuholen, zumal die Entwicklung in der Nachrichtentechnik nicht stehen blieb.

Operative Rahmenbedingungen: Der gewünschte Erfolg war aber auch nur dann zu erzielen, wenn wir Zugang zu den großen internationalen Datenströmen gewinnen konnten. Um meinen Auflagen der Aussagegenehmigung nachzukommen, werde ich ziemlich abstrakt bleiben müssen, um die Problematik, vor der wir standen, wenigstens anzudeuten.

Die weltweite Nachrichtenkommunikation ist einem Netz an physikalischen Leitungen vergleichbar. Dieses Netz ist verknüpft mit Knotenpunkten, die über die Geografie verteilt sind. Es gibt eine Art Netzhierarchie, vergleichbar etwa mit Autobahnen, Verteilerkreuzen und Abfahrten. Wer Kommunikation aus diesem Netz gewinnen will, braucht Zugang zu technischen Einrichtungen dieses Netzes. Je höher und je öfter in der Netzhierarchie dieser Einstieg gelingt, desto größer und wertvoller ist die Aussicht auf den angestrebten Nutzen.

Nun sind diese gewünschten Einstiegspunkte auf der Welt verteilt. Sie sind auch nicht ohne Weiteres zugänglich. Im vorliegenden Fall lag es also im Interesse der NSA, mit „Eikonol“ an gewünschten Informationen aus Auslandsverkehren, die über Deutschland liefen, teilzuhaben. Es galt das uralte Prinzip der Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten, nämlich das Prinzip des „do ut des“, „Ich gebe, damit du mir gibst“. Wer nichts bieten kann, der bekommt auch nichts.

Oft ist es so, dass eine Partei die Technik bietet, die andere Informationen aus dem Zugang, und von dem Ergebnis partizipieren dann beide. Wer in diesem Zusammenhang von Freundschaft spricht, verkennet die Wirklichkeit. In diesem Geschäft zählt hauptsächlich das Kalkül, seine Interessen durchzusetzen. Dabei ist die Bindewirkung einer Wertegemeinschaft der Kitt, der den Interessenausgleich und damit eine gedeihliche Zusammenarbeit fördert. Die Ausgestaltung einer solchen Zusammenarbeit ist heikel, weil oft unterschiedliche Aufklärungsinteressen und Rechtssysteme aufeinandertreffen. Deswegen war der Leitgedanke bei uns immer: Recht geht vor Nutzen. - Bei der damit verbundenen rechtlichen Würdigung wäre ich ohne Beratung durch meine beiden Volljuristen im Abteilungsstab verloren gewesen.

Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen kann ich mich kurzfassen - die sind hier alle bekannt -: Es ist das BND-Gesetz, die §§ 1 und 2, die uns erlauben, in fremde Kommunikation einzudringen. Es ist das G-10-Gesetz; auch das ist Ihnen wahrscheinlich noch besser als mir bekannt. Da geht es um die Möglichkeiten, dass der BND den Antrag stellt, durch bestimmte Anordnungen in Verkehre einzudringen und sie zu bearbeiten.

Zum Auftrag und der Umsetzung des Auftrags: Mit Dienstantritt, also Ende Oktober 2003, erhielt ich den Auftrag, innerhalb von sechs Wochen eine haushaltsbegründende Unterlage für ein Schwerpunktprogramm zu entwickeln, um insbesondere die technischen Fähigkeiten der Abteilung zur Informationsgewinnung deutlich zu verbessern.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Es ging in der Hauptsache um die Beherrschung von Massendatenaufkommen paketvermittelter Telekommunikationsverkehre, wie sie im Internet vorkommen. Dabei ist paketvermittelten Sendungen eigen, dass sie in Datenpakete aufgeteilt unabhängig voneinander in großen Datenströmen verteilt übertragen werden und erst am Bestimmungsort wieder zusammengeführt werden. Die Übertragungswege ändern sich dynamisch. Wer also auch nur eine bestimmte Sendung sucht, der muss zwangsläufig den gesamten Datenstrom in einer Verbindung durchsuchen. Daraus erklären sich auch die riesigen Datenvolumina, die beim Abgriff an der Quelle anfallen.

Die technische Herausforderung war nicht nur die schiere Datenmenge, sondern die Herstellung der Maschinenlesbarkeit des Übertragenen, damit sie weiter auf nachrichtendienstliche Relevanz überprüft werden konnte. Diese Relevanzprüfung war am Prozessbeginn nur mit technischen Systemen zu leisten. Dazu gab es unterschiedliche Selektions- und Filtersysteme, deren Intelligenz so gut war wie die vom Menschen eingepflanzten Algorithmen. Ein wesentliches Filtersystem waren die sogenannten G-10-Filter, mit denen verhindert werden sollte, dass geschützte deutsche Verkehre bearbeitet werden. Ein wesentlicher Zweck war die Verhinderung der Weitergabe solcher Verkehre.

An dieser Stelle könnte bei der jetzigen Untersuchung die Frage im Raum stehen, ob es auszuschließen sei, dass nicht doch deutsche geschützte Verkehre durch diesen Filter rutschten. Der Begriff „ausschließen“ lässt in diesem Zusammenhang keine noch so geringe Ausnahme zu. Das Einzige, was ich ausschließe, ist, dass ein Mensch als biologisches Wesen ewig lebt.

In der Technik gibt es dazu zwei extreme Ansichten, die ich mit Aussprüchen von Prominenten illustrieren möchte. Wernher von Braun äußerte einmal zu dem Thema lakonisch: „Failure is no option“, also „Scheitern ist ausgeschlossen“. Von Peter Ustinov stammt der Ausspruch: Die letzte Stimme, die man hört, bevor die Erde explodiert, wird die Stimme eines Experten sein, der sagt: Das ist technisch unmöglich!

Wer mit Technik umgeht, muss sich damit abfinden, dass es absolut sichere Fehlerfreiheit nicht gibt. Er muss mit Risikowahrscheinlichkeiten operieren. Er muss entscheiden, ob er überhaupt und, wenn ja, wie hoch er ein Fehlerisiko eingehen will. Wer absolut sicher sein will, darf Technik nicht anwenden. Deutschland hat zum Beispiel beim Atomausstieg diesen Weg gewählt.

Übertragen auf meine Aufgabe hatte ich nicht wirklich die Wahl zwischen Risikobeherrschung und Risikovermeidung; denn die Entscheidung mit der Konsequenz der Einstellung der technischen Informationsgewinnung - - wäre das ja wohl deutlich über meine Kompetenz gegangen. In Abwägung zwischen dem angestrebten Nutzen der technischen Aufklärung und dem mit hoher Wahrscheinlichkeit erreichbaren Grundrechtsschutz glaubte ich mich auf der richtigen Seite. Mir sind jedenfalls keine Fälle aus meiner Zeit bekannt, wo das System versagt hätte.

Nun zur Zusammenarbeit mit der NSA. Ausgehend von den herrschenden technischen Rahmenbedingungen war klar, dass das vorgeschlagene Schwerpunktprogramm nur dann Aussicht auf Erfolg hätte, wenn es gelänge, einen Durchbruch in der Aufklärungstechnik zu erzielen. Mit eigenen Mitteln war das in einem vernünftigen Zeitraum nicht zu schaffen, mit einem starken Partner schon eher. Dieser Partner war die NSA. Bereits vor meiner Zeit, im April 2002, hatte daher der BND mit der NSA eine entsprechende Kooperationsvereinbarung geschlossen.

Die Hauptpunkte waren - ich habe es vorhin angerissen - gemeinsame Entwicklung von Methoden zur Erfassung und Datenaustausch. Die fachliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Vereinbarung lief unter der Bezeichnung JSA, Joint SIGINT Activity, also die gemeinsame Aufklärung von Kommunikation, in diesem Fall gerichtet auf Terrorismus, Proliferation, Schutz der Truppe in Afghanistan und andere transnationale Ziele.

NSA und Personal arbeiteten zusammen, sozusagen Tisch an Tisch. Der Aufbau dieser gemeinsamen Gruppe zog sich fast über zwei Jahre hin. Sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

war, soviel ich noch weiß, im Herbst 2004 vorläufig betriebsbereit und sollte gegen Ende 2005 ihre volle Betriebsbereitschaft erreichen. Die gemeinsame Aufklärung brachte es mit sich, dass jede Seite ihren Aufklärungsbedarf einbrachte. Das eingehende Material wurde zunächst G-10-bereinigt selektiert und dann weiterverarbeitet.

Der Aufklärungsbedarf des BND wurde abgeleitet aus dem Auftragsprofil der Bundesregierung. Das Auftragsprofil der Bundesregierung bestimmt die regionalen und thematischen Arbeitsschwerpunkte des BND. Es gibt die Detailtiefe der zu beschaffenden Erkenntnisse und damit auch den Ressourcenansatz vor. Das Aufklärungsprofil [sic!] der Bundesregierung wird kontinuierlich dem aktuellen Informationsbedarf der einzelnen Ressorts angepasst und regelmäßig aktualisiert.

Zur Zusammenarbeit: Die Zusammenarbeit mit der NSA verlief zäh. Das hatte verschiedene Gründe. Zum einen stießen zwei unterschiedliche technische Prozessarchitekturen aufeinander; denn das Erschließen von Kommunikationsströmen ist nicht mit einem einzigen technischen Gerät möglich, das den Eingangsstrom annimmt, ordnet, analysiert, Gewünschtes auswählt und Ergebnisse liefert. Es ist vielmehr ein technisches System aus verschiedenen Komponenten, die zudem noch angepasst sein müssen an die Übertragungsart und das Übertragungsmedium der Kommunikation.

Unsere Experten verfolgten den Ansatz höchstmöglicher Sicherheit für Datenschutzbelange. Sie nahmen in Kauf, dass die automatisierten Prozesse in der Prozesskette immer wieder unterbrochen wurden, um durch menschlichen Eingriff zu verhindern, dass geschützter Verkehr in die Bearbeitung gerät. Das war personalaufwendig, und das kostete Zeit. Der NSA-Ansatz strebte dagegen die durchgehende Automatisierung an.

Die Diskussionen zogen sich in die Länge. Dazu kam die Dauer von Freigabeprozeduren auf NSA-Seite, die Anlieferung und der Test der Geräte durch den BND, der ja keine Blackbox haben

wollte, sondern ein für ihn transparentes technisches Gerät. Bis zum Ende meiner Dienstzeit gab es immer eine gemischte BND-NSA-Geräteausstattung. Die NSA erreichte ihr Ziel nicht, ihre einheitliche Ausstattung zu implementieren.

Ein zweiter Punkt für die lange Anlaufzeit der Kooperation war der Zugang zu einem geeigneten Punkt für das Erschließen von ausländischer Kommunikation in Deutschland. Die Informationsteilnahme war schließlich die Gegenleistung für die technische Unterstützung durch¹ die NSA.

Ich will an dieser Stelle meiner Aussagegenehmigung folgen und nur berichten, was ich darf, jedenfalls hier, öffentlich. - Wir suchten einen Ansatzpunkt, der in einem mächtigen Bündel Kommunikationsverkehre Ausland-Ausland durch Deutschland leitet, schon um die G-10-Problematik zu minimieren. Wir fanden ein geeignetes Objekt, ein Transitzkabel, das Verkehre unter anderem in Krisenregionen von besonderem Interesse weiterleitete. Von den ersten Gesprächen mit dem Betreiber über Verfahrensschritte, die uns schließlich Zugang verschafften, und dem Einbau von Gerät dauerte es nach meiner Erinnerung über ein Jahr, und dann folgten umfangreiche Tests.

Die Erfassung leitungsvermittelter Verkehre begann meines Wissens im Frühjahr 2005 und reichte über meine Zeit hinaus. Bei den paketvermittelten Verkehren kam es nach meiner Erinnerung frühestens ab dem Frühsommer 2006 zu einem Probetrieb; genau kann ich das nicht mehr festmachen. Ich weiß aber nur, dass es noch im Februar 2006 in Bad Aibling zu einer Konferenz der Experten beider Seiten kam, die für die NSA aus Gründen unterschiedlicher Prozessarchitektur unbefriedigend verlief. Wann die volle Produktion im paketvermittelten Bereich anlief, weiß ich nicht; wahrscheinlich nach meiner Zeit.

Die dritte Hürde, die Zeit kostete: Der Grund war unser Bestreben, die Grenzen des Rechts einzuhalten. Bestimmend für uns waren dabei die drei

1) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

folgenden Grundsätze: Erstens. Alle erfassten Verkehre mussten am Anfang der Bearbeitung einen G-10-Filter passieren, danach menschliche Kontrollen, sodass nur noch G-10-bereinigtes Material weiterverwendet werden konnte. Zweitens. Die NSA durfte keinen unmittelbaren Zugriff auf die abgeleiteten Daten bekommen, sondern erst in einem gesonderten Prozessschritt. Sie erhielt auch keinen Zutritt zum Abgriffspunkt der Telekommunikation. Drittens. Es durfte nur NSA-Gerät eingesetzt werden, das für unsere Experten transparent war. Ich halte noch mal fest: G-10-Daten wurden während meiner Dienstzeit nicht an die NSA weitergeleitet.

Unser Beharren auf diesen Grundsätzen kostete nicht nur Zeit, sondern führte fast zum Scheitern der Kooperation. Das lag an den Konsequenzen, die unsere Techniker aus deutschem Recht zogen. Zwischen den Juristen beider Seiten, also zwischen BND und NSA, gab es keinen Dissens. Aber die Vertretung der NSA in Deutschland, die hatte natürlich Probleme damit, weil sie ihre Prozessarchitektur nicht eins zu eins übertragen konnte. Und unsere restriktive Haltung führte wohl auch dazu, dass die NSA mit den aus ihrer Sicht mageren Ergebnissen nicht zufrieden war.

Ich erinnere mich noch an eine Krisensitzung mit hochrangigen Vertretern der NSA-Zentrale. Es ging dabei um die Beschleunigung im Projektfortschritt. Das kann Ende 2005 gewesen sein; genau weiß ich es nicht mehr. Aber was ich noch sehr genau weiß, ist, wie sich Frost am Tisch ausbreitete, als ich die Einhaltung deutschen Rechts als „inevitable“, also „unvermeidlich“, bezeichnete und meine Ausführungen in schriftlicher Form übergab. Deutsches Recht auf deutschem Boden war für uns unverhandelbar.

Nachdem ich nun versucht habe, das Meine beizutragen zur Sache, gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen, die mir am Herzen liegen. Ich bitte Sie dabei um etwas Geduld und Nachsicht. Als Zeuge vor einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu erscheinen, ist eben etwas anderes, als vor Gericht zu einem Verkehrsunfall auszusagen. Es geht hier um schwerwiegende Grundrechtsfragen und um die Verantwortung als Beteiligter am Geschehen.

Die Sache wird nicht leichter dadurch, dass in einer schwierigen Gemengelage von politischen Absichten, exekutivem Handeln und äußert komplizierter Rechtslage in der Öffentlichkeit Vorwürfe erhoben werden. In Internetforen wird von massenhafter anlassloser Überwachung internationaler Kommunikation und verdachtloser Rasterfahndung durch den BND gesprochen. Der Begriff „anlasslose Massenüberwachung“ taucht auch hier bei Zeugenbefragungen auf, bei diesem Untersuchungsausschuss. Mit Titeln wie „Live-Blog aus dem NSA-Untersuchungsausschuss: „Globale Überwachung ist völlig unvereinbar mit fundamentalen Rechtsprinzipien““ soll der Eindruck erweckt werden, die gesamte deutsche Auslandsaufklärung sei rechtswidrig und die Bundesregierung schaue zu. An anderer Stelle liest man von kalkulierte Grundrechtsbruch der Bundesregierung.

Einige Anmerkungen dazu: Dass die Aufklärung anlasslos gewesen sein sollte, erschließt sich mir nicht. Es lagen vielleicht oft keine tatsächlichen Anhaltspunkte vor. Das geht auch gar nicht, wenn es, wie es zum Beispiel im G-10-Gesetz heißt, darum geht, eine Gefahr rechtzeitig - rechtzeitig! - zu erkennen. Das geht nur, wenn man präventiv wirkt, also bevor die Gefahr virulent wird, bevor eine abstrakte Gefahr zur konkreten Gefahr wird. Wenn es tatsächliche Anhaltspunkte gibt, ist es oft zu spät für die Gefahrenabwehr. Und wer will bestreiten, dass es abstrakte Gefahren zu meiner Zeit als Abteilungsleiter zuhauf gab und heute noch gibt? Ich muss sie hier nicht nennen, sondern verweise auf regelmäßig wiederkehrende Äußerungen der Fachminister in der Öffentlichkeit, was zum Beispiel die Terrorgefahr betrifft; wir wollen dabei den Schutz deutscher Truppen nicht vergessen. Ähnlich verhält es sich mit dem anderen Informationsbedarf der Bundesregierung, wenn ich nur an die Dauerbaustelle Krisenbogen Nordafrika-Nah-/Mittelost denke.

Der Anlass ist also immer dann gegeben, wenn eine benennbare abstrakte Gefahr rechtzeitig erkannt werden soll oder wenn die Bundesregierung Anlass hat, zu einem Thema, über das sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aufschluss braucht, der nicht anders zu erreichen ist, Aufklärung zu fordern. Mit verdachtloser Rasterfahndung verhält es sich ähnlich.

Im Übrigen verfolge ich mit Interesse, dass das Bundesverwaltungsgericht die massenhafte Erfassung von Autokennzeichen in Bayern für rechtskonform erklärte. Bayerns Polizei fotografiert monatlich 8 Millionen Nummernschilder und gleicht sie automatisch mit ihren Fahndungsdateien ab. Anlasslos? Verdachtlose Rasterfahndung? Was ist das? Oder die ausnahmslose Durchsuchung von Besuchern vor Problemfußballspielen. Anlasslos?

Nächster Begriff: „Massenüberwachung“, hinter dem eigentlich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit steckt. Ich habe bereits eingangs die technischen Gründe skizziert, warum man einen Datenstrom zu Beginn zwangsläufig in seiner Gesamtheit betrachten muss, um eine bestimmte Sendung zu erschließen; das ist bei paketvermittelten Verkehren so. Natürlich stellt sich dann auch die Frage nach der Verhältnismäßigkeit.

Gestatten Sie mir einen auf den ersten Blick vielleicht untauglichen Vergleich aus dem Bergbau. Wenn Sie nach Gold schürfen, dann gewinnen Sie bei guten Lagerstätten aus 1 Tonne Gestein 1 bis 10 Gramm Gold. Was ist das für ein Verhältnis von Abfall zu wertvollem Material? Nehmen wir den günstigsten Fall: 10 Gramm Gold aus 1 Tonne. Das ist der hunderttausendste Teil einer Tonne, also ein hundertstel Promille. Ist das jetzt verhältnismäßig? Aus kommerzieller Sicht, ja, solange der Goldpreis stimmt. Das entspräche einer Ausbeute von zehn Treffern aus einem Datenvolumen von 1 Million potenzieller Treffer. Hier hinkt natürlich der Vergleich.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Grundrechtsschutz und kommerzielle Verwertung kann man nicht vergleichen.

Was ich aber sagen will, ist, dass ein Vergleichsmaßstab zur Bestimmung der Verhältnismäßigkeit nicht von einer Dimension von absoluten

Mengen bestimmt wird, sondern vom Wert, den ich einem Ergebnis zumesse. Der Zweck einer Maßnahme ist der Maßstab für die Verhältnismäßigkeit - der Zweck! In unserem Fall ist der Zweck die Sicherheitsvorsorge der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Vermeidung der Gefahr für Leib und Leben.

Es kommt also nicht darauf an, wie mächtig ein durchsuchter Datenstrom ist, sondern, wie zweckdienlich die erzielte Ausbeute ist. Diesen Wert bestimmt am Ende der Bedarfsträger, unser Abnehmer: die Bundesregierung. Ob dabei die Güterabwägung „Risikovorsorge des Staates und Schutz von Leib und Leben“ gegen „Eingriff in ein Grundrecht“ verhältnismäßig ist, das kann im Zweifel wohl nur ein Gericht klären.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!)

Im Übrigen übersteigen die Rechtsfragen meine Kompetenz bei weitem. Wer heute in unserem Geschäft rechtlich sicher, auf der sicheren Seite sein will, braucht als Praktiker einen guten Kompass; in meinem Fall waren das meine beiden Hausjuristen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang eine öffentliche Äußerung des ehemaligen Chefs des Bundeskriminalamts aufgreifen. Er hat sich kürzlich bei seinem Abschied zu ähnlich gelagerten Problemen, wie sie hier besprochen werden, geäußert. Er sagt:

Durch die Debatte über Bürgerrechte und Datenschutz spüren wir einen hohen Rechtfertigungsdruck bei der Frage, was der Staat darf und was er nicht darf.

Derzeit bestimme der mögliche Missbrauch von Daten die Diskussion. Sinnvoller wäre es nach seiner Ansicht, sich verstärkt über Kontrollinstrumente zu unterhalten, um es aufseiten der Sicherheitsbehörden gar nicht erst zum Datenmissbrauch kommen zu lassen. Als Beispiel nannte er die Einführung eines speziellen Richtergremiums. Solche Vorschläge liegen offenbar



Nur zur dienstlichen Verwendung

in Karlsruhe und Berlin schon seit Jahren auf dem Tisch, bislang ohne Ergebnis.

Wie der Rechtfertigungsdruck aussehen kann, zeigt der Gastbeitrag führender Netzaktivisten in einer seriösen überregionalen Tageszeitung mit Sitz im Rhein-Main-Gebiet. Der Artikel ist erfüllt von tiefgreifendem Misstrauen gegen den BND, in einer Sprache, die eher an zersetzende Propaganda erinnert als an die rechtschaffene Sorge um die Freiheitsrechte der Bürger; ich stelle ihn hier exemplarisch vor.

Anlass dieses Artikels war die Forderung des BND nach Mitteln für die Kommunikationsüberwachung zum Zweck der Abwehr von Cyberangriffen und das Aufdecken von IT-Sicherheitslücken. Ich zitiere nur einige Stellen aus diesem Artikel. Es heißt dort zum Beispiel: Es

... wird leicht vergessen, dass die derzeitige systemische Krise in der IT-Sicherheit vor allem von bestimmten Akteuren strukturell

- strukturell -

mitverursacht wurde: Es sind die Geheimdienste und ihre kommerziellen Partner, die den Schwarzmarkt für Sicherheitslücken befeuern und systematisch Schwachstellen ankaufen: um sie auszunutzen - und nicht etwa, um sie im Interesse der Allgemeinheit zu schließen.

So weit das Zitat.

Das heißt also: Geheimdienste - dabei natürlich der BND - als strukturelle Verursacher der jetzigen IT-Krise.

An anderer Stelle wird dem BND unterstellt, er strebe nach Wissen über digitale Einbruchsmethoden, um sie selbst zu nutzen, und er sei kaum mehr als eine deutsche Filiale der NSA. Wörtlich zusammenfassend schreiben die Verfasser: Der Bock soll zum Gärtner gemacht werden.

Nicht ohne Hinweis auf heutige Überwachungsorgien wird das Gedankengebäude abgesichert durch den tiefgreifenden Zweifel der Kontrollierbarkeit der Dienste, wenn es heißt - ich zitiere wieder -:

Die Zahnlosigkeit und Überforderung der parlamentarischen Geheimdienstkontrolle ist heute schon offensichtlich.

Die Folgerungen der Verfasser lauten dann so:

Ein „Weiter so, nur mit noch mehr digitalen Waffen!“ kann jedoch nicht die Lehre aus den Snowden-Enthüllungen und dem Untersuchungsausschuss sein. Es gilt vielmehr, grundlegende Fragen über die Rolle und Notwendigkeit klandestiner Dienste in einer demokratischen Gesellschaft zu stellen. Dazu gehört nicht nur die Diskussion über die Wirksamkeit der jetzt enthüllten Überwachungswunschträume, sondern gerade nach den Feierlichkeiten des Mauerfalls auch die grundsätzliche Frage nach der Existenzberechtigung, grundgesetzlichen Legitimation und Kontrollierbarkeit eines hochgerüsteten Geheimapparates.

So weit das Zitat.

Das heißt, die Existenz der Dienste in Deutschland soll auf den Prüfstand, und das mit dem verhohlenen Seitenhieb auf ihre anscheinende Nähe zu demokratisch unkontrollierten Unterdrückungsapparaten eines Unrechtsstaates, wie der Bezug zur Mauer wohl suggerieren soll.

Wer so schreibt, entwertet seine beanspruchte ernste Sorge um Grundrechte der Bürger durch eine ätzende Polemik mit haltlosen Unterstellungen und Anwürfen als untaugliche Argumente. Die Wahrheit bleibt dabei interessengeleitet auf der Strecke, die Wirklichkeit disponibel. Wer so schreibt, folgt der Devise: Eine stramme Behauptung ist immer noch besser als ein schlüssiger



Nur zur dienstlichen Verwendung

Beweis. - Die Deutungshoheit darf solchen Stimmen nicht überlassen bleiben.

Diese aggressive Fundamentalopposition gibt es auch auf anderen Politikfeldern, wie zum Beispiel der Wirtschaftspolitik. Ich habe dazu einen Pressekommentar, der auch auf unsere Situation passt. Ich rede also jetzt nicht über Wirtschaft, sondern ich nehme das nur als Beispiel, weil das hierher passt. Die Mechanik ist die gleiche. Ich zitiere auszugsweise aus einem Artikel in der gleichen Zeitung von einem Journalisten, der sich da wohl auskennt. Es heißt dort:

Die aggressive Fundamentalopposition der Populisten macht Politik zum Spießrutenlauf: Fracking, Freihandel, Euro-Krise - Politiker müssen diese Themen nur anticken, und die Emotionen kochen ausgehend von den Rändern hoch. Politiker werden zur Zielscheibe, sobald sie sich positionieren.

An anderer Stelle:

Da wo Aufklärung und politisches Rückgrat gefragt sind, stehen im Dunstkreis der Populisten dann falsche oder viel zu kurz greifende Argumente unwidersprochen im Raum ... Das Internet

- so setzt er fort -

ist nicht die Ursache dieser Entwicklung. Aber die im Netz erfolgte Atomisierung der Informationskanäle hat zugleich zu einer Konzentration der Desinformation geführt. Wer sich einen Schritt

- so setzt er fort -

in die Netzwelt der Populisten begibt, der entdeckt in sich abgeschlossene Universen. Spezialisierte Verlage und Verschwörungsschmätzer sammeln Sympathisanten unter sich, die überzeugt sind, auf die einzig richtige Wahrheit gestoßen zu

sein. Gegen die dort in Wahrheit fehlende Aufklärung und Auseinandersetzung helfen nur der Wille und die Energie, sich selbst besser zu informieren. Hierfür muss man vertrauensvolle Information suchen.

So weit die Stimme eines Journalisten, der ich nichts hinzuzufügen habe, außer meinen Schlussappell.

Ich denke, Vertrauen ist ein Schlüsselbegriff bei der Beweiserhebung und Bewertung der untersuchten Vorgänge. Wir reden hier über das Handeln von zahlreichen Amtsträgern, die entweder einen Amtseid oder eine Entsprechung dazu geleistet haben. Sie handelten im Auftrag der Bundesregierung und nicht nach Gutdünken, und zwar mindestens in dem guten Glauben in den Grenzen des gesetzten Rechts. Ihre Arbeit wurde parlamentarisch wirksam kontrolliert. Der Einsatz grenzte nicht selten an persönliche Opfer, und ihnen gebührt dafür Respekt und Anerkennung. Diese Menschen haben ihren Dienst loyal verrichtet und verdienen ihrerseits Loyalität. Die Anwürfe und Häme eines Teils der öffentlichen Meinung verdienen sie jedenfalls nicht. Sie werden dort als Teil einer staatlichen Organisation kollektiv unter den Generalverdacht krimineller Handlungen gestellt. Umso mehr vertrauen sie auf eine Untersuchung, die sich nicht von Stimmen einer aggressiven Fundamentalopposition beirren lässt, sondern die eine nüchterne Sachverhaltsaufklärung betreibt. Ich habe daran keine Zweifel.

Zusammenfassend erkläre ich:

Erstens. Die Abteilung hat den Auftrag der Bundesregierung nach besten Kräften erfüllt.

Zweitens. Die Abteilung hat mit Billigung des Bundeskanzleramts auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der NSA zusammengearbeitet.

Drittens. Die Abteilung hat sich an geltendes Recht gehalten und sich stets im Recht gewähnt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich unterstreiche in diesem Zusammenhang die Botschaft des BND-Präsidenten vom letzten Jahr. Er sagte:

Die Diskussion über die Zusammenarbeit des BND mit der NSA hat leider mehr als deutlich gezeigt, dass in der Bevölkerung, in den Medien, in der Politik teilweise völlig falsche Vorstellungen darüber existieren, wie wir arbeiten und warum wir es tun. ... Unser Ziel, mein Ziel muss es daher sein, den BND durch mehr Transparenz als das zu zeigen, was er ist, nämlich als modernen Dienstleister, der fest verankert in der Gesellschaft, täglich auf hohem Niveau Hintergrundberichterstattung für die Entscheidungsträger in Regierung und Parlament liefert. Ich weiß,

- so setzt er fort -

mehr Transparenz ist eine Herausforderung für einen Nachrichtendienst, aber ich bin mir sicher,

- so der Präsident -

sie ist möglich.

Dies beendet meinen Vortrag.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr geehrter Herr Breitfelder, Sie hatten Gelegenheit, so wie es das Parlamentarische Untersuchungsausschussgesetz in § 24 Absatz 4 auch vorsieht, im Zusammenhang vorzutragen. Das haben Sie auch gemacht. Ihr Vortrag hat sicherlich Nachfragen provoziert. Das ist aber nichts Unnormales. Ganz im Gegenteil: Sie haben ja gesagt: Wir wollen nüchtern aufklären. - Deswegen werden wir sicherlich im Detail auch zu Ihrem Vortrag viele Fragen haben, um Dinge zu klären.

Ich würde gerne beginnen und noch einige Fragen zur Ausbildung stellen. Sie haben zwar Ihren Werdegang beschrieben; mich interessiert aber insbesondere auch noch Ihre Ausbildung. Sie sagten, Sie waren Soldat.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie war da Ihre Ausbildung? Haben Sie ein Studium an der Universität der Bundeswehr genossen? Wenn ja, in welchem Fachbereich, mit welchem Schwerpunkt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann das kurz machen: Ich habe die gleichen Bildungsvoraussetzungen wie der Regierende Bürgermeister von Berlin. Ich habe mittlere Reife, abgeschlossene Berufsausbildung, bin dann zum Offizier vorgeschlagen worden und habe in dieser Zeit die Fachhochschulreife erreicht, um dann die normalen Lehrgänge zum Offizier zu bestreiten. Ich habe kein Studium.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Berufsausbildung war in welchem Bereich? Es geht mir jetzt um die technische - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, das war - - Den gibt es heute nicht mehr. Ich war Büromaschinenmechaniker. Heute gibt es nur noch PCs.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich sage jetzt nichts. Okay. Gut. - Dann die Ausbildung zum Offizier. Dann - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ach so, ja, gut. Generalstabsausbildung habe ich natürlich auch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Sonst wären Sie auch nicht so weit gekommen. - Gut.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, es gibt auch welche, die ohne so weit kommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist richtig. - Dann sind Sie zum BND gewechselt. Sagen Sie mir noch einmal genau das Datum.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also - - Das sage ich Ihnen gleich ganz genau. Was war denn da?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hatte es nämlich eben nicht ganz genau mitbekommen; deswegen frage ich noch mal nach.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja. Also, ich hoffe, es ist erlaubt, dass ich über die Untersuchungszeit zurückgehe, weil das für das Gesamtbild wichtig ist. Also, ich war schon mal 1985 in der militärischen Auswertung als Referent. Damals habe ich - damit Sie so ein bisschen wissen, wo ich fachlich herkomme - das Übungs- und Ausbildungsgeschehen der Warschauer-Pakt-Landstreitkräfte zu beurteilen gehabt und zu bewerten gehabt, um dadurch Meldungen für die Regierung herzustellen; so. Dann kamen eine ganze Zeit Bundeswehrverwendungen, die letzte dann von Moskau aus, wo ich Attaché war. Ich bin dann zum BND gekommen, und zwar am 29.01.96.

Ich kann das hier etwas abkürzen: Also, von 96 bis 98 war ich in der militärischen Auswertung stellvertretender Unterabteilungsleiter und Referatsleiter. Dann war ich eineinhalb Jahre, nämlich 01.01.1999 bis 30.06.2000, Unterabteilungsleiter für die HF-Aufklärung. Das war eine Unterabteilung der Abteilung 2, die aufzulösen war.

Vom 01.07.2000 bis 01.04.2001 war ich Unterabteilungsleiter Technische Entwicklung. Diese Abteilung, Technische Entwicklung und IT-Betrieb, habe ich dann vom 02.04.2001 bis 26.10.2003 geführt. In den Unterlagen, die Ihnen vorliegen, steht irgendwas von „VdL“. Das heißt, ich war zwar noch Unterabteilungsleiter auf dem Papier, habe aber die Abteilung schon geführt. Daraus erklären sich die Differenzen in den Zeitabläufen. Dann war ich eben vom 27.10.2003 bis 30.06.2006 Abteilungsleiter 2, Technische Aufklärung.

Das heißt, ich habe drei Abteilungen kennengelernt: die Auswertung, die Technik und die Technische Aufklärung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Waren Sie vor 1996 auch in Bad Ems als Soldat in einer Verwendung?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Da habe ich mal einen Lehrgang gemacht. - Bad Ems?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: An der Nachrichtenschule?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja. - Wieso fragen Sie gerade nach Bad Ems?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Weil es mich interessiert.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ah ja, gut. - Also, in Bad Ems habe ich nur Lehrgänge gemacht. Da war ich nie hinversetzt. Zum Beispiel - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Machen Sie sich nichts draus. Ich war da auch.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ach so. Na gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen interessiert es mich: um Ihren nachrichtendienstlichen Hintergrund, die Kompetenz, zu ermitteln, wenn wir gleich Sachfragen stellen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, aber da hat mir Bad Ems nichts beigebracht. Das kann ich Ihnen gleich sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich will jetzt nicht zusammenfassen; aber wir kommen gleich noch zu dem, was Sie beim BND erlebt haben. Was Sie bei der Bundeswehr erlebt haben, ist wirklich nicht Untersuchungsgegenstand. Das frage ich jetzt nicht nach.

Beim MAD waren Sie aber zu keinem Zeitpunkt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein!

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nichts Schlimmes. Gut.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, es gibt - - Na ja, ich will hier nicht aus dem Nähkästchen plaudern; sonst kriege ich noch vorgeworfen, ich mache da irgendwelche - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber an der Stelle würde mich jetzt schon interessieren: Was meinen Sie jetzt genau?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ach nein. Ach, das ist Quatsch. Die Nachrichtendienstleute, die richtigen Nachrichtendienstleute, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also nicht der MAD.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: - die machen sich da alle ein bisschen lustig. Aber das ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das verleitet mich. Das habe ich jetzt gar nicht auf der Liste drauf.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Da schreibt jetzt bestimmt einer mit. Das kommt mir nicht in den Blog!

(Heiterkeit)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich freue mich, dass das zu so viel Amüsement hier führt. Mal gucken, ob das auch so weitergeht.

Wenn Sie schon den Unterschied zwischen MAD und BND jetzt betonen: Es gab ja auch eine Zeit des ZNBw.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie diesen Prozess - Gründung ZNBw, Übergang BND - begleitet? Waren Sie daran beteiligt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja. Ich war, na ja, an dem Prozess beteiligt, insofern als es eine Zusammenarbeit zwischen diesem Bereich und meinem Bereich damals als Abteilungsleiter 2 im BND gab. Wir haben uns zum Beispiel abgestimmt in bestimmten Aufklärungsaufträgen, die die Bundeswehr macht und die der BND macht. Da gab es Abstimmungsbereiche, auf die ich jetzt hier näher nicht eingehen möchte; das kann ich gerne nichtöffentlich sagen. Aber diese Abstimmungsbereiche haben uns dann regelmäßig zu Besprechungen zusammengeführt, wo das geordnet wurde. Ziel war natürlich, dass keine Ressourcen verschwendet wurden, und ich denke, das war da auch der Kern der Zusammenarbeit dann.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage jetzt nach, weil Sie mich drauf gebracht haben: Das ZNBw liegt im Untersuchungszeitraum. Das Bundesverteidigungsministerium liefert weitestgehend sehr dünne Akten, weil gesagt wird: Damit haben wir nichts - mit dem MAD - zu tun. - Es gab aber auch das ZNBw. Sie sagen gerade: Es gab Zusammenarbeit mit dem ZNBw. Das ZNBw hat sich ja nun nicht gerade immer als besonders kompetent dargestellt, was zum Beispiel das Handling von Daten betrifft. Das war ja möglicherweise auch einer der Gründe, warum das ZNBw in weiten Teilen aufgelöst worden ist, Personal in den BND übernommen worden ist, wenn ich es richtig sehe.

Wie intensiv war denn die Zusammenarbeit des ZNBw mit dem BND und mit ausländischen Diensten in Ihrer Zeit, aus Ihrer Erfahrung? Sie haben ja sowohl militärischen Hintergrund als auch nachrichtendienstlichen Hintergrund.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, das ZNBw hatte mit ausländischen Nachrichtendiensten nichts zu tun, null; das war unser Geschäft. Ansonsten war das ZNBw ja auch zuständig dafür, dass es aus ihrer eigenen Aufklärung eine Meldungserstattung erschloss, die an die Führung des Verteidigungsministeriums ging. Das war deren Arbeit, und die möchte ich hier nicht weiter bewerten. Das Einzige - ich wiederhole mich da -, was uns zusammengeführt hat, war die Aufgabenteilung auf einem ganz bestimmten Gebiet der technischen Aufklärung. Das war alles, was uns zusammengeführt hat; sonst nichts.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Welches Gebiet war das genau?

(Der Zeuge berät sich mit
Vertretern der Bundesregierung)

- Ob es die Herren wissen, weiß ich nicht. Aber wenn Sie es wissen, sagen Sie es uns.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ob ich es weiß, ist doch nicht die Frage, sondern ob ich es hier



Nur zur dienstlichen Verwendung

öffentlich sagen darf. Deswegen gucke ich. - Also, es handelte sich um die Kurzwellenaufklärung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Denn, wie Sie vielleicht wissen, hat ja auch die Bundeswehr - das kann ich schon sagen -, Kräfte für Fernmelde- und elektronische Aufklärung, und diese Kräfte der Fernmelde- und elektronischen Aufklärung verfügen unter anderem über Mittel zur Kurzwellenaufklärung, HF-Aufklärung. Das ist gewachsen - Kalter Krieg, schon vorher -, und auch die Zusammenarbeit mit dem BND war da schon vorher in dieser Weise, egal mit welcher Schnittstelle. Das war eben das Gebiet, auf dem wir zusammengearbeitet haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Die Fragen gingen auch hauptsächlich in die Richtung, ob wir einen Bereich noch stärker beleuchten müssen, den wir bisher noch nicht so stark beleuchtet haben. - Ganz herzlichen Dank hierfür.

Ich komme zu einigen Statements, die Sie eingangs gebracht haben, und habe da einfach noch einige Nachfragen, bevor ich zu ganz konkreten Details komme. Sie hatten ganz zu Anfang von der uneingeschränkten Solidarität gesprochen und dass das quasi wie ein Leitspruch so über der Arbeit damals lag. Was hat das denn für Sie bedeutet in der konkreten Arbeit?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, für mich hat nicht ein einzelner Spruch was bedeutet, sondern die Gesamtheit der Dinge, die ich vorgetragen habe in diesem gesellschaftlich-politischen Zusammenhang, in dem sicherheitspolitischen Zusammenhang. Ich wollte damit nur darstellen, dass wir in einer Situation gelebt haben, wo wir uns sagten: Wir müssen jetzt alles tun, damit so was wie der 11. September nicht mehr passiert und um andere Dinge zu verhüten. - Das war sozusagen der innere Antrieb, der uns dazu bewegte, diese Dinge so zu tun, wie wir sie angefasst haben.

Das heißt also, es waren mehr oder weniger Motivatoren, und zwar nicht nur dieser eine Spruch; der ist halt ein bisschen plakativ. Ich weiß auch, dass man dann im Nachhinein versucht hat, das etwas zu entwerten. Der Spruch entstand auch sicherlich aus einer Situation heraus. Den hätte der Bundeskanzler, der damalige, drei Jahre später so wahrscheinlich nicht mehr gemacht.

Ich wollte mit der ganzen Beispielriege eigentlich nur sagen: Wir sitzen heute hier in einer anderen Situation. Damals war die Situation eben so, wie ich sie versucht habe anzureißen, um auch zu erklären, wie unser Antrieb, wie unsere Motivation war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das sind ja Teile, die auch schon in einem früheren Untersuchungsausschuss Gegenstand waren, die diesen Zeitraum beleuchtet haben. Mich würde nur halt interessieren: Fühlte man sich im BND so, dass man sagen musste - es waren ja nun Attentäter, die auch in Deutschland waren, die vom BND nicht enttarnt worden waren -: „So was darf uns nicht noch mal passieren; wir dürfen uns nicht blamieren“? War das so eine Stimmung?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, es war eher die Stimmung: Wir blickten uns um und sagten: Eigentlich ist nur die NSA in der Lage, jetzt mit den Dingen fertigzuwerden. Was machen wir? - Und wir guckten auf die andere Seite, nämlich auf unsere Seite, und da haben wir gesehen: Wo stehen wir denn da jetzt? - Und das, was jetzt mit dem Internet zum Beispiel auf uns zukam, da haben wir gesagt: Da muss jetzt irgendwas passieren. - Deswegen auch dieses Schwerpunktprogramm. Denn das Schwerpunktprogramm sah ja vor, dass bestimmte Gelder eingestellt werden sollten, um uns weiter zu ertüchtigen. Nur, das Geld allein hätte uns ja nichts genutzt; denn, wie ich vorhin schon gesagt habe, die Entwicklungskapazität zwischen uns und der NSA war etwa 1 : 20. Und die NSA hatte schon Gerät und hatte schon Verfahren. Also lag natürlich nichts näher - aus damaliger Sicht -, als zu gucken, dass wir einen strategischen Partner erwischen.

Und was im Übrigen dieses MoA angeht: Das war eigentlich zu dem Zwecke geschlossen - - Es war



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja zu einem Zeitpunkt geschlossen oder angedacht, da gab es diesen Terroranschlag noch nicht. Die ersten Gespräche liefen ja schon vorher. Das war eigentlich dazu gedacht, um eine Station, die die NSA zumachen wollte, oder einen Teil davon zu übernehmen; das war nämlich Bad Aibling. Wenn Sie sich die Annexe mal angucken: Da geht es hauptsächlich um irgendwelche Matrizen in Satellitenverkehren und so was.

Das spätere „Eikonol“ war streng genommen in diesem Agreement noch gar nicht so vorgesehen, sondern nur als Idee einer strategischen Kooperation, ohne es „Eikonol“ zu nennen. Das hat sich also dann so ergeben. Ich habe ja dann eine Lage vorgefunden: Da gab es jetzt mannigfachen Schriftverkehr und Vorstellungen und Modelle, wie man in die Zukunft gehen könnte. Nur, das war alles Wolkenkuckucksheim, solange man keinen finden konnte, der einem dabei hilft. Ich meine, es ist eine Frage, sich zu überlegen: „Was müssten wir können?“, und die andere Frage ist: „Was können wir tatsächlich?“, und wenn wir Lücken haben: Wie schließen wir die? - Das war so die Situation.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ich komme auf das MoA sicherlich gleich noch mal zu sprechen.

Sie hatten, bevor ich auf die Zeit um und vor 2003 eingehe, die Sie beschrieben haben, von den Begriffen „Eindringfähigkeit“ und „Speicherung“ gesprochen. Was verstehen Sie denn unter „Eindringfähigkeit“?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Von Speicherung habe ich nicht gesprochen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich habe von „Eindringfähigkeit“ gesprochen. Das heißt also, wenn ich irgendwo ein Kabel habe, in dem Transitverkehr, also Ausland-Ausland oder egal welcher Verkehr - - Ich muss ja irgendwie an diesen Verkehr rankommen. Das meine ich mit „Eindringfähigkeit“.

Die Fachleute werden ja hier schon lang und breit vorgetragen haben, wie schwierig das ist, wie viele Protokolle es da gibt und was weiß ich alles. Also, insofern ist es ja nicht so, dass Sie mit Plug-in in so eine Leitung gehen können, sondern da gehört schon ein bisschen mehr dazu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das sind dann aber technische Fragen, die die Techniker durchaus kennen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das haben Sie in der Führungsfunktion jetzt detailliert nicht zu verantworten.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: So ist es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sie haben gesagt: Vor 2003 - ich hoffe, ich zitiere Sie da richtig -, nichts ging. - Das habe ich mir auf jeden Fall aufgeschrieben; ich hoffe, ich zitiere Sie da jetzt richtig. Sie meinen wahrscheinlich im technischen Bereich, im SIGINT-Bereich. Wie war der BND denn aufgestellt bis dahin, bevor es zur Kooperation, zum MoA kam und zur technischen Ertüchtigung?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Der war - - Man muss vielleicht ein bisschen weiter zurückgehen: Nachdem der Kalte Krieg zu Ende war, musste sich der BND ja neu finden, neu schütteln. Bestimmte Gebiete wurden aufgegeben usw. Das lag ja nun schon eine lange Zeit zurück, um 2003.

Dann kam aber eine Entwicklung in Gang, wo wir festgestellt haben: Die Nachrichtentechnik in der Welt, sprich: Internet, wandelt sich so dramatisch und so rasch, dass wir den Anschluss nicht finden, wenn wir jetzt nicht irgendwo auf den Zug aufspringen können. Das war eigentlich der Kern des Ganzen. Das war die Idee - wir sind ja nun Auslandsnachrichtendienst -, an diesem weltweiten Aufkommen an Telekommunikation mindestens partiell teilzuhaben und nicht völlig hilflos davorzustehen und nur noch Faxe oder ein bisschen Kurzwelle zu machen, und der Rest geht uns dann flöten. Das wollten wir natürlich nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Deswegen haben wir dann - - oder meine Vorgänger haben dann schon angefangen, Ideen zu entwickeln: Wie könnte das alles sein? Diese Ideen waren sehr theoretisch, sehr grundlegend, sehr umfassend. Das hat natürlich - - Damit können Sie keinen Haushälter überzeugen, mit Wolkenkuckucksheim. Ich musste also deswegen diese sechs Wochen, die ich Zeit hatte - - Das war eine heiße Zeit; das kann ich Ihnen sagen. Wer da eine Unterlage schaffen will, die haushaltsbegründend und durchschlagfähig ist, der kann sich dann auch abends mal hinsetzen und nachts.

Also, ich will es kurzmachen: Ich habe aus diesen theoretischen Vorstellungen, die auch in schriftlicher Form vorlagen, das rausgeholt, was meiner Ansicht nach in zwei, drei Jahren machbar schien, habe das in ein Konzept gegossen, habe eine haushaltsbegründende Unterlage gemacht und habe mich dann eben mit diesen Dingen befasst. Dies aber in einer Umstrukturierung, wie ich sie beschrieben habe, die ja das gleiche Ziel hatte. Plötzlich - -

Ich spreche jetzt mal die Kurzwelle an: Die Kurzwelle war vor meiner Zeit mal sehr dominant, wurde immer mehr zurückgefahren. So, nun haben Sie aber Personal, das in der Kurzwelle groß geworden ist und gut ist. Sie haben aber kein Personal, das irgendwelche Kabelabgriffe bearbeiten kann. Was machen Sie jetzt? Jetzt haben Sie zwei Möglichkeiten: Entweder Sie fordern neues Personal an - da lacht Sie jeder aus -, oder aber Sie müssen mit dem Personal, was Sie haben, zurechtkommen. Das habe ich auch gemacht, indem ich versucht habe - ich nenne es jetzt mal so -, die Leute umzuprofilieren, das heißt, von einer Aufgabe in die andere umzuschulen. Das geht nicht mit einem Schalldruck. Das kostet sehr viel Zeit. In manchen Fällen zwei Jahre, weil Sprachen erlernt werden mussten, zum Beispiel.

In dieser Gemengelage - Umstrukturierung der Abteilung, Neuordnung der Abteilung in der Aufbau- und Ablauforganisation, Streichung von bestimmten Aufgaben, Einführung von neuen Aufgaben - hat sich dann eben diese Zusammenarbeit mit der NSA passgenau entwickelt.

Im Übrigen - das ist jetzt auch das Letzte, was ich zu diesem - - nein, das ist nicht das Letzte; aber ich muss darauf hinweisen -: Wir haben ja nicht nur mit der NSA zusammengearbeitet, sondern ich sprach hier von einem globalen Netz, an das wir kommen mussten. Da legt es ja die Logik nahe, dass man sich dann auch im Ausland umtut und guckt, was da zu machen ist. Und dazu möchte ich nichts mehr sagen, allenfalls im geheimen Teil. Aber das rundet das Bild so ein bisschen ab, womit wir eigentlich beschäftigt waren.

Hier im Ausschuss entsteht vielleicht so der Eindruck: Ja, die haben den ganzen Tag mit der NSA zu tun gehabt. - Das hatten wir nicht. Ich schon gleich gar nicht. Mit der NSA habe ich vielleicht von meiner Arbeitskapazität 10, 15 Prozent eingesetzt, mehr nicht; mehr hätte ich mir gar nicht leisten können. Dafür gab es dann andere, die das etwas intensiver bis sehr intensiv gemacht haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wenn man die Aufgabe, die Sie hatten, mal bewertet, würde ich jetzt fast sagen, dass Sie so ein bisschen als Abteilungsleiter der Vater der modernen SIGINT im BND waren, es zumindest angestoßen haben. Kann man das so sagen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: In Deutschland.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja klar, in Deutschland.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Weil die Bundeswehr ja auch noch da ist. - Der Präsident hatte die Funktion, glaube ich, des Koordinators der Fernmeldeaufklärung in Deutschland. Die hat er natürlich an mich übertragen. Deswegen sage ich das. - Ja, das ist richtig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Diese sechs Wochen, die Sie Zeit hatten, Ihre Planungen zu entwerfen, die dann auch haushalterisch zu den entsprechenden Mitteln führen sollten - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Geführt haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke. - Wer genau hat Ihnen denn den Auftrag gegeben?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Der Präsident.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Des BND?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Direkt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Aber nicht schriftlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Dann, wenn er nicht schriftlich vorliegt und wir ihn daher nicht beiziehen können: Wie sah denn der Auftrag aus? Was hat er denn zu Ihnen gesagt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann mich an die Worte nicht mehr erinnern. Sinngemäß war das so: Sie haben jetzt bis Dezember Zeit, eine Struktur, ein Konzept zu entwerfen, so, dass die Abteilung jetzt in der neuen Struktur in neue Aufgaben gehen kann und das erforderliche Geld dafür beschafft werden kann. Denn das waren außerplanmäßige Mittel. Wir reden hier von einem Jahresbedarf von etwa 10 Millionen Euro über vier, fünf Jahre.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also eine merkliche Summe.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, das ist alles relativ.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Klar. Für die NSA vielleicht nicht, aber - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, wenn Sie über eine Autobahn reden, ist das nicht viel, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. - Dieser Auftrag, wurde Ihnen der - bitte nicht über die Frage wundern - in Ihrem Büro erteilt, oder war das eine Abteilungsleiterbesprechung? Oder ist

das quasi beabsichtigt gewesen, so auf dem Gang so einen wichtigen Auftrag zu erteilen, eben nicht schriftlich, weil ich könnte mir vorstellen, dass so was eigentlich eine AL-Besprechung ist?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das kann sogar telefonisch gewesen sein; ich weiß es nicht mehr. Auf jeden Fall: Es war der Leitung anzumerken, es geht ihr zu langsam; da muss jetzt was passieren. Ein, zwei Jahre lang wurden immer dicke Schriftstücke erzeugt mit großen Träumen und Plänen; aber es hat sich nichts umgesetzt. Deswegen bin ich wohl da auch hinversetzt worden.

So, jetzt hat man mir eben zu verstehen gegeben: Jetzt ist nicht mehr lange Zeit. Sieh zu, dass du bis zum Jahresende nun fertigwirst damit. Wir brauchen das Geld, und wir müssen jetzt endlich mal zu Potte kommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Verstanden. - Sie haben eben eingangs auch auf Ihre militärische Expertise hingewiesen, die Kenntnis der Auftragsführung. Da sind natürlich auch die Zieldefinition und die Frage, was dann Erfolg ist, relevant. Sie hatten ja auch von dem Wort „Erfolg“ gesprochen. Was war denn als Erfolg in diesem Auftrag definiert? Was war denn Ihr Ziel?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Mein Ziel war es, dass wir den Anschluss gewinnen in der Aufklärungsfähigkeit gegen Ziele im Internet, so, dass wir das Auftragsprofil der Bundesregierung bestmöglich erfüllen können.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dafür gab es ja dann auch das MoA, wo diese Zusammenarbeit festgeschrieben wurde, die sich dann konkretisierte, wie Sie gesagt haben. Sie hatten „Eikonol“ genannt, und Sie haben von dem „do ut des“ gesprochen. Was war denn das „do“, und was das „des“? Was wurde gegeben, und was wurde genommen, bzw. was gaben beide Seiten, um es mal so direkt zu sagen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Die NSA gab Technik und Know-how der Technik. Und wir haben sie partizipieren lassen an den Ergebnissen des Zugangs.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was war der Zugang?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Der Zugang war der Abgriff an einem Transitzkabel in Frankfurt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Darüber reden wir jetzt, von welchem Kabel genau?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kenne nur die Bezeichnung „Kabel in Frankfurt“. Ich weiß jetzt nicht, wie man das bezeichnen sollte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: In der Presse liest man manchmal so einen Begriff DE-CIX. Sagt Ihnen das etwas?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, das ist ja ein Zentrum.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: DE-CIX ist ein Zentrum, da werden mehr als 100 Netzwerke miteinander verknüpft. Netzwerke! In jedem Netzwerk gibt es x Kabel.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ist das denn das, wovon wir jetzt reden, und das Kabel in DE-CIX?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es gibt ja auch noch andere. Manche heißen ECIX - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ob das - - Ich kannte die Bezeichnung, bevor ich sie in der Presse gelesen habe, nicht. Für mich war das immer nur „das Kabel in Frankfurt“.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also wir reden von DE-CIX, nicht von ECIX.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: ECIX ist mir überhaupt kein Begriff. Und DE-CIX übrigens, muss ich noch mal sagen, kenne ich nur aus der Presse. Den Begriff habe ich damals nicht kennengelernt. Für mich gab es - ich wiederhole mich - nur „das Kabel in Frankfurt“.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Und das war ein Transitzkabel - dessen habe ich mich auch vergewissert -, wo Auslandsverkehre drüberlaufen, schon um wenigstens durch die Auswahl des Kabels zu verhindern, dass wir da in G-10-Problematiken reinkamen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich frage nur nach, weil, wie gesagt, ECIX gibt es ja auch, wäre dann nicht in Frankfurt.

Auf die technischen Komponenten - - Das kann ich nachvollziehen, dass man sagt: Wenn wir da hinterherhinken, wollen wir uns ertüchtigen und nutzen das. - Und der Zugang - jetzt müssen wir ganz präzise sein; wie hatten Sie es formuliert? - für den ausländischen Geheimdienst, die NSA: Was haben die genau bekommen? - Dass wir sprachlich klar sind: nicht den Zugang, sondern?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, ich habe gesagt, sie haben partizipiert -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt das?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: - an den Ergebnissen dieses Zugangs. Das heißt, wir haben die Ströme - - Also, erst mal ist der paketvermittelte Strom oder auch der andere, die sind vorne geteilt worden, und zwar in einen G-10-Teil und in einen Routineteil. Dieser Routineteil wurde erst mal G-10-gefiltert, weil man ja nie ausschließen kann, dass auch im Routineteil G 10 drin vorkommt. Nach dieser Filterung wurde dieser Routineteil an die NSA in Deutschland, also in Bad Aibling unten, konkret weitergeleitet, und zwar nicht an die NSA direkt, sondern an diese gemischte Arbeitsgruppe NSA-BND, die als JSA hier immer wieder auftaucht. So wurde das gemacht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Damit diese Ertüchtigung, die dann das „do ut des“ darstellt, losging, haben Sie eine Dienstreise vom 16. bis 21. Juli 2001 in die Vereinigten Staaten gemacht. In den vorgelegten BND-Akten - die Materialnummern kann ich



Nur zur dienstlichen Verwendung

gerne liefern, damit das nachrecherchiert werden kann - - Das ist MAT A BND - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich muss mal gucken, was ich da gewesen bin.

(Der Zeuge liest in seinen
Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Schauen Sie. Ich frage erst mal oder erkläre erst mal den Sachverhalt - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das war - - Wann war das? 2001?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 2001.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Da muss ich Abteilungsleiter 6 gewesen sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: AL 6, genau.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Da war ich in den USA?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Das kann ich garantiert sagen, außer der Aktenvermerk ist falsch.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Was habe ich denn da gemacht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, das schauen wir jetzt mal. Da ist ein Besprechungsprotokoll dieser Dienstreise in den Akten, die Sie eben im Juli 2001 als Leiter der Abteilung 6 unternommen haben. Dabei soll es um die Kooperation in Bad Aibling gegangen sein - vielleicht hilft das -, bei diesen Gesprächen. Das Schreiben ist von Ihnen verfasst und an Dr. August Hanning, den damaligen BND-Präsidenten, gerichtet. Ich zeige Ihnen das auch gerne mal.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Kann ich das mal sehen, was ich da - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau, dass man das mal zeigt. Das ist MAT A BND-8a, Blatt

21 bis 27. In diesem Schreiben - es wird gar nicht so kompliziert - -

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich habe nie kompliziert geschrieben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, das Schreiben bewerte ich gar nicht; meine Frage wird nicht so kompliziert. - In diesem Schreiben sind Erläuterungen der damaligen Leiterin der Combined Group Germany wiedergegeben. Können Sie uns die Funktion - da geht nur meine Frage hin; ich wollte Ihnen einen Rahmen stellen - der Combined Group Germany und den Inhalt der Besprechungen sagen? Was ist damals Grundlage der Diskussionen gewesen, dieser CGG oder wie man es dann auch immer schön abkürzt? Also erst mal: Was macht die Combined Group Germany?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das kann ich Ihnen gleich sagen. Aber die weiterführende Frage - - Ich müsste hier den Vorgang mal ein bisschen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nehmen Sie sich ruhig Zeit.

(Der Zeuge liest in den ihm
vorgelegten Unterlagen)

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja. - Wissen Sie, der Punkt war ja: Ich war als Abteilungsleiter 6 für diese Kooperation in Bad Aibling überhaupt nicht zuständig. Deswegen gucke ich mal, was ich da wieder gemacht habe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da sind Sie gerade Abteilungsleiter 6 geworden, glaube ich, wenn ich das richtig sehe in unseren Unterlagen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich weiß schon. - Also, zu Ihrer ersten Frage: Was war das für eine Funktion? SUSLAG ist Ihnen ein Begriff? - Okay. Das war die Leiterin SUSLAG; die haben dann mehrfach gewechselt. Das war im Grunde die Verbindungsorganisation oder die Verbindungsgruppe, das Verbindungsorgan der NSA zum



Nur zur dienstlichen Verwendung

BND hier in Deutschland. Die hatten ihren Sitz in Bad Aibling. Die waren also angebunden an die NSA-Zentrale. Daneben - das ergänze ich jetzt zum Verständnis - gab es Mitarbeiter der NSA, die bei uns im JSA saßen und die die Facharbeit gemacht haben. Und diese NSA-Mitarbeiter waren der Verbindungsorganisation nur administrativ beigeordnet, nicht unterstellt. Das heißt also, wenn wir eine wichtige Frage hatten, die das Verfahren, die Technik und sonst was betrifft, mussten wir über dieses SUSLAG gehen. Das war zum Teil sehr hinderlich, weil wenn Techniker irgendeine Frage haben, dann warten die jetzt nicht, dass sie in drei Tagen eine Mail zurückkriegen, sondern die wollen irgendeinen Partner haben, mit dem sie reden können, diskutieren können. Und das war nicht möglich. Deswegen zogen sich die Dinge auch so in die Länge.

Mein Besuch hier, der hatte wohl folgenden Hintergrund: Die Abteilung 6 ist ja - ich nenne das jetzt mal flapsig - die Forschungs- und Entwicklungsabteilung. Das heißt, wir haben technische Projekte durchgeführt zum Nutzen für die Abteilung 2. Und deswegen hat die Abteilung 2 zur Abteilung 6 eine gewisse verzahnende Rolle eingenommen und umgekehrt.

Und dann kam noch was dazu: Ich habe mich im Grunde schon als Abteilungsleiter 6 um Dinge gekümmert, die mich streng genommen nichts angingen, die ich aber nicht einfach so geschehen lassen wollte. Weil ich habe gemerkt: Wir kommen jetzt in eine mögliche strategische Kooperation mit der NSA, und mir war damals schon zu Ohren gekommen, da könnte es jetzt in Deutschland zu einer Zusammenarbeit kommen. Dazu gibt es übrigens auch eine Unterrichtung. Da habe ich als Abteilungsleiter 6 eine Leitungskonferenz angeregt mit den Abteilungen 2, 1 und, ich glaube, 4, weil die das Geld hatten. Da habe ich schon darauf hingewiesen: Leute, wir arbeiten jetzt nicht nur irgendwie technisch zusammen, sondern wir marschieren in einen politischen Raum und auch in einen Rechtsraum, der bedacht sein muss. - Ich habe da, glaube ich, so eine Art Risikoanalyse, irgendwie so was, mal gemacht.

Also, ich will damit nur sagen: Der Anlass dieser Dienstreise war im Grunde ein zweifacher: Erstens. Ich wollte mal gucken, wie das ist mit der Unterstützung für meine Projekte, die ich für die Abteilung 2 durchzuführen hatte, weil ich auch in der Technik immer interessiert war, Unterstützung zu bekommen. Und das Zweite war, mal zu eruieren: Wo geht denn die Reise hin mit Bad Aibling, mit der Zusammenarbeit, mit strategischer Kooperation? - Wenn Sie so wollen, habe ich, ohne einen Auftrag zu haben, für den Präsidenten sozusagen eine Informationsreise anteilig durchgeführt und habe ihm das auch gemeldet; denn das, was ich unter „Bewertung ... Zur Strategischen Partnerschaft“ mit NSA“ geschrieben habe, war ja nicht nur auf meine Abteilung allein gemünzt, sondern da ging es schon auch um eine erweiterte Sicht der Dinge.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Bevor ich da noch mal - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Sie sehen auch hier:

Als Fazit ist zu ziehen, daß bei der Zusammenarbeit mit der NSA neben den Abteilungen 2 und 6 auch die Abt 3 in erweiterter Form einbezogen werden muß,

also die Auswerter. Es lag mir schon immer viel daran, dass wir die Dinge übergreifend betrachten; weil das andere führt oftmals zu Schwächen, wenn man die Dinge nur eindimensional betrachtet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das sehe ich genauso. - Vielleicht zu den Begrifflichkeiten noch mal, weil das ja immer relativ komplex ist nachzuvollziehen - Dinge heißen gleich oder haben unterschiedliche Namen für gleiche Einrichtungen -: JSA und CGG, ist das CGG Vorgänger von SUSLAG?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann es kurz machen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Lassen Sie mich noch einen Begriff mit einfügen: ASG. Wir



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben in bestimmten Dokumenten auch immer wieder die Einrichtung ASG, die dann wohl - so verstehe ich es manchmal - gleichzusetzen ist mit CGG?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, ASG ist mir kein Begriff.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sagt Ihnen gar nichts, okay.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: CGG ist mir sehr wohl ein Begriff. Nun müssen wir in die Historie gehen. Also, am Anfang war es ja so: Bad Aibling war eine NSA-Aufklärungsstelle, hatte aber schon einen deutschen Anteil dran mit dem Ziel, dass die dortigen Ergebnisse an den BND abfließen. Und das war die Combined Group Germany, CGG. Als das Unternehmen jetzt erweitert wurde um den Kabeleinsatz, firmierte das dann unter JSA. Was ich heute nicht mehr genau weiß, ist, ob es die CGG noch gegeben hat unter der Bezeichnung - nur Satellit -, oder ob das Ganze dann integriert wurde unter JSA. Die NSA hat JSA einmal als die jüngere Schwester von CGG bezeichnet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also nicht als Teil, sondern als - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Für mich damals war CGG Satellit und JSA Kabel, und in beiden Gruppen gab es NSA- und BND-Mitarbeiter.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und SUSLAG ist dann was?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das ist Special US Liaison Activity Germany.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und ist das die Nachfolgerin quasi von CGG, oder ist das - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein. CGG und JSA: fachlicher Bereich. - Fachlich! SUSLAG: diplomatisch; direkte Verbindung zu NSA-Führungsebenen usw. Die anderen NSA-Mitarbeiter in der JSA und CGG -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Operativ.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: - waren operativ verbunden mit der dortigen Auswertung, Analyse usw.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen das „L“ bei SUSLAG: Liaison.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Ich komme mal wieder zurück zu der Dienstreise. In diesem Protokoll befindet sich ein Hinweis, dass im Vorfeld Ihrer Dienstreise eine - so wird es vermerkt - „Wunschliste“ an die Leiterin der CGG übersandt wurde.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wörtlich steht da:

... „Wunschliste“ für technische Systeme und Softwareroutinen für die Bewältigung von Massenerfassung ...

Was bedeutet das jetzt genau? Weil das Wort „Massenerfassung“ macht uns immer ein bisschen Sorge.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Massenerfassung - dafür können Sie Internetkabel nehmen. Es ging um Folgendes: Die Abteilung 6 hat natürlich als Reaktion auf den Bedarf der Abteilung 2 versucht, jetzt technische Systeme bereitzustellen; denn die Abteilung 2 hat keine eigenen Entwicklungsabteilungen. Das hätte die Abteilung 6 alles machen müssen. In Wirklichkeit hat sich das so ein bisschen vermischt. Aber ich hatte als Abteilungsleiter 6 ja nun den Auftrag, die Abteilung 2 mit Gerät zu befähigen, dass sie ins Internet über Kabel eindringen kann. Und so ein Gerät hatten wir nicht. Deswegen haben wir das auf eine Wunschliste für die NSA gesetzt.

Und da treffen sich die Dinge wieder bei SUSLAG; denn SUSLAG hat gemerkt: Der 6-er hat das Gerät nicht, der 2-er braucht es, jetzt gehe ich nach Hause und gucke, wie wir dabei weiter vorgehen. - Und daraus entwickelte sich ja diese



Nur zur dienstlichen Verwendung

strategische Partnerschaft, wo die NSA angeboten hat: Wir können euch technisch helfen; ihr müsst uns aber dann auch an den Ergebnissen teilhaben lassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben eben von der Tonne Gestein und von den 10 Gramm Gold gesprochen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sollte die Tonne Stein erfasst werden oder die 10 Gramm Gold? Wenn die Tonne Stein erfasst wird, dann ist das Wort „Massenerfassung“ anders bestimmt als die 10 Gramm Gold. Also, ging es Ihnen darum, möglichst viel zu erfassen oder aus einem großen Strom Bestimmtes herauszufiltern? Also, was sollte das Instrument dann können, diese Softwareroutinen? Weil da steht: „für die Bewältigung von Massenerfassung“.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, das ist ja auch richtig. Die Tonne Gestein können Sie mit dem Strom in einem Kabel, in irgendwelchen Glasfasern vergleichen. Und wie ich vorhin dargestellt habe: Gerade bei der paketvermittelten Aufklärung ist es ja so: Die Datenpakete schwirren dynamisch stochastisch durch irgendwelche dicken Bündel. Und wenn Sie jetzt irgendeine Sendung haben wollen, dann müssen Sie notwendigerweise das dicke Bündel anfassen, um auf die einzelnen Datenpakete wieder zu kommen, an denen Sie interessiert sind. Das ist das Gold. Und der Schrott, das Gestein, das ist der Rest, der durch dieses Kabel geht. Wir haben ja, ich sage mal, 99,9 Prozent, was durch so ein Kabel ging, weggeschmissen. Aus dem Rest haben wir dann versucht irgendwas zu machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei einem gemeinsamen Abendessen soll die Leiterin des CGG erwähnt haben, dass sich die NSA als Gegenleistung des BND nicht nur die „technische Kooperation“ - Abteilung 6 wäre das dann ja -, sondern auch „die Teilhabe an ... „Finished intelligence“, also das, was die Abteilung 3 dann liefert, und „Rohmaterial“, -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein, kein Rohmaterial. Finished Intelligence ist kein Rohmaterial.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - nein; deswegen sagte ich ja auch „und“, nicht „das“, kumulativ -, also an „Finished intelligence“ und „Rohmaterial“ vorstellen könne. Jetzt meine Frage: Lieferte denn der BND im Gegenzug zur Bereitstellung der Technik eben auch Rohmaterial? Finished Intelligence, die Meldungen - akzeptiert. Aber lieferte er auch Rohmaterial?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Rohmaterial in dem Sinne als bestimmte Betriebsdaten beispielsweise aus dem Satellitenverkehr, bestimmte Betriebsdaten, die wurden gemeldet. Oder es wurden Betriebsdaten gemeldet, die erforderlich sind, um sich in internationalen Netzen auszukennen, also Netz-zu-Netz-Verbindungen, Peering-Verbindungen und solche Geschichten. Das sind also rein technische Daten ohne weitere Inhalte, die nur Aufschluss - - oder die nur dazu befähigen, zu wissen, wo man sich gerade befindet, wenn man irgendwas erfasst.

Und zu Finished Intelligence muss ich noch was sagen. Die Abteilung 2 hat keine Finished Intelligence gemacht. Vielleicht sollte ich dazu kurz was sagen, wie der Aufbau - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Abteilung 3 machte das, oder nicht?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja. Und es war - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da konnte ich leider nicht weiterreden, weil Sie mir da ins Wort gefallen waren.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Entschuldigung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sonst hätte ich Abteilung 3 ergänzt. Und das Rohmaterial: Abteilung 2. Richtig?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Vielleicht auch für die anderen zur Erklärung, wie das ist, wie so eine Meldung zustande kommt. Also, der Auslöser kommt ja von oben, von der Bundesregierung: Auftrags- und Interessenprofil. Das landet bei der Abteilung 3 und bei der Abteilung 1 und 2. Und die suchen sich jetzt raus: „Was ist für mich gültig?“, geben das weiter in die Unterabteilung. Und zwar gibt es bei der Abteilung 2 eine Unterabteilung, die nennt sich Zentrale Nachrichtensbearbeitung. Die bekommt wiederum die Ergebnisse aus der anderen Unterabteilung; das ist nämlich die Unterabteilung Technische Aufklärung. Diese Unterabteilung Technische Aufklärung hat Außenstellen hier in Deutschland. An diesen Außenstellen geschieht eine sogenannte Nachrichtensbearbeitung vor Ort. „Nachrichtensbearbeitung vor Ort“ heißt: Das ist jetzt eine sehr schnelle Analyse: Ist da was wichtig, ist was unwichtig? - Das heißt also, es ist noch nichts Fertiges. Dann marschiert dieses Produkt in diese Unterabteilung Zentrale Nachrichtensbearbeitung. Da wird also schon aggregiert und wird schon zusammengefasst. Diese Zusammenfassung geht dann als Meldung - ich weiß nicht, wie sie das jetzt heute nennen; damals Rohmeldung - an die Abteilung 3. Und die Abteilung 3 fasst die Ergebnisse aus der Abteilung 1 und anderen Zulieferanten - - die Dinge zusammen und schreibt dann eine Meldung, die dann auch für die Bundesregierung adäquat erstellt ist. Das heißt, wir haben es hier mit einer Kaskade zu tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - Ich komme jetzt nur noch zu einem Bereich, und dann würde ich den Fraktionen gerne die Gelegenheit geben, zu fragen. Aber Sie hatten es selbst erwähnt, das Memorandum of Agreement, wo im Grunde abstrakt, wenn ich es mal so sagen darf, definiert wurde, wie die Zusammenarbeit und damit auch die technische Ertüchtigung - also die eine Seite des „do ut des“ - für den BND laufen soll. Sie waren seit 1999 bis 2006 in der Abteilung 2 und in der Abteilung 6 in leitenden Positionen. Von daher stellt sich mir natürlich die Frage: Haben Sie an dem Memorandum of Agreement mitgearbeitet? Insbesondere die Grundsätze zur JSA, die in dem Annex festgehalten sind: Haben Sie daran mitgewirkt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sowohl als auch: nein?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie haben sich natürlich intensiv damit beschäftigt.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Um ehrlich zu sein: Ich habe mir das Ding hier zum ersten Mal durchgelesen. Ich sage Ihnen auch, warum: In unserer Arbeit war der wesentliche Inhalt auch Gesprächsthema mit meinen Unterabteilungsleitern. Ich bin kein Aktenmensch; ich habe mir immer vortragen lassen. Das hat die auch schwer gejuckt, weil sie oft da sein mussten. Das war ein anderes Arbeitsverhältnis, aber wer keine Zeit hat, der muss so arbeiten. Also haben wir uns sehr häufig getroffen. Ich hatte Kontakte mit den Unterabteilungsleitern oft mehrmals täglich. Ich habe das Schreiben sozusagen verboten und habe gesagt: Wer mir eine Mail schickt, der muss mich vorher anrufen. Ich guck da nicht rein. - So habe ich da eine Arbeitsbeziehung entwickelt, wo sehr viel mündlich besprochen wurde. Und so hat man mir auch damals dieses MoA erklärt, was da drinsteht usw. Ehrlich gesagt: Ich habe es hier das erste Mal gestern bei der Akteneinsicht - - Da habe ich gesagt: Zeigt mir das Ding mal! Ich will das mal sehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, dann stelle ich dazu keine weiteren Fragen mehr. Bei mir geht es natürlich um die Praxis in der Vergangenheit im Untersuchungszeitraum, nicht, was Sie kürzlich erst sich an Wissen angeeignet haben.

Ich komme dann zum letzten Punkt: Zusammenarbeit mit weiteren Nachrichtendiensten. Wir haben jetzt immer über die NSA gesprochen. In denselben Akten finden sich auch Dokumente über Zusammentreffen von hohen BND-Mitarbeitern mit dem GCHQ. Auch hier wird eine enge Zusammenarbeit diskutiert. Das ist zum Beispiel die Materialnummer MAT A BND-8a, Blatt 14 bis 17 aus derselben Akte. Wie sah denn die Kooperation mit anderen Auslandsgeheimdiensten der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Five-Eyes-Staaten aus, also GCHQ natürlich, aber auch der anderen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, GCHQ ist ein sehr professioneller Dienst, mit dem diese von mir angesprochene Unterabteilung Zentrale Nachrichtensbearbeitung zusammengearbeitet hat. Das heißt, es fand dort - - Es gab so regelmäßige Besprechungen, da wurde besprochen, wie das einzelne Interessenprofil ist, also was dem einen fehlt und dem anderen fehlt und wie man das vielleicht irgendwie zusammenbringen könnte. So muss man sich das vorstellen. Das war die Verbindung zur GCHQ. Auf technischem Gebiet: null, weiß ich nichts.

Was andere Dienste betrifft, da möchte ich nur nichtöffentlich Stellung nehmen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Auf den Seiten 18 und 20 dieser selben Akte ist ein Protokoll des Besuchs des AL 2 beim GCHQ. Da ist auch von Kabelerfassung von G-10-Verkehren die Rede.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Kann ich das mal sehen?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das müssten Sie dann noch mal eben gebracht kriegen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Darf ich noch mal wissen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es kommt sofort.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: - wann das war?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist der 19. Februar gewesen. Und das ist, wie gesagt, Blatt 18 und 20 der Akte.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nur das Datum des Besuchs.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben es gleich vor sich liegen. - Für alle anderen noch mal, damit es nachgeblättert werden kann: Das ist MAT A BND-8a, Blatt 18 und 20.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Reinhardt Breitfelder: 2007? Was soll ich denn damit? Mit 2007 habe ich nichts mehr am Hut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, Sie haben das falsche Dokument gebracht gekriegt. - Kommt jetzt.

(Dem Zeugen werden
andere Unterlagen vorge-
legt)

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Wo haben wir hier denn ein Datum? - 20. Juni 2001. Ja, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mir geht es hauptsächlich um den Bereich Kabelerfassung von G-10-Verkehren, und da, was damit gemeint ist.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Moment, ich muss jetzt erst mal gucken.

(Der Zeuge liest in den ihm
vorgelegten Unterlagen)

Also, in der einen Unterlage vom 20. Juni 2001 hat mein Vorgänger unterschrieben. Und da war ich AL 6; da war ich nicht AL 2. Das ist eine Unterlage von AL 2, von ihm auch unterschrieben. Da kann ich also nichts zu sagen. Da meldet er also ein Protokoll an zu seinem Besuch in Cheltenham vom 4. bis 5. Juni 2001. Und auch hier ist ein Besuch in Cheltenham - - Das bezieht sich auf den Besuch vom damaligen Abteilungsleiter 2, der ich da nicht war; denn ich war da Abteilungsleiter 6 zu der Zeit.

Sie wollten aber jetzt wissen - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Weil Sie ja sagten, Sie haben da oft über den Teller- rand hinausgesehen, den ganzheitlichen Ansatz verfolgt.

Zeuge Reinhardt Breitfelder:



Nur zur dienstlichen Verwendung

AL 2 weist darauf hin, daß G10-Erfassung eine rein nationale Angelegenheit ist und nicht in Kooperation mit einem Partner erfolgen kann ...

Ich weiß nicht, warum er das so gesagt hat. Vielleicht war ihm klar: Wenn er mit der NSA zusammenarbeitet, kann er nicht auch mit dem GCHQ zusammenarbeiten, und hat eben versucht, ein bisschen was rauszukitzeln, was die können, denen aber nicht gesagt, dass er mit der NSA zusammenarbeitet. Keine Ahnung. Also, ich müsste hier mutmaßen, warum er diese Einlassung so vorgenommen hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, mutmaßen sollen Sie nicht. - Gut. Ich wäre an der Stelle erst mal mit meinen Fragen durch. Ich kann ja gegebenenfalls mich noch mal später einklinken. Ich möchte aber den Fraktionen Gelegenheit geben, Fragen zu stellen.

Für die Fraktionen ergeben sich nach der sogenannten Berliner Stunde feste Zeitbudgets für die Fragen: für die CDU/CSU 27 Minuten, für die SPD 17 Minuten, für die Fraktion Die Linke 8 Minuten, für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ebenfalls 8 Minuten. In der ersten Frageunde beginnt die Fraktion Die Linke, dann kommt die Fraktion der SPD, dann die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und dann die CDU/CSU. In allen weiteren Fragerunden ist die Reihenfolge: Fraktion Die Linke, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD.

Bevor ich der Kollegin Renner das Wort gebe, frage ich Sie ganz kurz: Wenn Sie Getränke, Speisen, eine Pause oder irgendwas benötigen - weil eine Befragung ist ja lange -, geben Sie ein Signal. Sie sollen nicht über Gebühr strapaziert werden. Es ist auch in unserem Interesse, dass Sie immer wach und frisch Auskunft geben können.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich gebe mir alle Mühe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wunderbar. Danke schön. Der Dussmann-Wagen steht näm-

lich gerade draußen. Gerade wäre eine Gelegenheit zum Beispiel, sich mit Speis und Trank zu versorgen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Sonst erscheinen wir mit dem Chiffre „Käsebrötchen“ hier wieder bei netzwerk.org., und die fragen sich dann, was das war.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja genau. Sie geben auf jeden Fall ein Signal, wenn Sie Verpflegung benötigen. - Frau Kollegin Renner, ich darf Ihnen das Wort geben.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Breitfelder, zu der Zusammenarbeit mit der NSA: Mit wem waren Sie in weiteren Behörden und Ministerien neben dem BND selbst in Kontakt, wenn es um Abstimmungsprozesse ging, um Unterredungen, Besprechungen zu dieser Zusammenarbeit?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Mit keiner Behörde. Das wurde alles - - Aus meiner Sicht habe ich das BND-intern alles gemacht. Die einzigen Kontakte, die ich da hatte, neben den anderen - - zu den anderen Abteilungsleitern, zu meinen Unterabteilungsleitern, ist klar, war der direkte Kontakt mit dem Präsidenten. Also wenn es was ganz Wichtiges gab, dann habe ich ihm entweder eine Vorlage geschrieben, oder er hat mich gerufen. Wir haben über die Dinge gesprochen. Lassen Sie mich überlegen, dass ich nichts Falsches sage. - Das war das eine. - Nein, das Bundeskanzleramt habe ich nie gesehen zum Beispiel.

Martina Renner (DIE LINKE): Auch mit jemanden aus dem Innenministerium hatten Sie in der Sache auch keinen Kontakt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein. Das wurde alles auf der Ebene Leitungsstab geregelt.

Martina Renner (DIE LINKE): Und aufseiten der NSA? Zu wem hatten Sie dort Kontakt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Da hatte ich Verbindung natürlich zu - - damals war es eine Leiterin von SUSLAG.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Die hatten wir ja vorhin schon.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Und ich war mindestens einmal drüben - es könnte sein, zweimal -, und da habe ich neben anderen in der NSA-Zentrale, also irgendwelche Abteilungsleiterfunktionen, an die ich mich nicht mehr erinnern kann - -

Ich bin persönlich dann zusammengetroffen mit Michael Hayden. Und ich kann mich auch noch erinnern, dass mir das etwas Sorge gemacht hat, weil das zu einer Zeit war, wo das Projekt schon ziemlich schiefhing. Nun habe ich ihn beim Abendessen - er hatte uns zu so einem offiziellen Abendessen eingeladen - persönlich angesprochen und habe ihn um Verständnis gebeten, dass das jetzt hier nicht so schnell geht, wie es sich das vielleicht die NSA-Seite vorstellt, und habe ihm auch erklärt, warum das so ist. Und merkwürdigerweise: Ich hätte erwartet, dass er scharf reagiert. Das hat er nicht getan; das Gegenteil war der Fall. Er hat gesagt, er hat Verständnis dafür, und so lange wie es dauert, dauert es.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie sich ungefähr erinnern, wann dieses Abendessen - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich weiß es nicht mehr. Ich weiß nur eines: Ich war die letzten anderthalb Jahre nicht reisefähig; das muss also davor gewesen sein: 2004, Anfang 2005 vielleicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben vorhin über die Combined Group Germany gesprochen. Welche Nachrichtendienste seitens der USA oder möglicherweise auch Großbritannien waren daran beteiligt neben der NSA? Oder gab es überhaupt eine Beteiligung?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das war NSA.

Martina Renner (DIE LINKE): Nur NSA?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das war nur - - Ja, die Combined Group Germany hieß: NSA-Mitarbeiter in einer Liegenschaft, die die Amerikaner besetzt hatten mit Satellitenaufklärung und BND-

Personalanteil. Und das Ganze wechselte dann. Als es zu JSA kam, haben die Amerikaner die Liegenschaft aufgegeben, und der BND hat Teile der Antennen übernommen, das Erfassungssystem Satellit übernommen, und es wurde zusätzlich eingerichtet ein Container für SUSLAG und für die Abgriffe des Kabels.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, CIA war nicht beteiligt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein. Obwohl ich - ich glaube, als Abteilungsleiter 6 war das - irgendwann auch mal die CIA besucht habe. Aber das war ein Informationsbesuch; es gab da keine operativen Zusammenhänge. Man hat das immer so gemacht: Wenn aus Deutschland irgendein - - von dem man glaubt, er sei hochrangig, den hat man halt ein bisschen rumgereicht. Und da war ich bei der CIA auch mal.

Martina Renner (DIE LINKE): Das habe ich jetzt nicht ganz verstanden. Sie wurden rumgereicht?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja. Die hielten mich wohl für so hochrangig, dass sie mich auch mal zur CIA führen sollten. Das haben sie dann auch gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Und es ging dort nie um operative Zusammenarbeit?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein. Da ging es - daran kann ich mich noch erinnern - - Da habe ich die mal gefragt, wie die das hinkriegen, dass die Hacker nicht in ihre Systeme eindringen. Und da habe ich die erhellende Nachricht bekommen: Firewall nutzt überhaupt nichts, nur physikalische Trennung. - Das habe ich mir bis heute gemerkt. Hat aber keine praktische Bedeutung mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben ja dieses besondere Vertrauensverhältnis von Ihnen zum Präsidenten des BND dargestellt. Ausdruck ist ja auch, dass man sich über wichtige Dinge auf mündlicher Basis verständigt. Können Sie sich - es muss ja dann auch, denke ich, vielfältige Gespräche zu dieser Zusammenarbeit gegeben



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben - daran erinnern, was vonseiten des Präsidenten geäußert wurde zum einen an Erwartungshaltung, aber zum anderen auch, welche Probleme auch im rechtlichen Bereich, im technischen, an den Präsidenten herangetragen wurden? Also, wie tief steckte er in den Abläufen? Und war er auch in Kenntnis, dass es zur Frage der G-10-Sanitarisierung usw. durchaus auch Kritisches zu bemerken gibt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, was Sie am Anfang gesagt haben, trifft nicht zu. Ich hatte kein tiefgreifendes Vertrauensverhältnis zum Präsidenten, sondern ein normales professionelles Verhältnis. Er hat mit mir sehr selten gesprochen im Vier-Augen-Gespräch. Was regelmäßig stattfand, waren Abteilungsleiterkonferenzen. Nur, da haben wir die Dinge nicht erörtert, die wirklich wichtig gewesen wären, sondern es wurden da irgendwelche administrativen Geschichten, Dienstreisevorbereitungen und so was besprochen. Mit anderen Worten: Es gab zwei Kontaktmöglichkeiten mit dem Präsidenten: Einmal war das das persönliche Gespräch. Das hat er meistens gesucht. Zweitens gab es die Möglichkeit, dass man, wie überall, in jeder Behörde - - Man konnte eine Vorlage schreiben. Ich habe sehr wenige Vorlagen geschrieben, mit dem Zweck, dass sie auch gelesen werden. Und das hat er auch getan.

Ich habe mir gestern mal eine aus den Akten rausgesehen. Warten Sie mal - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn Sie da eine Material- oder Aktennummer haben, dann hilft uns das.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich habe mir das nur schnell notiert. Warten Sie mal. - Es gibt eine Unterlage, da war ich noch Abteilungsleiter 6; die ist vom 22.03.2002. Da habe ich angeregt eine Leitungskonferenz zur strategischen Kooperation mit der NSA. Leitungskonferenz heißt: mehrere Abteilungsleiter mit dem Präsidenten zu einem Thema. In dieser Anregung habe ich bereits angerissen: rechtliche und politische Implikationen,

Sensitivität, Kabelabgriff Deutschland. Diese Besprechung kam dann auch zustande.

Aber, wie gesagt, ich war Abteilungsleiter 6 und nicht 2, der zuständige. Daran mögen Sie vielleicht auch erkennen, dass die andere Seite nicht so begeistert gewesen ist, dass ich ihm in seinem Garten rumfummle. Nur, mir war das damals schon recht heikel, und ich habe mir gesagt: Erstens. Der Präsident muss wirklich noch mal von unserer Seite gesagt bekommen, wo da Risiken drinstecken und wo Chancen drinstecken, und man muss noch mal drüber reden. Und mir war wichtig, dass andere Abteilungen das mitgekriegt haben; weil die hingen am Ende ja irgendwann mal mit drin, wenn es um Meldungserstattung und Ähnliches geht. Und außerdem ist mein Selbstverständnis: Was die Führung des BND macht, müssen die Abteilungsleiter wissen und mittragen, jedenfalls in wesentlichen Elementen. - Das war das eine.

Dann gibt es eine andere Geschichte, da war ich schon Abteilungsleiter 2; das Aktenzeichen lautet 20A-0122/04, Geheimschutzwort vom 06.08.2004. Da habe ich - -

RD Philipp Wolff (BK): Entschuldigung, Herr Zeuge, aber wenn es Geheimschutzwort ist, dann würde ich bitten, dass wir das dann nur auch in geheimer Sitzung machen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann das so summarisch darstellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da muss man jetzt selber entscheiden.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, der Inhalt des Papiers war zum JSA-Sachstand: Meldung über Verzögerungen, warum Verzögerungen eingetreten sind. Das hatte ich ja vorhin schon vorgetragen: Die Verzögerungen im Projekt traten natürlich auch ein durch die technische und rechtliche Frage.

Eine dritte Quelle kann ich Ihnen noch nennen aus dem Jahr 2003. Und zwar ist Abteilungsleiter 2 - - Da geht es um eine Leitungsbesprechung zur JSA am 19.11.2003. Da habe ich unter



Nur zur dienstlichen Verwendung

anderem K.-o.-Kriterien genannt für den Präsidenten für das Projekt „Eikonal“, also Kriterien, wenn die nicht erfüllt sind, dann stirbt das Projekt. Und ein K.-o.-Kriterium, kann ich mich noch erinnern, war wohl das Rechtliche, die rechtliche Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das war die Antwort. - Gut, dann darf ich mich ganz herzlich bedanken. - Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD mit ihren Fragen. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Breitfelder, ich würde einsteigen wollen mit einer Frage, die sich auf Ihre einleitenden Bemerkungen bezieht. Da hatten Sie, ich sage mal, das weltweite Spionagegeschäft charakterisiert mit den Worten, es gebe keine Freundschaften, nur Kalkül. Wie bewerten Sie denn als jemand, der über viele Jahre lang beim Bundesnachrichtendienst in der Abteilungsleiterebene führend tätig war, dann die Bemühungen auch der Politik um ein No-Spy-Abkommen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Der Mächtige macht das, was er kann. So bewerte ich das.

Christian Flisek (SPD): Wenn Sie darauf anspielen: Also, der Mächtige wäre dann, sage ich mal, vor allen Dingen natürlich ein Synonym für amerikanische Dienste.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nicht nur.

Christian Flisek (SPD): Nicht nur. Sondern?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Es gibt auch große andere Dienste.

Christian Flisek (SPD): Okay, aber - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: In Russland den würde ich als sehr hochrangig einstufen. Aber Sie haben schon recht: Die USA ist wie auf vielen anderen Feldern da sehr mächtig. Ich meine, es ist ja ablesbar an Zahlen. Sie können sich ja mal angucken, wie viele Geheimdienste oder Nachrichtendienste und wie viele Zahlen an Köpfen und an Geld - -

Christian Flisek (SPD): Das ist richtig. Ich will auch gar nicht auf Russland oder so eingehen, weil das gehört definitiv nicht zu unserem Untersuchungsgegenstand. Aber wenn Sie sagen: „Der Mächtige macht das, was er kann“, wäre diese Charakterisierung zutreffend aus Ihrer Sicht für amerikanische Nachrichtendienste, beispielsweise die NSA?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Christian Flisek (SPD): Das heißt - ich übersetze das mal -: Das, was technisch möglich ist, wird dort im Zweifel auch gemacht.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und würden Sie mir vielleicht einfach mal einleitend, bevor wir dann zu konkreten Fragen kommen, erklären, was zwischen dieser Philosophie der ganz wesentliche Unterschied ist zur Philosophie beispielsweise des Bundesnachrichtendienstes?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das ist ganz einfach: Der BND tut das, was er darf und was er kann, und wenn er nicht genug kann, dann sucht er sich jemanden, der ihm hilft. Wenn es im Rahmen des Gesetzes möglich ist, dann tut er das. - Deutschland hat deswegen nicht mehr getan, weil es nicht mehr konnte. Ich muss da eine Einschränkung machen. Natürlich, wir stehen unter parlamentarischer Kontrolle, Gesetzesvorbehalt usw. Das ist immer miteingerechnet. Ich will also jetzt nicht sagen, dass der BND so ein Eigenleben führen könnte, dass er machen kann, was er will. Das natürlich nicht. Es geht um das Potenzial. Der BND nutzt sein Potenzial bestmöglich im Sinne des Auftrags, und den hat er von der Bundesregierung.

Christian Flisek (SPD): Und im Sinne dessen, was er rechtlich darf.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Jawohl.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Jetzt stelle ich mir natürlich die Kooperation mit einem Dienst oder mit Diensten, wo sich die Philosophien doch so



Nur zur dienstlichen Verwendung

erheblich unterscheiden, nicht gerade vertrauensvoll vor.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Die Philosophien unterscheiden sich nicht sehr erheblich. Erstens. Wir sind in einer Wertegemeinschaft. Ich meine, wenn ich das jetzt sage, dann wird es da bei einigen zucken, die in den letzten Tagen über CIA und Folter gelesen haben. Dennoch: Über das Ganze gesehen sind wir in einer Wertegemeinschaft. Deswegen gibt es von daher schon jedenfalls keinen grundsätzlichen Widerspruch. Ansonsten kann ich mich nur wiederholen: Wenn die Bundesrepublik, der BND mehr machen könnte, würde er das tun, er müsste er das tun, weil die Bundesregierung auf diese Information angewiesen ist. Genauso handelt natürlich die NSA. Nur die NSA hat ganz andere Möglichkeiten.

Christian Flisek (SPD): Nun gut. - Ich komme jetzt noch mal darauf zurück. Sie haben am Anfang gesagt, die NSA, der Mächtige tut das, was er technisch tun kann.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ich unterstelle jetzt auch mal nach allem, was Sie an Ausführungen gemacht haben: Diese Aussage trifft für den BND eben nicht zu, sondern der BND tut das, was ihm im Rahmen seiner gesetzlichen Grundlagen möglich ist -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Christian Flisek (SPD): - und versucht das natürlich in diesem Rahmen zu optimieren -,

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Christian Flisek (SPD): - indem er zum Beispiel Kooperationen mit anderen Diensten eingeht, die ihn technisch aufrüsten. Ich stelle mir aber trotzdem jetzt noch mal die Frage: Wenn wir eine enge Kooperation eingehen mit einem solchen Dienst - Sie haben zwar jetzt gerade relativiert, dass die Philosophie so anders nicht ist; ich will jetzt auch gar nicht über Wertegemeinschaft diskutieren; ich sehe das im Kern ganz ähnlich -,

aber wie schützt sich dann ein Dienst wie der BND, der doch eben nicht dieser Philosophie „Ich mache alles, was technisch möglich ist“ hinterherläuft, dann in einer Kooperation mit einem Dienst, der genau das Gegenteil tut, der sagt: „Im Zweifel kenne ich keinen Freund, ich kenne nur Kalkül, und ich tute das, was technisch möglich ist“? Sie haben am Anfang auch in Ihrem Einleitungsstatement sehr über Risiko und über Wahrscheinlichkeiten geredet. Wie bewertet man da das Risiko, dass man eventuell selber auch nicht - ich sage es einmal deutlich - Herr der Kooperation ist, sondern von dem anderen Dienst aufgrund seiner technischen Überlegenheit - ich formuliere es jetzt flapsig - über den Tisch gezogen wird?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Da hilft nur, Vorsorge zu treffen. Das haben wir dadurch gemacht, dass wir - - Wir wollten keine Blackbox haben, sondern wir wollten Gerät haben, das wir durchschauen. Im Übrigen wurde das Gerät BSI-zertifiziert und durch andere technische Stellen auch überprüft.

Eine zweite Vorsorge war, immer die Kontrolle über Zugriffe zu behalten. Die NSA konnte niemals irgendwohin zugreifen, wo sie nach unserer Ansicht nicht hätte zugreifen dürfen.

Die dritte Geschichte war: Wir haben unser Prozesssystem entwickelt und haben darin die amerikanischen Geräte eingepasst. Die nicht reinpassten, haben wir nicht reingelassen. Zum Beispiel gab es einen sogenannten Separator. Das war ein Gerät, das ganz vorne am Kabel schon war und den G-10-Strom vom Routinestrom getrennt hat. Das war unser Gerät, und da konnten die auch nicht ran. Das heißt, man muss verschiedene Vorkehrungen treffen unter der Annahme: Wie es der Teufel will, sie könnten doch. Dagegen kann man Vorkehrungen treffen und haben wir auch Vorkehrungen getroffen. Also, wir waren nie so blauäugig, zu glauben, wir sind jetzt die besten Freunde, und die geben uns ein Gerät und freuen sich jetzt, dass sie ein bisschen was mitmachen können. - So einfach liegen die Dinge da nicht. Auf der anderen Seite ist es genauso. Das ändert natürlich nichts daran, dass man ordentlich miteinander umgeht, dass man



Nur zur dienstlichen Verwendung

normale gesellschaftliche Umgänge pflegt. Aber, sagen wir mal, im doppelten Boden ist dann die eigene Haltung. Das haben Sie auch als Diplomat. Ich war Attaché in Moskau. Da musste ich ja genauso agieren.

Christian Flisek (SPD): Gab es denn mal in Ihrer Zeit, in der Sie Verantwortung trugen, in dieser Kooperation Vorfälle, wo es Anlass gab, dass hier nicht fair gespielt wird vom Kooperationspartner?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, da könnte ich mich nicht dran erinnern. Das hätten die mir bestimmt gesagt. Nein, ich wüsste nicht. Umgekehrt war es: Die eine Vertreterin oder die Leitung SUSLAG, die hatte oftmals große Probleme mit uns und hat das auch gezeigt - um das mal vorsichtig auszudrücken. Das hat aber mir wieder gezeigt, dass wir auf der richtigen Spur lagen. Denn diese Verzögerungen haben denen natürlich wehgetan. Die haben Geld investiert und haben nicht das gekriegt, was sie wollten.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Was wäre denn, wenn so ein Fall - jetzt hypothetisch - eingetreten wäre? Wären da irgendwelche Berichte zu Ihnen gekommen? Hätten Sie das dann dem Präsidenten melden müssen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Jetzt antworte ich einmal wie ein Jurist: Es kommt darauf an. Wenn es ein relativ leichter Fall ist, wo man sieht, es war ein Versehen oder so etwas - aus fachlicher Sicht kann man das einigermaßen beurteilen -, dann hätte man mit der Leiterin SUSLAG damals gesprochen und hätte gesagt: Pass mal auf, wirk mal auf deine Leute ein, so geht das nicht. - Wäre das ein schwererer Verstoß, je nachdem wie, gewesen, dann wäre ich natürlich zum Präsidenten gegangen und hätte gesagt: Da muss jetzt etwas passieren. - Die nächste Eskalationsstufe wäre dann gewesen, der Präsident hätte sich unmittelbar an die NSA gewendet mit einer Beschwerde und hätte auch von der Leitung NSA eine Antwort dazu bekommen. Wenn das nichts gefruchtet hätte, ja gut, dann wäre alles geplatzt. Aber solche Fälle - - Die sind auch viel zu vorsichtig, so was - - die passen schon auf, dass sie sich dann auch an Verträge halten. Denn die

müssen ja annehmen und konnten ja auch annehmen, dass wir die Kontrolle über die ganze Geschichte haben. Das Risiko, dass dann die ganze Unternehmung platzt, war für die viel zu groß, weil die stehen unter einem anderen Druck als wir. Mit „die“ meine ich: wesentliche Funktionsträger.

Christian Flisek (SPD): Der NSA?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Der NSA. Was ich da so gesehen habe: Die leben in der Furcht des Herrn. Das tun wir Gott sei Dank nicht.

Christian Flisek (SPD): Können Sie das konkretisieren: Welcher Druck ist das? „Leben in der Furcht des Herrn“, wie soll man sich das vorstellen, wie ist da die Arbeitsweise?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, wenn Sie mit denen mal irgendeine Besprechung haben, dann schreiben die ja ein Protokoll. Das Protokoll kriegen Sie dann irgendwann mal mit. Dann denken Sie, wenn Sie das Protokoll lesen, Sie waren auf einer falschen Übung. Jedes kleinste positive Ereignis wird aufgebauscht, und jedes negative wird unterdrückt. Ich will hier nicht zu weit gehen, weil so was gibt es hier in Deutschland natürlich auch. Aber wir sind jetzt bei der NSA - um darzustellen, unter welchem Druck die stehen. Die werden auch regelmäßig beurteilt. Da spielen auch Beziehungen eine Rolle und ähnliche Dinge mehr. Bei uns ist das was anderes. Wenn ich zum Präsidenten gehe mit einer unangenehmen Nachricht, dann bin ich nicht der Bote, dem der Kopf abgeschlagen wird, sondern da wird sich hingesetzt und gefragt: Wie kommen wir da raus, was ist da zu tun? - So habe ich das kennengelernt, bei mehreren Präsidenten; es war ja nicht nur der eine, mit dem ich zu tun hatte.

Christian Flisek (SPD): Also ich fasse einfach mal zusammen: Ihr Eindruck ist, dass während der gesamten Kooperation zumindest in dem Zeitraum, den Sie überblicken, die Spielregeln vonseiten des amerikanischen Partners eingehalten worden sind.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja. Mit Schmerzen, aber ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Dann kam es ja irgendwann auch zum Ende dieses Projektes. Können Sie uns dazu was sagen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das war nach meiner Zeit.

Christian Flisek (SPD): Zum Ende wissen Sie auch nichts?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein. Ich habe nur, als ich meinem Nachfolger übergeben habe - das war vorher ein Unterabteilungsleiter von mir, der wurde dann Abteilungsleiter - - Mit dem hatte ich dann ein Gespräch. Da hat sich schon abgezeichnet: Wer weiß, ob das ganze Ding gut ausgeht. Er hat auch noch zu mir gesagt: Wir müssen da jetzt noch mal genau reingucken, ob dieser ganze Aufwand, dieses Risiko auch im rechtlichen Bereich, das wert ist bei den Ergebnissen, die rauskommen. Denn wir hatten den Hahn voll aufgedreht, und raus kamen nur ein paar Tropfen. Warum? Nicht weil wir es² gekonnt hätten [sic!], sondern weil die rechtlichen Rahmenbedingungen uns praktisch dazu zwangen, zu sagen: Wenn ich nicht sicher weiß, dass da nichts drin ist, was wir nicht haben dürfen, dann lasse ich es nicht durch, dann schmeiße ich es eher weg. Diese Haltung hat sich manifestiert und verbreitet im gesamten Strang dieser Aufklärung und hat wohl auch dann dazu geführt, dass die Ergebnisse einfach nicht mehr adäquat zum Aufwand waren.

Christian Flisek (SPD): Wie war denn da die Kommunikation mit den amerikanischen Partnern? Haben die gesagt: „Ihr müsst mal fünf gerade sein lassen“ - ich formuliere jetzt bewusst ein bisschen zugespitzter -, -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja.

Christian Flisek (SPD): - was soll das“? Die Amerikaner sind ja in Vorleistung gegangen in dem Projekt. Sie haben selber geschildert, das Ganze war sehr synallagmatisch: Do ut des. Aber der

eine ist in Vorleistung gegangen, hat die Technik gebracht, hat investiert.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann mich an eine Sache noch erinnern, die zu Ihrer Frage passt. Warten Sie mal, das habe ich mir gestern rausgeschrieben.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Es gibt ein Schreiben von mir, vom Abteilungsleiter 2, vom 12.02.2004, Geheim, von AL 2 an Chef SUSLAG.

RD Philipp Wolff (BK): Vielleicht, Herr Zeuge, das setzt voraus, dass wir so abstrahieren können, dass es auch hier geschildert werden kann, wenn es ein „Geheim“-Schreiben ist.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich sage Ihnen kurz, was da drinsteht.

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand beraten sich mit Vertretern der Bundesregierung)

Wenn Sie das Ding im Original lesen - es ist nicht lang, es sind zwei Seiten; ich habe es mir gestern nochmals angeguckt -: Der Auslöser war eine etwas unwirsche Anfrage an mich von der Leiterin SUSLAG, warum es jetzt nicht endlich weitergeht im Projekt. Da habe ich ihr - diplomatisch verklausuliert, aber dennoch deutlich - gesagt, im Kern: Solange nicht sichergestellt ist, dass die deutschen Rechtsfragen geklärt sind und mit technischen Mitteln befriedigend gelöst werden, wird es auch nicht weitergehen. - Das habe ich wirklich in klarer Deutlichkeit dort zum Ausdruck gebracht, in der Ziffer 3.

Christian Flisek (SPD): Das ist ein Beispiel für ein - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das ist ein Beispiel, ein ganz seltenes Beispiel. Es ist schriftlich sonst kaum was gelaufen. Die haben ständig nach

2) Richtigstellung des Zeugen: "nicht", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Washington gemeldet, aber wir haben das eben mehr mündlich gemacht.

Christian Flisek (SPD): In den Leitungssitzungen, in denen Sie eingebunden waren auf BND-Seite, ist auch nie irgendwann mal der Gedanke aufgetaucht, dass man eventuell von diesem Kurs etwas abweichen könnte? Weil man ja immerhin diese strategische Kooperation auch vielleicht nicht gefährden wollte. Man hat bis dato ein großes Interesse an einer Kooperation mit der NSA.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Wissen Sie was: Solche heiklen Themen werden dann dem überlassen, der das Bonbon am Bein hat.

Christian Flisek (SPD): Der das was? Ich habe es akustisch nicht verstanden.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das Bonbon am Bein, der also mit dem Problem unmittelbar umgehen muss und dafür unmittelbar verantwortlich ist, und das war ich. Ich habe nichts gefragt, weil ich die Antwort - - Never ask a question you don't like the answer to - NATO-Spruch. Ich wurde auch nicht gefragt. Deswegen habe ich ja ab und zu mal, in ganz seltenen Fällen, eine Präsidentenvorlage geschrieben, um zum Projektfortschritt - was ja ein Euphemismus war - zu melden, zu berichten. Mit den anderen Abteilungsleitern habe ich kaum darüber gesprochen; so oberflächlich ein bisschen. Sie wussten, ich mache was mit der NSA, neue Technik und. Die hatten ganz andere Probleme. Auf der Ebene kam da kaum was zur Sprache. Wenn Sie darauf hinauswollen, dass ich vielleicht Druck ausgesetzt war vom Präsidenten: Das kann ich so nicht sagen. Natürlich, wissen Sie, in einem Gespräch fallen Worte, aber es sind auch nonverbale Äußerungen zu erkennen. Dann merkt man schon, ob einer jetzt ungeduldig ist und sagt: „Nun wird es langsam Zeit“, nach dem Motto: „Kriegen Sie das jetzt nicht endlich in den Griff?“, oder aber ob einer sagt: „Na ja gut, wenn es so ist, ist es so“. - Bei dem Präsidenten, mit dem ich in der Hauptsache zu tun hatte - ich glaube, den darf ich nennen -, -

(RD Philipp Wolff (BK)
nickt)

Christian Flisek (SPD): Der ist allgemein bekannt.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: - Dr. Hanning war das -, kann ich nur sagen: Wir haben uns da schon verstanden.

Christian Flisek (SPD): Also Sie hatten ziemliche Prokura in dem Bereich?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja.

Christian Flisek (SPD): Dann komme ich mal auf einen anderen Themenbereich zu sprechen, die Kommunikation zwischen dem BND und dem Netzbetreiber. Was können Sie uns denn zu der Frage sagen, wie der Zugang zu den Transitstrecken ursprünglich bei den Leitungsvermittlungen zustande gekommen ist?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das weiß ich nicht. Das war vor meiner Zeit.

Christian Flisek (SPD): Bei den Paketvermittlungen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Da hatte ich einen Mitarbeiter, der hat auch letztens hier ausgesagt. Der ist heute Unterabteilungsleiter.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich habe mich mit den Leuten natürlich unterhalten, mit seinem Unterabteilungsleiter usw. Wir haben oft kleine Gesprächsgruppen gebildet. Es war nicht so, wie man sich das bei einer Behörde vorstellt, sondern eher wie im Gefecht. Mit dem haben wir uns dann zusammengesetzt und haben gesagt: Was können wir denn jetzt tun? Irgendwann haben wir uns gefragt: Wieso geben die uns jetzt keinen Zugriff? Für leitungsvermittelt haben sie es uns doch gegeben.

Christian Flisek (SPD): Darf ich kurz nachfragen: „Leitungsvermittelt haben sie es gegeben“: Auf welcher Grundlage war das?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das weiß ich nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Das wissen Sie nicht.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das war vor meiner Zeit. Das lief schon.

Christian Flisek (SPD): Ich hätte halt gedacht, dass Sie vielleicht auch im Rückblick Zugang zu Unterlagen, Akten hatten, die vor Ihrer Zeit liegen, die das Projekt vorher betreffen. Ich verstehe das Argument, dass man sagt: Es ist vor meiner Zeit. Aber wenn man eine Projektverantwortung bekommt, schaue ich mir natürlich auch alles an, was vor meiner Zeit war.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich hatte gestern sechs Stunden, die haben mir gereicht. Es hat gerade noch gereicht, um mir ein paar Sachen aufzuschreiben. Aber sie laufen dann leer. Ich weiß nicht, ist jemand von der Verwaltung hier? Die werden noch Lust kriegen mit meiner Reisekostenrechnung. Denn ich bin nicht sicher, dass das getragen wird. - Aber das war jetzt nicht die Frage.

Die Frage war: Leitungsvermittelt war schon gelaufen, dazu kann ich nichts sagen. Paketvermittelt: Da sind wir dann auf die Idee gekommen und sagen: Pass auf mal, der Strom, der da durchläuft - wir wollen ja ohnehin nur Auslandsverkehre -, da können wir doch eine G-10-Anordnung anfragen. Wenn wir eine G-10-Anordnung haben, dann kommt uns auch der Routineverkehr mit rein. Da haben wir doch das, was wir wollen. - Das haben wir dann gemacht. Mit der G-10-Anordnung greift ja die Telekommunikations-Überwachungsverordnung, und da wird ja der Betreiber verpflichtet, uns den Zugang zu gewähren.

Christian Flisek (SPD): Also, gehe ich recht in der Annahme, dieser Gedanke, dass man dann sozusagen irgendwann mal umswitcht auf eine G-10-Anordnung, der kam aus Ihrem Hause?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ist so an den Netzbetreiber herangetragen worden?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein, nein. Nein, nein, so schnell waren wir nicht. Wir wollten ja noch Rückendeckung vom Bundeskanzleramt. Also, das Ding lief über Präsident, Bundeskanzleramt, Brief an den Betreiber.

Christian Flisek (SPD): Wer wollte die Rückendeckung haben, der BND oder die Telekom?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich.

Christian Flisek (SPD): Ich frage ja bloß.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich wollte sie haben: Leute, das geht jetzt über meine Kompetenz hinaus, das müssen wir jetzt schon irgendwie ordentlich machen. - Dann ging das diesen Weg. Das Bundeskanzleramt hat offenbar einen Brief geschrieben an den Betreiber. Dann wurde auch die G-10-Anordnung beantragt. Das lief dann auch. Als der Betreiber gehört hat, die G-10-Anordnung läuft, damit griff die TKÜV, und die Sache war klar. Nur, das dauerte.

Christian Flisek (SPD): Und alle waren zufrieden.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, alle waren zufrieden. Ich müsste lügen, wenn ich es anders sagen würde. Es war so.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Ich habe leider keine Zeit mehr. Ich würde es gerne vertiefen. Aber vielleicht machen es die nachfolgenden Kollegen. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Oder in der nächsten Runde. Dann ist wieder die Zeit da. Jetzt ist aber die Zeit für Bündnis 90/Die Grünen da. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielen Dank, Herr Breitfelder, für Ihre bisherigen Ausführungen. Ich finde es tatsächlich eine sehr aufschlussreiche Sitzung, die wir hier zusammen haben. Ich wollte noch mal ganz kurz anknüpfen an den Zeitpunkt, in dem Sie mit dem Projekt im BND in Kontakt kamen. Das war das Jahr 2003.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, 2003 eigentlich nicht mehr. Da war ich ja nur noch - - Ich bin im Oktober/November dazu und habe dann diese Haushaltsunterlage geschrieben. Sagen wir mal, 2004 ging das los.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Anfang 2004.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: 2004 ging das los, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bis dahin gab es bei dem Projekt tatsächliche und rechtliche Probleme bei der Umsetzung der Vereinbarung mit den USA. So haben Sie es beschrieben, oder so habe ich es zumindest verstanden. Deswegen frage ich jetzt noch mal nach.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich will es nicht an einem Zeitpunkt, sondern an Ereignissen festmachen. Die rechtlichen Probleme begannen ja zu entstehen mit einem Abgriff. Mit dem Erschließen einer Quelle - in diesem Fall das Kabel - begannen ja rechtliche Rahmen zu greifen. Damit begann auch das Problem, sich an dieses Recht so zu halten, dass auch immer noch ein Nutzen rauskommt - was nicht bedeuten soll, dass wir jetzt am Recht rumgefummelt hätten. Immer wenn Sie an einen Kommunikationsstrom gehen, greift Recht. Und da haben wir die zwei Möglichkeiten: BND-Gesetz § 2, Routine, G-10-Gesetz - was ist das? -, 5, Anordnungs- - weiß ich nicht mehr genau, wie es heißt, Antrag auf - - Mensch, wie heißt denn das mit der Anordnung? Anordnungsverfügung? Keine Ahnung. Ist jedenfalls nach G 10.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beschränkung.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Genau. § 5, Anordnungsbeschränkung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: In dem Rahmen bewegen Sie sich dann. Ich meine, da gibt es ja

noch diese heineinverzahnten Gesetze: Bundesdatenschutzgesetz, Telekommunikationsgesetz, ich weiß nicht, was da noch alles - -

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verfassungsschutz!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja am Anfang beschrieben - ich habe Ihnen bei Ihrem Einführungsstatement genau zugehört und fand es auch sehr interessant -, Sie sind aufgrund einer bestimmten Fähigkeit und einem bestimmten Können sozusagen mit diesen Aufgaben betraut worden. Ich habe das so verstanden, dass das Führungsstärke ist.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, das wollte ich auch so sagen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Die Verwendungen, die ich hatte, diese kurzen Stehzeiten - ich habe das vorhin nicht so ausgeführt, ich will auch nicht an meiner Rüstung putzen -: Aber man muss sagen, ich hatte nur Feuerwehraufträge. Bei der Abteilung 6 zum Beispiel ging es darum, die ganze IT-Infrastruktur des BND auf neue Beine zu stellen. Wer das mal versucht hat: von der physikalischen Netzwerkebene bis zur Anwenderschicht und dann noch während der Zeit des Umzugs - - Das war ja auch noch so eine Geschichte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Da kann ich nur sagen: Ich hatte hervorragende Fachleute, und meine Aufgabe war es, diese Fachleute so zusammenzubinden, dass dabei etwas rauskommt. Denn wer mit Technikern zu tun hat, muss wissen: Auch da gibt es Philosophien. Da haben Sie hier die HP-Fraktion, da die IBM-Fraktion, wahrscheinlich heute noch Cisco und so was. Da war meine Aufgabe, diese Leute zusammenzubringen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre meine nächste Frage gewesen. Sozusagen Ihre Qualitäten, die Sie für diese Aufgabe mitgebracht haben, lagen nicht darin, dass Sie die rechtlichen Probleme jetzt besonders lösen könnten oder die technischen Probleme lösen könnten, sondern dass Sie die Menschen, die da sind, zusammenbinden und das Problem lösen, praktisch.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Für mich war wie für jeden Leiter das Organisationsziel die Sonne. Das Organisationsziel war Verbesserung der Aufklärung so, dass wir den Bedarf der Bundesregierung abdecken können. So, das war das Ziel.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Jetzt hatte ich diese Gemengelage von Technik, Recht, Personalumbruch, Organisationsumbruch und meinetwegen noch so ein paar politische Implikationen. In dieser Gemengelage musste ich jetzt Leute zusammenführen, um auf diesem Wege fortzuschreiten, sodass wir zum Erfolg kommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. So. Aber jetzt gab es da eben Probleme. Jetzt frage ich mich - ich bin selbst erst seit 2009 im Bundestag und mache seitdem Netzpolitik und musste mir das alles hart erarbeiten, wie das Internet so funktioniert -: Wussten Sie das vorher, oder haben Sie sich das auch erschlossen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das habe ich mir dort vor Ort erschlossen. Ich kann Ihnen aus meiner Zeit als Abteilungsleiter 6 - davor war ich ja Unterabteilungsleiter in dieser Abteilung, und das war die Entwicklungsabteilung - - Ich habe, als ich meinen Dienst antrat, die Leute schlicht nicht verstanden. Ich musste Vokabeln lernen. Ich bin am Wochenende nach München rein und habe mir so ein Wörterbuch über IT-Entwicklung gekauft, damit ich überhaupt wusste, wovon die reden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Aber das war nicht mein Punkt dort. Denn auch da ging es schon darum: Die haben 20, 30 Projekte geführt, teilweise über sechs, sieben Jahre. Da habe ich eingegriffen. Da waren meine Fragen: Wer ist der Nutznießer? Was ist der Nutzen für den BND? Was kostet das? Wie lange läuft das? Wie lange wird es noch laufen? So, und dann waren aus den 20 Projekten plötzlich 7 geworden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe. Aber wenn es um die Erfassung von paketvermittelten Daten geht, wie kann man dann sagen, dass man im Hinblick auf das Kabel, an das man drangeht, ja erstmal nur Auslandsverkehre erfasst?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das hat man mir so erklärt, dass die Kabel bestimmte Grundströme beinhalten, also beispielsweise Großstadt in Europa zu einer Großstadt im außereuropäischen Raum. Dieser Verkehr wird da durchgeleitet. Man muss sich ja das Kabel nicht als *ein* Kabel vorstellen. Ich habe ja vorhin gesagt, über 100 Netzwerke sind da zusammengeschaltet, über Router, Switches usw. Das heißt also, man kann vorher durch den Betreiber zum Beispiel erfahren: Welche Verkehre laufen denn da drüber, welche Verbindungen sind das?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Haben Sie da vielleicht eine Zahl in Erinnerung, was Ihnen der Betreiber bezüglich dieses Kabels gesagt hat, wie hoch der G-10-Anteil in diesem Kabel, das Sie anzapfen wollten, tatsächlich ist?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein. Das hätte er auch gar nicht sagen können, denn dann hätte er Aufklärung betreiben müssen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht aber - das darf ich sagen, ohne die Fakten zu nennen - in den Akten drin, in den BND-Akten.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja. Es kann sein, dass sich das auf leitungsvermittelte Verkehre - - Da reden wir über was anderes. Leitungsvermittelt und paketvermittelt ist ein Unterschied. Bei



Nur zur dienstlichen Verwendung

leitungsvermittelten, da kann ich genau sagen, welche Leitungen wohin gehen. Im Übrigen: Im Verkehr und im Unterschied zu datenvermittelten wird eine diskrete Verbindung aufgebaut zwischen Sender und Empfänger.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich weiß ungefähr, wie das technisch funktioniert, wobei ich mir das in den letzten Monaten alles angeeignet habe. Aber Sie können nicht erinnern, Herr Breitfelder, was der Grund war, warum der Telekombetreiber eine G-10-Verfügung vom BND verlangt hat, was sozusagen das Argument des Telekommunikationsbetreibers Ihnen gegenüber war, warum sie dafür eine G-10-Verfügung brauchen? Das können Sie nicht erinnern? Oder können Sie das erinnern?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Im Übrigen, ich habe nicht vom Telekombetreiber gesprochen, ich habe nur vom - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, davon rede ich.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, okay. - Wie auch immer, ich hatte so den Eindruck: Denen sind einfach die Füße kalt geworden, als sie gemerkt haben, wir wollten jetzt noch mehr, als wir schon haben, und das auch noch paketvermittelt. Es muss so eine diffuse Ahnung gewesen sein, dass man da mehr machen muss.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Da gibt es konkrete Zahlen, Herr Breitfelder, die in Ihrem Haus aufgeschrieben worden sind. Man kann sie im Grunde auch nennen, es ist eigentlich nicht so erstaunlich. Es gibt konkrete Zahlen, die diese These, dass die Kabel, die Leitungen, an denen Sie da dran waren, überwiegend ausländische Verkehre abschnorcheln, widerlegt. Der Telekommunikationsbetreiber hat Ihnen gesagt: Ein ganz, ganz, ganz erheblich hoher Prozentteil der Daten, die durch diese Kabel gehen, sind G-10-relevante Daten, und deswegen wollen wir vom BND eine G-10-Verfügung haben. - Daran können Sie sich aber nicht erinnern?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Die hätten mir doch da irgendwas - - Ich war in dem - - Die haben mir das so ganz einfach erklärt, haben gesagt: Das ist ein Transitkabel Ausland-Ausland; es kann natürlich auch mal vorkommen, dass Deutsche im Ausland miteinander reden, dann ist es G 10. - So habe ich das in Erinnerung. Es würde mich sehr wundern, wirklich sehr wundern, wenn es anders wäre.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie können nicht erinnern, dass der Telekommunikationsbetreiber das härter argumentiert hat und jetzt - - Denn wo ist denn der Unterschied gewesen - das ist meine letzte Frage - zu der Leitungsvermittelten?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Keiner, prinzipiell keiner.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum hat dann der Telekommunikationsbetreiber das von Ihnen verlangt, was Ihnen ja ganz erhebliche Probleme gemacht hat?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das muss der Telekommunikationsbetreiber beantworten. Wahrscheinlich hat er, wie ich gesagt habe, irgendwie kalte Füße bekommen, weil sich das Ding jetzt ausgeweitet hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Ihren Akten steht es genau drin, was er gesagt hat.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das weiß ich aber doch nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können wir nachher vielleicht noch machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Jetzt müssen wir nach bald elf Minuten wechseln und kommen zur Fraktion der CDU/CSU.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich möchte erst auf ein paar Punkte eingehen, die die Kollegen Flisek und von Notz angesprochen haben. Zunächst mal deuteten Sie vorhin gegenüber dem Kollegen Flisek an, dass die Leiterin SUSLAG Ihnen erhebliche Probleme bereitet hätte bzw. die Dame Probleme gesehen hätte, und Sie hätten dadurch gemerkt, dass Sie auf dem richtigen Weg seien in der Art und Weise der Zusammenarbeit mit den Amerikanern. Was heißt das denn?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das war ein bisschen überspitzt formuliert. Ich habe mir gesagt: Wenn die jetzt schon Widerstände gegen unser Vorgehen zeigen, dann heißt das doch, dass wir irgendwo einen Nerv getroffen haben. - Dieser Nerv hätte darin bestehen können, dass die NSA gehofft hat, dass wir im Widerspruch zu deutschem Recht das ignoriert hätten und zum Beispiel ihre Geräte eingesetzt hätten, da, wo wir sie nicht haben wollten.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Heißt das, dass die NSA Sie indirekt aufgefordert hat, deutsches Recht zu missbrauchen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nie, das hätten die nie gewagt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Trotzdem verwundert mich Ihre Aussage. Bedeutet das, dass der BND unter seinen Möglichkeiten in der Kooperation geblieben ist?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das habe ich jetzt nicht begriffen: wieso unter unseren Möglichkeiten?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was bedeutet es, wenn Sie sagen, dass die Amerikaner gehofft haben, dass Sie die technischen Möglichkeiten ausnutzen können und Sie quasi deutsches Recht brechend Zugänge bekommen haben? So habe ich Sie verstanden.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja, das war auch mein Gefühl. Nur: Das war der doppelte Boden. Das haben die mir ja nie offen gesagt, sondern das war so mein Gefühl. Die hätten nie zu mir

gesagt: „Brich deutsches Recht“, auch nicht in verklausulierter Form, nie.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Umgekehrt haben die Amerikaner erwartet, dass Sie im Sinne einer engeren Zusammenarbeit solche möglichen Rechtsfragen in Kauf nehmen? War das so die latente Vermutung? Sonst erschließt sich mir Ihre Aussage nicht. Deswegen frage ich nach.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das kann schon sein. Nur, nach einer Weile haben die ja gemerkt, dass sie bei mir auf Granit beißen. Am Anfang mag das noch so gewesen sein. Aber dann haben sie es auch nicht mehr versucht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay, das ist eine klare Aussage, danke. - Der zweite Punkt war eine Sache, die Sie auch gegenüber dem Kollegen von Notz und einigen anderen geäußert haben. Sie haben vorhin mal gesagt, Sie haben ganz selten Präsidentenvorlagen geschrieben und seien ganz selten dem Präsidenten begegnet. Können Sie das mal ausführen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich habe jetzt keine Strichliste. Aber wirklich wichtige Themen haben wir im Jahr vielleicht drei- bis viermal besprochen. Abteilungsleiterkonferenzen gab es aber regelmäßig. Ich weiß jetzt nicht mehr, wie die Abstände waren: zwei Wochen, drei Wochen, keine Ahnung. Aber diese sehr nervigen Dinge wurden da nicht behandelt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte trotzdem nachhaken, weil Sie vorhin gegenüber dem Kollegen von Notz gesagt haben, Sie hätten nur Feuerwehraufträge ausgeführt.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Müssten nicht, auch wenn Sie vorhin das Hohelied der Auftragstaktik gesungen haben, gerade wenn Sie ständig Feuerwehraufträge haben, diese eng an die Leitung gebunden koordiniert werden?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, eben nicht.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das erschließt sich mir nicht.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Führen durch Aufträge heißt - ich übersetze es mal ins Zivile -: Ein Leiter einer Organisation setzt ein Ziel. Der Nachgeordnete nimmt das Ziel auf, und ihm bleibt überlassen, wie er das Ziel erreicht. - Deswegen gibt es nur einen Grund, dass der Nachgeordnete den Zielgeber spricht: wenn sich die Lage, die zu diesem Ziel geführt hat, entscheidend ändert. Diese Lage hat sich nicht entscheidend geändert. Die Rahmenbedingungen für diesen Auftrag, den ich hatte, waren im Grunde unverändert. Es war das deutsche Recht, es waren unsere Schwäche oder unsere Lücken in der Technik, es war unser Personalkorsett, und es war unser Finanzkorsett.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet aber, dass das, was Sie eben als Feuerwehraufträge beschrieben haben, alles in dem von Ihnen eben beschriebenen Rahmen war und nicht eine Koordinierung mit Kanzleramt oder mit der Leitung des Hauses, die Ihren persönlichen Kontakt mit der Leitung des Hauses erforderlich gemacht hat, mit sich brachte. Richtig? Das ist etwas, was mich wundert. Weil wenn Sie als Abteilungsleiter, der diese drei Abteilungen kennt, in solchen schwierigen Aufträgen sind, dann muss man doch öfters mal rückkoppeln.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein. Ich war ja daran interessiert, dass ich machen konnte, wie ich das für richtig hielt. Wenn ich jetzt ständig zurückgefragt hätte, hätte ich ständig irgendwelche Antworten und gute Ratschläge bekommen, die ich nicht gebraucht hätte. Den Präsidenten brauchte ich nur für eines: für Entscheidungen, die ich nicht selber treffen konnte; dafür brauchte ich ihn. Ich brauchte ihn nicht, um mein Projekt durchzuführen und meine Abteilung zu führen; dazu brauchte ich ihn nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wurde die Leitung durch Sie informiert, zum Beispiel über die Herausforderungen, die Sie mit der Leiterin SUSLAG hatten?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich habe den Präsidenten darüber nicht informiert. Es mag sein,

dass ich am Rande von irgendwelchen Besprechungen mal was gesagt habe. Aber das war nicht meine Natur. Weil das war immer noch mein Bereich, in dem ich regeln konnte, was ich geregelt habe. Dieser eine Vorgang, den ich vorhin angeführt habe, es kann sein, dass er den zur Kenntnis gekriegt hat. Das kann sein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet aber, Herr Zeuge, schließe ich daraus, dass die Schwierigkeiten, die Sie auf der praktischen Arbeitsebene mit der NSA hatten, nicht als Information an das Kanzleramt gegeben wurden, weil die Leitung des Hauses es nicht wusste?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, können Sie so sagen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich halte das für einen entscheidenden Punkt. Danke schön.

Sie sprachen aber auch das Thema Abteilungsleitertreffen an, regelmäßige Treffen. Ich möchte mal nachfragen: Gab es außer den Abteilungsleiterrunden weitere Leitungsrunden oder regelmäßige Gesprächstermine im BND, an denen Sie als Abteilungsleiter teilgenommen haben?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Woran lag das?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Dass es sie nicht gab.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wäre das aus Ihrer Sicht, rückblickend, notwendig gewesen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Warum nicht?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Es wäre überflüssig gewesen. Die Abteilungsleiterkonferenzen waren ja dazu da, um im BND zu koordinieren. Wenn übriger Koordinationsbedarf zwischen Abteilungen bestand, dann haben die sich natürlich zusammengesetzt. Aber das war dann nicht mehr



Nur zur dienstlichen Verwendung

BND gesamt, sondern eben bilateral und trilateral, wie auch immer.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was bedeutet der Begriff Leitungsbesprechung im Zusammenhang mit dem BND?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Leitungsbesprechung heißt, dass der Präsident und die Abteilungsleiter eine Besprechung durchführen, wobei im Gegensatz zur Abteilungsleiterkonferenz, wo eine Regelbesetzung da ist, da immer entschieden wird, wer da gerade zu welchem Thema dazugeladen wird.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich versuche den Unterschied herauszustellen zwischen Leitungsbesprechung und Abteilungsleiterkonferenz. Das habe ich nicht ganz verstanden.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Die Leitungsbesprechung war eine Abteilungsleiterkonferenz mit speziellem Ziel und ausgewählten Abteilungsleitern. Die Abteilungsleiterkonferenz war eine Regelveranstaltung, wo immer alle Abteilungsleiter oder deren Vertreter vortrugen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ein paar Fragen zur übergeordneten Ebene, Abteilung 6 Kanzleramt. Gab es regelmäßige offizielle oder auch inoffizielle Treffen bzw. einen Informationsaustausch mit Mitarbeitern des Kanzleramtes?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Von der Abteilung 2 und auch von 6 kann ich das sagen: nein, mit einer Ausnahme: Meine zwei Juristen im Abteilungsstab, die hatten die G-10-Geschichten zu bearbeiten, die hatten immer Verbindung zum Bundeskanzleramt. Da ging es, glaube ich, auch darum: G-10-Anordnungen, Einzelheiten dazu, Besuche PKGr, Besuche G-10-Kommission und Ähnliches. Da waren die irgendwie mit beteiligt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Haben Sie jemals den BND-Präsidenten vertreten oder begleitet zu Besprechungen im Kanzleramt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich habe ihn begleitet, aber ins Ausland und nicht zum Bundeskanzleramt. - Halt!

(Der Zeuge und sein Rechtsbeistand beraten sich mit Vertretern der Bundesregierung)

RA Johannes Eisenberg: Herr Vorsitzender, gestatten Sie mir kurz das Wort?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Für rechtliche Erklärungen gerne, nicht für Statements. Dafür ist der Zeuge da. Aber für rechtliche Erklärungen für den Zeugen sehr gerne.

RA Johannes Eisenberg: Der Zeuge wird die Frage beantworten, obschon nach unserer Auffassung die Frage nicht zum Untersuchungsgegenstand gehört, ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht, gleichwohl wahr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das finde ich sehr löblich, und wir sind dankbar dafür. - Herr Zeuge.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Es gab mal ein offizielles Abendessen, das der Präsident hier in Berlin gegeben hat. Der hatte ja damals schon eine Residenz hier in Berlin. Zu diesem Abendessen war der damalige Chef des Bundeskanzleramtes geladen, Herr Dr. Steinmeier. Ich erinnere mich deswegen noch so genau, weil ich die ehrenvolle Aufgabe hatte, mein Konzept für das Schwerpunktprogramm als haushaltsbegründende Unterlage so vorzutragen, dass es auch jeder versteht, was für mich hieß: kein Abendessen, aber Vortrag. Deswegen weiß ich das noch heute sehr gut. Denn ich habe damals schon gerne gegessen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank. Vielleicht, Herr Zeuge, ist das jetzt auch ein Hinweis an uns, dass Sie vielleicht essen wollen. Ich weiß es nicht. Aber ich fasse mich kurz. - War es eigentlich üblich, dass der Präsident aus den Präsidentenrunden den Abteilungsleitern berichtet hat? Ich schließe aus Ihren Aussagen vorhin, dass nein. Wenn ja, warum nicht? Denn er war ja regelmäßig im Kanzleramt. Im Grunde genommen müssten doch die Abteilungsleiter informiert sein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das war immer der erste Punkt bei Abteilungsleiterkonferenzen. Da hat er immer draus berichtet.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Wie oft fanden die statt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann es nicht mehr genau sagen, alle zwei bis drei Wochen. Im Übrigen, bei solchen Sachen war es ja nun auch so: Im Vorfeld dieser Pr-Runden wurden ja oftmals Abteilungsleiter einzeln angesprochen, wenn es um Dinge ging, die der Präsident vortragen wollte. Diese Verbindung gab es dann auch. Aber mich hat er eigentlich selten oder nie gefragt für irgendwas.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ich möchte jetzt einen Blick ins Ausland richten, eine Frage zu den internationalen Kontakten. Waren Sie selbst für die Pflege solcher Kontakte zuständig, mit Blick auf die Five-Eyes-Staaten?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann ganz allgemein sagen: Ich war für die Pflege solcher Kontakte zuständig, wenn es um sehr hochrangige Dinge ging und hochrangige Vertreter im Ausland; dann ja. Die Auslandsreisen, die ich gemacht habe, können Sie an einer Hand abzählen.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Waren dies Treffen zum Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein. Da ging es nur um Strategie, Kooperation, Schönwetter und so was, also um den Boden vorzubereiten für weitere Fortschreitungen von Kooperationen oder den Neuanfang von Kooperationen oder aber: Es gab Länder, da musste sich ein General einfach mal sehen lassen, damit sie sagen konnten: Der war mal bei uns. - Die wären beleidigt gewesen, wenn ich da nicht hingefahren wäre. Es war eine halbtouristische Unternehmung, aber ich konnte das nicht verhindern; ich musste mich halt dort mal gezeigt haben. So was gab es auch.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): An eine dieser Reisen - wovon es offensichtlich bis zu fünf waren - möchte ich Sie jetzt erinnern. Es ist eine Dienstreise vom Juli 2001. Hierin berichten Sie dem BND-Präsidenten über eine fünftägige Reise oder ein fünftägiges Treffen mit Vertretern der US-Nachrichtendienste in den USA. Erinnern Sie sich an diese Reise?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich gucke gerade nur, was ich da war.

(Der Zeuge blättert und liest in seinen Unterlagen)

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Es war ein Schreiben vom 23. Juli 2001.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das hatten wir doch vorhin schon. Da war ich Abteilungsleiter 6. Das hatten wir vorhin schon mal.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ja, ich weiß. Aber ich möchte wissen, ob dies Ihre erste Dienstreise zu den amerikanischen Diensten war oder ob Sie das früher schon einmal gemacht haben.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Es kann gut sein, dass das die erste war. Ich bin mir nicht sicher, aber es ist sehr wahrscheinlich.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Danke schön. - Der erste Punkt in Ihrem Reisebericht vom Juli 2001 lautet: „Zur ‚strategischen Partnerschaft‘ mit NSA“. Was verstanden Sie damals unter dem Begriff „strategische Partnerschaft mit NSA“?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das, was hinterher daraus geworden ist, nämlich zusehen, dass man von der NSA möglichst viel abgreift, besonders in technischer Hinsicht und in technischem Know-how. Denn das war damals als Abteilungsleiter 6 für mich ja wichtig, weil meine Entwickler den Auftrag hatten, neue Geräte zu entwickeln für den Internetansatz. Ansonsten war das im Grunde eine Worthülse. Wissen Sie, ich hatte als Abteilungsleiter 6, als ich das IT-Projekt angeschoben habe - - Als die IT des BND erneuert



Nur zur dienstlichen Verwendung

werden musste, gab es viel Beratungsbedarf und viele Firmen, die reingeholt werden mussten. Jede Firma kam an, jede große deutsche Firma, und das erste Wort war: strategische Partnerschaft. Dann habe ich gesagt: Leute, das ist für mich eine Worthülse. Lasst uns über Inhalte reden, und was es dann ist, ist mir egal. - Das Wort „strategische Kooperation“ wird eben auch in unserem Zusammenhang - - Von mir aus wurde das jedenfalls so genutzt, weil mir klar war: Strategische Partnerschaft, das ist erst mal eine Worthülse. Was sich dahinter wirklich verbirgt, welcher Nutzen sich damit verbindet, das wird sich dann zeigen müssen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): War das eigentlich ein neues Projekt, oder war das etwas, was einfach nur, wie Sie sagen, in eine Worthülse gekleidet wurde und eine länger bestehende Kooperation fortsetzte?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich muss mal so sagen: Die Zusammenarbeit mit der NSA, die ging ja schon Jahrzehnte. Insofern war es von der Seite her bereits eine strategische Kooperation, die lief. Nur ist es so, wenn ein Begriff irgendwann mal verschwunden ist und er wird wieder neu entdeckt, dann hat er auch wieder eine neue Wirkung. So ähnlich erkläre ich mir das, dass wir damals gesagt haben: „strategische Kooperation“. Wobei: Die Amerikaner mögen ja solche Begriffe.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wurden Sie damals von Kollegen aus der deutschen Botschaft in Washington begleitet?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): War das Auswärtige Amt über Ihre Reise unterrichtet?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das weiß ich nicht. Wir sind ja in der Botschaft angemeldet gewesen. Dann hätte die Botschaft, wenn es so Regeln gibt, dem AA melden müssen: Da kommen die jetzt aber. - Also ich kenne das aus meiner Moskauer Zeit: Das hätte keiner gemacht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das heißt, das Auswärtige Amt war möglicherweise über den Hintergrund Ihrer Reise nicht informiert?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich möchte noch stärker sagen: Sie waren nicht informiert, nicht nur „möglicherweise“. Wir hatten ja auch kein Interesse, das auf dem Markt auszutragen. Das Bundeskanzleramt hat uns schon gereicht.

(Heiterkeit)

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das ist geradezu entwaffnend. - Sie erwähnen weiter in Ihrem Reisebericht, dass Sie in den USA - Sie haben es vorhin schon angesprochen - eine - Zitat - „Wunschliste“ für technische Systeme und Softwareroutinen für die ... Massenerfassung“ an die Leiterin der Combined Group Germany, die vorhin oft zitierte CGG in Bad Aibling, überreicht hätten. Was war das für eine Wunschliste?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann mich an Einzelheiten nicht mehr erinnern. Es war aber im Grundsatz so: Wir haben nach allem gefragt, was gut und teuer ist und was wir nicht konnten.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wie war denn dann die Reaktion der Amerikaner?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Vornehme Zurückhaltung und immer mit der Aussicht: Wenn wir zu einer Kooperation kommen, dann können wir auch, werden wir auch unser Gerät mit einsetzen, und, und, und. Natürlich, wie haben die denn das genannt? - „Honigtopf“ haben sie das genannt, die Amerikaner, Honigtopf: Wir würden dann Zugang zum Honigtopf bekommen, wenn wir in unserer Kooperation so weit wären, dass wir die Dinge dann auch einsetzen können. Die haben da taktiert, ist doch klar, die geben uns doch nicht ohne irgendeine Gegenleistung alles, was wir nicht haben, so einfach weg. Das hatten wir auch nicht erwartet. Nur, wir wollten sie in die Situation bringen, nicht Nein sagen zu sollen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Haben die Amerikaner auf dieser Besprechung schon von Gegenleistungen gesprochen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Wann war das? 2001?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: 2001: nein, na ja. Ich weiß es nicht mehr genau. Aber sie haben mit Sicherheit durchblicken lassen, dass man das nur machen könnte, wenn man irgendein Projekt zusammen hat. So muss es wohl gewesen sein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): War es eigentlich üblich, dass der BND befreundeten Nachrichtendiensten solche Wunschlisten oder - in Anführungsstrichen - „Honigtöpfe“ übermittelt hat? Oder was das ausgesprochen bezogen auf die Amerikaner?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, so schlimm war es mit dem BND ja nun nicht bestellt. Wenn wir nach solcher technischer Expertise gefragt haben, dann hätten wir uns nur an zwei, drei Adressen gewendet; eine davon war die NSA. In anderen Fällen waren wir diejenigen, die den Honigtopf gehabt haben für andere Dienste.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte deshalb wieder zurück auf Bad Aibling kommen. Die Leiterin der CGG Bad Aibling soll gedrängt haben, es komme zu der Zeit, 2001, darauf an, die knappe Zeit für eine Entscheidung der deutschen Seite zu nutzen; man sei auf der US-Seite bereits dabei, Teile des Geräts von Bad Aibling zu anderen NSA-Stellen zu verlagern. Die Reaktion auf die Wunschliste des BND fiel leichter - ich zitiere -,

wenn man eine Einrichtung gemeinsam betriebe, in der solche moderne Technik eingesetzt werde. Als Gegenleistung des BND könne sich NSA nicht nur technische Kooperation (Abt 6) vorstellen, sondern auch die Teilhabe an Rohmaterial (Abt 2) und ‚Finished intelligence‘ (Abt 3).

War der gemeinsame Betrieb der Station in Bad Aibling die zentrale Voraussetzung einer solchen strategischen Kooperation mit der NSA?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das hat sich dann so ergeben. Ich wiederhole noch mal: Es gab dort eine NSA-Station. In dieser NSA-Station, die Satellitenaufklärung betrieb, waren immer schon deutsche, also BND-Anteile mit drin. Nun wollten sich die Amerikaner aus dieser Station herauslösen, sie wollten sie aufgeben, haben sie auch aufgegeben und haben jetzt den BND gefragt: Wie sieht es aus, wollt ihr die weiterbetreiben oder nicht? Dann hat der BND gesagt: Das können wir nur, wenn wir Gerät haben, das bisher auch hier gestanden hat. Dann kam es zu einem Dialog - wie genau und wann das passiert ist, weiß ich nicht -, wo die Idee virulent wurde - ich meine, die NSA hat ja mitbekommen, wir wollen ins Internet; die hat auch mitbekommen, wir haben noch nicht alles, was man dazu braucht -, und dann muss es irgendwie zu einem Dialog gekommen sein, der dann dazu führte, dass man sagt: Gut, Bad Aibling halten wir aufrecht, wir Amerikaner ziehen dann ab, der BND übernimmt das, und dann könnten wir aber an der Stelle eine Kooperation anfangen, die mit der Eindringfähigkeit in das Internet zu tun hat. - So ungefähr muss das gewesen sein. Das war ein Prozess. Das war also keine Kette, Ereignisfolge, sondern das war so ein Prozess, der dahinwaberte und sich entwickelte.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ist von dieser Kooperation, die Sie gerade ansprachen, schon vor Ihrer Reise gesprochen worden, oder hat sich das erst nach dieser Reise ergeben?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das weiß ich nicht mehr. Ich meine, ich muss mir ja was dabei gedacht haben, dass ich das so akzentuiert geschrieben habe. Die müssen wohl an mir gewesen sein und müssen mir gesagt haben: Hier, pass mal auf, sag mal zu Hause, wir könnten, wenn ihr wollt. - So ungefähr muss das gewesen sein. Ich kann nicht mit Sicherheit sagen, dass da vorher schon etwas gelaufen ist, wobei ich nicht weiß - ich war ja damals Abteilungsleiter 6 -, was mit der Abteilung 2 lief. Da gab es einen Unterabteilungsleiter, der sehr rege war und der sehr eigene Beziehungen zur NSA aufgebaut hat mit Wissen seines Abteilungsleiters. Ich kann das deswegen so deutlich sagen, weil der Mensch heute tot ist. Den können Sie nicht mehr verhören. Da war



Nur zur dienstlichen Verwendung

was. Das war auch der, der die großen Gedanken-gebäude der Aufklärung, die ich dann vorgefun-den habe, weltumspannend usw., geschrieben hat, ein habilitierter Physiker, kluger Mann, aber wenig erdverbunden.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich wollte gerade sagen: Sie haben das dann etwas nüchter-ner angepackt. - Eines interessiert mich schon in diesem Zusammenhang: War Ihnen eigentlich damals schon deutlich, dass es den Amerikanern weniger um die Satellitenerfassung ging, sondern um die gemeinsame Erfassung und Bearbeitung aus Kabeln?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das schwante mir, das war mir noch nicht ganz klar, das schwante mir. Besonders irreführend war ja in dieser Geschichte dieses MoA. Wenn man das MoA - ich habe das vorhin schon gesagt - genauer anguckt, findet man eigentlich nur Dinge, die mit der Satellitenaufklärung zu tun haben und mit der Auflösung von Bad Aibling. Das andere wurde sozusagen aufgesetzt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dann interes-siert mich schon auch, was der Hintergrund der Aufgabe Bad Aiblings durch die Amerikaner letztlich war. Hat das etwas mit dem Echelon-Untersuchungsausschuss des Europäischen Par-laments zu tun?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein. Nein, nein. Geld spielt natürlich überall eine Rolle, hat auch da eine Rolle gespielt. Aber ich hatte den Ein-druck, die haben ihre Aufklärungsmittel so umgeschichtet, dass sie auf das bisschen Satellit verzichten konnten.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Okay. - Sie ziehen in Ihrem Bericht, über den wir gerade sprechen, zur Frage der strategischen Partner-schaft das Fazit, dass neben den Abteilungen 2 und 6 auch die Abteilung 3 herangezogen werden müsse, -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): - „damit die Gegenleistungen ... des BND auf eine breitere Basis gestellt werden können“. Dann hieß es dort, neben Rohdaten sollte auch Finished Intelligence an die NSA gegeben werden. - Welchen Nutzen ganz genau sollte diese Partnerschaft für den BND haben? Nur Technik?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, Finished Intelligence hat ja einen völlig anderen Stellen-wert als das Rohmaterial, das da von der Abtei-lung 2 und anderen hochkocht. Finished Intelli-gence hat einen eigenen Wert. Ich hätte den Vor-schlag später nicht mehr gemacht. Aber ich habe ihn damals gemacht, weil ich gesagt habe: Wir müssen schon was bieten, wenn wir von denen was kriegen wollen. - Deswegen war meine Idee zu diesem Zeitpunkt, es sollte auch ein Aus-tausch von Finished Intelligence stattfinden, um unseren Marktwert sozusagen zu erhöhen. Später habe ich das Gegenteil getan. Ich habe dafür gesorgt, als die NSA direkt mit der Abteilung 3³ ins Gespräch kommen wollte - - habe ich das ver-sucht zu verhindern, und es ist mir, glaube ich, auch gelungen, weil das zu Verwerfungen im BND geführt hätte.

Das muss ich ein bisschen erklären. Die NSA hat im Grunde nur so was gemacht, was wir in der Nachrichtebearbeitung vor Ort und in der zen-tralen Nachrichtebearbeitung gemacht haben. Die haben sich hauptsächlich mit mehr oder weniger unausgeregten Meldungen befasst. Wenn die jetzt mit diesen Einzelmeldungen zu unserer Abteilung 3 gegangen wären und unsere Abteilung 3 hätte von meiner Abteilung 2 auch Rohmaterial bekommen, dann hätte es zu so ge-nannten Kreisläufem führen können, dass die nämlich gesagt hätten: „Oh, die Amerikaner bestätigen das, was uns die Abteilung 2 schon gemeldet hat“, obwohl das aus einer Quelle stammt. Diese, wenn Sie so wollen, fachliche Begründung hat dann auch dazu geführt, dass dies nicht zustande gekommen ist.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte abschließend, weil meine Zeit fast abgelaufen ist, noch einen Punkt ansprechen. Gerade zum

3) Protokoll korrigiert, siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Thema „Weitergabe von Rohdaten und Finished Intelligence“, da gab es sicherlich generelle Regeln. Aber gilt nicht generell die Regel, dass man Rohdaten zwischen Nachrichtendiensten zum Schutz der Quellen nicht tauscht? Wie sind Sie da verfahren?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, wenn das definierbare Quellen sind, schon. Das heißt, die Abteilung 1, die operative Abteilung, wenn die eine Quelle hat, dann wird das Rohmaterial nur quellenbereinigt weitergegeben. Wenn ich aber jetzt beispielsweise aus verschiedenen Verkehren ein Netzwerk an Verbindungen herausfinde, dann ist es sogar naheliegend, dass man das vergleicht mit den Erkenntnissen anderer zu diesem Netzwerk und versucht, dieses Netzwerk jetzt nun zu erschließen. Also, insofern hängt es dann schon auch vom Einzelfall ab, ob es opportun ist, etwas auszutauschen, oder nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Zeuge.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Und wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde mit der eben beschriebenen Reihenfolge. Es fängt wieder an die Fraktion Die Linke, dann CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und dann die SPD. Die Fraktion Die Linke hat das Wort mit Frau Kollegin Renner, vermute ich. - Falls Sie eine Pause oder so was brauchen, müssen Sie es sagen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Frau Kollegin Renner.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das ziehen wir jetzt durch.

Martina Renner (DIE LINKE): Herr Breitfelder, Sie haben eben gerade ausgeführt, was die Beziehung möglicherweise auch noch mal von anderen Behörden oder Ministerien angeht: „Das Bundeskanzleramt hat uns schon gereicht.“ Ich will da trotzdem mal nachfragen. Das Bundeskanzleramt ist ja die Rechts- und Fachaufsicht über den BND.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Kann ich aus dieser Äußerung „Das Bundeskanzleramt hat gereicht“ heraushören, dass man versucht hat, diese dort so wenig wie möglich in diese ganzen Abstimmungsfragen einzubeziehen, weil dort ja gegebenenfalls auch andere Sichtweisen oder andere politische Implikationen vorliegen können, die dann den - und darum ging es ja bei Ihrem Eingangsstatement auch - Stellenumsetzungen dieses Projektes widersprochen hätten?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, das war nicht so. Wir haben - - Das Bundeskanzleramt ist ja nun wirklich die oberste Ebene im Regierungshandeln mit, und die haben wir natürlich nur mit solchen Sachen befassen wollen, die sozusagen angemessen für diese Führungsebene sind. Wir wollten die ja nicht behelligen mit irgendwelchen Querelen, die wir bei einem Projekt haben, sondern - - Ich habe ja ein Beispiel genannt. Als es um den Abgriff in Frankfurt ging, da habe ich gesagt: So, jetzt müssen Präsident und Bundeskanzleramt gucken, wie das nun zustande kommt und wie wir das machen können. - Das war aber, glaube ich, der einzige Fall, wo *ich* etwas vom Bundeskanzleramt wollte. Das Bundeskanzleramt wollte von mir nie etwas.

Aber - ich wiederhole noch mal das von vorhin - unsere beiden Juristen hatten enge Verbindungen, und zwar eine Arbeitsbeziehung, zum Bundeskanzleramt, wenn es um G-10-Rechtsfragen ging und PKGr und G-10-Kommission. Also, es ist jetzt nichts Böses gegen das Bundeskanzleramt, sondern ich wäre auch nicht gerne von meinem Unterabteilungsleiter angesprochen worden mit der Frage: Wie löse ich denn jetzt das Problem?

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie hatten als Abteilungsleiter keinen Kontakt zum Bundeskanzleramt, was die Rechts- und Fachaufsicht durch diese Behörde, durch die Stelle angeht?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das ist richtig, ja. Ich persönlich nicht, nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Wissen Sie, wie die Rechts- und Fachaufsicht ausgeübt wurde für Ihren Bereich?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Die wurde ausgeübt durch irgendwelche Anfragen oder Weisungen oder Aufträge, die bei mir im Abteilungsstab bei den beiden Juristen landeten. Dort war der Kontaktpunkt. Und die haben dann auch mit denen verhandelt und die Dinge geregelt, die zu regeln waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie haben direkt keine Schreiben erhalten oder Anforderungen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, was ich unterschrieben habe, das hat irgendwas mit G 10 zu tun gehabt. Das waren irgendwelche Anträge, oder fürs PKGr haben wir dann so Statistiken gemeldet - so was. Die habe ich unterschrieben, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie haben vorhin gesagt, mit dem Präsidenten, diesem Staatsschutz für Ihre Tätigkeit⁴, das war mehr eine mündliche Vereinbarung, und haben das begründet mit dem Arbeitstempo, was an den Tag gelegt werden muss, dass das eben oft in der Form verabredet wurde. Kann es nicht auch noch eine andere Begründung dafür geben, dass man sich zu diesem ganzen Vorgang so überwiegend mündlich verständigt hat, weil ja später in den Unterlagen es auch heißt, das Projekt hätte einen Geburtsfehler gehabt, nämlich man im Wissen war, dass man im Kern die G-10-Maßnahme, ich sage mal, zielgerichtet einsetzt, um an die Routineverkehre zu kommen, an die man sonst nicht gekommen wäre? Das wird später mal in einer Unterlage, wie gesagt, als Geburtsfehler dieses Projektes bezeichnet. Und wenn man weiß, dass das Projekt irgendwie auf wackeligen Beinen steht, ist es vielleicht dann deswegen auch sinnvoll, viele Dinge eher mündlich abzusprechen und nicht noch viel Papier zu produzieren, wo man alles im Grunde nachverfolgen kann?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, die Frage G 10 wurde ja nun sogar vom Bundeskanzleramt bearbeitet.

Martina Renner (DIE LINKE): Das kann ja trotzdem ein Fehler sein, nicht?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, gut. - Die Frage: Warum brauche ich G 10, um ans Kabel zu kommen - - Die Sachen wurden ja tatsächlich zwischen Präsident und Bundeskanzleramt und dem Betreiber sehr, sehr detailliert und auch schriftlich bearbeitet; denn das Bundeskanzleramt hat dem Betreiber ja einen Brief geschrieben. Da musste ja irgendwas Begründendes drinstehen. Also, insofern gab es für uns gar keinen Grund, da irgendwas zu verheimlichen oder mündlich da abzumachen.

Was mündlich gemacht worden ist, das war ein zähes Ringen um die Frage: Was ist rechtlich noch möglich, und was ist nicht möglich? Und dieses zähe Ringen fand fast wöchentlich statt, in meinem Zimmer, mit Unterabteilungsleiter, mit Technikern, mit den Juristen.

Martina Renner (DIE LINKE): Darf ich mal ganz kurz einhaken? Sie haben eben gesagt, es gab keinen Grund, etwas zu verheimlichen. Es ist ja an zwei Stellen verheimlicht worden. Einmal ist der G-10-Kommission verheimlicht worden, dass die Daten an die NSA ausgeleitet werden sollten, und dieser Gegenstand ist auch dem Telekommunikationsanbieter verheimlicht worden. Es gibt also an zwei Stellen sozusagen eine klare Entscheidung dazu, Beteiligte - in dem Falle auch diejenigen, die es im Grunde erst mal erlauben müssen - nicht vollständig zu informieren. Und kann der Umstand, dass man Dinge verheimlicht in diesem Verfahren, nicht auch dazu führen, dass man sagt, man macht bestimmte Entscheidungen nicht so offen, wie sie dann über Schriftverkehr offen gemacht werden, sondern klärt knifflige Fragen lieber mal im Vier-Augen-Prinzip?

4) Anmerkung des Zeugen: "Der Sinn des Wortes „Staatsschutz“ in diesem Zusammenhang erschließt sich mir nicht. Hörfehler?", siehe Anlage 1.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich ganz kurz noch dazwischengehen und einmal nachfragen - nur damit ich das auch richtig verstehe -: das Wort „verheimlicht“. Der G-10-Kommission und dem Betreiber?

Martina Renner (DIE LINKE): Dass die Daten an die NSA ausgeleitet werden sollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dass es um die Routineverkehre geht!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, genau. Das ist verheimlicht worden, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Woraus entnehmen Sie das so?

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hatten wir schon mehrfach!)

Martina Renner (DIE LINKE): Das haben wir hier schon mehrfach mit Zeugen durchgekauft.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es steht ja auch in der Akte!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Also, Herr Ricke hat das auch bestätigt, dass er nicht wusste, dass es an die NSA ausgeleitet - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, nicht wissen - - Aber das Wort „verheimlicht“, das ist eine Bewertung - deswegen.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, nein. Es ist - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Müssen wir zur Abstimmung?)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ja; ich habe es im Blick. Ich würde sagen, wir machen auf jeden Fall die Fragen der Fraktion Die Linke durch. In ungefähr zehn Minuten jetzt ist die Abstimmung, und wir haben - die Zeit steht jetzt fest - noch genug Zeit, um die Fraktion Die Linke durchzukriegen. - Frau Kollegin Renner.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, ich wende mich gegen den Begriff „verheimlichen“. Das setzt ja die Absicht voraus, jemanden nicht über etwas zu unterrichten, über was er zu unterrichten wäre. Was ich eingestehe, ist, dass wir nicht unterrichtet haben. Das war aber mehr oder weniger ohne Absicht. Hätte man uns gefragt, hätten wir das gesagt.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie an den Gesprächen mit den Telekommunikationsanbietern beteiligt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie am Schriftverkehr mit den Telekommunikationsanbietern beteiligt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: An welchem Verkehr?

Martina Renner (DIE LINKE): Schriftverkehr, E-Mail-Verkehr, schriftlicher Kommunikation.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, ich habe noch nicht mal den Brief vom Bundeskanzleramt gesehen. Den scheint keiner gesehen zu haben, wie ich hier so mitverfolgt habe, selbst Herr Ricke nicht. Aber es gibt ihn.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich - -

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gerne was anmerken!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

- Kein Problem, Herr von Notz.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Fraktion Die Linke kann ihre eine Minute gerne an Bündnis 90/Die Grünen abtreten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist total nett. - Ich wollte was anmerken, weil wir jetzt sowieso gleich loslaufen müssen. Aber bezüglich der letzten fünf Minuten wäre es einfach sehr gut, wenn man einen Vorhalt aus den Akten machen könnte. So, in der besprochenen Art und Weise, ist es aber, glaube ich, problematisch, diese Akten herzuholen, weil die - ursprünglich mal Streng Geheim - inzwischen auf Geheim heruntergestuft sind. Aber da gibt es doch krasse Widersprüche, und es wäre gut, wenn man dem Zeugen die Möglichkeit gäbe, das noch mal hier in öffentlicher Sitzung vielleicht dann nach Vorlage der Akten anders darzustellen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Da müssten wir dann schauen, um welches Aktenstück es sich genau handelt. Aber das können wir jetzt in der Pause vielleicht schaffen. Wenn die Fraktion Die Linke - - Oder gibt es noch Fragen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ich hätte noch eine Frage, wenn ich noch - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Eine Frage würde noch gehen. Dann ist die Zeit um.

Martina Renner (DIE LINKE): Aus Ihrer Erinnerung: Der Brief des Bundeskanzleramtes, bezog der sich darauf, paketvermittelte Kommunikation zu erfassen oder leitungsgebundene Kommunikation?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Was meinen Sie?

Martina Renner (DIE LINKE): Der Brief des Bundeskanzleramtes an die Telekom.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ich kenne ihn nicht. Ich weiß nichts.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich weiß nur, er hat gewirkt. Das ist alles, was mich interessiert hat.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, herzlichen Dank.

Martina Renner (DIE LINKE): Was gab es dann? Was gab es dann: paketvermittelte oder leitungsgebundene?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja. Nein, nein, nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Beides? Oder nur eines?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das Leitungsvermittelte gab es ja schon vorher. Aber das Paketvermittelte kam dazu.

Martina Renner (DIE LINKE): Kam dazu?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Alles andere, würde ich sagen - das schlage ich vor -, klären wir in Ruhe; denn nach der namentlichen Abstimmung haben wir die. Ich muss die Sitzung leider für die anstehende namentliche Abstimmung unterbrechen. Die findet in circa sieben Minuten statt. Sobald die namentliche Abstimmung zu Ende ist, kehren wir hier in den Sitzungssaal wieder zurück, setzen die Befragung fort mit der Fraktion der SPD, glaube ich.

(Zuruf: CDU/CSU!)

- CDU/CSU, Entschuldigung. - Und dann geht es in die nächste namentliche Abstimmung. Die Sitzung ist damit für Pi mal Daumen 15 bis 20 Minuten unterbrochen. Danke.

(Unterbrechung von
15.26 bis 16.02 Uhr)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir setzen die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses fort. Mit Fragen ist jetzt dran die Fraktion der CDU/CSU. Kollege Kiesewetter, Sie haben das Wort.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich setze da fort, wo wir vorhin aufgehört haben. Es geht noch mal um den Besuch bei den amerikanischen Ansprechpartnern. Mir geht es darum, in welchem Maße man bei überlassenem bzw. auch gemeinsam genutztem US-Material Ihnen, also dem BND, Einblick in Quellcodes oder technische Daten gewährt hatte oder in welcher Weise Sie versucht haben, Einblick in Quellcodes oder technische Daten zu bekommen von den entsprechenden US-Materialien.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich muss die Frage zweigeteilt beantworten:

Erstens. Bei Geräten, von denen wir nicht sicher waren, dass wir sie durchschauten oder wo wir eigene Lösungen vorzogen, haben wir erst das Gerät gar nicht angenommen, sondern haben eigenes Gerät eingesetzt. Bei Geräten, bei denen wir nicht umhinkamen, sie einzusetzen, gab es Überprüfungen durch eigene Techniker, Zertifizierung durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Und jetzt kann ich mich nur noch an eine Abkürzung erinnern. Die Organisation heißt heute wohl anders; damals hieß die RegTP. Ich glaube, irgendwas mit „Registrierung“, „Telekommunikation“ - keine Ahnung.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Heute Bundesnetz-
agentur!)

- Ja. Ich weiß nicht mehr, wer da genau dahintersteckte. Das haben alles die Techniker mit denen gemacht.

Jetzt sprechen Sie Quellcodes an. Sie haben im Grunde keine Chance, einen Quellcode von einer sehr komplizierten Maschine wirklich zu durchschauen. Das sind - - Wenn Sie die ausdrucken oder speichern wollten, wäre das so ein Bündel

von CDs. Sie bräuchten Jahre, um das wirklich zu durchdringen. Unsere Techniker haben da einen anderen Weg gefunden. Die haben Probeläufe und Tests gemacht, um festzustellen: Was macht die Maschine? Wie macht die Maschine das? Wie genau ist die eingestellt? Wie tickt die sozusagen? Wie kann man da Parameter verändern, und welche Ergebnisse kommen dabei raus? Das heißt also, wir haben durch ein mehrstufiges Verfahren versucht, dass wir, wie ich das vorhin gesagt habe, keine Blackboxes erwischt haben, sondern erstens nur das eingesetzt, wo es gar nicht anders ging, und zweitens das Eingesetzte genau geprüft. - Ja, das waren die Möglichkeiten, die wir hatten.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Warum haben Sie Ihnen unbekanntes Gerät nicht benutzt? Sie sagen „Blackboxes“. Sind Sie davon ausgegangen, dass dort möglicherweise verdeckte Ausspähung stattgefunden hätte, oder wollten Sie das damit vermeiden?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, das wollten wir damit vermeiden. Wir wollten nur Gerät einsetzen, was wir unbedingt brauchten, weil wir durch den Ausschluss des anderen Geräts sicher sein konnten, dass dieses Gerät auf jeden Fall bei uns keinen Schaden anrichten kann.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): War denn - Sie sprachen die technische Überlegenheit der NSA an - eine technische Zusammenarbeit mit der NSA aus Ihrer Sicht mit den bestehenden oder damals bestehenden Architekturen überhaupt möglich? Oder wie wurde, sagen wir mal, die Kommunikation, die Schnittstelle hergestellt, dass ein entsprechender Austausch möglich war?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, es gab gemischte Arbeitsgruppen - NSA, BND -, wobei von BND-Seite hauptsächlich Techniker der Abteilung 6 beteiligt waren, und das sind kluge Leute; das kann ich Ihnen nur sagen. Die haben die Amerikaner mehr als einmal aufs Glatteis geführt bzw. denen nachgewiesen, dass sie bestimmte Dinge nicht so darstellen, wie sie hätten dargestellt werden sollen. Sie konnten auch - das habe ich vorhin angerissen - bestimmte Lösungen anbieten für Fälle, die die NSA noch



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht in der Weise gelöst hatte, wie wir sie hätten gebrauchen können.

Es gab ein Beispiel; das ist dieser Separator. Ich weiß nicht genau, ob es jetzt ein deutsches oder ein amerikanisches Gerät war; aber ich denke, es war hauptsächlich ein deutsch entwickeltes Gerät, weil das ganz vorne am Kabel, am Abgriff schon den Strom aufteilte in G 10 und Routine.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was mich in dem Zusammenhang interessiert: Wurde von der NSA erwartet, dass der BND US-Produkte einsetzt bzw. dass Sie auf amerikanische Produkte umstellen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, natürlich. Das war ein Ziel. Ich habe - - In meinem Eingangstatement habe ich ja herausgestellt: Zu keiner Zeit - zu keiner Zeit - wurde das Ziel der NSA erreicht, eine einheitliche NSA-Ausstattung zu implementieren. Das war für uns schon sehr wichtig.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das ist ja eine zweigeteilte Geschichte: Das eine ist, dass die NSA keine verdeckten Ausspähungen oder so etwas vornehmen kann, wie eben angesprochen. Das andere ist aber auch der Schutz G 10. In welcher Weise hat G 10 bei Ihrem Gespräch in den USA 2001 oder in Folgegesprächen eine Rolle gespielt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: 2001 hat das noch keine Rolle gespielt. Da ging es erst mal um die Frage: Kriegen wir den Fuß in die Tür? Später, mit zunehmender Konkretisierung des Projekts „Eikonal“, spielte das natürlich eine immer größere Rolle, und das hat ja dann dazu geführt, wie ich vorhin ausgeführt habe, dass ich an einer Stelle mal dieser Leiterin SUSLAG schreiben musste: Nun ist es gut. Ich kenne die Probleme; aber Sie kennen die Probleme auch. Und wir halten uns hier an deutsches Recht, und solange das nicht technisch gelöst ist, findet hier nichts statt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Mir ist noch mal der Zusammenhang wichtig: Gab es Vorgaben, oder wann erhielten Sie Vorgaben in Sachen G 10? Stammt diese Vorgaben von

Ihren beiden Hausjuristen, oder gab es da gezielt eine Weisung aus dem Kanzleramt oder aus einem anderen Bereich?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich habe mich nur an meine zwei G-10-Juristen gehalten. Die haben mir schon gesagt, was geht und was nicht geht, und zwar - - Das waren jetzt nicht die Dinge, die in so eine Anordnung reingehören. Da gehören ja Suchbegriffe und Ähnliches rein. Darum ging es nicht. Es ging immer - - Wenn ich Juristen vor mir hatte, hatte ich auch immer einen Techniker dabei, weil das war das Schnittstellenproblem: Was ist technisch möglich, was rechtlich noch zulässig ist? Und da hatten wir häufiger Gespräche auch mit dem beteiligten Unterabteilungsleiter.

Aber für mich war entscheidend das Gespräch zwischen den Technikern und den Juristen, damit ich mir ein Urteil bilden konnte: Laufen wir hier jetzt in ein unangenehmes Risiko - oder unannehmbares -, oder wie schalten wir das aus? Was machen wir denn nun? Insofern haben die Juristen einen sehr starken Stand gehabt. Wenn Sie fragen: „Habe ich von denen Anweisungen bekommen?“ - die haben mir keine Anweisungen gegeben, sondern Empfehlungen, und ich tat gut daran, ihnen zu folgen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte noch mal zurückkommen auf das Jahr 2001, und zwar in die Phase nach Ihrer Dienstreise; die war im Juni. Da gab es eine Präsidentenrunde am 10. Juli 2001. Nach unseren Unterlagen hat der damalige BND-Präsident an diesem 10. Juli in der Präsidentenrunde über ein eigenes Gespräch mit einer Vertreterin der NSA berichtet. Hierauf soll der damalige Chef des Kanzleramtes entschieden haben, dass der BND an seinem Verbleib in Bad Aibling festhalten und hierzu baldmöglichst die erforderlichen Gespräche mit der US-Seite aufnehmen solle. Das war ja alles noch vor dem 11. September. Haben Sie bei der Rückkehr von Ihrer Dienstreise im Juni 2001 diesen Bericht verfasst oder auch mündlich über diese Reise berichtet?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, mehr als was ich als Abteilungsleiter 6 gemeldet habe und was



Nur zur dienstlichen Verwendung

mir vorhin schriftlich vorgelegt wurde, weiß ich dazu nicht. Wer hat da an wen was - - Welcher Abteilungsleiter hat an den Präsidenten was - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dazu muss ich in die Unterlage schauen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, das wäre gut, wenn ich auch reingucken könnte.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das ist MAT A BND-18/3, Blatt 14. Wenn man das ihm zukommen lassen könnte, bitte. Es ist das Debriefing zur Präsidentenrunde am 10. Juli vom 16. Juli; das ist VS-NfD eingestuft.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: 2001?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): 2001. Es kommt gerade.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, zunächst mal: Dieses Schreiben ist paraphiert von meinem Vorgänger als Abteilungsleiter 2. Als Abteilungsleiter 6 scheine ich das - - ja, habe ich das nicht bekommen; denn Sie sehen unten links „Durchdruck 20A“; das ist der Stab der Abteilung 2. Ich war damals Abteilungsleiter 6. Und U90AD, das ist der Leitungsstab; „z. d. A.“: zu den Akten. Ich kann also aus eigenen Erkenntnissen dazu jetzt nichts sagen, was das da nun für Hintergründe waren. Ich verstehe es im Übrigen nicht so ganz, weil da steht: Die Erweckung eines falschen Eindrucks, die USA erhalte ihre Präsenz in Bad Aibling aufrecht, ist dabei zu vermeiden. - Da verstehe ich den Sinn nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gut. Also, der Zusammenhang ist Ihnen nicht bekannt oder erschließt sich Ihnen heute nicht.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gut. Wir kommen in einem anderen Zusammenhang darauf zurück.

Ich möchte jetzt einen Sprung von Bad Aibling nach Frankfurt machen. Ein Artikel der *Süddeutschen Zeitung* vom 4. Oktober 2014 berichtet - genau, die *Süddeutsche Zeitung* vom 04.10.2014; der Artikel ist überschrieben mit „Codewort Eikonal“ -, die Entscheidung zugunsten der Operation „Eikonal“ sei damals vom Kanzleramtschef Dr. Steinmeier und BND-Präsident Dr. Hanning getroffen worden. Dort heißt es - ich zitiere -:

Einen direkten Zugriff der NSA wollte Steinmeier in keinem Fall gestatten. Aber es ging auch so: Der BND zapfte Frankfurt an, dann ging es per Datenleitungen nach Pullach und von dort in die Rechner der Mangfall-Kaserne in Bad Aibling.

Zitat Ende. - Hat Ihnen Dr. Hanning über eine solche Entscheidung des Kanzleramtes berichtet?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich wüsste nicht. Aber wie sagen die Juristen? Durch konkludente Handlungen und konkludentes Verhalten war mir klar, dass da irgendwo eine Entscheidung getroffen worden ist.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Hätten Sie persönlich über solch eine Entscheidung unterrichtet werden müssen, wenn es sie gegeben hätte?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: In welchem Jahr war denn das?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das war aus meiner Sicht im Jahr 2002.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, da hätte ich es nicht unbedingt wissen müssen. Da war ich ja Abteilungsleiter 6.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ihnen ist aber aus Ihrer Zeit als Abteilungsleiter 2 solch eine Entscheidung nicht bekannt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, natürlich. Na ja, was heißt „eine Entscheidung“? Die Lage war so. Der Präsident wusste ja, dass wir nach Frankfurt wollen. Der wusste das ja schon deshalb, weil er



Nur zur dienstlichen Verwendung

diesen Aufwand über das Bundeskanzleramt mit dem Betreiber, Brief usw. - - Da war er ja voll mit drin. Das hat er ja alles gewusst, und ich wusste, was da läuft. Also, insofern gab es keinen zusätzlichen Abstimmungsbedarf oder Informationsbedarf. Die Sache lief.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Woher wussten Sie oder wer hatte Sie informiert, was dort läuft, wie Sie sich ausgedrückt haben?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, mein technischer Mitarbeiter, der mir ja gesagt hat, der Betreiber will uns nicht ranlassen. Dann habe ich das angesteuert über den Präsidenten und habe gesagt: Hier, der Betreiber lässt uns nicht ran; der braucht da irgendwas, Präsident. - Dann habe ich mitgekriegt: Irgendwann kam mein Techniker wieder und hat gesagt: Die schreiben jetzt einen Brief, und dann sehen wir mal weiter. - Und dann kam er wieder und hat gesagt nach einiger Zeit: Hat funktioniert. Wir müssen jetzt eine G 10-Anordnung bewirken, und dann können wir da dran. - So ungefähr lief das ab.

Also, man stellt sich das - - Das scheint ein bisschen schwer verständlich zu sein für einen Außenstehenden, dass da nicht schöne, diskrete, formale Abläufe waren. Das war ein Prozess, der da gelaufen ist. Die kamen da rein. Ich hatte gerade mit dem Personalrat irgendwas zu tun. Dann kamen die rein und haben mir das gemeldet. Dann gingen die raus, und es kam wieder einer. Also, man darf sich das - - Man darf auch „Eikonal“ jetzt nicht aus Sicht der Abteilung so in den Mittelpunkt stellen, als sei jetzt jeden Tag - jeden Tag - irgendwas um „Eikonal“ gegangen. Nein, nein, das war ein Projekt - ein wichtiges, aber ein Projekt von vielen und eine Aufgabe, auf mich bezogen, von vielen. Hier - das ist natürlich klar - wird das in den Mittelpunkt gestellt. Aber das darf nicht den Eindruck erwecken, als hätte die Abteilung 2 Tag und Nacht bloß an „Eikonal“ gedacht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gut. - Trotzdem haben Sie vorhin ja selbst auch deutlich gemacht, dass es Bedenken innerhalb des BND mit Blick auf diese Operation gab. Ich zitiere hierbei öffentlich aus der *Süddeutschen Zeitung*

vom 4. Oktober 2014 wieder besagten Artikel „Codewort Eikonal“. Ich zitiere:

... im BND selbst gab es Warnungen und juristische Bedenken. Da war das Versprechen der Amerikaner, sich auf deutschem Boden an deutsches Recht zu halten, aber in einem Vermerk des BND stand, dass man dieses Versprechen aufgrund der „technischen Unterlegenheit“ des BND gar nicht überprüfen könne. ... Die „volle Kontrolle durch den BND ist real nicht möglich“, stand in einem Vermerk für Hanning.

Zitat Ende. - Ist Ihnen bekannt, dass es im BND die Ansicht gab, man sei aufgrund technischer Unterlegenheit nicht in der Lage, das Handeln der NSA im Rahmen der Kooperation zu überprüfen? Wir haben ja vorhin schon - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nicht zu meiner Zeit.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Nicht zu Ihrer Zeit?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nicht zu meiner Zeit. Dazu muss ich natürlich sagen: Zu meiner Zeit hat dieser Bereich natürlich noch nicht alles gewusst; denn ich erinnere daran: Leitungsvermittelt lief eigentlich problemlos, und das hatten wir auch ziemlich gut im Griff. Paketvermittelt lief zu meiner Zeit noch nicht mal an. Da lief der Probetrieb mit Tests, wo man überprüft hat: Ist denn das Gerät der NSA - - Können wir damit umgehen? Ist das in Ordnung? Und das, was Sie da zitiert haben aus der Zeitung, kann nur an einem späteren Stadium entstanden sein, als man vielleicht in den Wirkbetrieb überging, also mit voller Produktion, und dann feststellen musste: Technisch ist es nicht zu 100 Prozent zu lösen. Wir müssen es aufgeben oder so.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Mich würde trotzdem interessieren - auch in Kenntnis, Ihrer Kenntnis der Gesamtlage, auch der Organisation des BND -: Wie schätzen Sie denn diesen Kritikpunkt ein der Gefährdung, durch technische



Nur zur dienstlichen Verwendung

Unterlegenheit entsprechende juristische Bedenken hervorzurufen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, die Zusammenarbeit mit der NSA - - Die Ursache für die Zusammenarbeit war ja eine gewisse technische Unterlegenheit auf einem bestimmten Gebiet. Und wer so was anfängt, der muss natürlich auch wissen: Wenn wir jetzt diese Technik von der anderen Seite bekommen, müssen wir alles tun, damit wir nicht, wie einer vorhin gesagt hat, über den Tisch gezogen werden. Und das haben wir gemacht. Insofern war ein breites Bewusstsein, Problembewusstsein da, dass man aufpassen muss, nicht in irgendwelche schiefen Rechtslagen reinzukommen. Das war allgemeine Auffassung und allgemeines geistiges Gut.

Konkret hat sich das dann irgendwann mal im Prozess so entwickelt, wie es dann ausgegangen ist offenbar. Auch das habe ich der Zeitung entnommen, dass, glaube ich - - War es in 2007 oder 2008? Da wurde das ja alles eingestellt. Das habe ich natürlich nicht mehr miterlebt. Aber das muss man als prozessuale Entwicklung - als iterativen Prozess, wie das so schön heißt - betrachten, wo man mit jedem Tag halt ein bisschen schlauer geworden ist.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ich möchte auf einen Punkt zurückkommen, den Sie vorhin ansprachen, ziemlich zu Beginn der Befragung. Sie sagten, Sie hätten am 22. März 2002 angeregt, dass Leitungsbesprechungen stattfinden. Offensichtlich fand schon einen Monat darauf eine Leitungsbesprechung statt. An das Datum werden Sie sich sicherlich nicht erinnern. Es war nach unseren Unterlagen der 19. April 2002.

In einer Vorlage an den Vizepräsidenten des BND vom 17. April 2002 weist der damalige Leiter der Abteilung 4, ein Herr Hofmann, auf diverse Probleme bei der Umsetzung einer strategischen Kooperation mit dem ausländischen Nachrichtendienst in Bad Aibling hin. Er sprach damals sowohl die rechtliche als auch die politische Problematik der Erfassung von Kabelverkehren nach G 10 an sowie die Unkenntnis des BND vom eingesetzten Dekodier- und Entschlüsselungssystem der Amerikaner und auch die Frage,

was hier an die Amerikaner weitergeleitet wird. Da dieses Papier zur Vorbereitung dieser Leitungsbesprechung im April 2002 diente, gehen wir davon aus, dass diese Themen dort auch angesprochen wurden. Können Sie sich an diese Leitungsbesprechung erinnern? Es war am 19. April 2002 mit BND, wo auch ein Vertreter der NSA anwesend war.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Da muss ich mal gucken. 2002? - Ja, es ist mir - -

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Wir können es Ihnen vorlegen, wenn Sie es wollen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Es ist mir peinlich, aber - -

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Nein, nein, das ist auch verständlich. Aber wir wollen es trotzdem wissen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Sie haben den Abteilungsleiter 4 jetzt erwähnt, der das geäußert hat?

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Aber das muss wohl Thema in der Leitungsbesprechung gewesen sein am 19. April.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Weil der hatte nur mit Personal und Geld zu tun. Der hat mit Technik nichts am Hut.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge blättert und liest in
diesen Unterlagen)

- Ach, der AL 4, ja. - Also, das Ding ist hier für mich neu. Das wundert mich doch, wozu der sich geäußert hat, der Herr Hofmann. Denn der fängt ja an hier mit Echelon-Problematik. Das war überhaupt nicht - - eigentlich nicht sein Thema, was ich jetzt nicht kritisieren möchte; aber das wundert mich. Sonst hat er sich nie in diese Dinge reingehängt. Es war aber ein Jurist, und deswegen könnte ich mir schon Schmerzen vorstellen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Weitergabe von G-10-Material - - Ja, da sagt er: Verwaltungsvereinbarung aus dem Jahr 68 ist rechtlich problematisch. - Aha. Nein, ich kenne das Ding nicht. Ich kenne aber - - Was war denn das hier? 80A. Was ist denn das jetzt für - - Sie haben mir noch was vom 22. Dezember 2003 hingelegt. Das hat jetzt aber nichts mit dem 17. April zu tun?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das hat damit nichts zu tun.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Okay. - Also, hier kann ich nur sagen: Ich kenne das Papier nicht. Aber das, was darin steht, darüber musste man sicherlich nachdenken; das stimmt schon. Wir waren ja dann im April 2002 - - Das war doch auch - - Da ist doch das MoA abgeschlossen worden in der Zeit, ja, ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also waren Ihnen in Ihrer Erinnerung die rechtlichen Bedenken seinerzeit bekannt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, zu dem Zeitpunkt so noch nicht. Ich hatte mehr Bauchschmerzen mit Politik. Ich hatte mehr Bauchschmerzen mit der Frage Amerikaner in Deutschland und irgendwie beteiligt an dem deutschen Knoten. Das wird ja gerne verkürzt dann, dass man sagt, die Amis haben in Deutschland abgehört an einem deutschen Knoten, was ja so nicht stimmt. Damit hatte ich schon frühzeitig Probleme.

Die rechtlichen Probleme wuchsen dann langsam auf, als mir durch meine Juristen klargemacht wurde, was da so alles zu beachten ist, weil ich war natürlich vom Auslandsgeschäft her gewöhnt: Wenn der andere Dienst mitmacht, können wir im Grunde machen, was wir wollen. Aber in Deutschland war es halt eben so nicht möglich. Das war für mich dann eben auch Neuland.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich halte also fest: Es gab zunächst politische Bedenken, dann auch rechtliche.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, nur bei mir.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja, aber da ist jetzt meine Frage: Sind Sie damit an die Hausleitung herangetreten?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ein Mal. Das ist ein Vorgang, den ich vorhin schon mal genannt habe. Ach Gott, ach Gott, was war denn das? Warten Sie mal!

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Weil das war ja dann im Sinne der Auftragstaktik doch eine Lageänderung.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, AL 2, Geheim. Was war denn das?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich habe die Schule auch mal gehabt.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ach so, das war diese Anregung zur Leitungskonferenz vom 22. März 2002. Das war ja gerade mal eine Woche vor dem 17. April 2002. Also, das muss irgendwie dann - - Dieses, was Sie mir jetzt gegeben haben, muss irgendwie eine Reaktion gewesen sein auf meine Anregung hin, und da habe ich in der Tat selber auch schon rechtliche Bedenken bzw. Prüfungsbedarf gesehen. Das ist richtig.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Aber um das noch mal zu klären: Das heißt, das ist möglicherweise, dieses Papier, eine Reaktion auf eine Initiative von Ihnen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, im Umfeld meiner Aktion vielleicht. Ich weiß ja nicht, was da sonst noch - - Es kann ja sein, dass zum Beispiel der Präsident gesagt hat: Hier, der Breitfelder hat mir da so ein Ding da geschickt. Ich schicke es Ihnen mal rüber. Was halten Sie denn davon? Schreiben Sie mir mal was auf. Sie sind ja auch Jurist.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gut. Also, wenn zwei Abteilungsleiter Bedenken haben, muss das ja auch die Hausleitung in irgendeiner Weise berühren. Wie hat denn die damalige Hausleitung darüber gedacht, bzw. wie hat die Hausleitung reagiert?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, das haben Sie ja jetzt alles miterlebt. Die Leitung hat die Kooperation gefördert, angewiesen, unterstützt, begleitet, immer mit dem Hinweis: Leute, nicht gegen deutsches Recht verstoßen. - Das ist klar.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich glaube, offensichtlich sind ja Bedenken entstanden, sowohl politischer Art bei Ihnen als auch im weiteren Umfeld rechtliche Bedenken.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich will das mal „Prüfaufträge“ oder „Prüfbedarf“ nennen. Natürlich erwachsen die aus gewissen Bedenken. Nur es darf jetzt nicht der Eindruck entstehen, ich hätte überall schon die Wahrheit gesehen, hätte sie gemeldet, und keiner hätte auf mich gehört. So ist es nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte trotzdem nachfragen. Offensichtlich haben ja zwei Abteilungsleiter gravierende Bedenken gehabt. Was ist Ihnen bekannt, wie daraufhin die Hausleitung reagiert hat?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Mir ist nichts Konkretes bekannt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Haben Sie mal nach gewisser Zeit nachgefragt, was aus Ihren Bedenken geworden ist, wie mit denen umgegangen wurde?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich muss jetzt lachen. Nein, das war da nicht üblich. Entweder man hat eine Antwort gekriegt oder nicht. Wenn man keine gekriegt hat, dann hat man weitergemacht wie bisher. Ich hatte da keinen Bedarf, weil ich habe gesagt: Gut, ich habe das jetzt nun weitergegeben, und da muss auch irgendeine Besprechung stattgefunden haben. Also, dass der Präsident da überhaupt nicht reagiert, das kann ich mir nicht vorstellen. Nur, ich weiß nicht mehr, ob sie oder wo sie und wann sie stattgefunden hat. Das Ende vom Lied - und das war für mich entscheidend -: Es wird weitergemacht. Das war für mich das Ende vom Lied, und da habe ich gesagt: Gut, also sehe ich mal zu, wie ich klarkomme, habe das meinen Technikern, meinen Juristen gesagt: Auf! Weiter!

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wir werden da nichtöffentlich noch mal auf Sie zukommen, weil wir ein Geheim eingestuftes Protokoll haben. Was ich aber gerne in öffentlicher Sitzung ansprechen möchte, ist: Wir als Untersuchungsausschuss, glaube ich, sind uns insgesamt einig, dass wir am Ende ja auch Verbesserungsempfehlungen geben wollen. Jetzt rückblickend aus Ihrer Sicht: Wie sollte künftig solchen Sicherheitsbedenken entgegengetreten werden, bzw. wo sehen Sie aus Ihrer Erfahrung heraus Bereiche, wo offensichtliche Mängel abzustellen sind? In welcher Weise müsste das geschehen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Tja, das ist die 1 000-Dollar-Frage. Ich habe zwar - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja, aber deswegen haben wir ja den Untersuchungsausschuss.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja. - Ich habe zwar im Eingangsstatement darauf hingewiesen, dass dieser ehemalige Chef des Bundeskriminalamts darauf hingewiesen hat, dass schon seit Jahren ein Vorschlag da ist, ein Richterkollegium da einzusetzen. Nur, ich würde das ja gerne unterstützen; aber die Arbeit muss ja irgendwie weitergehen. Also, wenn Sie sich vorstellen, Sie haben für jede einzelne Geschichte ein Richterkollegium, dann können Sie es sein lassen; dann können Sie nicht arbeiten. Sie müssen also Rahmenbedingungen schaffen, die eine Arbeit zulassen.

Vielleicht wäre ein bisschen mehr Ehrlichkeit und Mut gegenüber der Öffentlichkeit angebracht. Wenn Sie einem Deutschen vernünftig erklären, warum Sie in diese Verkehre eindringen, warum Sie nur einen Teil nutzen und warum das Gesetz das erlaubt oder nicht erlaubt, dann denke ich, dass man diese Geheimnistuerei in der Öffentlichkeit reduzieren kann. Denn vieles, was hier heute besprochen wird, geht zurück auf einen Mangel an Vertrauen, der geführt hat zu einem Mangel an Kenntnissen der Bevölkerung. Ich meine, wir können ja noch von Glück sagen, dass der offizielle - - oder, sagen wir mal, der Widerhall in der Bevölkerung begrenzt bleibt, bis auf eben die Spezialisten, die ich da vorhin eingangs zitiert habe.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Mir wäre auch damals wohler gewesen, wenn ich nicht in dem Geruch hätte stehen müssen, etwas nicht sagen zu sollen, wenn ich nicht danach gefragt werde. Das ist eine unangenehme Situation, und das hat auch was mit Vertrauen zu tun. Wir müssen also - - Der Kernpunkt, meines Erachtens, liegt in dem Punkt: Wie können wir mehr Vertrauen schaffen, damit der Nachrichtendienst seine Arbeit machen kann, ohne dass er ständig dem Verdacht unterworfen wird, er klüngelt hier heimlich rum und schnorchelt da irgendwo rum, um da seine Neugier oder was zu befriedigen?

Natürlich ist das schwer, weil es um Grundrechtseingriffe geht. Aber wir sehen ja auch in anderen Bereichen: Da werden Grundrechte auch eingeschränkt. Wenn das mit Maß und Ziel geschieht und wenn das vor allen Dingen in einer aufklärenden Weise geschieht, dass auch ein Laie versteht, warum man an bestimmte Ströme dran muss oder es sein lassen muss, dann, glaube ich, kommen wir ein Stück weiter. Und es wäre auch ein Stück Ehrlichkeit.

Hier sage ich natürlich für den BND etwas Gefährliches; es wird nicht so schlimm. Also, das Gefährliche liegt daran, dass ich sage: Entweder ich mache das, was ich gemacht habe, oder ich lasse es völlig sein; dann bin ich auf der sicheren Seite. Aber eine Haltung: „Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass“ hilft uns nicht weiter, weder der Politik noch der Regierung noch dem BND.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sehr aufschlussreich. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - So weit die Fragen der CDU/CSU. Wir kommen jetzt zu den Fragen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele beginnt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. - Ich will auch noch mal auf diese Risiken kommen und genau auf den Punkt, den wir hier zuletzt erörtert haben: auf Ihr Schreiben, was Sie vorhin erwähnt haben, das Sie an den Präsidenten gerichtet

haben, weil - so haben Sie das vorhin ausgedrückt - der Präsident Bescheid wissen muss. Deshalb haben Sie gebeten um so eine Leitungsbesprechung oder -konferenz. Was waren denn jetzt die Risiken, die Sie ihm beibringen wollten oder über die er informiert sein sollte Ihrer Meinung nach? Also, Risiken sind ja noch was anderes als rechtliche Probleme. Also, ich meine die Risiken.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ist schon klar. - Ich bin ja nun einfach strukturiert und habe mir gedacht: Es sind so mehrere Punkte; über die muss man sich wirklich Gedanken machen. Ich möchte fast sagen, ich hatte schon Bedenken, so ein Schreiben aufzusetzen, weil ich gedacht habe, das ist ja Eulen nach Athen tragen, weil eines der Risiken war für mich ein politisches Risiko, was mich als Abteilungsleiter im engeren Sinne eigentlich gar nichts anging. Das politische Risiko - ich habe es vorhin angerissen - bestand ja darin, dass das irgendwann mal an die Öffentlichkeit kommt und dann so im Raume steht: Der deutsche BND lässt es zu, dass in Deutschland Telefonie oder irgendwas abgegriffen wird. - Das war das politische Risiko.

Das rechtliche Risiko - - Auch das - der Präsident ist selber Jurist - hätte ich nicht unbedingt schreiben müssen. Ich wollte ihm aber zeigen, dass ich als Abteilungsleiter mir sehr wohl bewusst bin, dass da Risiken drinliegen. Und das habe ich damals geschrieben, weil ich war Abteilungsleiter 6. Da hatte ich keinen juristischen Beistand. Ich habe aber mehr oder weniger geahnt, so einfach ist das alles nicht, und habe das dann reingeschrieben. Und dann gab es - ich weiß es nicht - noch so ein paar andere Risiken, die im operativen Bereich oder im finanziellen Bereich oder sonst wo lagen - technisch, genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei den Risiken, die Sie zunächst erwähnt haben, politischen Risiken, gehörte dazu auch, dass das möglicherweise der G-10-Kommission oder so was zur Kenntnis kommen könnte und dass Sie damit Probleme kriegen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, als Abteilungsleiter 6 - ich gebe jetzt mal eine formale



Nur zur dienstlichen Verwendung

Antwort - hatte ich mit G-10-Kommission und PKGr nichts zu tun. Also, insofern konnte das für mich nicht der Anlass sein.

Ich verstehe den Hintergrund Ihrer Frage. Sie ist nicht völlig unberechtigt. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, die ist nicht unberechtigt. - Ich frage mal ein bisschen allgemeiner dann: jetzt nicht nur, dass solche Bedenken bei Ihnen persönlich waren, sondern dass insgesamt bei Ihnen im Bundesnachrichtendienst in den zuständigen Stellen solche Besorgnisse waren, die Sie ja schon angedeutet haben, wenn die Öffentlichkeit so was erfährt - aber wir reden ja jetzt gar nicht mal von der Öffentlichkeit -, sondern vielleicht auch andere Stellen, die nicht öffentlich sind.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Meinen Sie damit PKGr und G-10-Kommission?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum Beispiel.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, ich will die Frage mal so beantworten - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Konkret: Befürchteten Sie da Schwierigkeiten?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich will die Frage mal so beantworten: Wir waren ja alle nicht doof. Wir haben uns gesagt: Wenn du dazu gefragt wirst, sagst du die Wahrheit, und wenn du nicht gefragt wirst, dann sagst du auch nichts. Das war die allgemeine Haltung.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und was mich ja interessiert: Warum sagst du nichts? Es kann doch auch so sein, dass Sie ein Problem sehen oder ein Risiko sehen, sagen, das muss der Präsident wissen, -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Der hat es gewusst.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und dann, wenn da ein Risiko ist, vielleicht auch dann an andere das weitergeben. Also, die Begründung, der Präsident sollte das wissen, lässt sich ja jetzt auch - - Gerade wenn Sie vorhin in Ihrem Vortrag auch bedauert haben, dass die parlamentarische Kontrolle oder überhaupt die Kontrolle das Problem sein kann, wo ich Ihnen recht gebe, dann müssen die das doch mindestens genauso wissen wie der Präsident, oder?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, ich habe dem Präsidenten gemeldet, was meine Bedenken sind, und habe unterstellt, dass dieses Schreiben für ihn gar nicht notwendig war, sondern dass er das alles selber schon gewusst hat. Er sollte aber wissen, dass sein Abteilungsleiter so darüber denkt und das offiziell in die Welt setzt. Und wenn es jetzt einen Bedarf gegeben hätte aus Sicht des BND - so war meine Auffassung -, der G-10-Kommission oder dem Parlamentarischen Kontrollgremium etwas offensiv zu berichten, dann war das nicht mehr meine Aufgabe, sondern die des Präsidenten; denn auf dessen Ebene, Leitungsebene, sind ja diese Besprechungen vorbereitet worden. Wir wurden ja immer nur informiert, wenn von uns Beiträge verlangt wurden. Sonst hatten wir mit G-10-Kommission und PKGr nichts zu tun.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na gut. - Jetzt kommen wir zu dem rechtlichen Risiko, was Sie ja auch angesprochen haben. Worin bestand denn eigentlich das Risiko? Also, Sie haben ja dann geschildert - später in Ihrem Vortrag oder hier in der Befragung -, dass Sie dann die Idee hatten: Wir gehen jetzt zur G-10-Kommission und holen uns da eine Anordnung. Das sei die Idee, die bei Ihnen entstanden war und die dann auch umgesetzt wurde. Wo ist denn dann da ein Problem? Also, hatten Sie Angst, dass Sie die nicht kriegen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder hatten Sie Angst, dass die G-10-Kommission dann möglicherweise auch noch mehr nachfragen würde, was mit den Daten - - also,



Nur zur dienstlichen Verwendung

was mit anderen Daten ist, jetzt nicht die G-10-Daten?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein. Wir hatten eine Furcht. Wir hatten die Furcht, dass, ohne dass wir es merken, G-10-Material irgendwie abfließt, dass wir das nicht im Griff haben technisch; deswegen ja auch die Prozessunterbrechungen oft mit händischen Prüfungen. Das war der Kern unseres rechtlichen Problems. Dass wir zugreifen durften, das stand im BND-Gesetz. Mit der G-10-Anordnung war das noch mal abgesichert. Da hatten wir keine Probleme. Die Probleme waren nur, dass wir im Eingriff selber Fehler machen oder Abflüsse nicht merken, die durch die Technik geschehen. Deswegen haben wir ja auch eher etwas weggesteuert, gegen Erde geleitet, vernichtet, als dass wir es weitergegeben haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man das so zusammenfassen, dass diese rechtlichen Bedenken darin bestanden, dass Sie nicht sicher sein können, technisch jetzt nicht sicher sein können, dass Sie tatsächlich alle G-10-Sachen ausfiltern?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Da haben wir doch jedenfalls mal eine klare Aussage. - Ist Ihnen vielleicht aus späteren Berichten oder Zusammenhängen klar, dass das dann nachher auch dazu führte, insgesamt dieses ganze „Eikonol“-Projekt oder „Granat“-Projekt abzubrechen oder zu beenden?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das weiß ich vom Hörensagen, aus Zeitungen und sonst wie.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, „sonst wie“ interessiert vielleicht mehr. Also aus dem Dienst?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein. Ich hatte, seit ich entlassen bin, keine Verbindung mehr zum Bundesnachrichtendienst. Die erste Verbindung bestand erst wieder, als ich hier zur Zeugenvernehmung eingeladen wurde. Sonst hatte ich keine Verbindung mehr zum Dienst.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber war das dann eine Überlegung - das haben Sie jetzt klar zum Ausdruck gebracht -, die ja nachvollziehbar ist und, ich sage auch, richtig ist, dass, wenn man da nicht ganz sicher sein kann, man es dann irgendwann einstellen kann? Sie haben ja vorhin selber geschildert, dass Sie gegenüber der Leiterin des amerikanischen Dienstes, des US-Dienstes, der da war, ja auch gesagt haben: Wenn wir da nicht sicher sind, dann können wir das nicht machen, was ja, sagen wir mal, eine richtige Überlegung war, -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und dass das letztlich dann eingetreten ist: Weil Sie nicht sicher waren, haben Sie es dann gelassen oder haben Sie dann irgendwann es gelassen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach der Antwort müssten wir zur Fraktion der SPD wechseln.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, eigentlich hätte ich jetzt zu Ihrer Frage noch die Zusatzfrage erwartet: Wieso haben Sie es denn nicht eingestellt, wenn Sie schon solche fundierten Bedenken gehabt haben? Das kann ich Ihnen sagen: weil ich diese fundierten Bedenken in abstrakter Form hatte - und wir waren noch nicht so weit im Abgriff, wie sich später herausstellte -, dass vielleicht das eine oder andere durchrutschen konnte. Das heißt, die Grundlage für so eine Entscheidung hatte ich noch nicht, weil wir uns erst in den Tests befanden. Aber in den Tests musste man ja irgendwann mal erkennen technisch: Ist denn jetzt ein Abfluss möglich oder nicht? Kann da was durchrutschen?

Und jetzt kann man natürlich erst dann etwas sagen, wenn tatsächlich mal im Test was durchrutscht. Selbst das wäre ja streng genommen schon ein Verstoß gewesen. Das haben wir aber in Kauf genommen, weil es sehr punktuell war, sehr gering war. Sogenannte Snapshots waren das, also Schnappschüsse, wo wir dann gesagt haben: Okay, die Maschine ist eigentlich bis hierher sicher. - Das war also - - Das Motiv war,



Nur zur dienstlichen Verwendung

Rechtssicherheit zu erzeugen und herzustellen, und das Motiv war nicht, schon frühzeitig zu Meldungen zu kommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, ganz herzlichen Dank. - Jetzt ist die Fraktion der SPD dran mit Fragen, und danach müssten wir dann alle wieder in die namentliche Abstimmung. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Bevor ich noch mal zu dem ganzen Komplex zurückkomme, wo ich vorhin unterbrochen wurde, wie das Projekt mit dem Netzbetreiber in die Wege geleitet wurde, würde ich Sie ganz gerne noch mal fragen, Herr Breitfelder: Gab es weitere Zugriffe in der Zeit, Kabelzugriffe, Projekte in der Zeit, in der Sie Verantwortung trugen, außer „Eikonol“ - oder Pläne dafür?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nicht, die im Zusammenhang mit diesem Untersuchungsgegenstand, über den wir sprechen, zusammenhängen.

Christian Flisek (SPD): Wir haben ja einen sehr komplexen Untersuchungsgegenstand.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja; das weiß ich. Ich habe ihn auch genau durchgelesen.

Christian Flisek (SPD): Also, Sie sagen, in der Zeit, in der Sie Verantwortung trugen, gab es keine weiteren Projekte und auch keine Pläne hierfür?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Es gab schon weitere Projekte und Pläne.

Christian Flisek (SPD): Die den Untersuchungsgegenstand betreffen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Im Zweifel ja. Im Zweifel ja. Es gab Pläne, ja.

Christian Flisek (SPD): „Im Zweifel ja“, das heißt jetzt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, weil ich über einen Fall sinniere, ob der jetzt nun reinfällt oder nicht reinfällt.

Christian Flisek (SPD): Na ja, ich würde sagen: Im Zweifel sagen Sie ihn uns.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

(Heiterkeit)

Christian Flisek (SPD): Nein. - Jeder hat so seine Im-Zweifel-Regel.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Wissen Sie, ich vermute ja - - Oder ich kann mir denken, über was Sie reden. Aber das müssten Sie dann mit einem neuen Beweisantrag da einbringen, und dann könnten wir darüber reden, bzw. wenn es dieser Fall ist, von dem ich glaube, dass Sie davon reden, kann ich Ihnen so gut wie nichts darüber sagen, nur die Tatsache, dass ich mitgekriegt habe: Die haben da was probiert.

Christian Flisek (SPD): Der Herr Wolff - außerhalb meiner Zeit - will sich melden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das sehe ich zwar jetzt als nicht notwendig an, aber - - Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Ich biete nur an, dass mir der Zeuge vielleicht kurz sagt, um was es geht. Dann können wir klären, ob er dafür eine Aussagegenehmigung hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Vielleicht erweitert das das, Herr Wolff.

(Der Zeuge und sein
Rechtsbeistand beraten sich
mit Vertretern der Bundes-
regierung)

- Herr Wolff oder der Zeuge, einer von beiden.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, das kann ich ja machen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie können es direkt sagen, wenn Sie was sagen dürfen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja. - Also, ich schlage vor, wir behandeln das in der nichtöffentlichen Sitzung.

Christian Flisek (SPD): Gut.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Denn dann können wir ein bisschen deutlicher reden. Ich weiß, worum es geht, und kann Ihnen dann dazu Auskunft geben.

Christian Flisek (SPD): Okay, da komme ich drauf zurück. Halten wir fest auf jeden Fall: Im Zweifel gab es da was, was im Zweifel auch unseren Untersuchungsauftrag berührt.

Gut, dann würde ich ganz gerne jetzt noch mal zurückkommen auf die Frage, wie das Projekt „Eikonal“ mit dem Netzbetreiber initialisiert wurde. Sie haben gesagt zu dem Bereich, wo es um die leitungsvermittelte Kommunikation gegangen ist, das war vor Ihrer Zeit; da können Sie nichts sagen. Aber wie das paketvermittelt zustande kam - - Da sind wir dann unterbrochen worden bei dem Punkt, als die G-10-Anordnung ins Spiel kam. Und Sie korrigieren mich, wenn ich Sie jetzt falsch wiedergebe. Aber Sie hatten gesagt, dass diese G-10-Anordnung als Konstruktion vom BND ins Spiel gebracht wurde, weil man gesagt hat: Wir wollen im Prinzip darüber dann auch den Zugriff auf die Routineverkehre hinbekommen, sicherstellen. - Das ist so richtig wiedergegeben?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, wir - - Also, es ist ja nicht so, dass wir keine G 10 - - dass wir das G-10-Aufkommen nicht brauchen würden. Das war für uns schon auch wichtig. Das war also ein doppelter Nutzen. Wir hatten das G-10-Aufkommen, und wir hatten das Routineaufkommen, das uns die Verpflichtung erfüllen ließ gegenüber der NSA.

Christian Flisek (SPD): Nur damit wir jetzt auch noch mal da beisammen sind: Der Unterschied zur leitungsvermittelten Kommunikation bei der paketvermittelten Kommunikation war ja wohl

der, wenn ich richtig informiert bin, dass die Trennung zwischen G 10 und Routine da nicht so einfach war.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, die war bei leitungsvermittelten Verkehren sehr viel einfacher als bei paketvermittelten - das ist richtig -, wobei ich noch mal darauf hinweisen muss: Wir haben extra eine Leitung und ein Kabel ausgesucht, eine Streckenführung, wo die Wahrscheinlichkeit schon gering sein musste, dass da G-10-Verkehr mit drin ist. Das wurde aber vorhin irgendwie von einem der Ausschussmitglieder da verneint, und da wurde wohl das Gegenteil gesagt. Ich weiß es jetzt nicht. Also, mein Kenntnisstand war: Wir suchen ein Kabel, wo Transitverkehre, also Ausland-Ausland, drin vorkommen. Dann laufen wir gar nicht erst groß in die Gefahr, dass G 10 - paketvermittelt G 10 - darin vorkommt.

Christian Flisek (SPD): Aber trotzdem sind dann irgendwie 99 Prozent oder 99,9 Prozent - so haben Sie das jetzt Pi mal Daumen veranschlagt - Abfall gewesen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Christian Flisek (SPD): Also, verstehen Sie, wir unterhalten uns hier vor allen Dingen über G-10-Filter und über das, was da rauskommt, und dann heißt es am Ende: Die Produkte, die erstellt worden sind - - Die nachrichtendienstlichen Ergebnisse waren nicht so befriedigend. 99,9 Prozent sind rausgegangen. Aber man sagt, gleich von Anfang an haben wir Verkehre rausgesucht, die offensichtlich dann weniger G 10 enthalten haben und vor allen Dingen Routineverkehre beinhaltet haben. Also, ich sehe jetzt da irgendwo gerade nicht vielleicht einen Widerspruch; aber es ist jetzt nicht unbedingt gerade konsistent. Können Sie mir dazu vielleicht was sagen, wie das zusammenpasst?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ich will das mal vom Pferd her aufzäumen: Wenn Sie eine Arbeitskapazität haben, die am Tag vielleicht zwischen 40 und 60 Meldungen herstellen kann in der Nachrichtenbearbeitung, in der zentralen Nachrichtenbearbeitung, dann können Sie sich vorstellen: Alles, was mehr als - ich weiß es



Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht - 100, 200, 300 Treffer - - Nageln Sie mich nicht fest. Jedenfalls, die Zahl darf dann nicht beliebig hoch sein; sonst können Sie es schlicht und einfach nicht bearbeiten. Und gespeichert haben wir nichts. Also, von daher: Wir haben vom Wegwerfen im Grunde gelebt, natürlich vom klugen Wegwerfen.

Christian Flisek (SPD): Also, es war ein Kapazitätsproblem vor allen Dingen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Auch ein Kapazitätsproblem. Es hing ja auch damit zusammen, dass wir sehr viel händisch gemacht haben. Das hat uns ja Zeit gekostet in der Bearbeitung. Unsere Personalkapazität hätte für mehr ausgereicht, wenn wir es wie die Amerikaner gemacht hätten und hätten alles durch die Maschine laufen lassen. Aber das haben wir nun nicht gemacht, aus guten Gründen.

Und die NSA hat auch eine völlig andere Philosophie. Wir hatten die Philosophie, dass möglichst weit vorne an der Quelle bereits Analyse beginnt, und das hat die NSA anders gemacht. Die hat den ganzen Kram, den sie hatte, erst mal nach Hause geschickt. Und dann gab es da irgendwelche Organisationseinheiten, die sich darum gekümmert haben. Das heißt, die, die in Bad Aibling saßen, haben im Grunde gar nicht gewusst, was sie da wegschicken. Also, sie haben es natürlich grob gewusst, aber keine Einzelheiten. Die haben auch keine Berichte oder Meldungen erzeugt. Das haben die in den USA gemacht.

Christian Flisek (SPD): Ja, wobei - ich muss jetzt noch mal darauf zurückkommen - mein Eindruck war bisher der, dass der geringe Ertrag ursächlich mit der Thematik zusammenhing: Man hat es eben vor allen Dingen mit dem Grundrechtsschutz, mit dem G-10-Schutz so ernst genommen, man hat gefiltert - ja, mehr als den Amerikanern es lieb war. Und jetzt hatten Sie aber irgendwie eher den Schwerpunkt darauf gelegt: Der geringe Ertrag hatte mehr damit zu tun, dass man keine personellen Kapazitäten hatte.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein. Ich wollte dann - - Sie haben ja gesagt: wie ich mir das erkläre.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Und dann habe ich gesagt, es gibt ja zwei Sichtweisen. Einmal von der Quelle her: die Massen. Und dann aber auch vom Ende her: die Personalkapazität, um etwas zu bearbeiten. Also, ich habe natürlich - - Das Wegwerfen, um das mal flapsig zu sagen, hatte natürlich hauptsächlich mit rechtlichen Dingen, also G 10, zu tun. Aber es hätte dann der Fall eintreten können, dass trotzdem alles bereinigt und unten so viel angekommen wäre, was ich gar nicht hätte ganz bearbeiten können.

Christian Flisek (SPD): Okay. - Wusste der Netzbetreiber denn, dass Sie mit einer G-10-Anordnung reingehen, es Ihnen aber eigentlich hauptsächlich um Routineverkehre ging?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das weiß ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Hatten Sie irgendwelche Anhaltspunkte dafür?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, ich hatte keine Verbindung zum Betreiber. Das haben alles meine Techniker und andere gemacht. Ich hatte keine Verbindung, ich habe keine Kommunikation gehabt - nichts. Ich wusste nur von den Dingen, die da abliefen.

Christian Flisek (SPD): Ihnen wurde aber dann im Zweifel auch von Ihren Mitarbeitern berichtet, wie diese Kommunikationsergebnisse ausgesehen haben?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, gut, der kam dann zurück und hat gesagt: Also, hier, der gibt jetzt nichts mehr her. Der will abgesichert sein. Da müssen wir jetzt was tun.

Christian Flisek (SPD): Wer will abgesichert sein? Der Netzbetreiber?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nicht der Netzbetreiber, sondern der Mensch des Netzbetreibers, der an dem Kabel stand und das Zeug da bediente. Das war ein Beamter oder ein Mensch, der wie ein - - ja, gehobener Dienst. Gehobener Dienst, der stand da und hat gesagt: „Jetzt haben



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir euch das gegeben. Mehr gibt es jetzt nicht. Ich kriege kalte Füße“ - so ähnlich.

Christian Flisek (SPD): Das war ein Mitarbeiter des Netzbetreibers im gehobenen Dienst?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Christian Flisek (SPD): Der hat das gesagt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, der hat sich sinngemäß geäußert. Nicht wörtlich, wie ich es jetzt gesagt habe.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja; klar. - Und der hat gesagt, er kriegte kalte Füße, er will eine Absicherung haben, und dann kam die ganze G-10-Anordnung in die Spur?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, dann kam das ganze Unternehmen ins Rollen. Denn dann haben wir natürlich gesagt: „Okay, er hat ja recht. Also müssen wir überlegen, was wir tun“, und dann habe ich den Präsidenten informiert und habe gesagt: Hier, so kommen wir nicht weiter. - Er, Präsident - Bundeskanzleramt, Bundeskanzleramt - Brief, Brief an Betreiber, Betreiber an gehobenen Dienst, und da war die Kette zu dann. Ach so, G 10. G 10 haben wir auch noch gemacht.

Christian Flisek (SPD): Verstehe ich das dann richtig, dass nach Ihrer Auffassung, also nach der Auffassung beim BND, eigentlich das Ganze nur eben zur Absicherung des Herrn im gehobenen Dienst galt - ich überspitze jetzt mal -, aber aus Ihrer Sicht das eigentlich gar nicht notwendig war, weil Sie gesagt hätten: So wie es bisher gelaufen wäre, hätten wir auch ganz normal weiter die paketvermittelten Routineverkehre - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Es wäre lebensfremd, zu glauben, dass wir uns nach dieser G-10-Anordnung geseht hätten. Natürlich haben wir das genommen, was wir kriegen, solange wir es gekriegt haben. Als wir es nicht mehr gekriegt haben, haben wir überlegt: Wie kommen wir da dran, rechtlich abgesichert? Und deswegen haben wir das dann so gemacht.

Christian Flisek (SPD): Das ist interessant insofern, als, ich sage mal, auch in den Medien berichtet wird, dass natürlich das Ganze so eine Art Vorwandschlüssel war, um eigentlich was ganz anderes zu erreichen, und wir natürlich diese Frage uns jetzt auch stellen und sich auch die G-10-Kommission sicherlich, die Mitglieder damals wie heute, die Frage stellen.

Ich frage jetzt mal andersrum: Bei der Frage Überwachung von Routineverkehren - - Das haben Sie vielleicht ja auch mitbekommen. Wir sind ja hier im Untersuchungsausschuss gestartet mit einer Sachverständigenrunde, wo unter anderem Professor Papier, der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, gesagt hat, dass auch bei der Überwachung, bei der Tätigkeit des BND im Rahmen der Fernmeldeüberwachung im Ausland von Ausländern er nicht sich in einem grundrechtsfreien Bereich bewegt und er eigentlich dafür eine Befugnisnorm braucht.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Kann gerne seine Meinung sein. Unsere Beurteilung der Lage war anders - und Rechtsauslegung.

Christian Flisek (SPD): Wir hatten ja damals - - Ich kriege gerade noch mal ein Zitat des Kollegen Kiesewetter zugeworfen aus einem Artikel. Ich sage mal so: Ich bin da bei Äußerungen eines führenden Verfassungsrechtlers in Deutschland ein bisschen vorsichtiger und sage auch, dass man das sicherlich noch mal genauer sich anschauen muss, was da an Rechtsauffassungen im Raum steht.

Wir haben natürlich auch erfahren - - Wir hatten zum Beispiel die Datenschutzbeauftragte des Bundesnachrichtendienstes als Zeugin, die auch sehr offen über Diskussionen im Haus über diese Rechtsauffassungen berichtet hat. Sind Ihnen solche Rechtsauffassungen auch bekannt? Haben Sie da irgendwann einmal mit Ihren Juristen Diskussionen geführt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, aber netzpolitik.org hat gute Arbeit geleistet und hat da sehr viel veröffentlicht, was für mich sehr, sehr aufschlussreich war. Also, ich kenne die Verneh-



Nur zur dienstlichen Verwendung

mung, aber nur aus den Veröffentlichungen netzpolitik.org, und die können natürlich nicht vollständig sein. Also, mir war die - - habe ich die Geschichte - - dieser Dissens: Was ist denn eigentlich ein Satellit? Ist der auf deutschem Boden oder dann nicht mehr? Gilt denn das oder jenes Gesetz? Das waren abenteuerliche Diskussionen, die wir nie geführt haben. Da haben wir auch keinen Grund dafür gesehen. Wir hatten schon genug zu tun mit unserem Kabel.

Christian Flisek (SPD): Das glaube ich, ja. Wobei: Uns interessieren natürlich als Gesetzgeber solche Rechtsauffassungen, ihre praktische Umsetzung und die Wirkung schon, also die Frage, ob man im Bereich der Satellitenerfassung der Ansicht ist, das ist sozusagen ein Abgreifen im Weltraum, territorial nicht gebunden und damit auch nicht rechtlich irgendwo greifbar, oder dass man sagt, das Abgreifen von Routineverkehren bei einem Transitzkabel, beispielsweise auf deutschem Boden, unterläge einer sogenannten virtuellen Auslandsanknüpfung. Also, man betrachtet diesen Punkt, weil es ja Routineverkehre Ausland-Ausland sind, als virtuelles Ausland. Das sind schon hochkreative Rechtsauffassungen. Ich beschäftige mich auch seit vielen Jahren schon mit der Auslegung von Gesetzen und denke mir: Ja, sportlich!

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, was soll ich dazu sagen? Ich bin kein Jurist.

Christian Flisek (SPD): Nein, Sie sind ja Abteilungsleiter. Auch in einer solchen Position gehe ich davon aus: Wenn man selbst nicht Jurist ist, muss man sich natürlich mit den Rechtsgrundlagen der eigenen Tätigkeit irgendwo auseinandersetzen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, ich habe Ihnen vorhin gesagt, ich habe die Aufgabe gehabt, verschiedene Spezialbereiche zusammenzuführen zu einem Ziel hin.

Christian Flisek (SPD): Ja, ja; das habe ich verstanden.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: So. Dann werden Sie auch verstehen, dass ich keine intellektuellen Turnübungen mache und dazu Zeit hatte.

Christian Flisek (SPD): Gut. - Also, ich sehe, da kommen wir vielleicht bei Ihnen jetzt gar nicht so weiter. - Ich weiß nicht: Haben wir noch Zeit?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zwei Minuten.

Christian Flisek (SPD): Zwei Minuten. - Sie haben gesagt, G-10-Daten wurden sowieso ausgefiltert; man hat im Zweifel eher alles weggeschmissen, als dass man irgendwas weitergeleitet hat. Wie war das mit den Meta- und mit den Sachdaten, die beim Kabelabgriff in Frankfurt an die NSA weitergeleitet worden sind?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, bei den Metadaten und Sachdaten - - Erst mal zu den Begriffen.

Christian Flisek (SPD): Ja.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ein Metadatum im allgemeinen Sinne erfasst, wie es im Gesetz, glaube ich, heißt, die Umstände einer Kommunikation. Bei paketvermittelten Verkehren heißt das, in so einem Datenpaket einer Sendung ist zu erkennen: Wo kommt es her, wo geht es hin, welche Laufnummer hat es, und wie groß ist der Dateninhalt? „Wo geht es hin, und wo kommt es her?“ könnte man als persönliche Daten auffassen. Es sind in diesem Sinne, wie Sie es angesprochen haben, keine Sachdaten. Sachdaten in unserem Sinne sind technisch verwertbare Daten ohne Personenbezug, und diese Daten, zum Beispiel Routingdaten von Netzwerken und so was, gingen an die NSA, und die hat damit Netzwerke analysiert und, ja, vielleicht genutzt, um andere Ansätze zu optimieren - keine Ahnung. Das war die Sache mit den Metadaten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Die Zeit wäre um, und unsere Zeit wäre jetzt auch so weit, dass wir rüber zur namentlichen Abstimmung müssen und hoffen, dass der Kollege Florian Hahn, der jetzt der nächste Redner ist, auch



Nur zur dienstlichen Verwendung

seine Redezeit ausschöpft, damit wir entspannt rübergehen können. Ganz herzlichen Dank. Wir unterbrechen jetzt wieder für die namentliche Abstimmung. Nach der namentlichen Abstimmung geht es hier weiter mit der nächsten Fragerunde. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von
17.01 bis 17.20 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die, die nicht da sind, werden ihre Gründe haben. Wenn die Fraktion Die Linke vertreten ist - das ist sie: durch den Kollegen Hahn -, würde ich jetzt in die nächste Fragerunde einsteigen. Ich eröffne die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses erneut und gebe der Fraktion Die Linke das Wort für Fragen. Herr Kollege Hahn.

(Zuruf)

- Der Zeuge wird das schon schaffen, wenn er nicht abgelenkt wird durch die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen.

Müssen wir noch auf den Zeugenbeistand warten? - Nein? Heißt das: kommt nicht?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: ... (akustisch unverständlich) dass er kommt - kann auch nicht sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ich möchte Ihnen nicht die Chance nehmen, von einem Zeugenbeistand vertreten zu sein.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, Sie nehmen mir keine Chancen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, nein, das muss schon alles ordentlich sein.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Der Zeuge erhebt keinen Einspruch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir wollen ja auch im Rahmen der Zeit durchkommen. Das Bundeskanzleramt erhebt auch keinen Einspruch.

RD Philipp Wolff (BK): Wenn der Zeuge darauf verzichtet, dann verzichten wir auch darauf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gut. Ich vermute, dass Herr Eisenberg auch zeitnah kommen wird. - Herr Kollege Hahn, Sie haben das Wort.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich möchte gern noch mal anschließen an einen Punkt, der schon vor kurzer Zeit, vor der Pause auch, aufgerufen worden war, und zwar die Metadaten. Sie haben ja gesagt, es gab sogar - - sowohl sachbezogene als auch personenbezogene Metadaten. Würden Sie noch mal sagen, welche sachbezogenen Metadaten denn erfasst und bearbeitet wurden?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann es Ihnen nicht hundertprozentig sagen. Ich weiß nur, sachbezogene Metadaten waren zum Beispiel - - ist ein Datum: Welche Nummer hat ein Datenpaket? Denn wir reden jetzt von paketvermittelter Übertragung. Da ist es ja so, dass eine Sendung aufgeteilt wird in Datenpakete und diese Datenpakete enthalten unter anderem eine Nummerierung, welche Reihenfolge welches Paket hat. Das wäre ein solches sächliches Datum. Ein anderes sächliches Datum ist zum Beispiel: Wie groß ist der Dateninhalt? Also nicht der Dateninhalt selbst, sondern wie groß der Dateninhalt ist. Und dann gibt es ein paar Angaben, zu denen kann ich im Einzelnen nichts mehr sagen.

Ich weiß nur eines: Diese Datenpakete schwirren ja durch dieses gesamte Netz in verschiedenen Ebenen. Die Informatiker reden von verschiedenen Protokollebenen. Das heißt, da sind auch Protokollinformationen da. Man muss sich das so vorstellen: So ein Datenpaket ist wie ein Container, der einmal über Schiff, einmal mit Flugzeug und einmal mit einem Lastwagen transportiert wird. Übertragen auf die Technik beim paketvermittelten Bereich heißt das: Ich habe es mit verschiedenen Protokollen und Protokollebenen zu tun. Das sind solche sachlichen oder Rohdaten. - Nein, Sachdaten.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sachbezogene Daten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Sachdaten, ja, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Welche personenbezogenen Daten wurden denn erfasst?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, notwendigerweise sind das Daten, wo der Empfänger oder der Absender draus hervorgeht. Das sind personenbezogene Daten zum Beispiel.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Was sind denn da aus Ihrer Sicht IP-Adressen, sind das personenbezogene Daten oder sind das sachbezogene Daten?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Wenn eine IP-Adresse ohne Weiteres auf den Adressaten rückschließen lässt, dann ist das ein personenbezogenes Datum. Wenn das nicht der Fall ist, dann nicht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und wie haben Sie das unterscheiden können in der Praxis?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das wissen nur meine Techniker. Da bin ich jetzt am Ende.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also Ihnen ist - - Oder ich frage anders: Ist Ihnen bekannt, dass IP-Adressen aufgefasst worden sind generell als Metadaten - Entschuldigung: als sachbezogene Daten und auch weitergeleitet worden sind an die NSA?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das kann passiert sein, aber nicht, wenn es sich um G-10-geschütztes Material gehandelt hat, sondern nur aus Routineaufkommen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie haben eben selbst G-10-Filterung angesprochen. Wie erfolgte denn diese G-10-Filterung bei den Metadaten, also was für Parameter wurden da eingesetzt, wissen Sie das? Und gab es eine Positiv- oder eine Negativselektion? Es gibt ja beide Möglichkeiten.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich weiß nicht, wie das gemacht worden ist. Ich weiß nur, dass es eine Art Kaskade gab im Prozess, wo ganz vorne

schon gefiltert worden ist, dann ein Stück später noch mal gefiltert worden ist - das weiß ich -, und dass der Prozess oft unterbrochen wurde durch händische Kontrolle, und zwar zum Schluss, wenn der Datenstrom schon so reduziert war, dass man ihn händisch bearbeiten konnte.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und wann sind Daten an die NSA weitergeleitet worden: vor dieser händischen Kontrolle oder nach dieser händischen Kontrolle?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Danach, danach.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Nach der händischen Kontrolle. - Sind Ihnen die Programme MIRA4, VERAS und INBE bekannt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Da habe ich mal was gehört. MIRA4, das ist der Vorläufer von INBE und befasst sich mit der Analyse von Inhalten. - Haben Sie auch nach VERAS gefragt?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, hatte ich auch.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: VERAS, da ging es nicht um Inhaltsdaten, sondern um Verkehrsdaten, also wenn ich wissen will, welche Beziehungen ein bestimmtes Netz an Verbindungen - - wie das aussieht, dann brauche ich dazu VERAS, ein Verkehrsanalyse-System. Das war also immer ein Bearbeiter, der dieses System als Expertensystem zur Hilfe hatte. Dahinter verbergen sich wahrscheinlich Datenbanken, die da zum Abgleich verwendet worden sind usw. Das war also jetzt - - Sie hatten gefragt nach MIRA4 und nach VERAS.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und INBE, ja.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: INBE ist - das habe ich gar nicht mehr miterlebt; aber die Entwicklung begann zu meiner Zeit - der Nachfolger von MIRA4.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt, ob gegen den Einsatz dieser Programme Bedenken angemeldet worden sind -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nicht zu -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - im BND oder in Ihrem Bereich?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: - meiner Zeit. Aber in der Testphase war schon klar: Man muss jetzt aufpassen, dass die G-10-Filter funktionieren, die allerdings nicht mit diesen Systemen was zu tun hatten. Der G-10-Filter war der DAFIS-Filter. Dieser DAFIS-Filter hat eine Selektion aus dem Fluss vorgenommen, aber nicht vor 2005. Das heißt also, wenn Sie sich beziehen auf paketvermittelte Verkehre: Die können nicht - - Nein, Quatsch, das waren leitungsvermittelte Verkehre. Okay, DAFIS: leitungsvermittelte Verkehre, Selektion aus dem Datenfluss, nicht vor 2005.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich möchte noch auf einen anderen Punkt zu sprechen kommen: Welche Zusammenarbeit gab es denn mit den beiden Verbindungsoffizieren der Auswertezentrale Elektronische Kampfführung? Die haben sich ja wohl auch dort in Bad Aibling mit aufgehalten. Können Sie dazu noch mal was sagen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Was waren das? Verbindungsoffiziere Elektronischer Kampf?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Auswertezentrale Elektronische Kampfführung. Da gab es, zumindest nach den Unterlagen, zwei Verbindungsoffiziere. Können Sie uns sagen, welche Aufgabe die hatten? Oder: Hatten Sie mit denen zu tun?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Sollen die von der Bundeswehr gewesen sein?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Davon gehe ich mal aus, wenn das Verbindungsoffiziere sind.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, da weiß ich nichts von.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Haben Sie keine Kenntnis?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein. Ich weiß nur, dass unsere Leute, also BND-Personal, dort war, und dieses BND-Personal war teilweise militärisches Personal, aber in BND-Diensten, so wie ich auch. Insofern kann es schon sein, dass

einer mit einem militärischen Dienstgrad, aber als BND-Angestellter dort Dienst getan hat. Aber „Verbindungsoffizier“, damit kann ich nichts anfangen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und Sie kennen auch den Begriff Auswertezentrale Elektronische Kampfführung - EloKa abgekürzt - nicht?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Was das ist, weiß ich; ich komme ja daher, ich habe das ja mal gelernt. Also ich weiß schon, was das ist. Aber ich kann das nicht in Zusammenhang mit Bad Aibling bringen; denn das klingt ja schon fast so, als ob einer vom ZNBw, also von - wie heißt es? - Zentrale Nachrichtenwesen der Bundeswehr da jemand gewesen sein soll, und das kann ich mir überhaupt nicht vorstellen. - Wo haben Sie denn das her?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, es steht in den Akten - - ist das zu finden.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Wo? Können Sie mir vielleicht eine Quelle nennen?

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Hier steht jetzt die Fundstelle nicht. Für den nichtöffentlichen Teil haben wir die Daten noch aufgearbeitet. Ich dachte, Sie wüssten das, -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): - da Sie ja nun auch als General - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja: Wenn die Bundeswehr dort gewesen wäre, hätte ich das wissen müssen. Da war keine Bundeswehr, jedenfalls nicht - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Höchstens so, wie ich es beschrieben habe: Ein Bundeswehrsoldat in BND-Diensten, so wie ich, das könnte schon sein; aber alles andere wäre mir neu.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wissen Sie denn, wie viele Arbeitsplätze für die Auswertung der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Daten in Bad Aibling regelmäßig insgesamt besetzt gewesen sind?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann Ihnen da keine genaue Zahl nennen, aber das können - - ja, mehr als eine Handvoll, vielleicht zehn, fünfzehn, auf beiden Seiten jeweils, mehr - -

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Also genauso viele wie bei der NSA?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und waren die sogenannten Contractors, also Mitarbeiter privater Firmen, dann noch mal zusätzlich oben drauf oder waren die Bestandteil der Zahl, die Sie nannten innerhalb der NSA?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das kann ich Ihnen nicht mit Gewissheit sagen. Ich war in Bad Aibling vielleicht - in meiner ganzen Dienstzeit - zweimal, dreimal höchstens, und da ging es um andere Geschichten: Da ging es um Bau von diesem US-Container, oder es ging um Auflösung der Dienststelle, Feierlichkeiten dazu, so was.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Okay. Ich muss jetzt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank an die Fraktion Die Linke. - Jetzt kommen wir zur Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Kieseewetter.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich möchte jetzt auf den Zeitraum kommen, wo Sie dann Abteilungsleiter 2 im BND waren. Da liegen uns kaum öffentlich zitierbare Unterlagen vor; deshalb mal eine Reihe von Fragen:

Zum Ende des Jahres 2003 wechselten Sie die Position Abteilungsleiter 2. Wie änderte sich mit dem Wechsel Ihre Zuständigkeit im Rahmen des Projekts „Eikonal“?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Da gab es das Projekt „Eikonal“ noch nicht in dem Sinne - das ist ja erst dann in 2004 langsam aufgewachsen.

Zuständigkeit in „Eikonal“ hatte ich vorher als Abteilungsleiter 6 nicht. Das war immer schon nur in Händen der Abteilung 2.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Was erfuhren Sie bei Ihrer Übernahme in den vorbereitenden Projektmaßnahmen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das ist eine gute Frage - wie mache ich denn das jetzt unschädlich? - Wissen Sie, Übergabe kann man so oder so machen. Ich habe einen getünchten Raum vorgefunden und einen Panzerschrank.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Wollen Sie in - - Wir befragen Sie sonst in nichtöffentlicher Sitzung.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein. - Ende der Übergabe.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ach so.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): War Ihr Vorgänger auch - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, ich will jetzt nicht auf meinem Vorgänger rumreiten.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Nein, Frage: Hatte Ihr Vorgänger auch einen militärischen Hintergrund?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja, hatte er, hatte er.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Marine - oder was?)

- Bitte? Nein, der war schon General dann.

Nein, wir wollen jetzt nicht die Person beschädigen. Also, ich sage Ihnen, wie ich das gemacht habe: Der arme Kerl konnte ja auch nichts dafür. Der war dann oben irgendwo beim Präsidenten - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde der verbraten aus irgendwelchen Gründen, und ich stand dann da. Nur, was macht man, wenn man nichts weiß? Man holt sich Leute, die was wissen. Ich habe also meine Unterabteilungsleiter zusammengeholt und habe gesagt: So, ihr seht ja, ich bin der Neue. Gepinselt ist schon, jetzt muss ich nur noch wissen, was los ist. - Das haben wir dann auch gemacht. Ich bin - ich darf also jetzt das offiziell.

Ich ziehe mich nicht darauf zurück, dass ich nicht in die Abteilung eingewiesen worden bin.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dann gleich konkrete Nachfragen: Wer war denn in Ihrer Abteilung hauptsächlich Ansprechpartner dazu, einschließlich der Dienststellenbezeichnung und des Dienstnamens?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Den Dienstnamen kann ich Ihnen nicht sagen - das verbietet mir meine Aussagegenehmigung -, weil das unterhalb der Abteilungsleiterebene ist. Das war ein Unterabteilungsleiter. Unterabteilungsleiter, das war damals - - die haben die umgetauft, da müssen Sie aufpassen! Das war Unterabteilung 24 - die war für die technische Nachrichtengewinnung zuständig -, dann die Unterabteilung 23 - das war die zentrale Nachrichtenbearbeitung -, und dann gab es die Unterabteilung 21, das war die Unterabteilung für Entzifferung. Das waren die drei Unterabteilungen, die ich hatte. Die stärkste, größte Unterabteilung war die Unterabteilung 24 mit ihren Außenstellen in Deutschland und anderen Ansatzpunkten im Ausland. Mehr kann ich dazu öffentlich nicht sagen. Auf jeden Fall waren das die Figuren, mit denen ich zusammengearbeitet habe. Daneben hat eine starke Rolle gespielt als einer meiner wichtigsten Gehilfen der Chef des Leitungs-, des Abteilungsstabes, das war der 20A, es waren die Juristen; darüber habe ich schon was ausgesagt. Wer war denn das noch? Ja, das waren sie eigentlich. Im Leitungsstab? Na ja, sporadische Verbindungen: mal gehört, wie das Wetter ist, aber nichts weiter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Offensichtlich erfuhren Sie ja bei Ihrer Übernahme durch die Einweisung Dinge, die Ihnen neu waren.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, das kann man wohl sagen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was war denn neu für Sie?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Neu für mich war, was in Bezug mit NSA schon alles gelaufen war. Neu für mich war auch dieses Konvolut über die Zukunft der technischen Beschaffung in zehn, fünfzehn Jahren. Das war für mich hauptsächlich neu. Neu waren für mich natürlich auch Art und Form der AND-Beziehungen; denn in dieser Fülle hatte ich die als Abteilung 6 natürlich nicht. Das war für mich neu. Neu war dann auch die letzte Entwicklung der Umgliederung der Abteilung; das war für mich auch neu. Und schrecklich neu war für mich, dass man fast alle Außenstellen auflösen wollte. Das war ein heißer Kampf.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Warum war das schrecklich neu?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, wenn ich etwas tue, sollte es Nutzen bringen. Ich habe den Nutzen des Schließens von Außenstellen Hals über Kopf nicht erkennen können.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sie sprechen von Außenstellen in Deutschland?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: In Deutschland. Und damit eng verbunden war ja die soziale Frage in diesen Außenstellen. Man hat sich zum Beispiel vorgestellt, dass eine Außenstelle in Norddeutschland zugemacht wird und geschlossen nach Berlin verlegt wird mit dem Personal. In Berlin gab es aber noch keine Gebäude, wo die hätten unterkommen können, allenfalls Übergangsweise. In Berlin hätten die nichts anderes machen sollen als das, was sie dort in Norddeutschland eh schon gemacht haben, da man das ja einfach switchen kann, weil die sozusagen Fernarbeitsplätze hatten. Ich rede jetzt nur von einer. Es gab da noch mehr Stellen. Bei zwei Stellen habe ich tatsächlich gesagt: Okay, das machen wir so, das hat auch einen gewissen Sinn, weil die schon so abgeschmolzen war, dass die soziale Frage sich kaum noch gestellt hat.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Bei einer bin ich - - Das gehört jetzt nicht richtig hierher; ich erzähle es aber, weil ich darauf heute noch stolz bin. Ich bin nicht stolz auf das, was ich jemals geschrieben habe; aber wie ich mit Menschen umgegangen bin, darauf bin ich heute noch stolz. Eine Außenstelle im Mittelteil Deutschlands sollte auch aufgelöst werden, und da habe ich es hingekriegt, dass die Stelle zwar infrastrukturell geschlossen wurde, die Menschen aber 40 Kilometer weiter in einer Kaserne weiterbeschäftigt werden konnten und unter elektronischer Anbindung ihre Arbeit machen konnten. Sie können sich vorstellen, dass allein so eine Aktion den Abteilungsleiter fordert. Der kann da nicht jeden Tag und jede Stunde an „Eikonal“ denken. Mir waren diese Sachen, ehrlich gesagt, oftmals wichtiger.

Wichtig war in diesem Zusammenhang eben auch - jetzt kommen wir wieder zur Verknüpfung zum Kabel -: Wenn viel Material reinkommt, brauche ich Personal, das damit umgehen kann und das dieses Zeug bearbeiten kann. Ich musste also Umschulungsprogramme ins Werk setzen, die zum Teil zwei Jahre dauerten, weil Sprachkenntnisse zum Teil erforderlich waren. Das ist jetzt nur mal so ein kleiner Nebenaspekt, was da so alles gelaufen ist. Und diese Stelle in Norddeutschland, es gibt sie heute noch. Ich habe damals beim Ministerpräsidenten vorgetragen zu dieser Stelle.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das bedeutet also, Sie haben die Stelle nicht nur aus operativen Erwägungen gehalten, sondern auch aus Fürsorgegründen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Beides; darauf bin ich ja so stolz. Ich habe Nutzen erzeugt und soziale Wärme zugleich, weil ich gesagt habe, weil wir gesagt haben - das war ja die Grundidee; das haben wir mit allen Außenstellen so gemacht -: In einer Zeit wie heute kann ich denen das Material zurouten auf elektronischem Wege und die müssen das vor Ort bearbeiten. Die machen nicht mehr das, was sie vorher gemacht haben, sondern füllen jetzt die neue Aufgabe aus. Der Kinken war dabei nur: Ich musste - das ging nicht von heute auf morgen - umschulen. Aber ich habe damit erreicht: Die sind dort vor Ort geblieben, haben

dort Arbeit gemacht, die nützlich war, und beiden war geholfen.

Ich will Ihnen nur mal - jetzt geht mir wirklich das Herz über - die Dimension sagen: Da waren 150 Eigenheimbesitzer, die hätten umziehen müssen wegen nichts und wieder nichts, die hätten ihre Kredite zurückzahlen müssen, die sie verbilligt gekriegt haben. Der Markt wäre kaputt gewesen da oben in einer so engen Stelle. Ich will diese Stelle nicht nennen, aber das war auf dem Land irgendwo draußen. Die wären ihre Häuser nie losgeworden. Da wäre der Efeu hochgerankt und die hätten bitterlich weinend in Berlin gehockt.

Ich selber habe übrigens eine Studie geschrieben dazu. Die liegt Ihnen nicht vor, gehört auch nicht zum Thema. Ich sage es trotzdem: Ich habe eine Studie geschrieben, weil mir das wichtig genug war und weil sonst keiner gewagt hätte, sich gegen Leitungsentscheidungen zu stellen. Diese Studie ging dann an den Herrn Uhrlau, Abteilungsleiter 6 im Bundeskanzleramt, und da fing es dann an, dann haben sich die Dinge da langsam gelöst. - Ich höre jetzt auch auf damit.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ist trotzdem ein interessanter Seitenaspekt, weil uns öffentlich und nichtöffentlich der BND immer als ein, so wollen wir mal sagen, sehr funktionierendes mechanistisches Gebilde dargestellt wird. Aber Sie zeigen eben auch, dass hier Führen mit Auftrag manchmal auch Führen mit Herz heißen muss.

Sie haben gerade aber ein Stichwort gegeben: Kabel. Hatten Sie eigentlich in der Zeit auch Kontakt zu dem privaten Telekommunikationsanbieter, diesem Telekommunikationsdiensteanbieter, mit dem der Kabelabgriff realisiert werden sollte?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, das war ausschließlich - - wurde das durch die Unterabteilung, die zuständig war, gemacht, und da auf einer relativ niederen Ebene. Es war höherer Dienst - der schon -, aber das war in der Kette, in der Hierarchiekette, in der Ebene Sachgebietsleiter. Es war kein Referatsleiter, kein - - Der



Nur zur dienstlichen Verwendung

Unterabteilungsleiter ist manchmal dazwischengegangen, wenn es sein musste oder so; aber die Hauptlast hat der damalige Sachgebietsleiter getragen, der übrigens hier als Unterabteilungsleiter schon vor Gericht stand bei Ihnen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Wir sind kein Gericht.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich wollte mir einen kleinen Scherz erlauben, weil es schon so spät ist.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Na, ich dürfte als Nichtjurist dann hier gar nicht sein. - Aber wie ist denn die damalige Bezeichnung der Unterabteilung gewesen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: 24.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): 24.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich glaube, die ist dann umgetauft worden auf 26, aber ich - - schlagen Sie mich tot! 24 war das.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja, danke; ich schlage Sie aber nicht tot.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Aber Sie können das näher erschließen durch meinen Nachfolger als Abteilungsleiter - da darf ich den Namen nennen -, das ist Dr. Urmann, der war damals Unterabteilungsleiter dieser Unterabteilung, der kennt das nun sehr viel näher, was da mit dem Betreiber ablief.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gut, also ich halte fest: Unterabteilungsleiter Dr. Urmann zu der Zeit.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Was ist Ihnen denn aus heutiger Sicht zu den Verhandlungen mit diesem privaten Provider bekannt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: So gut wie gar nichts. Ich habe ja vorhin schon was dazu gesagt. Ich habe das mehr oder weniger aus der Distanz

mitgekriegt: Bundeskanzleramt ist eingeschaltet, jetzt läuft ein Schreiben an die, und als das Schreiben dann akzeptiert worden ist, haben wir dann gesagt: So, jetzt schieben wir G-10-Antrag nach. - Ich habe das eben nur aus der Distanz mitgekriegt. Ich hatte keinen persönlichen Kontakt oder so was. Ich war auch nie in Frankfurt und habe mir das angeguckt.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte noch auf eine VS-NfD-Unterlage zurückkommen - bei Bedarf bitte vorlegen! -: MAT A BND-18a/2, Blatt 111 ff.; hierbei handelt es sich um ein Schreiben eines Mitarbeiters mit dem Stellenkürzel 80A. Zu Beginn Ihrer Tätigkeit als Leiter der Abteilung 2 wurde in einem Vermerk dieses Mitarbeiters 80A vom 22. Dezember 2003 auf etliche Presseveröffentlichungen zur Präsenz des BND in Bad Aibling hingewiesen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Sie erinnern sich. - Diese hätten sich zum Teil auch auf Quellen aus dem BND berufen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Der Verfasser des Vermerks bewertete seinerzeit das Verhalten der in der Presse zitierten BND-Stellen als Verstoß gegen eine Regelung in den Annexen zum Memorandum of Agreement.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Meine beiden Fragen: Welche Regelung ist denn zur Legendierung der BND-Stelle in Bad Aibling in den Annexen getroffen worden, und störten diese Veröffentlichungen in irgendeiner Weise die Kooperation mit der NSA?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein, das war der tägliche Kleinkampf mit der Sicherheit. 80A war Abteilung Sicherheit und die haben natürlich argwöhnisch darauf geachtet, dass wir nichts verraten. Selbst wenn in den Zeitungen schon zehnmal eine Deckbezeichnung des BND offenbart wurde, durften wir sie nicht nennen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Das, was der mit dem Annex da gemeint hat: Natürlich steht in einem Annex drin, dass die Präsenz der NSA dort geheim zu halten ist. Was da in der Presse wer veröffentlicht hat, weiß ich nicht mehr. Auf jeden Fall war das ein Ausrufezeichen der Sicherheit, eher ein Ausfluss der Hilflosigkeit; denn was hätte ich denn machen sollen für ein Geschehnis, das schon vorbei ist und nicht hätte verhindert werden können, mit Leuten, von denen ich wusste: „Die geben nichts an die Presse weiter“? Also: Das Ding können Sie verbrennen.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Na ja, das wollen wir ja gerade nicht.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Es führt uns hier nicht weiter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich möchte trotzdem da noch mal nachfragen, weil das ja im Dezember 2003 nicht beendet war, sondern es dann noch im Januar 2004 -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, die waren hartnäckig.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): - einen Vermerk Abteilung 8 gab.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Die waren hartnäckig.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Es scheint ja in Ihrer Erinnerung sehr heftig präsent zu sein.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): In diesem Vermerk, welcher auch nachrichtlich an Sie ging, kritisierte der Verfasser die Entscheidung Ihrer Abteilung zur Legendierung der Dienststelle LA60 in Bad Aibling. Man verzichte quasi, heißt es da, auf eine Legendierung, da für jeden interessierten Dritten die Präsenz des BND erkennbar sei. Als zwingende Konsequenz sei der materielle Schutz auf dem für BND-Liegenschaften anzusetzenden Niveau abzusichern.

Stimmt es, dass man die Präsenz in Bad Aibling besser hätte abschirmen können, als es getan wurde, oder war das eh schon alles offen? Ich erinnere mich - als Kind, als man dort vorbeifuhr -, dass man da schon sehr offen sprach.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, offen war da nichts. Es war ja immerhin eine militärische Liegenschaft, die nach den Grundsätzen eines militärischen Sicherheitsbereichs abgesichert war, und ansonsten - - Ich muss mich jetzt zurückhalten in der Kommentierung dieses Papiers. Das ganze Ding ist fruchtlos. Was wollte der Verfasser? Sollten wir jetzt noch mal eine Betonmauer hochziehen, weil in der Zeitung schon bekannt war, dass dort der BND ist, oder was? Die Abdeckung war damals, glaube ich, Amt für Fernmeldestatistik oder so was, oder Ionosphären- - nein, das war wieder was anderes. Also, es war dort den örtlichen Einwohnern ohnehin bekannt, und ein Fremder konnte das sehr schnell erfahren, wenn er sich ein bisschen umgetan hat. Das war also ein Sturm im Wasserglas, der operativ keine Bedeutung hatte.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Gut. Ich verzichte auf die weiteren zehn Minuten und komme in einer neuen Fragerunde hinzu, weil wir in fünf Minuten wieder namentliche Abstimmung haben. Ich werde Sie in diesem Bereich nicht mehr befragen. Ich finde es aber trotzdem spannend, wie Sie den Bereich der materiellen Absicherung oder auch den Umgang in bestimmten Unterlagen hier bewerten. Herzlichen Dank zunächst.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: War das jetzt eine Kritik? Dann sagen Sie es, -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Nein, -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: - dann sagen Sie, Sie finden das nicht gut!

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): - das ist keine Kritik. Ich habe selbst eine gewisse Erfahrung in diesem Umfeld, die allerdings schon 20 Jahre her ist. Vielen Dank.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich höre Zustimmung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Ich würde vorschlagen, bevor wir jetzt zur nächsten Fraktion kommen - - Wir sind schon beim vorletzten Redner für die nächste namentliche Abstimmung. Wir müssen die Sitzung daher leider wieder unterbrechen. Ich bitte darum, nach der namentlichen Abstimmung zügig wieder in den Sitzungsraum zu kommen, so dass wir dann mit der nächsten Fraktion - das ist dann die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - mit der Fragerunde weitermachen können. - Danke schön. Die Sitzung ist abermals unterbrochen.

(Unterbrechung von
17.47 bis 18.08 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir setzen die unterbrochene Sitzung des Untersuchungsausschusses fort. Nach der Fraktion der CDU/CSU hat nun die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Gelegenheit, unseren Zeugen zu befragen. Herr Kollege von Notz, Sie haben das Wort.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Breitfelder, ich wollte noch mal der Sache auf den Grund gehen, warum Sie eigentlich keine G-10-Verfügung wollten, warum Sie die vermeiden wollten. Können Sie dazu was sagen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das habe ich nie gesagt, dass wir sie vermeiden wollten. Ich habe nur gesagt: Wir brauchten sie, um in Frankfurt ans Kabel zu kommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben das nicht gesagt, aber ich zeige Ihnen jetzt mal was aus einer Akte.

Sie haben vorhin gesagt, es wäre lebensfremd, zu glauben, dass wir uns nach einer G-10-Maßnahme gesehnt hätten.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, das ist richtig.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt ziehe ich sozusagen diese Robustheit,

die Sie haben, da so ein bisschen ab, und daraus lese ich dann, Sie wollten sie eigentlich nicht. Aber es ist - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Wenn sie nicht notwendig gewesen wäre, hätten wir sie nicht angestrebt. Das stimmt schon.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, weil es mit Arbeit verbunden ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nämlich?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Sie müssen einen Antrag stellen, Sie müssen Begründungen usw. - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätten Sie Maschinen BSI-zertifizieren müssen, wenn Sie keine G-10-Anordnung gebraucht hätten?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das weiß ich jetzt nicht genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätten Sie die RegTP einschalten müssen, wenn Sie keine G-10-Maßnahme gebraucht hätten?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Moment, Moment! Diese RegTP- und BSI-Zertifizierung hängt zusammen mit der Telekommunikations-Überwachungsverordnung, und auf die greift der Betreiber zurück, oder er greift nicht darauf zurück. Greift er nicht darauf zurück, habe ich keinen Anlass, die Geräte zertifizieren zu lassen. Greift er darauf zurück, muss ich das tun.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, und deswegen gab es Interesse daran, das ohne G-10-Genehmigung zu machen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: So kann ich das nicht stehen lassen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Dann - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das klingt ja so, als ob wir ein schlechtes Gewissen hätten und G 10 vermeiden wollten; das nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann muss ich ganz kurz - - Also, wenn wir das jetzt so machen wollen, dass wir das direkt vorhalten, dann muss ich das ganz kurz suchen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na klar, kein Problem.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können wir zwei Minuten unterbrechen? Es tut mir leid, aber ich muss diese Stelle suchen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das machen wir.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann unterbrechen wir jetzt kurz zwei Minuten, bleiben aber alle sitzen, würde ich vorschlagen. Das geht ja relativ schnell jetzt.

(Unterbrechung von
18.12 bis 18.13 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: So, ich glaube, die Stelle ist gefunden. Dann können wir weitermachen, Kollege von Notz?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, bitte.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, dann geht die Sitzung jetzt weiter.

(Zuruf)

- Genau. Ich bitte die Damen und Herren auf der Tribüne - das betrifft eigentlich nur die beiden hier in dem mittleren Teil der vorderen Reihe -,

jetzt nicht aufzustehen und sich über das Gelände zu lehnen, damit der Zeuge natürlich ungestört diesen Aktenvorhalt sich durchlesen kann. Ich hatte auch keinen Ansatz gesehen bei Ihnen.

(Dem Zeugen werden
Unterlagen vorgelegt - Der
Zeuge liest in diesen Unter-
lagen)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage das mal so abstrakt: Es handelt sich, glaube ich, um ein Schriftstück, das Sie auch unterschrieben haben. Und da steht auf Blatt 127 im ersten Absatz etwas drin. Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich lese gerade.

(Der Zeuge liest weiter in
den ihm vorgelegten Unter-
lagen)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Fundstelle ist - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, ich habe es schon gefunden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich sage das den anderen, den Kolleginnen und Kollegen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ach so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist im Tagebuch 18/4 der Ordner 173/174, richtig; Blatt 126 ff. Wie würden Sie das interpretieren, was da steht, in dem ersten Absatz der letzte Satz?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und bitte jetzt natürlich nicht daraus zitieren oder sonst irgendwas, sondern es ist nur der Vorhalt, weil sonst der Rest in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen müsste.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja, lassen Sie mich noch zum Schluss - - Ich bin noch nicht fertig.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge liest weiter in den ihm vorgelegten Unterlagen)

So. - Ja, das heißt doch nichts anderes, dass wir versucht haben, ganz, also ohne weitere Maßnahme, an das Kabel zu kommen, und dass der Betreiber uns gesagt hat: Nein, das geht so nicht. - So. Dann führe ich im Folgenden auf, welche Schritte erforderlich sind, erkläre das der NSA und - - Ja, das war's.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann geht das so nicht, weil: Ich muss das jetzt vorlesen. Das müssen wir nichtöffentlich machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, die Frage ist: Machen wir das jetzt, oder machen wir das im Nachgang?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, machen wir später.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Dann müssen wir das Dokument wieder - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Machen wir später. - Nein, das Dokument muss noch ganz kurz dableiben; denn es gibt diese zweite Stelle mit der Prozentangabe. Wo steht die?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, aber ich verstehe jetzt nicht ganz, was da nicht klar sein soll. Da steht dem Sinne nach, dass es uns nicht gelungen ist, den Betreiber dazu zu bewegen, paketvermittelte Verkehre an uns zu geben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht da ein bisschen anders, und das ist genau der Punkt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das können wir natürlich hier aber nicht sagen, was da genau steht, weil das - -

RD Philipp Wolff (BK): Also, ich glaube, wir bemerken jetzt so ein bisschen das Problem am Verfahren. Ich will von Anfang an schon einen

Pflock einhauen, dass das nicht auf so eine schiefe Ebene jedes Mal bei dem Vorhalt gerät.

Ich hatte es so verstanden, dass der Sinn ist, dass es dem Zeugen still vorgehalten wird; wenn dann Rückfragen auftauchen, dass man es dann in der Nichtöffentlichen macht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

RD Philipp Wolff (BK): Das war jetzt kein Vorwurf an Sie, ging auch eher in Richtung des Zeugen, auch kein Vorwurf. Aber nur, dass klar ist, wie wir verfahren wollen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. Der Kollege von Notz hat ja schon gesagt: Das machen wir in nichtöffentlicher Sitzung. Wir bremsen aber natürlich keinen Zeugen, wenn er gerne was sagen möchten, weil wir nicht beurteilen können, was er aussagt, bevor er es gesagt hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können das nicht besprechen, wenn Sie das anders interpretieren als ich. Die Worte sind meiner Ansicht nach eindeutig.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, Moment! Diese Interpretationsgeschichte, die habe ich nicht ganz nachvollziehen können, weil - - Jetzt sage ich mal, was ich glaube, dass Sie wissen wollen. Sie wollen wohl wissen oder bestätigt haben, dass ich gewusst haben muss, dass ein hoher Anteil G-10-Verkehre in dem paketvermittelten Verkehr ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das kommt jetzt gleich. Jetzt reden wir gerade darum, ob Sie versucht haben, eine G-10-Maßnahme zu verhindern, um diese Prüfungskriterien zu vermeiden.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Das sagen Sie. Aber in den Akten steht das eindeutig anders.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, das werden Sie nicht finden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Sie werden nur finden, dass ich G-10-Anordnungen dann für erforderlich hielt, wenn es unumgänglich ist. Das werden Sie finden.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber warum? Warum?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Wenn Sie mal Abteilungsleiter gewesen wären, wüssten Sie, warum. Weil das - Sie sehen doch hier, was das für ein Zirkus ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Das sind die rechtlichen Voraussetzungen, um so was zu machen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus gutem Grund hat sich der Gesetzgeber Gedanken dazu gemacht.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Halt, halt! Das ist falsch, was Sie sagen, weil die rechtlichen Voraussetzungen - Wenn ich das hier, was ich in Deutschland gemacht hätte, im Ausland gemacht hätte, hätte es keiner Genehmigung bedurft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie waren eben nicht im Ausland.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, und deswegen ist in diesem Einzelfall es notwendig gewesen offenbar, diese Schritte zu gehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben aber nicht Sie so festgelegt, und das haben Ihnen auch Ihre Juristen nicht gesagt, sondern das hat der Provider, der Ihnen gesagt hat - Und dazu kommen wir jetzt zum zweiten Blatt. Vielleicht kann die Kollegin das vorlegen. Das ist auf den Seiten 72 ff., selber Ordner. Da

stehen jetzt Zahlen. Das ist aus 20AC - vielleicht können Sie einmal kurz was zu dem Aktenzeichen sagen - ein Vermerk.

(Dem Zeugen werden weitere Unterlagen vorgelegt -
Er und RD Philipp Wolff
(BK) nehmen Einblick)

Zeuge Reinhardt Breitfelder: 20AC, das war auf jeden Fall Abteilungsstab. Das war ein Sachgebiet im Abteilungsstab. Ich nehme an, dass das die sind, die mit AND zu tun hatten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und der Verteiler am Ende auf Seite 75, AL2 über 20A UAL, 26 UAL, 27, 20AC. So, und jetzt steht da auf Seite 74 im dritten Absatz -

(Der Zeuge liest weiter in den Unterlagen)

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, hier geht nicht klar draus hervor, ob es sich um paketvermittelte Verkehre oder ob es sich um -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gucken Sie mal auf der Seite davor, 73, 4.2. Da steht drüber - ich glaube, das darf ich sagen, ohne verhaftet zu werden -: „EIKONAL - paketvermittelte Verkehre“.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, okay.

(Der Zeuge liest weiter in den Unterlagen)

Ja, hier geht draus hervor, dass der Provider uns gesagt hat, dass bis zu 90 Prozent der Verkehre unter den Schutz des G-10-Gesetzes fallen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Gut, was verbinden Sie jetzt damit?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit verbinde ich - ich höre mir auch Gegenfragen an, aber dann darf es nicht auf meine Zeit gehen -,



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na, ich will ja wissen - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass der BND versucht hat, obwohl offensichtliche Hinweise darauf vorlagen, dass es einfach sehr schwierig war, paketvermittelte - - Das ist ja - - Die Crux des Problems, Herr Breitfelder, ist ja, dass Sie versucht haben, eine Fernmeldeaufklärungsmaßnahme zu machen mit einer Technik, bei der das Gesetz nicht passt, eigentlich. Die Crux war: Es war Druck in der Kiste, das zu machen. Und Sie waren einer, der es möglich gemacht hat. Und jetzt versuchen wir, rauszufinden, ob das alles gut geklappt hat oder nicht. Das ist ja der Kern der Sache.

Ich sage Ihnen wegen Ihrer einleitenden Worte - - Ich sage das nicht mit Schädigungstendenz oder weil ich Ihnen irgendwas Böses will, sondern es ist einfach unsere Aufgabe hier. Wir müssen verstehen, wie das damals gelaufen ist. Aus den Akten ergibt sich - ich sage das jetzt mal so frank und frei -, dass man versucht hat, das zu vermeiden, eine G-10-Verfügung zu bekommen, weil man ebendiese Auflagen nicht haben wollte, weil diese Auflagen, die Überprüfung der Gerätschaften, die G-10-Filter usw., die haben es eben unmöglich gemacht, mit den Amis vernünftig zusammenzuarbeiten.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ihre Interpretation kann dahingestellt bleiben, weil wir die G-10-Anordnung gehabt haben und beantragt haben.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wollten sie nicht. Sie wollten sie nicht.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das interpretieren Sie so.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht hier so drin.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, das steht da nicht drin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Den Text möchte ich sehen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das müssen wir in nichtöffentlicher Sitzung weiterführen. - Ich frage mal in eine andere Richtung.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist dann aber die letzte Frage. Trotz gestoppter Zeit ist es aber dann aber die letzte Frage in der Zeit insgesamt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das geht nicht. Das ist ein längerer Teil.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Doch. Nein, nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Also, ich will nur festhalten: Mit den 90 Prozent, das haben wir jetzt so geklärt - das ist ja schon mal was -, aber wir kommen noch zu anderen Sachen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. Der Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Wir haben in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Frageunde mit der Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Im Moment verzichte ich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ja, wir haben noch Fragen zu dem Bereich der Snowden-Dokumente, weil einige der Dokumente in den Zeitraum bis zu Ihrem Ausscheiden fallen, Mitte 2006, aus dem aktiven Dienst.



Nur zur dienstlichen Verwendung

In einem Snowden-Dokument vom 10. Juni 2005 heißt es - das ist der Bericht über das einjährige Bestehen der NSA-Verbindungseinheit SUSLAG am neuen Standort in der Mangfall-Kaserne, Bad Aibling -, SUSLAG sei Mutter zweier spannender Joint Ventures, und zwar des Joint SIGINT Activity und des Joint Analysis Center. Das JAC beschäftigt 50 Zivilangestellte der NSA, die in den BND integriert seien. Wie, in welcher Art und Weise haben Sie die Kooperation zwischen BND und NSA erlebt? Wissen Sie, wann diese Kooperation beendet wurde?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, wir reden doch die ganze Zeit über JSA und Bad Aibling. Das war doch ein Teil von „Eikonal“. Ich wiederhole noch mal - -

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Nicht nur. Es ging ja darüber hinaus.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein. - Ich wiederhole noch mal, was das mit Bad Aibling auf sich hatte. Es gab eine althergebrachte Kooperation zwischen NSA und BND im Bereich der Satellitenaufklärung. Das war die Combined Group Germany, CGG. Die haben Satelliten aufgeklärt, gemeinsam. Da saßen schon BND-Angehörige und NSA-Angehörige Tisch an Tisch. Dann kam der Zeitpunkt, wo klar wurde: Die NSA wird Bad Aibling aufgeben. Es gab das Angebot an den BND, die Antennen und die Einrichtungen zu übernehmen und die Stelle dann fortan als deutsche, rein deutsche Stelle weiterzubetreiben. Auf dieses Angebot ging der BND ein.

Dann kam die Entwicklung, die Idee, strategische Kooperationen in Bad Aibling über die Satellitenerfassung hinaus, nämlich mit dem Projekt „Eikonal“, an eine Kabelverbindung zu gehen Ausland-Ausland, um die Ergebnisse gemeinsam zu nutzen. Das war JSA, Joint SIGINT Activity. Dahinter verbarg sich alles, was mit „Eikonal“ zusammenhing. Weitergeführt wurde das schon von früher bestehende Satellitenaufklärungsprogramm. So sind die Zusammenhänge.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Aber ich möchte etwas wissen, nicht über das CGG, sondern über das JAC, das Joint Analysis Center.

Hier heißt es ja auch, dass die Mitarbeiter im JAC, die NSA-Mitarbeiter, in den BND integriert seien. So hieß es in dem Dokument.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, dieses JAC bezieht sich nur auf die Satellitenerfassung, soviel ich weiß. Das ist ein alter Begriff, ein älterer Begriff. JSA ist der neuere Begriff. Er beinhaltet Kabel.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Das haben wir in einer der anderen Anhörungen etwas anders gehört. - Hatten Sie persönlich Kontakt zu diesen NSA-Mitarbeitern?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein. Um das zu vervollständigen: Meine einzige Kontaktperson war Leiterin SUSLAG. Das war meine Ansprechpartnerin.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also direkt die Koordinierungsstelle.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): In einem anderen Snowden-Dokument heißt es, die Schulungen der BND-Mitarbeiter durch NSA-Personal fänden auch im Verlauf realer Auftragsausführungen statt. Das ist so ein Snowden-Dokument: Bericht über das einjährige Bestehen, wie eben schon erwähnt, der NSA-Verbindungseinheit SUSLAG am neuen Standort Mangfall-Kaserne. Hier heißt es eben, die Schulung fänden auch - Zitat - im Verlauf realer Auftragsausführungen statt. Aktuell - das war im Jahr 2005 - seien dies NSA und zwei BND-Aufträge. - Können Sie mir schildern, worin die Teilnehmer geschult wurden und worin die erwähnten gemeinsam erfüllten Aufträge bestanden?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das weiß ich im Einzelnen nicht. Ich kann es mir nur vorstellen. Das könnte sein. Das war 2005. 2005 lief die leitungsvermittelte Aufklärung ja schon, und da könnte es damit zusammenhängen, dass man bestimmte Prüfungen während der Erfassung vorgenommen hat, um unser Personal zu ertüchtigen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

gen, mit dem Gerät - - das Gerät besser auszunutzen. Mit paketvermittelten Verkehren hatte das wahrscheinlich - -

2005 war das? Nein, 2005 hatte das noch nichts mit paketvermittelten Verkehren zu tun. Wie gesagt, es konnte nur damit zusammenhängen - - Das ist wahrscheinlich eine SUSLAG-Meldung, die da vorliegt, also keine von uns. Da muss man immer aufpassen, was die schreiben, ob sie nicht irgendwas beschönigen oder herausstellen oder aus zweckdienlichen Gründen erwähnen, obwohl es so nicht genau gewesen ist.

Noch mal: Wahrscheinlich hängt es damit zusammen, dass unser Personal das Gerät besser ausnutzen sollte oder noch mal daran geschult werden sollte; denn, wie ich vorhin gesagt habe, es war ja ein ganzes Prozesssystem mit x Geräten, mit x Untergeräten, mit x Softwares. Also, das war schon ein großes Unternehmen und nicht eine einzige Maschine, die man da zu bedienen gehabt hätte.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich komme zum letzten Fragenkomplex von uns in öffentlicher Sitzung. Es ist kein Komplex; es sind einige wenige Fragen, und zwar geht es um diesen sogenannten Blindgängeralarm beim European Technical Center in Wiesbaden bzw. in Mainz-Kastel. Da handelte es sich glücklicherweise nicht um Blindgänger, sondern um Metallfunde. Vor der Räumung sei ein Ausweichstandort in Mainz-Finthen eingerichtet worden. Weiter heißt es dann - ich zitiere aus der deutschen Übersetzung des Dokuments -:

Leider konnten nur sechs der Top 100 gelisteten Leitungen, die das ETC passieren, auf den alternativen Standort übertragen werden. Bei keiner davon handelte es sich um eine Kommunikationsverbindung eines ausländischen Partners (alle unterstützten direkt Maßnahmen im Irak und in Afghanistan). Die entsprechenden SIGINT Liaison Officers

- SIGINT-Verbindungsoffiziere -

wurden benachrichtigt, um die Partner über die möglichen Konsequenzen zu informieren. (?)

Können Sie uns sagen, von was für Leitungen hier die Rede sein könnte und welche Partner hier gemeint sind?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, von ETC Wiesbaden weiß ich nur, dass das eine Stelle war, die mit Washington Verbindung hatte. Ich hatte mit dieser Stelle nie was zu tun. Ich kenne das eigentlich nur mal eher vom Weghören. Es wurde in Gesprächen mal ETC erwähnt, wenn es darum ging, bestimmte Dinge, die man nicht aus Bad Aibling transportieren konnte, von dort aus nach Washington zu schicken; keine Ahnung. Und auch dieser Vorfall, der ist mir nicht Erinnerung. War das in meiner Zeit? Ich glaube nicht. Also, ich weiß es jedenfalls nicht.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Hiernach war es zu Ihrer Zeit. Es war im März 2006. Aber werden bzw. nach Ihrer Kenntnis wurden Leitungen des BND über das ETC geleitet?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein, nein, nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Definitiv nicht?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Dann habe ich in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen mehr, auch unsere Arbeitsgruppe nicht. - Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen damit zur nächsten Fraktion, zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz, wenn ich das richtig sehe. - Nah dran. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch ein paar Nachfragen, zu dem, was Sie gesagt haben. Das eine war: Sie haben ganz am Anfang gesagt, Sie hätten nicht nur mit der NSA zusammenarbeitet, sondern das



Nur zur dienstlichen Verwendung

war ein ganz globales Netzwerk. Können Sie sagen: Auf wie viele Länder bezog sich das? Ich verstehe das so, nicht nur NSA in den USA, sondern dass es auch andere Länder mit ähnlichen Einrichtungen gab.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, ich glaube, das stammt aus meinem Eingangsstatement, wo ich gesagt habe, die weltweite Kommunikation ist in einem Netzwerk organisiert. Das hatte noch keine - - Das war eine allgemeine Feststellung und hatte mit NSA weiter nichts zu tun. Und ich habe weiter ausgeführt: Wer in dieses Netzwerk rein will, der muss möglichst hoch in der Hierarchie einsteigen und möglichst viele Zugänge haben, die natürlich über die Welt verteilt sind. Damit wollte ich zart andeuten, dass diese Fernmeldeacht in Frankfurt nicht das Einzige ist, was interessant gewesen wäre, sondern dass es auf der Welt andere Punkte gibt, wo alle Nachrichtendienste eigentlich ein Interesse daran haben, dranzukommen. Es gibt ganz bestimmte Punkte, die kann man irgendwo aus dem Internet sogar herausholen. Es gibt Kabelanlandepunkte, Kabelübergabepunkte und Ähnliches mehr, die irgendwo in Europa und auch sonst wo auf der Welt verteilt sind. Es hat keinen Bezug gehabt zur NSA, also jedenfalls keinen direkten, sondern halt nur - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. Das haben Sie ja da auch mit dem Satz gesagt. Nicht nur NSA, sondern internationales Netzwerk.

Sie haben das ja jetzt etwas näher erläutert. Bei diesen anderen Punkten - wir haben ja auch schon über viele gesprochen - in anderen Ländern, gab es denn da welche, an denen der Bundesnachrichtendienst interessiert war oder mit denen er sich schon befasst hatte?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Es tut mir sehr leid, aber das ist jetzt nicht mehr Untersuchungsgegenstand, es sei denn, Sie überzeugen die Mannschaft hier, dass es doch so ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn es sich außerhalb der Five-Eyes-Staaten bezieht, muss

ich das teilen, weil darauf bezieht sich der Untersuchungsgegenstand, nicht auf Drittstaaten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dann fangen wir mal mit den Five-Eyes-Staaten an. Da gibt es ja auch noch welche. Sie haben auch schon welche erwähnt, Großbritannien zum Beispiel.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja. Was ist da jetzt Ihre Frage?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ob der Bundesnachrichtendienst auch an solchen anderen Knotenpunkten Interesse hatte und vielleicht sogar schon vorbereitet oder schon - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nicht, was das Territorium der Five-Eyes-Staaten betrifft.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht, was das betrifft. Kann man denn sagen, dass es Territorien gab, die zwar mit den Five Eyes zu tun haben, aber nicht das Territorium betrafen oder, sagen wir mal, Knotenpunkte, die Großbritannien betreffen, aber gar nicht in Großbritannien sind, nur als Beispiel?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich will mich mal, um die Aussagegenehmigung einzuhalten, ein bisschen vage ausdrücken. Es gibt natürlich - - Für uns waren bestimmte Ansatzpunkte im Ausland schon interessant. Wir haben auch versucht, im Ausland solche Ansatzpunkte zu erschließen. Teilweise ist es gelungen, teilweise ist es nicht gelungen. Der geografische Bereich ging über Europa hinaus.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann eine ganz andere Frage. Sie haben ja auch erwähnt, dass Sie das Kanzleramt bemüht haben, um die Frage zu klären - - Das war ja dann Ihre grandiose Idee, die Sie entwickelt haben in Ihrer Abteilung, dass Sie eine Anordnung beantragen und dass Sie diese Idee dann im Kanzleramt vorgelegt haben, und vom Kanzleramt kam offenbar ein Okay. So habe ich das jetzt in Erinnerung. Sie haben aber das selber nicht gesehen, wenn das - - Stimmt das so? Es gab mal den



Nur zur dienstlichen Verwendung

Begriff „Freibrief“. Kann man das - - War das der Freibrief, den Sie erwartet haben?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, mit solchen Begriffen hätten wir nicht gearbeitet. Jetzt muss ich die - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was, was? Wird nicht gearbeitet?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich. Ich habe mit solchen Begriffen nicht gearbeitet.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so. Sie nicht?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein. Also, die Kette war so: Ich habe in der Abteilung mich beraten lassen usw. und habe festgestellt, wir kommen also so nicht weiter, und dann wurde das Problem an den Präsidenten herangetragen. Der Präsident hat es ans Bundeskanzleramt herangetragen, und da in diesem Bereich - Bundeskanzleramt, wahrscheinlich auch Rücksprache mit unseren Juristen, Gespräch mit unserem Präsidenten -, da ist dann diese Entscheidung gefallen. Es sind zwei Entscheidungen gefallen. Die eine war wohl: Wir schreiben jetzt einen Brief, und ihr müsst G 10 beantragen. - So war das ungefähr.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Aber den Brief haben Sie nicht gesehen, oder doch?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein. Ich habe nur von ihm gehört.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. Haben Sie ihn sich nicht zeigen lassen oder - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Der hat mich doch nicht interessiert. Hauptsache, es hat gewirkt. Was darin stand, war mir wurscht. Hauptsache, es kam was bei raus.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha. - Dann habe ich den dritten Begriff.

Den haben wir auch schon in anderem Zusammenhang gehabt, diesen Honigtopf.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich das richtig verstanden habe, war der Honigtopf jetzt nicht der Knotenpunkt in Frankfurt, oder war das bei Ihnen - - Oder war das, was Sie von den Amerikanern erwarteten, nämlich die Technik?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Honigtopf - Honey-pot - war ein NSA-Begriff, und die sprachen immer davon bei so informellen Gesprächen, dass dieser Honey-pot für uns offen stünde, wenn wir eine strategische Kooperation eingehen würden. Gemeint waren damit technische Errungenschaften, die wir nicht hatten und von denen die NSA wusste, dass wir sie nicht hatten, und wir die auch brauchten, wenn unser Ziel verfolgt werden sollte, in die Internetkommunikation reinzukommen. Wir selber haben den Begriff auf uns bezogen, etwa dass wir einen Honigtopf hätten, nie benutzt. Wenn vom Honigtopf die Rede war - - Da schreibt einer jetzt gut mit; das kommt gut im Blog. Wenn von uns - - Wenn wir über den Honigtopf sprachen, dann war immer nur der Begriff der NSA.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War der Begriff der NSA, also das, was die Ihnen als Biene jetzt angeboten haben.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: So ist es. So ist es, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sollten Sie jetzt reinsummen, aber Sie sollten Leistung bringen dafür.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Wir wollten ja. Wir wollten ja. Wir brauchten das ja, was da drin war.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und Sie sollten die Leistung erbringen.

Kam man sagen, dass - Sie hatten das ja in anderem Zusammenhang schon etwas deutlicher noch formuliert - Ihr Interesse - ich möchte fast sagen -



Nur zur dienstlichen Verwendung

ein existenzielles Interesse daran war, an diese Technik zu kommen, und dass Sie deshalb so intensiv nach Wegen gesucht haben, um an diesen Honigtopf ranzukommen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, das - - Ich möchte hier zur Sicherheit sagen: Das schon, aber immer mit dem Blick über die Schulter auf das Gesetz.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde denn mal bei Ihnen die Auffassung vertreten, dass das mit dem Gesetz ein Problem ist, dass das nicht geht, dass Sie an den Topf jedenfalls, wenn Sie in Frankfurt die paketvermittelten Verkehre haben wollen - - dass das Gesetz - der Kollege hat ja auch schon darauf hingewiesen - eigentlich gar nicht passt, also das G-10-Gesetz? Das ist ja auch kein Wunder. Zu dem Zeitpunkt, als das entstanden ist, da gab es so was noch nicht.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich weiß jetzt nicht, wie diese juristischen Gedankengänge sich da vollzogen haben; denn man konnte ja auch auf dem Standpunkt stehen, wie es offenbar bei der leitungsvermittelten Geschichte war: Was leitungsvermittelt geht, geht auch paketvermittelt. Warum eigentlich nicht? Denn es handelt sich auch da um Transitverkehre, also virtuelles Ausland. Ich nehme an, dass so die Denke war.

So, nun kam einer, der hat bei dem Betreiber nun gesagt: Nein, das halten wir jetzt nicht weiter aufrecht. Wir müssen jetzt schwerere Geschütze haben. - Na ja, und dann ist man darauf gekommen und hat gesagt: Na gut, wir brauchen ohnehin G-10-Verkehre. Dann nehmen wir die doch aus diesem Kabel und nehmen - - Na ja, wenn ich jetzt sage: „billigend in Kauf“, wäre das gelogen. Wir waren dann schon froh, dass wir an die Routine gekommen sind. Aber das war, ja, so ein Weg unter Abwägung und ist dann eben so gewesen, wie es war.

Also, uns da jetzt zu unterstellen, wir hätten da böse Absichten gehabt und hätten versucht, zu tricksen usw. - - Gott, ich weiß nicht, wie es in der Steuergesetzgebung ist, ob ein Steuerberater - - ob man dem einen Vorwurf macht,

wenn er dem Kunden sagt: „Pass mal auf, wenn du es so herum machst, dann brauchst du keine Steuern zu zahlen.“ Das war so ungefähr die Lage, nur umgekehrt. Wir mussten Steuern zahlen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, der Vergleich hinkt auch wie der eben von Ihnen erwähnte etwas. Sonst müssten wir in die steuerrechtlichen Fragen einsteigen. Da gibt es nämlich schon strafrechtliche Grenzen. Da die Zeit aber abgelaufen ist, würde ich an der Stelle der nächsten Fraktion die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen. Das können wir ja gleich noch mal vertiefen, wie die Parallele hier zum Steuerberater und zum Steuerstrafrecht ist.

Es wäre jetzt als Nächstes die Fraktion der SPD dran.

Christian Flisek (SPD): Keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die hat keine Fragen. Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, nur noch mal auf einen konkreten Punkt möchte ich noch einmal zurückkommen. Den haben verschiedene Zeugen angesprochen, und auch Sie haben das vorhin wenigstens am Rande mal erwähnt, dass durch den sogenannten Snapshot Zugriffe auf Rohdaten möglich waren und dass auch die NSA diese Möglichkeit hatte. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein. Das waren unsere Tests. Wir hatten das Gerät der NSA, hatten die eingebaut in die Prozesse und haben jetzt gesagt: Bevor jetzt irgendwas weitergegeben wird, gucken wir uns mal an, was diese Maschinen so leisten. - Das war also ein Testbetrieb, der von uns durchgeführt wurde, ohne Weiterleitung an NSA.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das war nicht zu jeder Zeit oder über einen längeren Zeitraum möglich, sondern das haben Sie nur ganz am Anfang mal für sich zwei Tage probiert und dann sein lassen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein. Ach!

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich frage ja bewusst nach.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein. Das muss so - - Wir reden jetzt von paketvermittelt. Das muss im Frühjahr 2006/Frühsummer 2006 begonnen haben und hat sich dann in einer Zeit entwickelt, die nach meinem Amt war, also als ich schon entlassen war. Wie das dann ausgegangen ist, weiß ich nicht. Ich weiß nur, es gab Tests, und nachdem diese Tests fertig waren - und die waren in meiner Zeit noch nicht fertiggestellt -, kam es zu einem Probetrieb. Das weiß ich aber nur aus Zeugenbefragungen, die bei - wie heißt es? - netzpolitik.org veröffentlicht worden sind. Das ist ja klar: Das habe ich mir alles durchgelesen und geguckt, was die da so erzählen. Denn meine Erinnerung von zehn Jahren zurück, die ist natürlich lückenhaft.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Über welchen Zeitraum war denn ein solcher Zugriff möglich? Man musste ja, wenn man dort reingucken wollte oder bestimmte Sachen machen wollte - - War das eine Minute oder zwei Minuten oder für zehn Minuten, eine Stunde, zwei Stunden? Wie lange konnte man das machen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann es Ihnen nicht genau sagen. Es waren sehr kurze Zeiten. Ich müsste jetzt lügen, aber das, an was ich mich noch erinnern kann, ist wohl: Das waren eher Sekunden, Minuten als länger, also auf gar keinen Fall Stunden.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ja, aber es sind doch große Mengen von Rohdaten von Frankfurt nach Bad Aibling gegangen. Wenn man da irgendwie reingucken wollte, musste man doch ein Zeitfenster haben, in dem das möglich ist.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, und damit das ein Datenvolumen war, das man noch handhaben konnte, musste die Zeit sehr kurz sein; denn wenn Sie mit 9 Gigabit in der Sekunde Strom haben, dann sind Sie nach zehn Sekunden voll, also wenn Sie das machen wollen, was ich gesagt

habe. Denn es ist ja eine nahezu händische Auswertung aller Daten, die da so durchfließen. Das waren sehr kurze Zeiträume. Wie kurz, kann ich Ihnen nicht sagen, aber es liegt in der Natur der Sache, dass das keinesfalls Stunden oder so was gewesen sein können. Sekunden vielleicht am Anfang, vielleicht später eine Minute oder so was. Und dann haben die sich stundenlang mit diesem Blog befasst.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Aber Sie können sich nicht vorstellen, was andere Zeugen gesagt haben oder aus den Akten hervorgeht, dass es eben möglicherweise auch zwei Stunden gewesen sind, wo diese Möglichkeit vorhanden war?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Es würde mich sehr wundern, und zu meiner Zeit sowieso nicht. Da hat sich die Frage noch nicht gestellt. Da waren wir ja erst beim Test vom Gerät. Ich kann Ihnen dazu keine schlüssige Antwort geben. Wenn das andere so - - Sie müssen gucken, wer das gesagt hat. Wenn das einer war, der dabei war, dann hat er wohl Recht. Wenn das aber einer war, der nur was gehört hat, oder einer wie ich, der eher mutmaßt, dann sollten Sie der Aussage nicht sehr trauen.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Gut, ich lasse es erst mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank, Herr Kollege Hahn. - Wir kommen damit zur Fraktion der CDU/CSU. Hat die Fraktion der CDU/CSU noch Fragen?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Nicht in öffentlicher Sitzung. Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Damit sind wir bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer? Herr Kollege von Notz, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Breitfelder, haben Sie mal was von diesen Site-A-, Site-B-, Site-C-Dingen gehört?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich habe das gestern in den Akten gelesen. Ich kann die aber nicht mehr zuordnen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie können nicht sagen, was Site A ist?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich nehme mal an, aber ich mutmaße hier: Site A war eher in Frankfurt und Site C, das muss in Bad Aibling oder so gewesen sein. Ich habe das rückgeschlossen aus dem Kontext, aber ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Site B können Sie nicht zuordnen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Kann ich - - Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde Ihnen gerne mal was zeigen. Da waren ja so mehrere Übersichten. Vielleicht haben Sie sich die angeguckt. Haben Sie sich in den Akten diese Übersichten angeguckt, wie die Daten laufen und Separatoren und solches?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Da gibt es zahlreiche Übersichten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Aber ich nehme an, Sie beziehen sich auf eine Unterlage, die die mir nachfolgende Zeugin verfasst hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Auch, ja.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Dieses 140-Seiten-Papier.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, diese Begrifflichkeiten gab es ja schon vorher.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, das mag sein. Für die Fachleute, also für - - Bei mir haben die

Klartext gesprochen. Da haben die nicht von Site A oder B gesprochen.

Dr. Konstantin Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin gesagt, dass verschiedene Daten weitergeleitet, ausgeleitet wurden. Können Sie noch mal sagen, welche Datenarten?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, jetzt muss ich gucken. Also, es war zu meiner Zeit - - Was in der Produktion war, das waren Telefonate.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar. Das waren die leitungsgebundenen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Der Rest waren nur Tests. Da gab es noch keine Daten, die weitergeleitet worden sind.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dazu habe ich eine interessante Frage, weil das interessiert mich schon ganz lange, und die Kolleginnen und Kollegen von Ihnen, die bisher hier waren, die haben das nie irgendwie richtig beantwortet. Was bedeutet das eigentlich, Test? Die Daten waren ja wohl echt.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Von echten Menschen. Und was hat man denn mit den Daten im Test nicht gemacht, was man mit den Daten in der Produktion gemacht hätte?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Weitergeleitet. Man hat sie nicht weitergeleitet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die JSA hat keine Daten bekommen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Der NSA-Anteil in der JSA hat keine Daten bekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die JSA war ja nun eine Joint-Geschichte. Da gab es ja keine Deutschen und Amerikaner. Die haben ja in Kombipackungen gearbeitet und Hand in Hand. Die haben gemein-



Nur zur dienstlichen Verwendung

sam an denselben Computern gesessen. Da müssen Sie mir jetzt mal erklären: Wie haben Sie denn das gemacht, dass in der Testphase die Amerikaner nicht an diese Daten gekommen sind?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Sie stellen eine Behauptung auf, legen Sie mir in den Mund und stellen dann eine Frage.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wir haben - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Doch, doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das war - - Jetzt sage ich Ihnen mal was.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte, Herr Breitfelder. Dafür sind wir ja hier.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also: JSA bestand aus Deutschen und aus Amerikanern. Wenn die Deutschen etwas bekommen haben, haben es die Deutschen bekommen und nicht die Amerikaner. Und Hand in Hand spielte sich erst mal gar nichts ab, soweit es sich um Tests handelte. Die einzige Ausnahme gab es: Wenn unsere Leute festgestellt haben in diesem Testbetrieb: „Da stimmt irgendwas nicht. Ist es jetzt die Maschine? Sind das wir? Woran liegt es?“, dann wurde die Frage an den amerikanischen Techniker gestellt, nach dem Motto: Kann es sein, dass ... - So lief das ab. Die Amerikaner haben keine Daten in der Testphase bekommen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Sie haben ja vorhin interessante Sachen gesagt. Der Honigtopf ist natürlich schön, aber Sie haben vorhin noch eine andere Formulierung gewählt. Im Hinblick auf keine Freundschaft und diese Frage, ob man sich traut oder nicht, haben Sie von einem doppelten Boden gesprochen. Ich finde jetzt die Stelle gerade nicht, aber erinnere ich richtig. Ich wollte Ihnen da mal was zeigen.

Haben Sie sich die Snowden-Unterlagen mal angeguckt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagt Ihnen RAMPART-A was?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist auch in unseren Akten. Aber es eine öffentlich zugängliche Akte - die steht überall im Netz -, MAT A Sek-6d EN, Blatt 4. Das ist eine RAMPART-A-Übersicht, und man könnte auf den Gedanken kommen, dass RAMPART-A sozusagen der amerikanische Begriff ist für die Kronjuwelenaktionen. Da stehen jetzt auch - - Da steht das Site A. Das ist der Access Point. Die sind da im International Cable dran. Und dann gibt es eine Site B - das ist das Processing Center -, und dann gibt es eine Site C. Das ist der Partner Analyst. Ich würde sagen, A, B Frankfurt, C Bad Aibling. Jetzt würde ja in der Logik, die wir haben, hinter C die JSA kommen, und nur von der JSA gehen Daten dann in die USA im Produktionsbetrieb. Jetzt ist aber hier bei dieser Übersicht ein kleiner Satellitenmast dazwischengeschaltet, und der funkt direkt von der Site B zur Site D und zur Site E Daten an die USA. Ich sage mal, ich verstehe das so, dass ziemlich offensichtlich war, dass der Honigtopf für die Amerikaner war, an dieses Kabel heranzukommen, um an die Metadaten, an die Rohdaten heranzukommen. Können Sie ausschließen - - Ausschließen, ja, und nicht nach - - Können Sie ausschließen als Leiter der Abteilung, dass aus der Site B Dateninformationen an die Amerikaner abgefließen sind?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Mit Site B meinen Sie Bad Aibling, oder was?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Bad Aibling ist Site C. Das ist der Partner Analyst. B ist der Betriebsraum in Frankfurt.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, das kann ich mit Sicherheit ausschließen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie können Sie das ausschließen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Weil nur wir da dran waren, und alles - - Es gab keinen Zutritt für NSA-Personal.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das Wunder ist ja mit diesen Maschinenten - wir nutzen sie ja alle auch, diese Handys und so -: Was da drin passiert - ich habe keine Ahnung, und ich guck da den ganzen Tag drauf. Aber was da passiert - ich weiß es nicht. Deswegen die Frage: Wusste der BND, was diese Maschinen, die man da in diesen Raum geschoben hat, können?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Wie wussten sie das?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Der Separator wurde von uns entwickelt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Separator war ja dieses Ding ganz am Anfang, das ja nur ein grobster Filter war und der lange Zeit überhaupt nicht funktioniert hat. Das Problem ist eben bei dem Testbetrieb, den Sie gefahren haben: Da sind schon echte Daten reingelaufen. Wenn Sie jetzt sagen, abgeschlossene Systeme auf der Site C und so, alles gut, aber eben die Site B, die Amerikaner mit dem doppelten Boden, die selbst unglaublich unter Druck standen und einfach alles wissen wollten.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, wie hätte denn das technisch passieren sollen, dass dort Daten abgefließen sind? Es war ja eine klare Kette.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Es war eine klare Kette von Frankfurt in den Süden. Sie unterstellen ja offenbar, dass von Frankfurt aus Daten in die USA abfließen. Das geht doch - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage es mal folgendermaßen: Das Snowden-Papier unterstellt das, und ich versuche, es zu verstehen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja. Reden Sie mit einem Techniker. Es geht nicht. Es geht nicht. Denn was wir hatten, waren ja schon abgeleitete Verkehre, und wenn Sie diese abgeleiteten Verkehre - wie auch immer - nach Amerika schicken wollen, brauchen Sie ein Medium. Und Satelliten hier, das ist abenteuerlich. Das würde ja bedeuten, Sie bräuchten eine Satellitenschüssel in der Anlage, die aber nicht im Betriebsraum steht, sondern wieder eine Kabelzuführung hätte und, und, und. Unsere Leute sind dort vor Ort und würden das doch alles sehen. Also, das ist eine abenteuerliche Konstruktion.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, ich versuche eben, diese Grafik zu verstehen. Die gibt es noch mal ganz ähnlich. Da ist kein Satellit, aber da ist eben der Datenfluss direkt gekennzeichnet zwischen B und D, und es würde Sinn machen, dass die Amerikaner eben Millionen von Dollar investieren und es sich nicht einfach gefallen lassen, dass sie nichts bekommen außer krümeligen Nachrichten, mit denen sie nichts anfangen können.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann das Ding ganz einfach auflösen. Diese Verbindung in die USA, die hat es ja tatsächlich gegeben, aber nicht von Frankfurt, sondern von Bad Aibling.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Und nicht von JAC, sondern von SUSLAG.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich sage Ihnen das - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Und das lief dann von JAC über SUSLAG nach Amerika.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Breitfelder, ich sage Ihnen das nur, weil auch nach Ihrer Zeit Berichte geschrieben



Nur zur dienstlichen Verwendung

wurden, bei denen man auf den Gedanken kommen könnte - ich muss es so verschwiegelt sagen -, dass das nicht so abwegig ist.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Sie haben mich gefragt, ob ich es ausschließe.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Und Sie haben gewusst, dass ich im Eingangsstatement gesagt habe, was ich im Leben ausschließe: So gut wie nichts.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Aber das schließe ich aus.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann explodiert die Erde, ja. Das ist halt die Geschichte.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja. Nein, ich schließe es aus, wirklich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Ich glaube, dass Sie das mit der Überzeugung glauben. Die interessante Frage ist: Wenn Sie sagen, das ist zertifiziert worden vom BSI, die Maschinerie, die ich ja noch tausendmal weniger verstehe - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: In Frankfurt die?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben die sich das angeguckt, die Maschine, oder haben Sie denen Unterlagen gegeben?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Beides.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie denen gesagt, dass das amerikanische Maschinchen sind, oder haben Sie denen gesagt, dass das deutsche Maschinen oder auf dem Markt frei erhältliche Maschinen sind?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Wir haben denen gar nichts gesagt. Wir haben denen die Maschine hingestellt, und dann haben die die überprüft.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das Ding ist ja: Wenn das BSI eine Maschine überprüft, die man bei - ich spitze jetzt mal etwas zu -

(Zuruf: Saturn!)

- Saturn-Hansa - vielen Dank -

(Zuruf: Bitte!)

kauft, dann gucken die natürlich weniger kritisch drauf, als wenn Sie dem BSI sagen: „Passt mal auf, das ist eine Maschine, die ist so kompliziert, wir begreifen sie überhaupt nicht, und wir wollen an diese Sache rankommen. Die ist von den Amis. Die wollen bei uns an die Glasfaser ran. Guckt euch die an.“ Würden Sie mir zustimmen, dass das ein Unterschied, ein erheblicher Unterschied ist bei dem Problembewusstsein, mit dem ein Techniker diese Anlage prüft?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich würde Ihnen zustimmen, wenn Sie gesagt hätten, auch ein Saturn-Gerät muss man eher noch besser anschauen als ein anderes, wenn es für solche Zwecke eingesetzt wird, weil - das werden Sie nicht wissen, aber ich sage es Ihnen - ganz bestimmte Geräte manipuliert worden sind auch von amerikanischen Firmen, die als normales User-Gerät massenweise verkauft werden. Das ist eine Methode. Deswegen: Ein BSI-Mann, der Profi ist, der wird jede Maschine so betrachten, als sei es eine feindliche. Das ist sein Job. Und er guckt dazu Unterlagen an und macht seinerseits Tests. Wie genau die aussehen, weiß ich nicht. Aber auf jeden Fall hat es Wochen gedauert, bis wir eine Zertifizierung bekommen haben.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie sagen ja, die haben die Maschine im Betrieb angeguckt.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das weiß ich nicht, wie diese - - Wer? Das BSI?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das BSI.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich weiß nicht, wie die genau geprüft haben. Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann es sein, dass Sie denen einfach nur ausgedruckte Betriebsanleitungen gegeben haben?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, da kennen Sie das BSI aber schlecht. Die hätten uns vom Hof gejagt. Natürlich haben die die Maschine gekriegt und alle Zugänge, die sie dazu brauchten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssen ein bisschen auf die Zeit gucken.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Ich bin erst mal fertig.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur Fraktion der SPD. - Keine weiteren Fragen. Dann zur Fraktion Die Linke. - Doch Fragen. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich habe eine Nachfrage, weil ich sehr genau zugehört habe zu Ihrer Feststellung, dass es möglich war, Daten an die JSA zu leiten, die dort nur vom BND bearbeitet wurden. Es widerspricht dem, was wir durch Zeugen und Zeuginnen in den Sitzungen zuvor gehört haben. Dort wurde ausgeführt, dass dort in so einer Art Tandem gearbeitet wurde - das Wort „Pärchen“ ist gefallen -, dass man in einem Raum gearbeitet hat, an einem Rechner, dass diese Rechner nicht gesondert geschützt waren, also mit speziellen Zugängen, die nur die eine oder die andere Seite hatten, dass diese Rechner auch Laufwerke hatten, Anschlüsse, bei denen man Daten einfach sozusagen auch ausleiten kann,

dass auch NSA-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen sich sozusagen alleine in diesen Räumen aufgehalten haben, dass ein gemeinsames Netz genutzt wurde dort innerhalb der JSA, also kein getrenntes Netz vorhanden war, und Ähnliches mehr. Daraus erschließt sich mir nicht, wenn man die Daten an die JSA gibt, also diese im Testbetrieb - ich glaube, das Wort „Testbetrieb“ ist tatsächlich da ein Euphemismus, weil wir ja von echten Daten reden, also Daten, bei denen ein Eingriff in die Grundrechte vorliegt - - dass es nicht möglich war, dort zu trennen, dass nur BND-Mitarbeiter und -Mitarbeiterinnen mit diesen Daten aus dem Testbetrieb operierten. Da entsteht jetzt für mich ein Widerspruch zu dem, was wir bisher zu der Arbeitsweise der JSA auch von der ehemaligen Leiterin gehört haben.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Also, ich war nicht dabei, aber es kann sein, dass in der Anfangsphase mal nur eine Firewall da war und keine physikalische Trennung zwischen den Netzen oder dass es möglich gewesen ist, irgendwelche Laufwerke zu betreiben. Das kann aber nur in einer Anfangsphase gewesen sein. Genau kann ich es Ihnen nicht sagen, weil ich nicht dabei war und weil ich diese Einblicke nicht hatte. Ich weise aber darauf hin, dass alles G-10-Material aus Nichtroutineaufkommen bereits in die Zentrale geleitet wurde und gar nicht erst nach Bad Aibling kam. Was in Bad Aibling da noch zu trennen war, waren Zufallsergebnisse mit G-10-Schutz, und dann wurde das, was Sie sagten, tatsächlich gemacht: Es wurde an dem ungeschützten Routineaufkommen gemeinsam gearbeitet. Das war aber nach meiner Zeit, weil das schon eine Produktion war, mit der ich schon nicht mehr befasst war. Ich weiß nur, wie es geplant war, und die Planung war so, wie ich es beschrieben habe.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann hätte ich auch noch mal eine konkretisierende Nachfrage zu dieser Überprüfung durch das BSI, und zwar bezüglich jetzt des Kopfes, mit dem der Abgriff der Daten in Frankfurt organisiert wurde. „Erfassungskopf“ haben wir gelernt, genau. Der war von den US-Amerikanern bereitgestellt. Da war bis jetzt die Auskunft, dass das BSI nicht vor Ort in Frankfurt die Funktionstests durchgeführt hat,



Nur zur dienstlichen Verwendung

sondern dass man dieses Gerät in Pullach in so einer Art Probelauf sich angesehen hat, dass es aber keine Überprüfung am Einsatzort gab. Können Sie was aus Ihrer Erinnerung sagen, wo das BSI diese Hardware getestet hat?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, das weiß ich nicht. Das könnte gewesen sein in der Entwicklungsabteilung in irgendeinem Labor. Da könnte das - - Da würde ich es am ehesten vermuten.

Martina Renner (DIE LINKE): Würden Sie mir recht geben, wenn man überprüfen will, ob es unterdrückte Ableitungen gibt, die man nicht auf den ersten Blick sehen soll, dass es einen Unterschied macht, ob ich in einem Testlabor unter nicht realen Bedingungen mit nicht realen Daten so etwas mache, wo ich auch die Routersituation zum Beispiel gar nicht kenne, wie sie dann aussieht am Einsatzort, und dem tatsächlich dann möglicherweise nicht stattgefundenen Test am Einsatzort, wo ich ja die physikalischen Bedingungen gar nicht simulieren kann, weil die sehr viel komplexer sind als in irgendeinem - ich sage mal - Probetrieb, der mehr eine Simulation ist als ein Probetrieb?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Gut, stellen wir mal die Antwort auf die Frage zurück, ob es möglich ist, so ein Gerät sauber zu checken am Einsatzort oder nicht am Einsatzort. Ich gehe mal an die Frage wie folgt heran: Der Punkt war ja: Unbemerkte Ableitung, ja oder nein? Zu einer unbemerkten Ableitung hätte ja gehört, dass man die abgeleiteten Daten transportiert, und zwar nicht irgendwohin, sondern in die USA. Dazu hätte es technischer Einrichtungen bedurft, und zwar von der Stelle, wo der Abgriff geschieht, in dem Betriebsraum in Frankfurt. Das wäre aufgefallen; denn irgendwie müssen sie eine physikalische Verbindung vom Abgriffskopf herstellen zu einer Leitung, die woanders hinführt, und das wäre aufgefallen. Deswegen, glaube ich, können wir die Frage unberücksichtigt lassen: Kann man so ein Ding testen vor Ort oder nicht? Ist das wirksam?

Bezüglich der Frage Ableitung von einkommenden Verkehren, glaube ich, können wir da beru-

higt sagen: Das wäre aufgefallen. Denn ich wiederhole nochmals: Es gab nur BND-Personal vor Ort, und das waren gute Leute. Die waren ja auch - sagen wir mal - vorgespannt. Die waren natürlich daran interessiert, zu gucken: Passiert jetzt da was? Können die irgendwie was schummeln oder sonst was tun?

Martina Renner (DIE LINKE): Letzte Frage: Können Sie sich daran erinnern, dass es irgendwann mal Diskussionen gab, auf das Netz der NSA zuzugreifen, weil eigene Kapazitätsbeschränkungen auf dem durch das BND genutzte Netz es notwendig machten, das NSA-Netz in Deutschland auch partiell für Datentransfer zu nutzen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein. Nein, nein. Das wäre eine der Todsünden gewesen, die ein Nachrichtendienst macht, dass er sich darauf einlässt, über andere Netze irgendwas zu transportieren. Ich kann es deswegen so genau sagen, weil ich war ja - - Als Abteilungsleiter 6, habe ich ja vorhin ausgeführt, habe ich eine neue Idee für den BND konzipiert, und da spielten Sicherheitsdinge natürlich eine Rolle, auch die Frage: Wie schotte ich das BND-Netz ab gegen öffentliches Netz? Das war gar nicht so einfach. Das hatte nämlich zur Folge, dass jeder Bearbeiter zwei PCs da stehen hatte: Einer, da konnte er mit Gott und der Welt und mit dem Internet umgehen, und das andere, physikalisch getrennt, war das BND-Netz. Also, da waren wir wirklich auf der Hut und hätten niemals eine Lösung zugestanden, dass wir teilweise ein anderes Netz nutzen. Was anderes ist es - ich weiß nicht - im administrativen Bereich, wenn da mal irgendwo was durchgegeben werden sollte auf administrativem Gebiet, keine Ahnung, um zum Beispiel einen Besuch in den USA zu befördern. Kann sein. Aber so, wie das Ihre Frage darstellt, haben wir das nie im Sinn gehabt und auch nie gemacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Das diskutieren wir dann gleich noch mal in der eingestuften Sitzung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich habe noch mal eine Nachfrage zu einer Äußerung, die Sie eben gemacht haben. Es ist ja schon relativ spät jetzt, und ich weiß nicht, ob das ein Versprecher war.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Deshalb möchte ich da noch mal gerne nachfragen. Sie haben eben gesagt, alles, was keine Routineverkehre waren und nach Bad Aibling ging, wurde an die Zentrale weitergeleitet, war Ihre Formulierung.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, so habe ich das in Erinnerung.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Weil hier ja immer gesagt worden ist, das ist dann gelöscht oder vernichtet oder wie auch immer worden. Deshalb wundere ich mich jetzt ein bisschen wegen der Formulierung, dass das, was nicht nach Bad Aibling ging, was dort abgefischt worden ist, an die Zentrale gegangen ist.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Moment, an die Zentrale ist das gegangen, was G-10-fähig war. Was nicht G-10-fähig war, wurde schon vorher gelöscht.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Ich wollte es nur noch mal klargestellt haben.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ja.

Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das war vorhin nicht ganz deutlich. Okay, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich gebe jetzt direkt weiter an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte noch mal nachfragen: Gab es in der Zeit, in der Sie da in Verantwortung waren, einen Fall, in dem die Amerikaner auch mal foul gespielt haben?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich wüsste keinen. Ich wüsste keinen. Ich weiß, da gibt es - - Ich glaube, in der *Süddeutschen* war da irgendwas von einem Wirtschafts- - eine Meldung über deutsche Wirtschaftsbetriebe oder so was. Also, ist mir nicht bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen nicht bekannt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als würden Sie meine Gedanken lesen: Ich habe die *Süddeutsche* vom 04.10.2014 in der Hand, und da steht unter anderem:

2005 fiel auf,

- das wäre ja in Ihrer Zeit gewesen

dass die Amerikaner die gemeinsame Arbeit dazu missbrauchten, um nach Informationen über EADS, Eurocopter und französische Behörden zu suchen. Der BND protestierte.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Wie gesagt, ich weiß von der Sache nichts, und ich habe - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann so was an Ihnen vorbeigelaufen sein?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das kommt darauf an, wer das herausgefunden hat, ob das unsere Abteilung Sicherheit war oder irgendein anderer Bereich. Wenn es in meinem Bereich gewesen wäre, glaube ich schon, dass man mir das gesagt hätte. Ich wäre ja dann tätig geworden und hätte der Leiterin SUSLAG dann irgendwas gesagt und das dann auch unterbunden, wenn das denn so war.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie für die Einstellung der Selektoren verantwortlich gewesen, also für die Überprüfung der Einstellung der Selektoren verantwortlich gewesen?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war eine andere Abteilung?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ach so, Sie meinen die Abteilung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Da weiß ich jetzt nicht sicher, wer die zusammengestellt hat; denn die Informationen dazu, die mussten zum Teil ja auch aus der Auswertung kommen, aus der Abteilung 3. Denn Selektoren waren ja nun wohl Begriffe, die - sagen wir mal - den Strom der Nützlichkeit bestimmen sollten. Die sollten also bestimmen, welche Verkehre sind jetzt nun interessant und nicht interessant, und es sollten mit Parametern also diese Selektoren beschrieben werden. Ich weiß nicht, wer das gemacht hat. Ich kenne auch keine Selektoren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Es war in der G-10-Anordnung, weiß ich noch, da gab es eine Unmenge. Die hießen aber nicht Selektoren. Es waren irgendwelche Suchbegriffe oder so was. Da gibt es also sehr viel.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das haben wir hier schon gehört. Mehrere Hunderttausend. Gut.

Zweite Frage: Es wurde dann 2005 praktisch mit der G-10-Anordnung ein neuer Separator irgendwie installiert. Haben Sie da einen Namen in Erinnerung?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie, was gefiltert wurde, also was rausgefiltert wurde?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Jetzt müssen wir gucken, an welcher Ecke wir stehen. Wenn wir also direkt am Abgriff sind, wo der Separator ist, da habe ich ja gesagt, da wurden also G 10 und Routine getrennt. Dann gab es aber in der Kaskade hinterher noch mal Filter und Selektoren, wie Sie das auch nennen mögen. Die haben dann nach nützlichen Verkehren gesucht und die ausgesucht, die für uns - nach diesen Selektoren jedenfalls - nicht nützlich waren. Das heißt, die haben also diese berühmten über 90 Prozent eben erst mal weggehauen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, das wollte ich aber - - Genau, das will ich gar nicht erfragen, weil das weiß ich nicht. Mir geht es darum, ob noch andere Länder ausgefiltert wurden.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Jetzt - - Ich weiß es nicht. Ich weiß nur eines: Die Deutschen ja sowieso, und dann haben wir, glaube ich, auch die Amerikaner herausgefiltert, weil es eine amerikanische USS ID-18 oder so was gibt. Denn die haben von uns natürlich auch verlangt, dass wir nicht amerikanische Verkehre damit erfassen. Das weiß ich. Aber ob sonst noch irgendwas - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie sagen, der BND hat die amerikanischen Daten auch herausgefiltert.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und andere Länder?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Länder, mit denen die NSA kooperiert?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Keine Ahnung. Keine Ahnung.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Müssen wir im Nichtöffentlichen noch mal nachhaken, wenn wir die Akten einsehen können.

Erst mal letzte Frage von mir. Sie haben ganz am Anfang gesagt, es hätte von einem Physiker so ein Konzept gegeben.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihrem Vorgänger praktisch.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das war nicht mein Vorgänger, sondern sein - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber in dem Haus.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Sein Stabschef war das.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber innerhalb des BND.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, innerhalb der Abteilung sogar.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Praktisch Ideen, wie sozusagen der Zugriff auf die Glasfaser funktionieren könnte.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein, der hat sich mit Gott und der Welt befasst, nicht nur mit der popeligen Glasfaser. Der hat gesagt: Wie kann man die Welt irgendwie in den Griff kriegen mit dem oder dem oder dem Aufklärungsansatz? Wie hat sich die Kommunikationswelt geändert? Wie hat sich die Welt der Nachrichtenübertragung geändert?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das klingt nach einem interessanten Papier.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ach Gott, da werden Sie nicht viel finden außer schlanken Abkürzungen und viel Wolkenkuckucksheim.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, darauf kommt es jetzt auch nicht mehr an, würde ich sagen. Insofern - - Aber wissen Sie wie das heißt, das Papier?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das müssen Sie nachgucken in 2001/2002. In der Ecke müsste das sein. Ich glaube sogar, dass das eine Präsidentenvorlage war. Ich glaube aber nicht, dass der Präsident sie gelesen hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aus Ihrer Abteilung? Eine Vorlage für den Präsidenten aus Ihrer Abteilung? Das frage ich jetzt nur so genau, damit wir nachfragen können.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Moment! Eine Vorlage dieses 20A aus unserer Abteilung an den Präsidenten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alles klar. Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Nachfrage dazu. Sie haben gerade auf die Frage des Kollegen gesagt, die geschützten US-Verkehre seien von den Deutschen ausgefiltert worden. Wo denn, also an welcher Stelle?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, dass es eine - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In Frankfurt, in Pullach oder in Bad Aibling?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann es Ihnen nicht sagen. Ich nehme an, in Bad Aibling, aber genau weiß ich es nicht. Ich weiß nur, dass es eine Vereinbarung gab, dass dem so sein soll.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was haben Sie dann damit gemacht?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Weggeschmissen. Weg. Also solche Sachen immer weg.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben die US-geschützten Verkehre herausgezogen, und dann haben Sie die weggeschmissen.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, weil das - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie das genau?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, was weiß ich schon genau? Es ist hinterher nicht aufgetreten in der Berichterstattung. In der Berichterstattung wäre ja aufgefallen, wenn wir plötzlich über Amerikaner irgendwas gemeldet hätten, und das fand nicht statt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, ich will Ihnen mal sagen: Nach meiner Erinnerung hat hier ein anderer Zeuge behauptet, das hätten Sie nicht gemacht, also der BND nicht gemacht, sondern das hätten dann die Amerikaner gemacht, ihre Sachen herausgefiltert. Na ja.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das kann auch sein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja schon ein großer Unterschied.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, das ist schon ein Unterschied. Wenn ein Partner sich an Absprachen hält wie wir, wenn wir zufällig auf Amerikanisches stoßen und das dann löschen, obwohl es vielleicht nützlich gewesen wäre, ist schon ein Unterschied, ob diese Dinge nur der Amerikaner in die Hand bekommt oder löscht. Das ist schon ein Unterschied.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt frage ich mal ganz kurz nach, dass kein Missverständnis ist: Die Filterung vorgenommen oder die Filter bereitgestellt, nach denen - - Also die Selektoren, nach denen gefiltert wird, oder die Filterung selber aktiv vorgenommen?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Filterung vorgenommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist ein Unterschied, dass kein Missverständnis entsteht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also gefiltert. Ich habe ja von gefiltert geredet. Sie sagen, die sind von Deutschen - wahrscheinlich in Bad Aibling - gefiltert worden?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, ich nehme an, das war in einem händischen Prozess. Wenn also ganz am Ende der Kette trotzdem einer durchgeschossen ist, dann haben die den weggeschmissen. So ist das zu verstehen. Die Filter waren vorher natürlich schon darauf eingestellt, aber - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was heißt „waren vorher darauf eingestellt“?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, dass - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wo denn jetzt?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Dass diese Verkehre, die geschützt sind oder nicht weitergegeben werden sollten von uns oder von den Amerikanern, dass die rausfliegen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, dass die Amerikaner auch verpflichtet waren, das zu machen, wahrscheinlich auch gemacht haben, das mag ja alles sein. Nur Sie sagen jetzt: Wir haben das gemacht, und wir haben die dann weggeworfen oder gelöscht.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, nein, wir haben das nur dann gemacht, wenn es bei uns aus unerfindlichen Gründen doch mal aufgetreten sein sollte. So war die Anweisung. Was tatsächlich vor Ort passiert ist, weiß ich nicht. Nur, das war unser Verständnis: Sollten wir auf solche Verkehre stoßen, schmeißen wir sie weg.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herr Breitfelder, ich will Ihnen ja ein nochmaliges Kommen ersparen. Wenn wir jetzt feststellen, dass ein anderer Zeuge gesagt hat, es ist ja doch ein riesiger Unterschied, ob Sie jetzt Filter der Amerikaner bekommen haben, also Begriffe, die Sie dann eingeben, die herausgefiltert werden sollen, und das selber machen und was auch immer damit machen, entweder selber verwenden oder wegwerfen oder löschen, was auch immer, oder ob Sie sagen: Darauf legen wir überhaupt keinen Wert. Wir wollen und können das vielleicht auch gar nicht rausfiltern, sondern wir leiten das weiter, auch über die händische Kontrolle, die da ganz am Ende noch einmal stattgefunden haben soll, und die Amerikaner, das ist deren Sorge; das machen die. - Das ist doch ein riesiger Unterschied, oder nicht?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na ja, ich kann da jetzt keinen großen Unterschied erkennen, denn



Nur zur dienstlichen Verwendung

wir haben doch - - Eines wollten wir: Wir wollten G-10-geschützten Verkehr schützen. So, das war - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den deutschen G 10.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja, sicher. Es gibt keinen amerikanischen G 10.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber die haben ja so ähnliche Bestimmungen. Die heißen anders.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das war die Hauptsorge. Und sollte jetzt aus irgendeinem Grund irgendwas durchrutschen, wären wir verpflichtet gewesen und hätten uns wohl auch daran gehalten, diesen durchgerutschten Verkehr zu löschen, spurenlos. Was ist daran jetzt anders?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, weil ich sage, da kann gar nichts durchrutschen, weil überhaupt nicht danach gesucht wurde. Das ist doch ein riesiger Unterschied. Gibt es da Filter, vorher, wo das mal automatisch vorhändisch und mit allem, was da ist - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das hat der Zeuge jetzt aber schon näher dargelegt, und die Zeit ist jetzt schon wieder um. Elf Minuten statt acht Minuten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie können mich ja jetzt unterbrechen. Dann fragen Sie noch mal rum, und dann stelle ich sie nachher noch mal.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau, Sie sind ganz schnell wieder dran, aber ich muss der Fraktion Die Linke auch die Chance geben, ihre Fragen zu stellen, weil ich glaube, da sind noch Fragen. - Ich sehe keine Fragen. Gibt es andere Fraktionen, die noch Fragen haben? Sonst können Sie, Herr Kollege Ströbele, unbeirrt und ununterbrochen ausführen. Das wäre jetzt der Fall.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr, sehr freundlich, Herr Vorsitzender.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich habe die Frage - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber sehen Sie nicht langsam ein, dass das eine völlig unsinnige Praxis ist, was Sie hier machen? Aber das müssen wir vielleicht woanders mal klären. - Herr Breitfelder, wirklich, Sie sagen, Sie gehen davon aus, dass, wenn da noch das eine oder andere durchgerutscht ist, dann wurde das händisch noch ausgefischt.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir geht es jetzt gar nicht um das eine oder andere durchgerutscht, sondern da, wo was durchgerutscht ist: Gab es so was überhaupt bezüglich der US-geschützten Verkehre? Verstehen Sie?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das kann ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wurde an irgendeiner Stelle nicht händisch und nicht im Rest, sondern der Hauptteil der US-geschützten Verkehre ausgenommen. Da kommen die drei Punkte in Betracht: entweder Frankfurt oder Pullach oder Bad Aibling.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Ich kann Ihnen die Frage nicht mit Sicherheit beantworten, -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: - weil ich nicht in diesem Prozess, technischen Prozess dringesteckt habe. Ich weiß - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann sollen Sie das auch nicht behaupten.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Na, Moment! Ich habe behauptet, was Weisungslage war. Das habe ich behauptet. Nicht, was passiert ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihre Weisungslage, die US-Verkehre auszu- - Steht das irgendwo?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das war allgemeines Gedankengut oder allgemeine Auffassung. Ich kann Ihnen keine Vorschrift zeigen, wo das drinstand, übrigens über andere Dinge auch nicht. Das war Allgemeingut.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Dass das irgendjemand tut, aber dass die Deutschen das tun, der BND, ist neu, also mir neu jedenfalls. Aber wir können das ja noch mal - - Ich habe jetzt - -

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, noch mal: Sie sagen, dass er es tut. Das habe ich nie behauptet. Ich habe gesagt, so hätte er tun sollen, wenn dieser Fall eingetreten wäre.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Das ist ein Unterschied.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, Sie sagen, es gab gar keine US-geschützten Verkehre?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein, ich kann nicht sagen, ob es welche gab oder nicht. Wenn es aber welche gegeben hätte, war die allgemeine Ansicht so: Nun weg damit! Aus! Ich habe also keine Tatsachen festgestellt, sondern festgestellt, was wir gewollt hätten, wenn ein Fall eingetreten wäre. Alles andere kann ich ja nicht mit Sicherheit sagen. Ich war ja da unten nicht dabei. Und gebaut habe ich die Dinger auch nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Breitfelder, jetzt ohne unser aller Geduld gegenseitig zu strapazieren, aber ich versuche es sozusagen noch mal vielleicht in anderen Worten. Sie haben ein Projekt, das hakt. Da sind Millionen von Euro drin von der NSA und vom BND, viel Steuergeld, und irgendwie funktioniert das nicht richtig. Und Sie sind jetzt der Mensch, der das möglich macht, dass da was bei rauskommt. Da ist doch die Frage, wie die rechtlichen Umstände sind und wie man damit umgeht, mit dem amerikanischen Recht und mit dem

deutschen Recht. Die sind doch überlebensnotwendig, und zwar nicht nur nach Weisungslage, sondern faktisch, also real sozusagen. Deswegen muss doch die Frage - - Man geht da an diese Glasfaser ran, alles neue Technik, paketvermittelte Dienste. Die Dinger laufen einem voll mit einem Datenstrom, den es früher nie gegeben hat. Der BND muss Leitungskapazität dazu-buchen, weil er so viele Daten auf einmal bekommt. Dann ist doch die Frage, wie kriege ich die Daten der Amis da raus, um deren Gesetze nicht zu verletzen, doch eine überlebensnotwendige. Deswegen frage ich Sie: Gab es diesbezüglich innerhalb des BND eine Handlungsvorgabe?

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ich frage noch mal nach: nicht nur USA, auch Five Eyes insgesamt.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: Mir ist dazu keine schriftliche Unterlage bekannt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ob es in der Praxis so gemacht wurde, können Sie nicht sagen, weil Sie die Praxis nicht gemacht haben.

Zeuge Reinhardt Breitfelder: So ist es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Gibt es noch weitere Fragen der Fraktionen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt, die in öffentlicher Sitzung beantwortet werden können, müssen wir einen Beschluss zum Ausschluss der Öffentlichkeit fassen. Ich schlage folgenden Beschluss vor: Für die weitere Vernehmung des Zeugen Reinhardt Breitfelder am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Wer dafür ist, so zu beschließen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Herzlichen Dank. Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das dürfte nicht mehr der Fall ein. Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Bevor die nichtöffentliche Vernehmung des Zeugen Reinhardt Breitfelder folgt, dann nämlich in nichtöffentlicher Sitzung, wird zunächst die Zeugin K. L. in öffentlicher Sitzung vernommen. Sie können also alle im Saal bleiben. Im Anschluss - - Außer es gibt von den Obleuten irgendwas anderes? - Das muss mir einer sagen, wenn anderes gewünscht ist. Es müsste dann eine Meldung geben, wenn wir es anders machen sollen. Mein Vorschlag gerade wäre jetzt so gewesen, und ich gehe mal davon aus, dass es nicht 23 Uhr wird, dass es weiter mit dem Zeugen Breitfelder geht, sondern deutlich kürzer. Aber das weiß man natürlich nicht.

Möchte er gerne jetzt in nichtöffentlicher Sitzung vernommen werden? - Gut, dann müssen sich Obleute jetzt einig werden, welches Prozedere wir haben wollen. Ich glaube, beides ist möglich. Ich unterbreche dann kurz fünf Minuten, damit hier eine Einigung stattfindet, ob wir jetzt mit dem Zeugen Breitfelder weitermachen oder, wie ich vorschlagen würde, in öffentlicher Sitzung mit der Zeugin K. L. Die Sitzung ist für fünf Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung von
19.26 bis 19.30 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Es bleibt dabei, wie ich es gerade vorgeschlagen habe, wenn nicht darüber noch Abstimmung gewünscht ist. Bevor die nichtöffentliche Vernehmung des Zeugen Reinhardt Breitfelder folgt, wird zunächst die Zeugin K. L. in öffentlicher Sitzung vernommen.

Wenn Sie, Herr Zeuge, der Meinung sind, dass Sie körperlich dann - je nachdem, wie lange das dauern wird - nicht mehr können, dann sagen Sie das bitte. Das ist völlig verständlich und nachvollziehbar. Dann würden Sie zu einem weiteren

Zeitpunkt noch mal geladen. Es kann aber auch gut sein, dass der öffentliche Teil der Vernehmung der jetzt kommenden Zeugin K. L. nicht so lange dauern wird und wir schon mit der nächsten namentlichen Abstimmung dann wieder in nichtöffentlicher Sitzung mit der weiteren Vernehmung Ihrerseits beginnen können.

Ich höre, es ist nicht Einheitlichkeit hier bezüglich dieses Prozedere.

(Dr. André Hahn (DIE
LINKE): Nein!)

Dann müssen wir abstimmen lassen, ob wir jetzt mit der nichtöffentlichen Sitzung weitermachen oder mit der öffentlichen. Deswegen frage ich: Wer dafür ist, dass wir jetzt an dieser Stelle mit der öffentlichen Vernehmung der Zeugin K. L. weitermachen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken. Wer ist dagegen, mit öffentlicher Sitzung weiterzumachen? - Das ist die Fraktion der SPD. Enthaltungen?

(Christian Flisek (SPD): Ich
möchte auch eine kurze Er-
klärung dazu abgeben!)

- Kollege Flisek möchte auch noch eine Erklärung zu seiner Abstimmung abgeben. Das ist eigentlich unüblich, aber natürlich darf er das hier.

Christian Flisek (SPD): Ja, aber ich möchte dazu sagen, ganz einfach: Wenn das so läuft, dann können wir uns jede Koordinierung in Obleuterunden am Tage vorher sparen, schlicht und ergreifend.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt muss ich natürlich sagen, dass das genau die Absprache der Obleuterunde war, inklusive der danach folgenden Pressestatements, die sich heute, glaube ich, aufgrund des nicht so großen Auflaufes erledigt haben. Das war eigentlich die Absprache der Obleuterunde. Deswegen hatte ich es auch auf dem Zettel so stehen. - Herr Kollege von Notz.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wegen der Edathy-Delle fällt die Presse-runde heute aus.

(RA Johannes Eisenberg:
Schade, nicht?)

- Ja, weiß ich gar nicht. Also, mich stört es jetzt nicht. Aber ich verstehe, Herr Eisenberg, Ihren Gedanken.

Aber ich wollte sagen: Kollege Flisek, das liegt auch daran, dass das jetzt mit den namentlichen Abstimmungen so doof ist. Das Problem ist: Wenn wir in den anderen Raum umziehen, sind wir jetzt 40 Minuten unterwegs. Darauf gebe ich dir Brief und Siegel. Das war bisher immer so, wenn wir hier mit Pack und allem rübergehen. Also, mit „Pack“ meine ich die Sachen. Dann ist eine halbe Stunde später schon wieder die namentliche Abstimmung. Da müssen wir - - Eine dreiviertel Stunde oder eine halbe Stunde unterbrechen wir. Dann sind wir immer noch nicht durch mit Herrn Breitzfelder. Insofern ist das meiner Ansicht nach jetzt die vernünftige Variante.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: All das gehört grundsätzlich in eine Beratungssitzung. Wir haben beschlossen, dass wir jetzt in öffentlicher Sitzung weitermachen mit der Zeugin K. L. Ich frage jetzt einfach: Ist die Zeugin da? - Ich würde Sie bitten, Herr Breitzfelder, sich so lange zurückzuziehen. Sie werden auch in einen Raum geführt, wo Sie ein bisschen was essen können, was trinken können. Um Sie wird sich also gekümmert.

Die Zeugin K. L. bitte ich jetzt zu uns in den Raum zu holen.

RD Philipp Wolff (BK): Ich erhalte gerade die Auskunft, sie ist in wenigen Minuten da. Sie ist gerade hier irgendwo im Zulauf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, sehr gut. Es sind halt große Gebäude hier.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine Damen und Herren, wir setzen die Beweisaufnahme in öffentlicher Sitzung fort. Ich darf feststellen: Trotz dieser unerwartet langen Pause ist die Öffentlichkeit hergestellt. Ich freue mich, dass Sie da sind bzw. dageblieben sind.

Jetzt darf ich unsere nächste Zeugin begrüßen, Frau K. L.

Vernehmung der Zeugin K. L.

Ich stelle fest, dass die Zeugin ordnungsgemäß geladen ist. Frau K. L., Sie haben die Ladung am 10. Dezember 2014 erhalten. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme dieser Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufnahme wird nach Erstellung des Protokolls gelöscht. Das Protokoll dieser Anhörung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen und Ergänzungen an dem Protokoll vorzunehmen.

Haben Sie hierzu Fragen, Frau Zeugin?

Zeugin K. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. - Ich stelle fest, dass Sie von einem Rechtsanwalt begleitet sind. Herr Rechtsanwalt Eisenberg, Sie brauchen sich jetzt nicht vorzustellen. Das haben Sie eben gemacht, und Sie sind uns bekannt.

Frau K. L., vor Ihrer Anhörung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeugin geladen worden. Als Zeugin sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft insbesondere Verfahren wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann, in nichtöffentlicher oder dementsprechend eingestufte Sitzung fortzufahren. Haben Sie hierzu Fragen?

Zeugin K. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz vorstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ohne Unterbrechung aus Ihrer Sicht zum Beweisthema auszuführen. Danach werde ich Sie zunächst befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen. Haben Sie hierzu Fragen?

Zeugin K. L.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank.

Ich darf Sie bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen. In Ihrem Fall genügen die Angabe der Initialen sowie die Anschrift Ihrer Dienststelle, über die wir Sie erreichen.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

RA Johannes Eisenberg: Die Zeugin kennt die Anschrift nicht und verweist auf die Ihnen bekannte Dienststelle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Kennen Sie Ihre Initialen?

Zeugin K. L.: K. L.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. Die Anschrift der Dienststelle ist eigentlich auch nicht so kompliziert, aber wir haben sie. Ganz herzlichen Dank.

Jetzt haben Sie die Gelegenheit, wenn Sie dies möchten, im Zusammenhang zum Untersuchungsgegenstand Ihre Ausführungen darzulegen. Das ergibt sich aus § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes. Dazu gebe ich Ihnen jetzt Gelegenheit, Frau Zeugin.

Zeugin K. L.: Vielen Dank. Dazu habe ich erst mal nichts zu sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, müssen Sie auch nicht. Herzlichen Dank. Dann hätte ich einige Fragen an Sie.

Ich gehe davon aus, dass Sie beim BND beschäftigt sind. Ist das richtig?

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann klärt sich das auch relativ einfach mit der ladungsfähigen Anschrift.

Dann hätte ich einige Fragen zur Person. Welche Ausbildung haben Sie genossen? Eine technische? Eine Verwaltungsausbildung? Was haben Sie gelernt? Diese Frage stelle ich, um die technische Kompetenz beispielsweise zu hinterfragen, um zu wissen, was für Fragen ich Ihnen stellen kann.

Zeugin K. L.: Ich habe eine Ausbildung im technischen Bereich, die mich zum Dienst im höheren Dienst befähigt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also technischer höherer Dienst.

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Was heißt das: technischer höherer Dienst? Mit was haben Sie sich technisch dann beschäftigt?

Zeugin K. L.: IT, IT-Hintergrund.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: IT. Also, Sie kennen sich in IT-Fragen aus?

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gut. - Die Ausbildung, haben Sie die beim BND gemacht, oder haben Sie die extern gemacht?

Zeugin K. L.: Extern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Extern. Sie haben also erst eine schulische Ausbildung ganz normal gemacht.

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie da sagen: Fachhochschulreife, Gymnasialreife, oder wie ist das dann?

Zeugin K. L.: Also, ich habe eine Schulausbildung, die mich zu dem Besuch einer Hochschule befähigt. Dann habe ich eine Hochschule besucht, die mich eben dann zum höheren Dienst befähigt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Können Sie sagen, was Sie genau studiert haben?

Zeugin K. L.: Ja, mit IT-Hintergrund.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Da könnte ich mir jetzt viele Studiengänge vorstellen. Kann man das konkretisieren? Wenn es nicht beim BND war, ist es ja nicht geheim.

Zeugin K. L.: Es ist ein Informatikstudium.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja. Weil das ist schon ein Unterschied nach der technischen Kompetenz, die Sie haben. Gut, also Sie haben Informatik studiert und auch abgeschlossen, nicht nach dem ersten Semester abgebrochen?

Zeugin K. L.: Sonst kommt man nicht in den höheren Dienst, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, man kann auch Aufstieg machen vom gehobenen Dienst in den höheren Dienst, Ratsanwärter sein usw. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Es würde uns aber jetzt ein bisschen viel Zeit kosten, das darzulegen.

Also, Sie haben Informatik studiert und sind dann direkt nach Abschluss des Studiums zum BND gegangen?

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und da auch direkt in den höheren Dienst eingestiegen?

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. In welchen Abteilungen des BND haben Sie seit dem Einstieg in den BND gearbeitet?

(Die Zeugin berät sich mit
ihrem Rechtsbeistand)

Ich weiß nicht, ob Herr Eisenberg das weiß.

RA Johannes Eisenberg: Die Frage ist, ob das zum Untersuchungsgegenstand gehört.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Zeugin K. L.: Ja, in der Abteilung, in der ich jetzt bin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung?

Zeugin K. L.: In der Abteilung, in der ich jetzt bin.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist die Abteilung 6?

Zeugin K. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sondern?

Zeugin K. L.: Abteilung TA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, können Sie das bitte noch mal sagen?

Zeugin K. L.: Abteilung TA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: TA. Und da sind Sie auch von Anfang an bis heute?

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Herzlichen Dank so weit. - Wann sind Sie in den BND eingetreten, in welchem Jahr?

Zeugin K. L.: 2006.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 2006. Also acht Jahre jetzt in der Abteilung TA. Haben Sie in diesen Jahren, immerhin in diesen acht Jahren, verschiedene Standorte des BND kennengelernt?

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Dadurch dass Sie dort selbst gearbeitet haben oder dass Sie sie besucht haben und sich angeschaut haben?

Zeugin K. L.: Letzteres.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Letzteres. Also, Sie waren immer an einem Standort selber, aber haben sich viele Standorte angeguckt. An welchem Standort waren Sie selber?

Zeugin K. L.: An den diversen Außenstellen der Abteilung TA.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also bei TA in Bad Aibling stationiert.

Zeugin K. L.: Auch. Gehört mit dazu, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Gut.

Zeugin K. L.: Nein, stationiert war ich nicht. In der Zentrale.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen frage ich ja. Ich weiß es ja nicht.

Zeugin K. L.: Ich habe die Frage nicht verstanden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wo Sie stationiert waren.

Zeugin K. L.: Ach so. In der Zentrale.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie hatten ja gesagt, Sie haben mehrere Außenstellen erlebt. Das verstehe ich, weil darauf, worauf wir gleich zu sprechen kommen, müssen Sie sich ja einiges angeguckt haben. Sonst hätten Sie nicht das möglicherweise verfassen können, über das wir gleich reden. Aber Sie müssen ja irgendwo eine - ich nenne es jetzt mal - Homepage gehabt haben, -

Zeugin K. L.: Ja, die Zentrale.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: - wo Ihre Planstelle auch war. Die war in der Zentrale in Pullach?

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Das macht nämlich schon einen Unterschied jetzt. Okay.

Und dann haben Sie in einem Jahr einen Auftrag bekommen, einen Bericht zu verfassen. Im Jahre 2007 oder 2006? Das weiß ich nicht genau.

Zeugin K. L.: 2007.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: 2007. In diesem Jahr ist auch dieser Bericht verfasst worden, über den wir gleich reden werden, wahrscheinlich.

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, einen Auftrag gekriegt und verfasst worden. Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben, diesen Bericht, den wir immer als Schwachstellenbericht bezeichnen, zu verfassen?

Zeugin K. L.: Mein Abteilungsleiter, mein damaliger.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also der Leiter der Abteilung TA?

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wissen Sie, von wem er den Auftrag gekriegt hat, oder hat er das aus eigener Entscheidung als Abteilungsleiter gemacht? Es ist ja weitreichende Kompetenz, die Abteilungsleiter haben.

Zeugin K. L.: Das weiß ich alles nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hat er Ihnen nicht gesagt?

Zeugin K. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: „Wir haben einen Auftrag von der Amtsleitung, jetzt was zu machen.“ Er hat Ihnen das gesagt: „Machen Sie das“, und Sie haben das gemacht?

Zeugin K. L.: Ich habe das schriftlich bekommen. Den Projektauftrag habe ich schriftlich bekommen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sie haben ihn schriftlich bekommen, okay. Und dann haben Sie sich im Frühjahr 2007 - - Oder wann war das ungefähr?

Zeugin K. L.: Das war im Februar 2007.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, am Anfang des Jahres 2007, Februar 2007, haben Sie sich rangemacht an die Arbeit. Wie sind Sie dann an diese Aufgabe, einen Schwachstellenbericht zu fertigen, herangegangen? Kannten Sie denn die Thematik schon vorher, worum es da geht, oder - -

Zeugin K. L.: Also, ich kannte die Thematik vorher nicht, und ich wusste auch nicht, worum es geht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, also haben Sie ganz neu einsteigen müssen in eine Thematik, die wir immer mit dem Codewort „Eikonal“ bezeichnen.

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wie macht man so was?

Zeugin K. L.: Ja, das ist eben eine gute Frage, und das ist die Herausforderung auch gewesen. Ich hatte ja ein Projektteam. Das waren vier Mitarbeiter, die mir zugeteilt waren, zwei aus Bad Aibling und zwei aus einer anderen Dienststelle. Die habe ich dann zusammengetrommelt, und wir haben erst einmal einen Workshop gemacht dort in der Dienststelle, weil ich ja mir die Informationen einholen musste, erst einmal schauen, worum es da eigentlich geht. Ich habe dann sehr viel Material bekommen von der Dienststelle, weil zu diesen ganzen technischen Komponenten es ja auch dicke Handbücher gibt, die man sich dann zu Gemüte führen kann, und dann habe ich eigentlich mit Interviewtechnik versucht, mich der Sache anzunähern, eben mit der Unterstützung dieser Projektmitarbeiter, die ja technisch sehr versiert waren, um dann erst mal sich ein Bild zu verschaffen.

Dann bestand die eigentliche Herausforderung, weil es ja eine Dokumentation werden sollte - der Projektauftrag war ja, eine Dokumentation zu erstellen -, sich eine Methodik zu überlegen, wie Sie das aufschreiben, weil Sie können ja nicht einfach anfangen: Es war einmal in Bad Aibling. - Sie müssen ja irgendwie ein fundiertes Werkzeug finden. Das ist mir dann recht gut gelungen. Also, ich habe dann die Modellierung benutzt und habe das eben alles ordentlich durchmodelliert, wie man das eben in der Informatik auch so macht, und habe dann die ganzen Informationen zusammengetragen, zusammengeschrieben. Dieser Text braucht noch eine Struktur. Er ist ja auch recht umfänglich. Sie schaffen ja auch nicht, das auf zehn Seiten darzustellen.

Ich habe dann im Laufe der Arbeit an diesem Bericht immer wieder mir Infos eingeholt, wenn ich gemerkt habe, dass ich beim eigenen Durchdenken Lücken finde, also wo mir das Wissen fehlt, und habe dann immer wieder telefonisch Rücksprache gehalten mit den Kollegen in Bad Aibling. So ist dieser Bericht dann entstanden.

Ich habe ihn dann gegenlesen lassen von meinen Projektmitgliedern, weil Gegenlesen zum einen muss sein, weil so ein umfängliches Dokument, das schaffen Sie nicht alleine schlüssig zu schreiben, und eben auch, dass die technischen Details alle stimmen, weil ja von den anderen Mitarbeitern immer die Kollegen dann doch einen Teilbereich beherrschen, weil das ihre Kernkompetenz ist, und ich muss ja das große Ganze zusammenfassen. Also müssen Sie da mit verschiedenen Leuten kommunizieren, dass das am Ende dann auch passt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sehr gut. Die vier Mitarbeiter, die Sie hatten: Welche Laufbahngruppen hatten die? Auch alle höherer Dienst?

Zeugin K. L.: Nein, nicht alle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Helfen Sie mir.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin K. L.: Ja, gehobener Dienst. Ich weiß es jetzt, ehrlich gesagt, auch nicht so genau, wie die Leute eingruppiert sind.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Ich wüsste es von meinen, mit denen ich arbeite, eigentlich immer. Also, meine Leute in meinem Büro weiß ich, was die kriegen.

Zeugin K. L.: Das sind ja keine direkten Kollegen gewesen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber die waren Ihnen doch unterstellt, oder wie soll ich das verstehen?

Zeugin K. L.: Na ja, unterstellt. Das ist eine Arbeitsgruppe, ein Projektteam. Also, von Unterstellung kann ja nicht die Rede sein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wer hatte denn die Leitung des Projektteams, und wer war verantwortlich gegenüber dem Abteilungsleiter? Sie oder ein anderer von den vieren?

Zeugin K. L.: Ja, schon ich. Aber da muss ich doch nicht wissen, wie die eingruppiert sind. Nein, das war für mich nicht von Belang. Also, ich wollte diese Aufgabe da irgendwie meistern.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie die ausgesucht, oder sind die Ihnen einfach - -

Zeugin K. L.: Nein, die wurden mir zur Seite gestellt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Benannt, und dann haben Sie sich gefreut, dass Sie überhaupt vier hatten und nicht alleine waren.

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann haben Sie mal gefragt, was die für Hintergrund haben, oder egal?

Zeugin K. L.: Ich kannte die schon, was sie arbeiten, und man hatte auch schon mal mit der Arbeit eben mit denen zu tun. Genau.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und welche Kompetenzen die hatten, wussten Sie auch oder - -

Zeugin K. L.: Ja, das schon.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, ob die Informatik studiert hatten vielleicht auch?

Zeugin K. L.: Nein, was die für eine Ausbildung haben, das weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Ahnung hatten sie halt, nicht?

Zeugin K. L.: Ja, das weiß man dann schon, wer Ahnung hat und wer nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht zu Hause so erworben? Aber auf jeden Fall war es Ihnen egal, ob im Studium oder sonst wie erworben. Hauptsache, sie wussten was über IT.

Zeugin K. L.: Ich verstehe die Frage nicht. Die Projektmitglieder waren mir zugeteilt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Frage ist doch da. Sie haben ein Team von vier Personen um sich, sind projektverantwortlich gegenüber dem Abteilungsleiter, und Sie scheinen nicht zu wissen, wer in Ihrem Team ist, was die für einen Hintergrund haben, was die für eine Ausbildung haben. Das macht mich jetzt mehr als stutzig.

Zeugin K. L.: Ja, das ist ja nicht relevant für mich. Ich muss mit dem Team arbeiten, und ich muss die Aufgabe fertigkriegen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ich nehme das mal so hin. Das habe ich so noch nie gehört. Wenn ich eine Baustelle habe, dann wüsste ich schon gerne, ob das ein Maurer ist oder ein Klempner, der mit mir irgendwas macht. Ich nehme dann nicht einfach vier und sage: Komm, legen wir mal los hier.

Zeugin K. L.: Die habe ich ja auch nicht einfach genommen. Die wurden mir ja genannt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Lassen wir es damit mal bewenden.

Dieser Bericht, den Sie erstellen sollten: Was hat man Ihnen denn gesagt, was das Ziel dieses Berichts ist, oder was sollen Sie denn dann berichten?

Zeugin K. L.: Ich soll eine Projektdokumentation erstellen. Der Schwerpunkt war schon die G-10-Problematik, aber es ging, soweit ich das noch weiß, auch darum, festzustellen und herauszuarbeiten, welche Potenziale das Ganze hat.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie erklären Sie sich, dass jetzt immer von einem Schwachstellenbericht die Rede ist? Wenn Sie sagen, Sie sollten eine Projektdokumentation schreiben und welche Potenziale dieses Projekt „Eikonol“ hat, da ist ja jetzt ein gewisser zumindest sprachlicher Dissens zu einem Schwachstellenbericht.

Zeugin K. L.: Ja, da kann ich aber nichts zu sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein. Oder bezeichnen wir hier den nur als Schwachstellenbericht oder müssten eigentlich lieber „Projektdokumentation“ sagen?

Zeugin K. L.: Also, für mich war das eine Projektdokumentation. Ich sollte das eben durchleuchten. Die G-10-Problematik war schon genannt in dem Projektauftrag, und vielleicht kommt durch meine Methodik und die Aufteilung, wie ich den Bericht aufgeteilt und gegliedert habe, das jetzt für Leser so rüber. Ich weiß es nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Sie haben das so selber nie erfahren, dass der während der Zeit als Schwachstellenbericht bezeichnet worden ist? Das ist dann danach gekommen erst, oder wie? Oder haben Sie gar keine Erkenntnis darüber?

Zeugin K. L.: Nein, ich habe diese Dokumentation erstellt, und das war es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Wie gesagt, der Begriff Schwachstellenbericht ist

Ihnen da in dem Zeitraum bis zur Abgabe so nicht geläufig gewesen?

Zeugin K. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. In welchem Zeitraum fand denn die Prüfung statt? Sie sagten: Februar 2007 ging es los. - Bis?

Zeugin K. L.: Ja, Anfang August habe ich abgegeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Anfang August 2007?

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Und wie viel Zeit zum Schreiben haben Sie dann gebraucht? Weil das kostet ja auch noch was. Sie haben gesagt, schreiben, redigieren, kontrolllesen lassen, völlig nachvollziehbar.

Zeugin K. L.: Also, es war so, dass ich eigentlich freigestellt war von meiner eigentlichen Aufgabe für diesen Bericht, aber die Realität hat da doch was anderes gezeigt. Also, ich musste meinen Job schon irgendwie auch noch absolvieren und dann eben schauen, dass ich mit dieser Projektgeschichte vorankomme.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist leider öfter so; das kenne ich auch. - Aber wann war der Prüfzeitraum und - ich sage mal - der Zeitraum, wo Sie Gespräche geführt haben, Handbücher gelesen haben? Wann war der vorbei, und wann sind Sie - sagen wir mal - in den Schreibeil übergegangen? Ich denke mir, das Schreiben wird ja auch eine Zeit lang gedauert haben, bis Sie das alles in einem eigenen Bericht zusammengefasst haben, die Kollegen noch einmal gegengelesen haben. Wie viel Zeit haben Sie sich für die Prüfung etc. genommen, und wie viel Zeit haben Sie sich für das Verfassen dann genommen?

Zeugin K. L.: Also, so klar trennen kann man das nicht. Vielleicht habe ich da eine andere Arbeitsweise. Ich weiß es nicht mehr. Vielleicht Mai/Juni, und bis ich den dann wirklich abgegeben habe, ist ja auch noch eine Zeit, weil Sie das



Nur zur dienstlichen Verwendung

ja dann zur Druckerei auch noch schicken müssen und so. Das hat dann ja auch noch einen Vorlauf, bis Sie dann auch wirklich abgeben können. Insofern kann ich es jetzt auch nicht mehr so genau sagen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Deswegen frage ich natürlich, weil es für mich schon einen Unterschied macht, ob Sie im Februar beginnen, sich mit den vieren zusammensetzen, erst mal einen Workshop machen und dann vielleicht im Mai abgeben. Dann bleiben netto ja zwei, drei Monate zum Bewerten, Herausfinden, Gespräche führen in den Außendienststellen etc. Weil wenn man sagt: von Februar bis August, sieht es nach einem sehr langen Zeitraum aus, als hätten Sie viel Zeit gehabt. Wenn man dann aber konkret hinguckt und sagt, Sie waren vielleicht schon im Mai fertig, dann bleiben netto dreieinhalb Monate. Deswegen probiere ich ein bisschen, herauszukriegen: Wie viel Zeit haben Sie in die konkreten Ermittlungen - will ich das mal nennen - vor Ort gesetzt, in die Auswertung der Dokumentationen, der Handbücher etc., um sich intensiv in „Eikonal“ einzuarbeiten? Deswegen wäre mir schon wichtig, dass wir so ein bisschen eingrenzen den Zeitraum Februar bis August, wie viel da tatsächlich in die Analyse geflossen ist und hinterher das Verfassen, Drucken etc.

Zeugin K. L.: Das kann ich so nicht mehr beantworten. Das fließt auch bei mir ineinander.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Sie haben also auch den Prozess des Druckens als Ihren Prozess mit eingeordnet?

Zeugin K. L.: Also, das ist, glaube ich, jetzt eine rhetorische Frage.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, aber schon bei der Bewertung hinterher, wie tief der Bericht geht, fände ich das sehr interessant, weil es ja ein Schwachstellenbericht auch ist und wir einen Dissens insbesondere über den Inhalt haben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, das stimmt aber nicht. Der Vorhalt ist nicht korrekt. Sie hat gesagt: Bis

August wurde der geschrieben, und dann kam noch Druck usw. dazu.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielen Dank für den Hinweis. Sagen Sie es noch mal. Ich habe es anders - -

Zeugin K. L.: Nein, im August war der abgegeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Im August abgegeben, nicht?

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Herr Kollege Ströbele, haben wir es doch richtig verstanden, wie es die Zeugin genannt hat.

Zeugin K. L.: Aber die Länge der Zeit macht doch keine Aussage darüber, in welcher Art und Weise ich mich damit beschäftigt habe und wie sehr ich es verstanden habe oder nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein, nein, war auch keine Kritik an Ihnen - dass Sie mich nicht falsch verstehen. Ich will nur schauen, weil ja gegenüber dem Bericht auch einige Kritik besteht, wie viel Zeit Sie hatten, sich in die Thematik einzuarbeiten, und das schon ein wichtiger Punkt ist.

Können Sie in der öffentlichen Sitzung Schwachstellen benennen, die Ihnen und Ihrem Team bei „Eikonal“ aufgefallen sind?

Zeugin K. L.: Da der Bericht Geheim eingestuft ist, denke ich nicht, dass ich das kann oder darf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie können es nicht denken, aber Sie können es nicht. Okay.

Dann frage ich mal anders: Gab es denn im Anschluss, nachdem Sie abgegeben haben, Rückmeldungen zu Ihrem Bericht, dass gesagt worden ist: „Klasse, einer sagt es mal“ oder: „Das stimmt ja so gar nicht“? Haben Sie da ein Feedback gekriegt, zumindest von der Abteilungsleitung? Oder wurde dann gesagt: „Jetzt können Sie Ihre ursprüngliche Tätigkeit wieder ganz ausüben“,



Nur zur dienstlichen Verwendung

was Sie ja doch parallel machen mussten? Haben Sie da ein Feedback gekriegt?

Zeugin K. L.: Also, es wurde sich bedankt von der Abteilungsleitung, dass ich die Arbeit zu Ende gebracht habe, und das war es.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Mehr haben Sie dann nicht mehr von Ihrer Arbeit gehört?

Zeugin K. L.: Was stellen Sie sich denn vor, was man da noch hört?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zum Beispiel eine Kritik, dass man sagt: „Haben Sie gut gemacht. Da hat sich was draus ergeben. Wir haben Schlussfolgerungen bezüglich des Umgangs mit Daten daraus gezogen“, oder dass es bestimmte vielleicht Sachgebiete gab, die sagen: „Das sehen wir aber immer noch anders“, dass es Diskussionen gab um unterschiedliche Sichtweisen. Wenn ich mich recht erinnere, haben uns das nämlich Zeugen berichtet, dass es unterschiedliche Sichtweisen auch gab bezüglich der Arbeitsebene und Ihrer Bewertung.

Zeugin K. L.: Also, von Diskussionen habe ich nichts mitbekommen. Ich habe den Bericht abgegeben, und dann war ich wieder in meiner alten Tätigkeit. Ich wurde an sich gelobt, dass ich das Unterfangen als solches eben überhaupt fertiggekriegt habe, weil es ist ja schon eine Herausforderung, so ein ganzes Projekt eben zu dokumentieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Stehen Sie noch hinter allen Aussagen des Schwachstellenberichts? Meinen Sie, das ist alles so korrekt?

Zeugin K. L.: Also, ich habe ja meine Arbeitsweise erläutert, wie ich zu den Informationen gekommen bin und wie ich eben diesen Bericht erstellt habe. Ich habe mir da ja nichts ausgedacht oder sonst irgendwas. Insofern war das damals das, was ich erfahren habe, wie ich es verstanden habe, und so habe ich es aufgeschrieben. Weil ich danach auch dann nichts mehr davon gehört habe, ändern sich ja auch meine Erkenntnisse nicht. Insofern gilt das, was damals galt, für mich auch heute noch.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Vielleicht eine letzte Frage, damit die Fraktionen auch Gelegenheit kriegen, Fragen zu stellen. Hatten Sie irgendwann im Rahmen dieses Prozesses den Eindruck, dass die Amtsleitung oder die Führung des Hauses bestimmte Intentionen, Absichten mit diesem Bericht verfolgt?

Zeugin K. L.: Nein. Mir wurde auch völlig freie Hand gelassen, zum Beispiel wie ich das dokumentiere und wie das Ding dann am Ende aussehen soll usw. Da wurde ich vollkommen in Ruhe gelassen, habe ich nichts mitbekommen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, herzlichen Dank. So weit meine Fragen.

Ich würde jetzt in die Fragerunde einsteigen. Bei den Fragerunden - nur zu Ihrer Information - ergibt sich nach der sogenannten Berliner Stunde ein festes Zeitkontingent für jede Fraktion: die CDU/CSU 27 Minuten, die SPD 17 Minuten, Die Linke acht Minuten, Bündnis 90/Die Grünen auch acht Minuten. Es geht immer reihum. In der ersten Fragerunde beginnt die Fraktion Die Linke, gefolgt von der Fraktion der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU/CSU. Ab der zweiten Fragerunde ist die Reihenfolge Die Linke, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD. - Wir beginnen mit der ersten Fragerunde und mit der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Zeugin, ich will am Anfang einfach mit Blick in die Bank der Bundesregierung anmerken, dass der von Ihnen erwähnte Projektauftrag, der schriftlich erteilt wurde, in unseren Unterlagen fehlt. Daher an Sie jetzt die Frage: Konnten Sie sich diesen Projektauftrag noch mal vor dieser heutigen Zeugeneinvernahme durchlesen?

Zeugin K. L.: Ich jetzt?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja.

Zeugin K. L.: Nein, habe ich nicht gemacht, nein. Ich weiß auch gar nicht, ob ich - - Nein, den habe ich auch gar nicht mehr. Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Den haben Sie auch gar nicht mehr?

Zeugin K. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Aber der müsste ja zu finden sein.

Zeugin K. L.: Der müsste ein Aktenzeichen haben, müsste zu finden sein, denke ich doch.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Dann müssen wir uns dann noch mal bemühen.

Dann sagten Sie zu Ihrer Arbeitsmethodik, Sie haben die Handbücher studiert, die wir auch nicht kennen, und Interviewtechnik angewandt. Bei der Interviewtechnik würde mich interessieren: Wenn Sie mit den Mitarbeitern in der JSA gesprochen haben, haben Sie nur mit den Mitarbeitern des BND gesprochen oder auch mit den Mitarbeitern der NSA?

Zeugin K. L.: Auch mit Mitarbeitern der NSA, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Betraf das nur die Mitarbeiter der JSA, oder konnten Sie auch mit denen in der sogenannten Blechdose reden?

Zeugin K. L.: Also, das konnte ich nicht sehen, wer wie in welcher Funktion. Ich habe das andersherum gemacht. Man muss ja diese ganze Kette von vorne bis hinten durchdenken, und dann kommen immer nächste Arbeitsschritte, die mir dann mitgeteilt worden sind, irgendwelche Systeme, Software, wie auch immer. Ich habe dann die Leute entsprechend der Kette befragt. Mir wurde von der Dienststelle gesagt, welche das sind, und die habe ich dann eben interviewt. Insofern weiß ich nicht, wo die da organisatorisch angesiedelt waren.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn Sie zu der eingesetzten Technik gefragt haben, waren zum Teil auch Befragungen von Kontraktoren notwendig, also Contractors, zu Firmen, die von außen beauftragt waren?

Zeugin K. L.: Das Gleiche. Das kann ich nicht sehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Konnten Sie nicht unterscheiden?

Zeugin K. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also hätten durchaus auch Externe darunter gewesen sein können.

Zeugin K. L.: Da kann ich nichts zu sagen, weil ich ja das Thema vor Augen hatte und da eben schauen musste, dass ich in einer endlichen Zeit durchkomme. Da war ich um jede Information dann dankbar und froh, wenn das dann zügig voranging, weil es ja doch eine Menge an Stoff ist, den Sie da irgendwie bewältigen müssen.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie sich die eingesetzte Technik, Hardware und Software, an den Stellen, wo erfasst wurde bzw. verarbeitet wurde, auch direkt angesehen?

Zeugin K. L.: Nein, weil das nicht alles in JSA steht. Ich bekam aber das Angebot, das ich mir das hätte angucken sollen. Aber Server in dem Serverschrank kann ich mir auch bei mir angucken. Insofern habe ich von dem Angebot Abstand genommen. Das hätte mir nichts geholfen bei dem, was ich da eigentlich schreiben sollte.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber in Bad Aibling in der JSA haben Sie sich die Technik angesehen.

Zeugin K. L.: Na ja. Ja, das sind halt PCs und Monitore und so. Da gibt es jetzt nicht so viel zu gucken. Es ist halt wichtiger, mit den Leuten zu reden und zu gucken: Was macht ihr da mit den Daten, und wie funktioniert das alles? Man guckt sich da jetzt hardwaremäßig nicht viel an, weil die Software ist ja das, was es ausmacht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ich will es doch noch mal konkret fragen. Also, waren Sie in Bad Aibling und haben sich dort angesehen, wie zum Beispiel bestimmte Komponenten funktionieren?

Zeugin K. L.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Am Erfassungsgerät, am DE-CIX-Knoten, Frankfurt - -

Zeugin K. L.: War ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren Sie nicht?

Zeugin K. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Sie waren auch nicht an irgendeinem anderen Erfassungsknoten?

Zeugin K. L.: Nein, das ist nicht meine Aufgabe, also generell nicht da.

Martina Renner (DIE LINKE): Was denn die Beurteilung des Erfassungsgeräts angeht beim Telekommunikationsbetreiber: Wenn Sie die nicht in Augenschein genommen haben, wie konnten Sie dann die Arbeitsweise oder die Funktionsweise beurteilen?

Zeugin K. L.: Ich habe die Kollegen gefragt, die eben mit der Erfassung beschäftigt sind. Das meinte ich ja eben. Das sind dann welche, deren Kernkompetenz das ist, und das ist ja auch nicht meine normale Arbeit. Also, da musste ich schon mir auch sehr viel Wissen aneignen. Selbst wenn Sie das Gerät sich anschauen, dann wissen Sie ja auch bloß noch nicht, wie es funktioniert. Es ist halt ein Stück Hardware. Also, das bringt Sie nicht weiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie auch mit Mitarbeitern des Telekommunikationsunternehmens gesprochen?

Zeugin K. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Können Sie ganz allgemein etwas dazu sagen, welche Arten von Daten in diesem Projekt verarbeitet wurden?

Zeugin K. L.: Das weiß ich jetzt so nicht mehr aus dem Stegreif. Aber die sind ja hinlänglich erschöpfend beschrieben in dem Bericht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Das Problem ist: Wir haben natürlich zwei Ebenen. Wir haben natürlich die Beweiserhebung über Urkunde, also

Akten, und natürlich geht es dann auch noch mal um Ihr Erfahrungswissen. Gegebenenfalls ist ja der Bericht auch abweichend von dem, was Sie noch erinnern.

Zeugin K. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Deswegen: Können Sie sich erinnern, mit welchen Arten von Daten Sie sich beschäftigt haben bei Ihrer Prüfung?

Zeugin K. L.: Ja, das steht da drin, und der ist aber Geheim eingestuft. Deswegen kann ich jetzt da hier nichts zu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Als der Bericht fertig war, haben Sie diesen dem Abteilungsleiter übergeben, und gab es darüber hinaus noch eine Vorstellung des Berichtes, also - -

Zeugin K. L.: Nein, also, ich habe mehrere Ausfertigungen abgegeben, weil das quasi nicht für Aktenlage - - Keine Ahnung, was es da für Regelungen gibt. Also, ein paar Ausfertigungen, die habe ich abgegeben, und das war es. Es gab keine Vorstellung oder Präsentation oder dergleichen.

Martina Renner (DIE LINKE): Es geht ja in diesem Bericht auch an vielen Stellen über zu eingesetzter Software. Konnten Sie zu diesen Programmen sich die Quellcodes ansehen?

Zeugin K. L.: Also, das habe ich nicht gefragt, weil da wäre ich nicht fertig geworden. Also, ich weiß gar - - Weiß ich nicht, ob ich den bekommen hätte; aber das ist wieder etwas, was Sie nicht weiterbringt bei so einer Aufgabe.

Martina Renner (DIE LINKE): Wenn man - - Die Handbücher, die Sie zur Verfügung hatten, bezog sich das auf die Hardware und die Software?

Zeugin K. L.: Nein, immer auf die Software, weil die Hardware, das ist, soweit ich das erinnere, ganz normale Hardware. Also, das ist jetzt nicht spektakulär. Es geht rein immer um die Logik, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, die Handbücher bezogen sich nur auf die Software?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin K. L.: Ja, soweit ich erinnere, schon, ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Zu den eingesetzten Hardwarekomponenten gibt es ja auch Untersuchungen. Wie haben Sie sich zu - - Ja?

Zeugin K. L.: Ja, wenn Sie es sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Da geht es zum Beispiel um den Router, ja?

Zeugin K. L.: Aha.

Martina Renner (DIE LINKE): Wie kann man - - Also, hatten Sie zu diesen, aus Ihrer Erinnerung jetzt heraus, weil Sie eben sagten: Die Handbücher bezogen sich nur auf die Software - - Welche Informationen hatten Sie zu der Hardware, zum Beispiel zu der Herkunft, also woher der BND diese Hardware hat?

Zeugin K. L.: Das war irgendwie nicht Gegenstand der Dokumentation, also da habe ich mich nicht mit beschäftigt. Kann ich nichts zu sagen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hätte es für Sie einen Unterschied gemacht, ob das auf dem freien Markt gekauft wurde, ob das durch die NSA zur Verfügung gestellt wurde, ob das eine BND-Eigenentwicklung ist?

Zeugin K. L.: Ich glaube, wir reden irgendwie ein bisschen aneinander vorbei. Also, das, was Sie meinen, sind, glaube ich, Geräte zur Datengewinnung, -erfassung.

Martina Renner (DIE LINKE): Die da auch eingesetzt wurden, ja?

Zeugin K. L.: Ja. Da kann ich nichts zu sagen. Also, das habe ich so in dem Bericht verarbeitet, wie ich es durch die Interviews eben mitbekommen habe. Aber ich verstehe die Frage jetzt nicht so richtig. Und das andere ist normale Hardware, die das aber nicht ausmacht, was da passiert. Sie kommen nicht weiter, wenn Sie da sich mit der Hardware beschäftigen meiner Meinung nach.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die Fragezeit neigt sich dem Ende zu.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, wir haben ja noch Zeit in der nächsten Runde.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Na, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Prima.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Der Kollege Flisek wäre jetzt dran für die Fraktion der SPD, vielleicht mit der Frage, ob wir über den gleichen Bericht reden.

Christian Flisek (SPD): Nein, mit der Frage steige ich ein, ob dieser Projektauftrag, den Sie bekommen haben, Frau Zeugin - - War das eine einmalige Geschichte oder - -

Zeugin K. L.: Für mich jetzt?

Christian Flisek (SPD): Ja, für Sie natürlich, für wen sonst?

Zeugin K. L.: Also, überhaupt Projekte? Oder jetzt zu dem Thema?

Christian Flisek (SPD): Ob so ein Projektauftrag - - Das ist ja wie eine Sonderaufgabe, oder?

Zeugin K. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ja, ob so eine Sonderaufgabe eher was Einmaliges war oder ob es da mehrere solcher Aufgaben gab?

Zeugin K. L.: Also, für mich gab es nur die eine Sache bisher.

Christian Flisek (SPD): Nur einmalig, ansonsten machen Sie Ihre ganz normale Stellenbeschreibung, haben das vorher gemacht und nachher auch?

Zeugin K. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Sie haben ja gesagt, dass dieser Projektauftrag an Sie schriftlich ergangen ist.

Zeugin K. L.: Ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Vom Abteilungsleiter, so habe ich das verstanden, ja?

Zeugin K. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Mal gefragt - Frau Kollegin Renner hat auch ja schon darauf hingewiesen, dass uns der nicht vorliegt -: Die Auftragsformulierung, wenn Sie sich da vielleicht noch, ohne jetzt den Wortlaut wiedergeben zu müssen, aber wenn Sie sich daran mal erinnern wollen - - War das mehr offen formuliert, oder, aus dem, wie das formuliert war, hat sich da vielleicht irgendeine Tendenz bereits ergeben?

Zeugin K. L.: Nein, das war sehr knapp gehalten und - -

Christian Flisek (SPD): Knapp?

Zeugin K. L.: Na ja, das war jetzt nicht fünf Seiten Text oder so. Das ist - -

Christian Flisek (SPD): Können Sie sich daran erinnern, können Sie sinngemäß sagen, was das war?

Zeugin K. L.: Es ist eine Projektdokumentation zu erstellen.

Christian Flisek (SPD): Erstellen Sie bitte eine Projektdokumentation über das Projekt „Eikonal“?

Zeugin K. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): So war das, neutral?

Zeugin K. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Ergebnisoffen?

Zeugin K. L.: Auch, na klar. Also, eine Dokumentation ist - -

Christian Flisek (SPD): Na ja, klar ist - -

Zeugin K. L.: Eine Dokumentation - -

Christian Flisek (SPD): Für uns ist nur das klar, was wir dann auch wirklich beweisen können oder was wir aufgrund von zugänglichen Beweismitteln gesehen haben. Das ist das, und da gehören Ihre Aussagen natürlich zu, und deswegen stellen wir die Fragen. Von Haus aus klar ist wenig.

Meine Frage wäre an Sie: Als Sie diese Untersuchung gemacht haben im Rahmen dieses Projekts, befand sich das Projekt dort im Probebetrieb, oder war es schon in der Produktion oder, ich glaube, im BND sagt man: im Wirkbetrieb?

Zeugin K. L.: Wie sage ich das? Also, das war für mich keine Frage, in welchem Status - -

Christian Flisek (SPD): Ob das jetzt für Sie eine Frage war, ist jetzt auch nicht meine Frage gewesen, sondern die Frage war einfach nur: Als Sie das gemacht haben - Sie haben ja mit den Leuten gesprochen -, war da das Projekt im Probe- oder im Wirkbetrieb?

Zeugin K. L.: Nein, wusste ich nicht.

Christian Flisek (SPD): Aha, Sie wussten das nicht? Haben Sie sich darüber auch keine Gedanken gemacht? Also, ich sage das deswegen, ich füge jetzt noch mal hinzu: Das ist für uns natürlich schon eine sehr entscheidende Frage.

Zeugin K. L.: Entschuldigung, noch mal bitte!

Christian Flisek (SPD): Ich füge dem noch mal hinzu, dass das, ich glaube, nicht nur für mich, sondern auch für die meisten Mitglieder im Ausschuss, eine sehr entscheidende Frage ist, in welchem Stadium des Projektes Ihre Analyse gemacht wurde. Und jetzt sagen Sie als die führende Projektleiterin und Autorin dieses Berichtes, es hat für Sie gar keine Rolle gespielt.

Zeugin K. L.: Nein, weil wenn ich den Auftrag kriege, die Projektdokumentation zu erstellen, dann erstelle ich da eben die Dokumentation, und dann habe ich zu tun, dass ich das auf die Reihe kriege.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Christian Flisek (SPD): Ja, entschuldigen Sie, dass ich - - Ich maße mir nicht an, irgendwelche Urteile abzugeben über die Art und Weise, wie man Projekte abgibt. Aber ich halte das für lebensfremd; das sage ich Ihnen ganz offen, das halte ich Ihnen vor. Also, ein Projekt, das zentral ist für eine strategische Kooperation zwischen zwei Geheimdiensten, dem BND und einem anderen Dienst in den USA, Sie haben den Auftrag, darüber eine Dokumentation zu machen, und für Sie ist es ohne jeden Belang, ob dieses Projekt tatsächlich noch in einer Probe, in einem Testbetrieb ist oder in einem Wirkbetrieb? Das - -

Zeugin K. L.: Ja, ich verstehe die Frage nicht. Inwiefern hat das denn Auswirkungen darauf, wie die Sachen sind und wie ich sie dann dokumentiere?

Christian Flisek (SPD): Noch mal: Meine Frage ist nicht, ob das Auswirkungen hat, das beurteilen wir, Frau Zeugin. Die Frage ist: Haben Sie darüber Erkenntnisse, -

Zeugin K. L.: Nein, nein.

Christian Flisek (SPD): - als Sie die Analyse gemacht haben, ob das im Probe- oder im Wirkbetrieb war?

Zeugin K. L.: Nein, Erkenntnisse darüber hatte ich nicht, nein.

Christian Flisek (SPD): Keine Erkenntnisse?

Zeugin K. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Sehr gut, dann müssen wir uns aber noch mal den Bericht genau angucken. Wie war denn - - Sie haben das ja - - Mit Ihrem Team sind Sie ja sozusagen auf Kollegen, auf Kolleginnen zugegangen beim BND. Sie haben auch gesagt, Sie haben mit NSA-Mitarbeitern gesprochen. Wie war da die Zusammenarbeit? Wie war da die Stimmung, wenn Sie auftauchten, Fragen gestellt haben, sich Dinge zeigen lassen wollten?

Zeugin K. L.: Also, die Stimmung war gut, und alles, was ich wissen wollte, und die Kollegen,

die ich sprechen wollte, das hat alles reibungslos funktioniert. Also, ich habe da keine Steine in den Weg gelegt bekommen.

Christian Flisek (SPD): Also, ich habe - - Gut, wir werden dann im nichtöffentlichen Teil Ihnen auch aus Ihrem Bericht Vorhalte machen. Das ist Ihnen klar, nicht? Mussten Sie regelmäßig an Ihren Abteilungsleiter während des Projektes, bevor der Bericht erstellt wurde, berichten?

Zeugin K. L.: Also, es gab ein oder zwei Mal, dass ich vorsprechen musste, um - - Klar, die wollen halt auch wissen, wie ich vorankomme, ob ich vorankomme und wann in etwa ich halt fertig werde, weil der Zeitrahmen war ja nicht wirklich gesteckt. Und insofern gab es da schon Rückmeldungen, aber jetzt nicht detailliert, weil, wie gesagt, das war mir offen gestellt, wie ich - -

Christian Flisek (SPD): Traf man sich da, oder wurden Sie einbestellt zu einem Gespräch, oder mussten Sie schriftlich kurz ein Memo schreiben?

Zeugin K. L.: Nein, ein kurzes Gespräch, und - -

Christian Flisek (SPD): Und dann haben Sie berichtet, wie Sie vorankommen?

Zeugin K. L.: Ja.

Christian Flisek (SPD): Und gab es irgendwelche Nachfragen kritischer Art oder positiver Art?

Zeugin K. L.: Nein.

Christian Flisek (SPD): Gab es Lob?

Zeugin K. L.: Nein, war ja noch nichts da. Also, man kann ja nicht mittendrin loben, und nein.

Christian Flisek (SPD): Gut. Also, von meiner Seite in der öffentlichen Sitzung war es das. Ich denke, wir werden dann in einigen Punkten, Frau Zeugin, in der nichtöffentlichen Sitzung vertiefter einsteigen müssen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Herr Kollege Ströbele.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Frau Zeugin, ich habe da auch Probleme. Es gibt eine Weisung - das haben Sie auch gesagt -, eine schriftliche. Die haben Sie aber nicht sehen können. Können Sie sich daran erinnern, ob in der Weisung was drinstand, zum Beispiel, dass Sie auch auf Schwachstellen achten sollen?

Zeugin K. L.: Nein, da war also unter anderem eben diese G-10-Problematik.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was war das denn für eine Problematik?

Zeugin K. L.: Ja, das wusste ich ja noch nicht. Da stand nur im Hinblick auf G 10 eben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollen im Hinblick auf G 10 - -

Zeugin K. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Schwachstellen, das Wort kam gar nicht vor?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Weisung. Sie wissen das genau? Wir haben die. Wir suchen das gleich mal raus.

Zeugin K. L.: Ja, gerne, also ich wüsste - - Kann sein, weiß ich jetzt nicht. Es ist sieben Jahre her. Also, wie gesagt, ich habe den nicht mehr angeguckt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deshalb frage ich ja nach Ihrem Gedächtnis. Sie müssen nicht ungeduldig werden, sondern können ja sagen: Ja, nein, weiß ich nicht. - Stand da was von Maßnahmen, die Sie vielleicht vorschlagen sollen, um mögliche Schwachstellen, mit denen umzugehen, oder - - War das nach Ihrer Erinnerung auch Ihr Auftrag?

Zeugin K. L.: Ja, ich glaube schon, das habe ich ja dann geschrieben. Also, so genau erinnere ich das jetzt nicht mehr, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie nicht?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat man Ihnen denn vorher gesagt? Also, der Kollege hat Sie ja schon gefragt, in welchem Stadium das war. Wurde Ihnen vorher gesagt: „Wir sehen da Probleme, G-10-Problematik“ oder was auch immer, und Sie sollen jetzt mal mit Ihrem Team klären: „Wie stark, wie groß sind die Probleme, welche Dimension haben sie, was können wir damit machen?“? Also, Sie müssen doch noch in der Erinnerung haben, nach was haben Sie geguckt. Oder haben Sie einfach nur beschrieben, was die Leute da machen, und dann - -

Zeugin K. L.: Eher Letzteres. Also, es ging darum, eben eine Dokumentation zu erstellen, die umfangreich ist, also wo alles dabei ist, wo die ganzen Prozessketten vollumfänglich eben schriftlich dargelegt und auch so, dass man es versteht - - Ich glaube, das stand in dem Projekt - - Weiß ich gar nicht. Also, man sollte es verständlich schreiben, also nicht zu technisch, sondern dass zum Beispiel auch Juristen das verstehen, dass man es eben versteht, dass man nicht irgendwas technisch - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, haben Sie denn Schwachstellen gefunden?

Zeugin K. L.: Ja, das steht in dem Bericht, und der ist Geheim eingestuft.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, natürlich; aber ob welche da sind. Wir reden die ganze Zeit hier, wir reden auch die ganze Zeit auch mit dem Zeugen, der vor Ihnen hier war, über Schwachstellen und Probleme von G 10 und alles. Also, das gehört natürlich dazu, und das ist nicht so geheim, dass Sie überhaupt nicht das Wort mehr erinnern dürfen, sondern wenn es dann um die Einzelheiten geht, kann man ja immer noch sagen: Das ist geheim. -



Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber Sie hatten den Auftrag, eine Dokumentation über - so habe ich Sie jetzt verstanden - den Stand dieses Projektes da zu machen.

Zeugin K. L.: Nein, nicht über den - -

(RA Johannes Eisenberg:
Herr Vorsitzender, die Zeu-
gin wird die Frage in nicht-
öffentlicher Sitzung beant-
worten!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Die letzte, verstehe ich. Über den Auftrag auch? Weil das ist die nächste Frage vom Kollegen Ströbele. Das ging ja in Richtung Auftrag.

RA Johannes Eisenberg: Den Auftrag beantwortet sie hier.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau, die von eben, das habe ich verstanden. Da hat der Kollege Ströbele auch gesagt: Das machen wir in nichtöffentlicher Sitzung. - Aber jetzt die nächste Frage vom Kollegen Ströbele bezüglich des Auftrags, die ist, glaube ich, hier beantwortbar.

RA Johannes Eisenberg: Ja, aber hat sie auch schon fünfmal beantwortet, dass sie das nicht mehr weiß, kann sie aber noch zweimal machen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich glaube, zu dem Auftrag hat sie schon was gesagt. Wenn sie es nicht mehr weiß, dann kann sie es gerne noch mal zum sechsten Mal sagen. Aber vielleicht weiß sie es ja doch noch.

RA Johannes Eisenberg: Natürlich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wollen Sie die Frage noch mal wiederholen, Herr Kollege Ströbele?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Was war der Sinn Ihrer Arbeit? Wollten die einfach mal, Ihre Vorgesetzten, nun eine Beschreibung, was da ihre Kollegen so treiben, oder hatte die ganze Sache einen Sinn? Wurde Ihnen - - Ist Ihnen noch in Erinnerung: Warum sind Sie und drei andere Personen beauftragt

worden, so was zu machen mit so einer Projektgruppe?

Zeugin K. L.: Also, das kann ich Ihnen nicht beantworten. Aber es ist so: Wenn man in der Technik arbeitet, macht eine Dokumentation als solche immer erst mal Sinn. Also, wir dokumentieren viele Sachen, ohne da jetzt unbedingt ein Ziel mit zu verfolgen, weil die Dokumentation als solche so unglaublich wichtig ist. Insofern habe ich das mit meinem Hintergrund nicht hinterfragt. Wenn ich den Auftrag kriege, ich soll eine Projektdokumentation erstellen, dann mache ich das, weil das auch Teil meiner anderen normalen Arbeit ist. Das macht man in der Technik so. Ich habe mir nichts bei gedacht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau K. L., wir reden aneinander vorbei. Ich frage nicht - - Ich kann mir vorstellen, Dokumentationen machen immer einen Sinn, und ich will nicht wissen, was immer war, sondern ich will ganz konkret wissen: Sie werden angesprochen, Sie kriegen einen schriftlichen Auftrag, und war Ihrer Erinnerung nach - - Sie können natürlich nur sagen, was Sie erinnern. Der Auftrag, hatte der einen konkreten Sinn, außer mal eine Dokumentation zu erstellen?

Zeugin K. L.: Nein, das kann ich doch nicht beantworten, weil ich den Projektauftrag nicht erstellt habe; ich habe ihn ja bekommen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ihn aber gelesen.

Zeugin K. L.: Ja, aber da stand das nicht drin. Das war wirklich sehr knapp gehalten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr knapp?

Zeugin K. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das werden wir uns nachher angucken. Jetzt: An wen ist er denn gegangen? Wissen Sie zum Beispiel in der Hierarchie des Bundesnachrichtendienstes oder des Kanzleramtes, an wen er



Nur zur dienstlichen Verwendung

gegangen ist? Oder haben Sie ihn nur an irgendjemand gegeben, an Ihren Vorgesetzten, und dann war die Sache für Sie erledigt?

Zeugin K. L.: Also, welche Ausfertigungen an wen gegangen sind, weiß ich nicht. Eine eben an den Abteilungsleiter, dann an den Stab und dann noch ein paar andere. Das weiß ich aber nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie noch von irgendjemand mal auf diesen Bericht angesprochen worden, von irgendjemand?

Zeugin K. L.: Wie, inwiefern angesprochen worden?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin gesagt, Sie wurden sogar dafür gelobt, für den Bericht. Wer hat das denn gemacht? Oder eine Nachfrage gemacht, irgendjemand außer jetzt Ihrem Vorgesetzten?

Zeugin K. L.: Also, Nachfragen habe ich nicht bekommen. Also, ich habe den abgegeben, und dann habe ich mit der Thematik da auch wirklich nichts mehr zu tun gehabt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nichts mehr zu tun?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat sich niemand mehr drum gekümmert? Und Sie wissen auch nicht - -

Zeugin K. L.: Das weiß ich nicht; aber in Bezug auf meine Person nicht, weil meine Arbeit war dann auch fertig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin K. L.: Also, da sind ja andere - - Also, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und wer hatte Sie da gelobt?

Zeugin K. L.: Ja, mein Abteilungsleiter hat eben gesagt: „Das ist schön, dass der fertig ist“, und hat sich bedankt für die geleistete Arbeit.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat der auch zum Inhalt Stellung genommen?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nicht?

Zeugin K. L.: Also, nicht mir gegenüber, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Ist überzeugend“ oder: „Es fehlt noch was“? Gar nichts?

(RA Johannes Eisenberg:
Nein, nein!)

Also, entweder ist für Sie die Zeit zu lange her - - Da haben Sie sich fast ein halbes Jahr mit diesem Bericht beschäftigt, und Sie wissen eigentlich gar nichts mehr.

(RA Johannes Eisenberg:
Sie hat gesagt: Nein! Das ist
doch ein Wissen!)

- Nein, sie hat - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich kann die Zeugin nicht hören, Herr Kollege Eisenberg, das wird irgendwie überschattet. Ich würde gern die Zeugin hören.

(RA Johannes Eisenberg:
Man kann ja die Zeugin
jetzt einfach quälen - -)

- Jetzt kann ich sie immer noch nicht hören, weil das überschattet wird durch Ihre Zwischenrufe, um es genau zu sagen, Herr Eisenberg. Ich würde gern die Zeugin hören.

(RA Johannes Eisenberg:
Die Zeugin widerspricht,
dass behauptet wird, sie



Nur zur dienstlichen Verwendung

versucht jetzt nicht, sich zu
erinnern!)

- Herr Eisenberg, Sie haben gar kein Rederecht
hier. Sie können die Zeugin beraten, aber nicht
hier Statements abgeben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Verehrter Kollege Eisenberg, ich frage die
Zeugin, weil mir einfach nicht einleuchtet, dass,
wenn man sich ein halbes Jahr mit was beschäf-
tigt und auch einen schriftlichen Bericht ablie-
fert, eigentlich überhaupt nicht - weder was der
Sinn, der Inhalt, der Sinn dieses ganzen Auftra-
ges gewesen ist - - Kann ich mir eigentlich nicht
vorstellen.

(RA Johannes Eisenberg:
Aber sie hat doch eine Ant-
wort gegeben!)

Das kann ich ihr vorhalten, und dann kann sie ja
sagen: Es ist trotzdem so. - Aber da haben Sie
sich gar nicht drum zu kümmern.

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat sie doch schon
dreimal gesagt!)

Zeugin K. L.: Um das vielleicht zu relativieren:
Also, ich war da Referentin. Was denken Sie - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Bitte?

Zeugin K. L.: Ich war da Referentin, und das war
meiner damaligen Eingruppierung angemessen.
Ich habe den Projektauftrag bekommen, den habe
ich erfüllt, und damit war es das für mich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Ja, Sie sind ja gelobt worden.

Zeugin K. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Deshalb habe ich gefragt, ob zu einzelnen
Teilen dabei was gesagt worden ist.

(RA Johannes Eisenberg:
Hat sie gesagt: Nein!)

Zeugin K. L.: Das Lob habe ich bekommen, weil
es der Auftrag war, eine Dokumentation zu erstel-
len, und das habe ich ja geschafft. Und die daraus
folgenden Ableitungen oder was man aus diesem
Bericht macht oder wozu man den verwendet
oder wofür der gut sein soll, das ist doch nicht
mein Job gewesen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Haben Sie denn Konsequenzen aus dem
Inhalt Ihres Berichtes gezogen und da rein-
geschrieben, Vorschläge gemacht, über Schwach-
stellen zum Beispiel, wie man mit denen
umgeht?

Zeugin K. L.: Ich habe da Maßnahmen beschrie-
ben, ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Maßnahmen beschrieben?

Zeugin K. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Was man in Zukunft ändern sollte, oder
haben Sie Vorschläge auch dafür gemacht, ob
man das weiterführen soll oder nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das ist im
Detail ja dann Teil, weil er eingestuft ist, der fol-
genden Sitzung, wenn die Zeugin jetzt ins Detail
gehen muss, um die Frage zu beantworten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Also, Herr Vorsitzender, wir haben die
ganze Zeit vorhin mit dem Zeugen über die Frage
geredet, ob was eingestellt werden soll oder nicht
und wann und warum und so. Ich verstehe das
nicht, warum jetzt die Zeugin dazu nichts sagen
darf, warum das so geheim ist.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ob sie da
jetzt - -

(RA Johannes Eisenberg:
Weil sie keine Aussagege-
nehmigung dafür hat in
öffentlicher Sitzung, des-
wegen kann sie nichts dazu
sagen!)



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wenn jetzt keine Frage mehr ist, würde ich darauf hinweisen, dass die Zeit auch schon zwei Minuten drüber ist und ich dann jetzt vorschlagen würde, dass wir nicht mit der Fraktion der CDU/CSU jetzt weitermachen, weil in elf Minuten die namentliche Abstimmung ist und die Fraktion der CDU/CSU mehr Minuten für Fragen hat. Sonst müssten wir eine Fraktion unterbrechen. Das machen wir eigentlich nicht. Ich würde vorschlagen, wir geben jetzt jedem die Gelegenheit, sich auch noch mal frisch zu machen, auch der Zeugin. Dann haben wir die Abstimmung, und dann finden wir uns hier wieder in öffentlicher Sitzung direkt nach der nächsten Abstimmung ein. Okay? - Die Sitzung ist bis dahin unterbrochen.

(Unterbrechung von
20.50 bis 21.29 Uhr)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut, wir setzen die unterbrochene Beweisaufnahmesitzung des Untersuchungsausschusses fort und steigen direkt ein mit den Fragen der Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Kieseewetter mit den Fragen.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Zeugin, ich habe den Eindruck, dass wir in der Befragung vorhin vielleicht doch aneinander vorbeigeredet haben, weil wir vielleicht unterschiedliche Auffassungen von dem Begriff Dokumentation haben. Für mich ist eine Dokumentation eine schriftliche Niederlegung von Ereignissen. Das ist eine Beschreibung, es ist keine Bewertung. Eine Dokumentation ist für mich eine Auflistung. Das mag eine falsche Definition sein; aber das verstehe ich unter Dokumentation.

Würden Sie bitte mal erläutern, was Sie als Informatikerin oder in diesem Zusammenhang unter einer Dokumentation verstehen?

Zeugin K. L.: Ja, das ist die Beschreibung eines Istzustandes und auch Erklärung, also dass man es eben versteht.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Ist eine Dokumentation auch eine Analyse aus Ihrer Sicht? Enthält eine Dokumentation präskriptive Elemente? Also, für mich ist eine Dokumentation zunächst mal eine sehr allgemeine Sachstandsdarstellung; aber offensichtlich ist es aus Ihrer Sicht mehr.

Zeugin K. L.: Ich weiß nicht, was Sie mit Analyse meinen. Also, man muss natürlich erst mal die Materie durchdringen, bevor man sie aufschreiben kann.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Nein, ich möchte von Ihnen wissen, nicht immer ausweichend, sondern möchte mal von Ihnen eine Definition von Dokumentation erhalten, was Sie persönlich unter einer Dokumentation verstehen, nicht in Stichworten, sondern bitte in zusammenhängenden Sätzen. - Danke.

Zeugin K. L.: Also, ich sehe mich jetzt hier außerhalb, eine schriftreife Definition des Begriffs Dokumentation zu liefern.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Dann halte ich Sie als Zeugin hier nicht geeignet und stelle keine weiteren Fragen. - Vielen Dank.

Zeugin K. L.: Bitte, gerne.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wir kommen zu den Fragen in der zweiten Fragerunde. - Wir fangen an mit der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Frau Zeugin, ich würde gerne wissen, wie Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet haben.

Zeugin K. L.: Gar nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist Ihnen angeboten worden, sich mit Akten vorzubereiten?

Zeugin K. L.: Nein.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ist Ihnen nicht angeboten worden?

Zeugin K. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Hätten die Akten zu diesem Vorgang, also Ihrer Dokumentation, Ihnen heute noch zur Verfügung gestanden, weil Sie ja, soweit ich es verstanden habe, immer noch in derselben Abteilung arbeiten?

Zeugin K. L.: Vermutlich ja, also, weiß ich nicht.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Darf ich mal ganz kurz unterbrechen? Ich habe den Eindruck, dass bei der Frage, ob Sie sich vorbereiten konnten, ein gewisser Dissens ist. Wollen Sie da noch mal in sich gehen? Ich weiß jetzt nicht - -

(RA Johannes Eisenberg:
Ein Dissens zu was?)

- Zur Realität möglicherweise. Wenn das nicht ist, vertue ich mich. Ich möchte nur zum Schutz der Zeugin hier noch mal überlegen, ob man hier noch mal in sich geht.

(Die Zeugin berät sich mit
ihrem Rechtsbeistand -
RA Johannes Eisenberg:
Was habe ich falsch
gemacht? - Christian Flisek
(SPD): Viel!)

- Nein, gar nichts.

(RA Johannes Eisenberg:
Dann ist gut!)

Ich möchte nur die Zeugin vor einer Falschaussage schützen und deswegen ihr die Gelegenheit geben, diese Aussage noch mal zu überdenken, weil das würde sonst möglicherweise dann im weiteren Fortgang sich anders darstellen, und dann wäre es schon eine falsche Aussage.

(Die Zeugin berät sich mit
ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin K. L.: Also, ich war vor ein paar Wochen im Bundeskanzleramt, weil ich gebeten worden

bin, einen Mitarbeiter zu begleiten, weil der Herr Fritsche geladen hatte und irgendwie man wissen wollte, wie bestimmte Passagen in dem Bericht zu verstehen sind. Und da sollte ich als Autorin mitkommen und ihm helfen beim Verständnis. Da habe ich den Bericht in Stücken gesehen, weil der ist ja eingestuft. Deswegen darf ich den ja selber eigentlich auch gar nicht haben. Da sind mir noch mal Passagen untergekommen. Aber das war es dann auch. Also, mehr Vorbereitung, so gesehen, habe ich nicht gehabt.

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt hatte ich den Anfang akustisch tatsächlich nicht richtig verstanden. Wann waren Sie bei Herrn Fritsche?

Zeugin K. L.: Vor ein paar Wochen. Ich weiß es nicht mehr genau.

Martina Renner (DIE LINKE): Da haben Sie einen Mitarbeiter begleitet, um den Schwachstellenbericht noch mal zu besprechen?

Zeugin K. L.: Ja.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den sie gar nicht kennt!)

Martina Renner (DIE LINKE): Jetzt darf ich fragen.

Zeugin K. L.: Den ich ja geschrieben habe, also 2007, ja?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, also, Sie sind schon die richtige Ansprechperson dazu.

Zeugin K. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Mitarbeiter, den Sie begleitet haben, ist der ebenfalls aus Ihrer Abteilung?

Zeugin K. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Von wem ging die Initiative aus?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin K. L.: Das weiß ich nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Wer hat Ihnen den Termin übermittelt?

Zeugin K. L.: Meine beiden Unterabteilungsleiter.

Martina Renner (DIE LINKE): Ihre beiden Unterabteilungsleiter haben gesagt: „Sie haben einen Termin bei Herrn Fritsche“?

Zeugin K. L.: Der eine von beiden hatte den Termin, und dann gab es Gespräche am Telefon, und da wurde gesagt: Die Dame, die das geschrieben hat, die soll mitkommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Unterabteilungsleiter, der bei Herrn Fritsche war, war der in Ihrem Projektteam?

Zeugin K. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wieso geht der zu Herrn Fritsche, um über den Schwachstellenbericht zu reden?

Zeugin K. L.: Weiß ich nicht, wie das dazu gekommen ist.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist - - Herr Eisenberg!

(RA Johannes Eisenberg:
Habe ich schon wieder was
falsch gemacht?)

- Das wird sich zeigen, nicht? - Da muss ich jetzt noch mal fragen.

Zeugin K. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, wer hat Ihnen denn diese Einladung zugestellt?

Zeugin K. L.: Also, ich wurde an einem Freitag irgendwie um vier gerufen zu meinem Unterabteilungsleiter, und da waren die Herren im Gespräch, und dann kamen Telefonate, ich glaube, vom Präsidenten, und da wurde gesagt - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich unterbreche nur ungern, ist auch gar nicht gegen Sie, aber Herr Wolff vom Kanzleramt meldet sich.

RD Philipp Wolff (BK): Ich will die Zeugin erst mal auf die Aussagegenehmigung hinweisen - das ist nicht davon erstreckt -, würde aber ganz gerne anregen, dass man in eine Beratungssitzung übergeht, wo man den Sachverhalt, glaube ich, kurz erläutern kann. Aber die Aussage an sich so ist nicht von der Aussagegenehmigung umfasst.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch das
Allerletzte!)

Martina Renner (DIE LINKE): Ich meine, weil wir - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde möglicherweise - - Wenn sich der Name des Unterabteilungsleiters klärt, vielleicht schon, vermute ich mal.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, vermutlich auch nicht. Natürlich ist das gedeckt, weil es geht hier um die Frage, wie wir die Aussage der Zeugin einzuordnen haben, also der ganze Komplex „Glaubwürdigkeit der Zeugin“. Dazu müssen wir als Untersuchungsausschuss auch fragen können, mit welchen Personen, die möglicherweise auf sie Einfluss nehmen können qua Funktion oder Höhergestelltheit, mit welchen Personen hat sie im Vorfeld gesprochen, um zum Beispiel für uns entscheiden zu können, ob Aussageverhalten vielleicht auch dadurch beeinflusst ist, dass die Zeugin im Vorfeld inhaltlich oder auch sonst beeinflusst wurde. Und deswegen dürfen wir das als Untersuchungsausschuss, natürlich. Selbst wenn es nicht Untersuchungsgegenstand ist, geht es hier bei diesen Fragen bei einem Termin mit Herrn Fritsche, ja, natürlich um den Kern „Glaubwürdigkeit der Zeugin“. Das müssten Sie wissen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich drücke jetzt einmal auf diesen Knopf hier, weil zu viele Mikrofone gleichzeitig an sind. Jetzt müsste Frau



Nur zur dienstlichen Verwendung

Renner ihres wieder andrücken, dann haben wir wieder - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ich mache genau da weiter. Wir brauchen das nicht in einer Beratungssitzung, das ist Beweiserhebung, Beweiserhebung zum Thema Zeugeneigenschaft, so. Richtig? - Gut, danke.

Dann würde ich gern noch mal fragen: Also, die Herren waren im Gespräch, Unterabteilungsleiter, es gab ein Telefonat, es war Freitagnachmittag -

(RA Johannes Eisenberg:
Um vier!)

- um vier, und dann ist man ganz spontan zu Herrn Fritsche gefahren?

Zeugin K. L.: Also, wie es zu dem Termin gekommen ist, weiß ich nicht. Ich wurde spontan dazu gebeten, und dann bin ich Montag früh -

Martina Renner (DIE LINKE): Am Montag war der Termin?

Zeugin K. L.: - dann hierher geflogen.

Martina Renner (DIE LINKE): Hierher geflogen?

Zeugin K. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Muss schon richtig sein. - Und Herr Fritsche hat sich den Schwachstellenbericht - so nenne ich ihn jetzt mal verkürzt; wir können ihn Dokumentation nennen; das ist glaube ich, nicht die Frage -

Zeugin K. L.: Ja, wir wissen, worum es geht.

Martina Renner (DIE LINKE): - erläutern lassen?

Zeugin K. L.: Nein, nicht - - Also, ich habe da jetzt keinen Vortrag gehalten. Man hatte da Fragen, wie bestimmte Passagen zu verstehen sind, und da habe ich das gesagt, wie ich die damals gemeint habe und wie ich es geschrieben habe und wie ich es ja nach wie vor noch sehe.

Martina Renner (DIE LINKE): Ist jetzt so ein bisschen problematisch, weil Herr Fritsche ja auch Zeuge unseres Untersuchungsausschusses ist. Wenn sich also Zeugen im Vorfeld ihrer Vernehmung untereinander zur Interpretation von Dokumenten abstimmen, sage ich jetzt mal, haben wir möglicherweise hier einen Gegenstand, ja, der, wenn man ihn jetzt strafprozessual beurteilen würde, irgendwie sehr schwierig ist, ja.

(RA Johannes Eisenberg:
Das versteht jetzt die Zeugin nicht!)

- Nein, aber Sie. Danke.

(RA Johannes Eisenberg:
Ich auch nicht, nein! Tut mir leid, ich verstehe jetzt auch nicht, was daran schwierig sein soll! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehen Sie nicht? - Zuruf von RD Philipp Wolff (BK) - Gegenruf des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht mit dem Zuständigen im Bundeskanzleramt!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Zumindest dürfen nicht alle durcheinander reden; das ist unsere Regel hier.

Martina Renner (DIE LINKE): Nein, das ist eine Folge, der Herr Fritsche. Es geht nicht darum, dass Herr Fritsche der zuständige Herr im Kanzleramt ist, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Frau Kollegin Renner hat das Wort.

Martina Renner (DIE LINKE): - genau -, sondern es geht darum, dass Herr Fritsche ja schon ein von uns mittlerweile benannter Zeuge ist. Und wenn sich zwei Zeugen im Vorfeld sozusagen abstimmen zu Interpretationen von Vorlagen, ist das ein Problem, ja.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RA Johannes Eisenberg:
Das hat doch die Zeugin
gar nicht gesagt!)

RD Philipp Wolff (BK): Also, jetzt muss ich doch wirklich mal intervenieren.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Das habe ich - -

RD Philipp Wolff (BK): Dass Herr Fritsche sich mit dem Untersuchungsausschuss befasst, das wissen Sie, und das ist eine völlige Selbstverständlichkeit, völlig unabhängig davon, ob Herr Fritsche als Zeuge geladen ist oder nicht, so, wie ich mich mit dem Untersuchungsausschuss befasse, weil es Aufgabe des Bundeskanzleramtes ist.

Wir schicken die Akten rüber, wir müssen Sachverhaltsaufklärung betreiben. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wir geben Vollständigkeitsklärungen ab. Wir müssen wissen, was für Akten vorhanden sind. Das ist völlig selbstverständlich und im Sinne des Parlaments; das dient Artikel 44 Grundgesetz. Sonst können wir unserer Aufgabe nicht gerecht werden. Das will ich jetzt wirklich doch mal klarstellen, weil hier entsteht ein Eindruck - -

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht Aufgabe des Bundeskanzleramtes!)

Wir reden hier in keinerlei Weise über Beeinflussung. Keiner hat hier irgendwie gesagt, dass jemand Zeugen beeinflusst, ganz im Gegenteil.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, das riecht bis hierher nach Zeugenbeeinflussung, Herr Wolff!)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Auch der Kollege Ströbele hat das, glaube ich, bisher nicht behauptet.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich behaupte das!)

- Okay, Herr Kollege Ströbele behauptet das. Gut, dann war meine Nachfrage doch sinnvoll. Herr Kollege Ströbele behauptet also an dieser Stelle, dass Herr Fritsche Zeugen beeinflusst. Okay, müssen wir dann klären.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe gesagt, dass das nach Zeugenbeeinflussung riecht!)

- Oh, das Wort „rieht“ hatte ich gar nicht gehört gerade.

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bitte, das zu Protokoll zu nehmen!)

- Nein, ich nehme beides zu Protokoll, den ersten Teil und den zweiten, wo es das Wort „rieht“ - -

(Zuruf: Nein, der erste Teil ist falsch!)

- Ach so, den ersten Teil haben Sie falsch gesagt.

(Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Wort „rieht“, das hat er gesagt!)

- Das Wort „rieht“? Okay. Wenn er das Wort „rieht“ gesagt hat, was ich überhaupt nicht hörte und in den Satzbau auch jetzt sehr ungewöhnlich einbauen kann - - Aber wenn Sie es so gesagt haben, Herr Ströbele, dann höre ich auch das Wort „rieht“ noch, und dann ist das für mich auch weitestgehend erledigt.

Herr Kollege von Notz meldet sich. Zur Sache? Weil wir haben ja eigentlich eine Reihenfolge.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich würde gern noch mal auf Herrn Wolff antworten.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, dann müssen wir in eine Beratungssitzung übergehen.

(Martina Renner (DIE LINKE): Dann machen wir eine Beratungssitzung!)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann gehen wir in eine Beratungssitzung. Das ist wirklich relevant.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also - -

(Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Ich habe einen Antrag zur Geschäftsordnung!)

- Wir haben einen Antrag zur Geschäftsordnung.

(RA Johannes Eisenberg: Ich würde gern noch für die Zeugin - -)

Ich würde aber gerne anregen, nicht in eine Beratungssitzung zu gehen.

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie mich kurz die Sache sagen lassen! Sonst bleibt das so stehen!)

- Dann nehmen wir erst mal den Geschäftsordnungsantrag vom Kollegen Kiesewetter.

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Also, ich denke, dass wir jetzt hier Verfahrensfragen behandeln, und das sollten wir in einer Beratungssitzung machen. Deswegen stelle ich den Antrag, kurz in die Beratungssitzung zu wechseln. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Darüber stimmen wir dann auch ab. Wer dafür ist, dass wir jetzt in eine Beratungssitzung übergehen, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist mehrheitlich beschlossen worden, in eine Beratungssitzung überzugehen.

Ich bitte die Personen, die jetzt nicht mehr im Ausschussraum sein dürfen, den Saal zu verlassen; tut mir sehr leid. Wir gehen jetzt - - Wir unterbrechen die - -

(Martina Renner (DIE LINKE): Herr Vorsitzender!)

- Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Könnten Sie - - Einfach nur noch mal - - Das ist vielleicht zur Klarstellung: Das ist jetzt nicht gegen die Zeugin gerichtet; das ist ein Vorgang, den wir hier im Verfahren zu klären haben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Das wollten wir einfach gerne noch der Zeugin mitgeben beim Rausgehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank, Frau Kollegin Renner. Das ist, glaube ich, klar. Ganz im Gegenteil. Sie haben das sehr gut gemacht.

Es ist auch nicht gegen das Publikum, gegen die Öffentlichkeit gerichtet. Wir hoffen, diese Beratungssitzung möglichst zügig durchführen zu können, und sehen uns dann in wenigen Minuten in öffentlicher Sitzung wieder. Jetzt aber folgt zuerst gleich im Anschluss die Beratungssitzung.

Damit ist die Sitzung für fünf Minuten unterbrochen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich:
21.42 Uhr - Folgt Beratungssitzung)



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des
Sitzungsteils
Zeugenvernehmung,
Öffentlich: 22.20 Uhr)

Fortsetzung der Vernehmung der Zeugin K. L.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir eröffnen die unterbrochene Zeugenvernehmung erneut. Wir steigen ein bei den Fragen der Fraktion Die Linke, bei Frau Renner. Im Vorfeld aber hat der Rechtsbeistand Herr Eisenberg eine Erklärung.

RA Johannes Eisenberg: Für die Zeugin will ich den Vorwurf, der hier laut geworden ist, dass sie in irgendeiner Weise Zeugen beeinflusst hat oder sich daran beteiligt hat, Zeugen zu beeinflussen, zurückweisen. Sie ist im Rahmen ihrer Diensttätigkeit zu einem Vorgesetzten gerufen worden und hat Fragen beantwortet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. Das hat der Zeugin zwar gar keiner vorgeworfen, aber die Erklärung ist trotzdem sehr loblich und ehrenvoll. Danke schön. Aber gegen die Zeugin ging das gar nicht. - Frau Kollegin Renner, Sie haben das Wort.

Martina Renner (DIE LINKE): Dann reden wir jetzt wieder zur Sache. - Im Rahmen Ihrer Erstellung dieses Berichtes: Haben Sie sich einzelne Daten angesehen, die erfasst oder verarbeitet wurden, wie die aussehen?

Zeugin K. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Können Sie uns sagen, welche Art von Daten das war?

Zeugin K. L.: Ja, aber nicht öffentlich. Also, kann ich Ihnen sagen, aber nicht öffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): In welcher Form haben Sie sich die Daten angesehen, als Screenshots?

Zeugin K. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann: In welcher Form haben Sie sich diese angesehen?

Zeugin K. L.: Das sind immer so Fragen. Was soll ich denn jetzt sagen? In welcher Form?

(Die Zeugin berät sich mit
ihrem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt habe ich es nicht genau gehört.

Zeugin K. L.: Ja, ich bin noch am Überlegen, -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ach so, Entschuldigung.

Zeugin K. L.: - wie ich das beantworten soll. Ich - - Halt als Daten. Ich weiß nicht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Ausgedruckt, als Screenshot, am Bildschirm? Da gibt es ja jetzt verschiedene Möglichkeiten.

Zeugin K. L.: Na ja, sicher am Bildschirm. Wie sonst!

Martina Renner (DIE LINKE): Am Bildschirm?

Zeugin K. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja?

Zeugin K. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): In Bad Aibling?

Zeugin K. L.: Auch.

Martina Renner (DIE LINKE): Wo noch?

Zeugin K. L.: In meinem Büro.

Martina Renner (DIE LINKE): In Pullach?

Zeugin K. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren das Daten aus einer realen Datenerfassung oder simulierte Daten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin K. L.: Nein, echte.

Martina Renner (DIE LINKE): Echte. Wie sind die denn zu Ihnen ins Büro gekommen, die Daten?

Zeugin K. L.: Per E-Mail. Also, man lässt sich halt Beispieldaten schicken, weil das gehört ja mit dazu, um das Ganze zu verstehen - zum Beispiel in Dateiform.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Und in Bad Aibling: Wie haben Sie dort die Daten angesehen?

Zeugin K. L.: Auch genauso oder eben in den dafür vorgesehenen Sichtungstools.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Daten, die Sie sich angesehen haben in Bad Aibling: Waren die aus einer laufenden Erfassung für einen nur kürzeren Zeitpunkt zum Ansehen da, oder waren die dort gespeichert?

Zeugin K. L.: Also, weiß ich wieder nicht, wie ich antworten soll. Aber in dem Moment, wo Sie sich Daten anschauen, schweben die ja nicht in der Luft. Also, die müssen ja auf irgendeinem Medium sein.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben hier schon von Daten gehört, die irgendwie verrutschen und so. Deswegen fragen wir schon. Wir haben schon interessante Sachen hier gehört, ja.

Zeugin K. L.: Also, in verschiedenen Formen habe ich die angeguckt? Das weiß ich jetzt nicht mehr abschließend, aber das wäre eigentlich auch nichtöffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, Sie gehen aber davon aus, dass diese Daten schon in irgendeiner Form gespeichert waren, damit Sie sich die angucken konnten?

Zeugin K. L.: Ja. Ich verstehe sonst nicht, technisch, wie man sich sonst Daten anschauen möchte.

Martina Renner (DIE LINKE): Wir haben das bis jetzt auch nicht verstanden.

Zeugin K. L.: Okay. Ja, ich verstehe es jetzt dann auch nicht.

Martina Renner (DIE LINKE): Aber es ist an anderer Stelle hier mal versucht worden, glauben zu machen, dass man Daten sozusagen ansehen kann, ohne dass man sie speichert. Deswegen frage ich das.

Zeugin K. L.: Okay, das ist interessant.

Martina Renner (DIE LINKE): Interessant, genau. - Die Daten: Hatten die für Sie erkennbar einen Zeitstempel? Also, konnte man in den Daten erkennen, wann diese erfasst wurden?

Zeugin K. L.: Also, vermutlich, ja. Also, ich kann es jetzt nicht festmachen an irgendeinem Beispiel. Aber der Erfassungszeitpunkt ist ja eigentlich immer mit dabei.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Erfassungszeitpunkt ist immer dabei?

Zeugin K. L.: Also, bei den Daten, die ich normalerweise kenne, und bei den Daten - - Ich habe nicht aufs Datum geguckt, weil das Datum ist etwas, was mir wieder bei der Aufgabenlösung nicht hilft. Insofern - -

Martina Renner (DIE LINKE): Aber Sie haben nicht darauf geachtet, ob das vom gleichen Tag war, an dem Sie sich zum Beispiel dort in Bad Aibling befanden? Oder war das ein Datum, was schon länger zurückliegt?

Zeugin K. L.: Ach, darauf wollen Sie - - Nein, nein, nein. Das kann auch zurück - - Das sind ja dann auch Beispieldaten oder so, die ich auch nur gebraucht habe zum Verstehen.

Martina Renner (DIE LINKE): Waren das alles Daten aus Routineverhalten, die nicht G-10-Relevanz hatten?

Zeugin K. L.: Also, das waren Daten, die im Rahmen dieser Operation da angefallen sind.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Martina Renner (DIE LINKE): Ja. Deswegen frage ich: Waren darunter auch Daten, die G-10-Relevanz hatten?

Zeugin K. L.: Das ist ja auch wieder nichtöffentlich.

Martina Renner (DIE LINKE): Das machen wir dann nichtöffentlich. - Konnten Sie sich auch in Bad Aibling Daten - - Also, haben Sie auch zum Beispiel dort Beispiele mitgenommen?

Zeugin K. L.: Nein. Also, transportieren mit mir kann ich diese Daten nicht, wegen der Einstufung usw.

Martina Renner (DIE LINKE): Haben Sie denn grundsätzlich geprüft, ob man dort Daten mitnehmen kann?

Zeugin K. L.: Nein.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, ob es zum Beispiel Laufwerke gibt oder so etwas, also ob andere die Daten dort mitnehmen können, diese Daten, die Sie sich angesehen haben?

Zeugin K. L.: Also, ich glaube, da stehen noch Passagen in dem Bericht dazu. Das weiß ich jetzt nicht mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir müssten jetzt auf die Zeit gucken.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, alles kein Problem.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Für die Fraktion der CDU/CSU habe ich noch ein, zwei Fragen.

Vorab die Frage: Den Bericht, der schon etwas länger - - also viele Seiten umfasst: Haben Sie den ganz selber geschrieben, oder hat quasi jeder im Team einen bestimmten Teil geschrieben, und Sie haben ihn ganz redigiert, oder haben Sie quasi den Bericht von Seite eins bis Seite Ende geschrieben und auf Zuarbeit die Sachen ver-

fasst? Also, ist es quasi ein Bestandteil aus verschiedenen Berichten - Sie und Ihrer Mitarbeiter - oder ganz von Ihnen geschrieben?

Zeugin K. L.: Der ist ganz von mir, ja, weil - - Ja. Also, ich habe ihn dann zur Korrektur gegeben. Ich habe mir, ja, so Stichpunkte liefern lassen zu bestimmten Themenkomplexen. Aber das wirklich im Fließtext zu verfassen, das ist dann alles von mir, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Schön. Sie hatten gesagt, die Hardware sei nicht so interessant gewesen für Sie, sondern eigentlich die Software. Habe ich das richtig verstanden?

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. - In Ihrem Bericht gehen Sie ja auch auf Hardware-schwachstellen ein.

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie habe ich - -

Zeugin K. L.: Also, erinnere ich jetzt gerade nicht. Ich habe es jetzt gerade nicht parat. Aber ich weiß nicht, ob wir über die Inhalte halt sprechen können hier.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, abstrakt.

Zeugin K. L.: Abstrakt.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich würde jetzt Sie nicht nach Details fragen, nach Schaubildern und bestimmten Punkten. Aber das, ja - - Aber würden - - Ja.

Aber wenn Sie Schwachstellen der Hardware auch beschreiben, dann müssen Sie ja irgendwie auf diese Erkenntnis gekommen sein, zum Beispiel die Schwachstellen bei Routern.

Zeugin K. L.: Ja. Da kann ich jetzt nichts zu sagen. Da müsste ich konkret das Textbeispiel



Nur zur dienstlichen Verwendung

haben, weil dann wüsste ich, in welchem Kontext das gemeint ist, weil es kommt auch immer darauf an, wie Sie eine Hardware einsetzen. Daraus können sich ja auch Probleme ergeben.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber Ihnen fällt jetzt keine besondere Schwachstelle ein - Sie müssten sie nicht nennen hier in öffentlicher Sitzung -, wo Sie sagen, da gab es aber über die Hardware vielleicht mal Sorgen, die Sie insbesondere in diesem Bericht aufgeworfen haben?

Zeugin K. L.: Also, jetzt akut erinnere ich da nichts, nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Sie sprachen davon auf die Fragen von Frau Kollegin Renner, dass Sie die Daten auch in Ihrem Büro eingesehen hätten, und die wären per E-Mail, wahrscheinlich per Lotus Notes, zu Ihnen gekommen.

Zeugin K. L.: Hm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Von was für Daten reden wir denn da? Sind das Meldungen?

Zeugin K. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Sondern?

Zeugin K. L.: Also, ich erinnere genau, konkret Metadaten.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, Sie haben Metadaten ins Büro gemailt gekriegt?

Zeugin K. L.: Hm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wie sieht so eine Mail mit Metadaten aus? Also, ich kann mir das gar nicht vorstellen. Ich überlege gerade, wie so etwas aussehen kann. Ich kann mir die immer nur im bestimmten Rahmen vorstellen. Wie sieht so was aus, ganz abstrakt? Können Sie mir das beschreiben?

Zeugin K. L.: Das sind Textdateien, die nach einer bestimmten Struktur aufgebaut sind, und sie haben halt immer Parameter und Wert. So.

Der Parameter sagt an, was es ist, und der Wert ist dann das eigentliche Datum, und das geht dann da so hintereinander weg.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Aber was erkennt man da? Sorry, ich bin einer dieser Juristen, die Sie eben erwähnt haben, vor einiger Zeit. Was erkennt man an solchen Tabellen? Was schließt man da als Informatiker für Schlüsse raus? Ich weiß es nicht.

Zeugin K. L.: Ja, Sie sehen halt die Protokolle, die da übertragen werden, und welche Informationen über diese Protokolle übertragen werden.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Und was für Schlüsse ziehen Sie dann daraus? Sorry - -

Zeugin K. L.: Zum Beispiel, welche Protokolle auftauchen -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin K. L.: - und welche Daten man letztendlich durch die Software, durch die Erfassungsssoftware oder durch diesen ganzen Erfassungsstrang - - inwieweit man fähig ist, solche Daten überhaupt in so eine Datei reinzubringen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, jetzt verstehe ich es. Okay. - Ist in diesem Bereich bei Ihnen auch die G-10-Problematik aufgetaucht? Konnten Sie da schon gucken, ob deutsche Kommunikation da mit darunterfallen kann, oder ist das da gar nicht daraus lesbar?

Zeugin K. L.: Also, ich habe da nicht konkrete G-10-relevante Daten gesehen, weil das ja nur auch Ausschnitte sind usw. usf., und man guckt das ja dann nicht ewig durch. Aber Sie sehen, welche Parameter G-10-relevant sein könnten, also wo könnten Daten drin sein, die Informationen beinhalten, die eben kritisch sind in Bezug auf G 10. Das sieht man dann schon, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, das könnte man. Ihnen ist bei den Ausschnitten, die Sie gesehen haben, da aber nichts aufgefallen?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin K. L.: Doch, mir ist was aufgefallen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Ihnen ist da auch was aufgefallen, wo Sie gedacht haben oder gesagt haben: Oh, das könnte ja G-10-relevant sein?

Zeugin K. L.: Hm.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Bei dem, was Sie in Ihrem Büro auf dem Rechner gesehen haben, oder bei dem, was Sie quasi mit der Anzeigesoftware - man könnte sie vielleicht Viewer nennen - in Bad Aibling gesehen haben?

Zeugin K. L.: Nein, das habe ich in meinem Büro - - An den Daten, die eben diese Struktur haben, da habe ich das eben gesehen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War das für Sie irgendwie bemerklich? Also, war das ein Punkt, wo Sie sagen: Oh, das muss ich reinschreiben in den Bericht?

Zeugin K. L.: Na, das habe ich sofort gemeldet, und dann wurde das auch sofort in entsprechende Maßnahmen dann umgesetzt, dass man dem Ganzen Einhalt gebietet.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Also, das war eine Erkenntnis Ihrer Arbeit, dass Sie gesagt haben - -

Zeugin K. L.: Die ist währenddessen entstanden, und ich habe das dann eben sofort gemeldet. Ich wollte da nicht warten, bis der Bericht fertig ist, und entsprechend schnell war dann eben auch die Reaktion der Kollegen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau, weil ja Maßgabe immer war, bei G 10 sind wir alle hoch alarmiert, das darf nicht sein. Da haben Sie gesagt: Ich sehe das jetzt bei mir, ich habe einen Auftrag, eine Dokumentation zu erstellen, merke aber dabei, G-10-Relevantes kann dabei sein, das melde ich sofort. Aber Sie haben es hinterher auch in den Bericht aufgenommen?

Zeugin K. L.: Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay.

Zeugin K. L.: Aber auch, dass was getan worden ist, steht eigentlich meiner Erinnerung - habe ich auch wiederum noch in den Bericht - - Deswegen steht ja auch vorne drauf, dass es zwei Ergänzungen gab.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Sind an anderer Stelle Ihnen Problematiken in Sachen G 10 aufgetreten oder nur bei der Situation an Ihrem Bürorechner?

Zeugin K. L.: Also, mit meinem Bürorechner hat das jetzt erst mal nichts zu tun.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Nein.

Zeugin K. L.: Es ist ja wurscht, wo ich zu meinen Erkenntnissen komme.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Richtig.

Zeugin K. L.: Ja, ich hatte noch ein paar mehr Erkenntnisse. Die sind ja aber auch hinlänglich dokumentiert.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. - Gut, dann wäre ich erst mal durch mit den Fragen. - Entschuldigung. Herr Kollege Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Frau Zeugin, der Vorsitzende hat ja vorhin eingeführt und Sie gefragt, wie viel Zeit Sie hatten für den Bericht, ob es da Einflussnahmen gab, und Sie wirkten da ein bisschen unsicher. Vielleicht können Sie uns das einfach noch mal sagen: In welchem Zeitraum haben Sie denn diesen Bericht jetzt erstellt?

Zeugin K. L.: Nein, ich kann das nicht so genau sagen. Also, ich habe im Februar den Projektauftrag bekommen, ich habe im August wirklich das fertige Produkt abgegeben. Ich habe aber nicht toujours an dieser Arbeit gearbeitet, erstens, weil ich andere Tätigkeiten noch wahrnehmen musste, und zweitens, weil man dann irgendwann einfach nur noch Salat im Kopf hat. Also, man muss es dann immer mal welegen und dann wieder sich neu ranmachen, weil es ist ja



Nur zur dienstlichen Verwendung

schon eine komplexe Materie, die Sie da durchdringen müssen. Insofern habe ich dann immer geschaut, wann ich mich wieder dieser Projektdokumentation widme und wann ich mich anderen Tätigkeiten widme. Das kann ich so nicht sagen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, im Umkehrschluss heißt das, Sie hatten gar keinen Zeitdruck. Oder?

Zeugin K. L.: Na, das habe ich ja schon gesagt. Also, einen Abgabetermin - -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das ist nicht so deutlich geworden. Es gab keinen - -

Zeugin K. L.: Einen Abgabetermin gab es nicht, nein.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Den gab es nicht, gut. - Und eine Einflussnahme Dritter, also dass mal ein Vorgesetzter nachgefragt hat, dass Sie mal einen Zwischenbericht abgegeben haben, der eigentlich dann - -

Zeugin K. L.: Also, einen Zwischenbericht habe ich nicht abgegeben.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Nein.

Zeugin K. L.: Ich habe dann bei einem ersten Gespräch die Methodik erläutert. Das war aber auch soweit okay, weil, wie gesagt, ich hatte freie Hand, wie ich das mache, und es wurde halt nur nachgefragt, ob ich zurechtkomme. Das war eher so, ob mir irgendwie was fehlt, ob ich noch Unterstützung brauche. So in die Richtung ging das.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und die Methodik? Das kommt von Ihnen, -

Zeugin K. L.: Ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): - oder kommt das von den vier Mitarbeitern? Oder - -

Zeugin K. L.: Nein, das habe ich mir überlegt.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das haben Sie sich überlegt, und die vier Mitarbeiter haben Ihnen zugearbeitet, Sie haben das dann zusammengefasst. - Um noch mal darauf zurückzukommen, wie oft Sie in den Außenstellen waren: Das ist Ihnen nicht mehr erinnerlich, wie lange Sie in Bad Aibling waren, wer da - oder woanders - noch zugearbeitet hat?

Zeugin K. L.: Wir hatten am Anfang der Projektphase einen viertägigen Workshop dort, und das war es.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie waren nur vier Tage in Bad Aibling?

Zeugin K. L.: Hm, ja.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und von der JSA-Gruppe hat Ihnen keiner etwas zugearbeitet, oder haben Sie mit den Leuten gesprochen, oder - -

Zeugin K. L.: Ich habe mit den Leuten dann im Rahmen dieses Workshops dort vor Ort gesprochen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Okay. - Jetzt ist ein Bericht - - Wenn man den schreibt, hat das ja immer einen gewissen Sinn. Ist Ihnen denn - - Wie soll man das gut sagen? Er soll eine gewisse Wirkung entfalten letztlich. Wussten Sie, was mit dem Bericht bezweckt war?

Zeugin K. L.: Nein.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie haben das einfach durchgeführt. An wen haben die das denn weitergemeldet, oder welchem Personenkreis wurde denn der Bericht dann zugänglich gemacht?

Zeugin K. L.: Also, das habe ich schon erläutert. Eine Ausfertigung ging an die Abteilungsleitung, eine an den Stab, und dann gab es noch ein paar andere. Das weiß ich aber nicht mehr, erinnere ich nicht mehr. Also, müsste man aus den Akten rausholen, wo der noch hinging.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Und dann wurden Sie nie wieder darauf angesprochen?

Zeugin K. L.: Genau.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das ist schon erstaunlich;

(Die Zeugin berät sich mit
ihrem Rechtsbeistand)

denn wir hatten ja Zeugen bereits hier gehört, die den Inhalt vielleicht nicht zu hundert Prozent, Ihren Bericht nicht bestätigen konnten. Sie haben gesagt, Sie haben das eine oder andere sehr schwarzgemalt und Ähnliches. Ist Ihnen das während der Erstellung aufgefallen, hat man da mit Ihnen gesprochen, haben Sie anschließend da etwas gehört?

Zeugin K. L.: Nein.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Das ist ja schon erstaunlich. Na gut, danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau K. L., ich darf Ihnen das vielleicht zu Beginn sagen, ja, weil wir uns ja wirklich durch viele, viele Akten wuseln und so: Ihren Bericht kann man lesen, ja.

Zeugin K. L.: Das war auch das Ziel, das war die Aufgabe, das verständlich rüberzubringen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihnen gelungen, und dazu gratuliere ich Ihnen. Das gelingt vielen anderen nicht, Sachen aufzuschreiben, sodass jemand, der kein Informatikstudium hat, ungefähr eine Idee hat, was eigentlich gemeint ist und passiert ist. Deswegen: Das war schon mal gut.

(Die Zeugin berät sich mit
ihrem Rechtsbeistand)

Umso erstaunlicher finde ich es, dass Sie danach nicht wieder - lassen Sie sich von ihm nichts erzählen - einen Bericht geschrieben haben ähnlicher Art.

Also, Sie haben - - Habe ich das richtig verstanden? Ich war ja - - Zwischenzeitlich musste ich kurz reden drüben im Plenum; deswegen habe ich den Anfang verpasst. So ist das, wenn man arbeiten muss, Herr Eisenberg.

(Zuruf von RA Johannes
Eisenberg)

Also mussten Sie tatsächlich sozusagen diese Kompetenz, die Sie haben, für den BND nicht wieder anbringen und irgendein anderes System mal wieder prüfen in den Jahren, die jetzt vergangen sind?

(RA Johannes Eisenberg:
Das ist ja jetzt nicht der
Untersuchungsgegenstand!)

- Was war das für eine rechtliche Beratung, Herr Eisenberg, die ich gar nicht höre.

(Die Zeugin berät sich mit
ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin K. L.: Also, ich habe ein Projekt in dieser Art nicht noch mal - wie sagt man? - durchführen müssen, dürfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Wie kam es denn zu dem Bericht selbst? Man ist zu Ihnen hingekommen und hat gesagt: „Wir haben da so ein Projekt, das muss mal geprüft werden, und du hast doch mal Informatik studiert“? Oder wie - -

(Die Zeugin berät sich mit
ihrem Rechtsbeistand)

- Wenn Eisenberg Fragen stellt, während ich frage, dann hat die Zeugin ein paar Probleme.

Zeugin K. L.: Nein, der Punkt ist, dass wir das schon - - Wir hatten das schon, also - -



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RA Johannes Eisenberg:
Ganz ausführlich schon
besprochen!)

- Ja. - Aber ich erzähle es gern noch mal: Also, der Projektauftrag kam schriftlich. Ja, Punkt. Also, der kam schriftlich und wurde kurz erläutert. Die Projektmitglieder - ich hatte ja so ein Projektteam - wurden mir genannt, und das war es.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Und es wurde Ihnen nicht gesagt, in welche Richtung die Reise gehen sollte? Sie waren unabhängig, vollkommen unabhängig, und konnten aufschreiben, was Sie wollten?

Zeugin K. L.: Ja, so gesehen, ja. Und auch, wie ich es hätte aufschreiben wollen, war mir eigentlich freigestellt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben einfach gesagt: „Da brauchen wir mal eine Einschätzung zu, guck da mal neutral drauf“?

Zeugin K. L.: Hm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Was haben Sie dann gemacht? Sie haben sich Daten am Computer angeguckt und so. Aber haben Sie sich die Technik auch angeguckt? Also, sind Sie zum Beispiel nicht nur nach Bad Aibling gefahren, sondern sind Sie auch nach Frankfurt gefahren?

Zeugin K. L.: Auch das hatten wir schon.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sorry, tut mir leid, entschuldige ich mich ausdrücklich für, aber - -

Zeugin K. L.: Also, ich hatte das Angebot, mir das anzuschauen. Aber ich habe das Angebot nicht wahrgenommen, weil das sind irgendwie Server in einem Serverschrank. Da weiß ich, wie das aussieht. Das hilft mir nichts.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben da ja Sachen darüber aufgeschrieben, -

Zeugin K. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - über diese Server im Serverschrank -

Zeugin K. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und auch über Probleme, die es da gegeben haben könnte.

Zeugin K. L.: Wenn Sie das sagen; das weiß ich jetzt - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können wir nachher vertiefen.

Zeugin K. L.: Gerne, ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das haben Sie sozusagen nicht durch Inaugenscheinnahme, sondern durch das, was Sie lesen konnten, was da für Material steht?

(Die Zeugin nickt)

Also, deswegen wissen Sie über Site A und Site B praktisch nichts - aus eigener Augenscheinnahme?

Zeugin K. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Haben Sie sich mit den Snowden-Unterlagen mal auseinandergesetzt? Haben Sie sich die mal angeguckt, die im Internet fluktuieren, diese NSA-Sachen?

Zeugin K. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da gibt es interessante Dinge. Ich lasse Ihnen jetzt auch noch eins zukommen; die anderen kennen das inzwischen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Sie haben ja sehr schöne Übersichten gemacht bezüglich der unterschiedlichen Daten, die da erfasst werden, Metadaten - -

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

- Also, wenn Eisenberg die ganze Zeit Parallelgespräche anfängt zu führen, dann geht es nicht.

Zeugin K. L.: Er berät mich, er berät mich, deswegen - -

(RA Johannes Eisenberg:
Ich habe ihr gesagt, dass das nicht in öffentlicher Sitzung erörtert werden darf! Sie wollen ja wissen, was sie darüber weiß, und das ist ja auch, wenn das überhaupt über deutsche Verhältnisse - -)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ein öffentliches Papier,

(RA Johannes Eisenberg: Ja, das kann sein!)

und wir haben schon hundert Mal - -

(Zuruf von RA Johannes Eisenberg)

- Ja. - Wir haben schon hundert Mal über diese Dinge geredet hier, welche unterschiedlichen Datenarten es sind. Das ist jetzt weiß Gott kein Geheimnis.

(RA Johannes Eisenberg: Na ja, also die Zeugin darf dazu in öffentlicher Sitzung nichts sagen!)

- Na, da scheint man ja mit ihr besonders streng zu sein, Herr Eisenberg; denn andere Zeugen haben dazu geredet. Der Zeuge Breitfelder, den wir hier gehört haben, der hat dazu was gesagt und hat gesagt, es gibt da unterschiedliche

Sachen und so. Da haben Sie nicht interveniert. Woher denn die Sensibilität auf einmal? - Ja, genau.

(RA Johannes Eisenberg:
Das ergibt sich einfach aus der Einstufung des Berichts!)

Also, ich würde jetzt gerne mit Ihnen diese Übersicht besprechen. Site A, Site B, Site C: Das kennen Sie, nicht, das haben Sie ja selbst in Ihre Übersichten auch - -

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

- Das geht so nicht weiter.

(Martina Renner (DIE LINKE): Herr Vorsitzender, wenn Sie das nicht unterbrechen - -)

Zeugin K. L.: Entschuldigung, aber - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Entschuldigung, Herr Kollege von Notz, das ist ja auch okay. Herr Kollege von Notz, der Beistand hat die Möglichkeit, seine Zeugin zu beraten. Die Diskussionen mit Ausschussmitgliedern, die sind fehl am Platz, weil er gar kein Rederecht hier im Ausschuss hat. Also von daher darf er gerne die Zeugin beraten. Die Zeugin sagt dann, was sie denkt und was sie sagen kann oder was sie eben nicht sagen kann.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Rechtsbeistand redet mit der Zeugin bei jeder Frage, die ich stelle, und das ist absolut nicht hinnehmbar. Und deswegen: Entweder Sie nehmen jetzt darauf Einfluss oder 22.45 Uhr ist zu spät für uns alle.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also ich bin fit, die Zeugin scheint fit zu sein, und wenn sie sich beraten müssen, dann können sie das.

Zeugin K. L.: Ich hätte jetzt gern mal die Frage gehört.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Genau. - Wollen wir die Frage noch mal wiederholen, Herr Kollege von Notz?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Ansicht und die Bezeichnung Site A, Site B, Site C: Die sind Ihnen bekannt?

Zeugin K. L.: Also, die Begriffe ja, die habe ich ja da verwendet.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, danach frage ich ja. - So, wenn Sie jetzt hier auf diese RAMPART-A Konfiguration der NSA-Akten gucken, dann sehen Sie, dass Site A am internationalen Kabel ist. Das ist in Ihren Übersichten genauso. Stimmt es?

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Jetzt Herr Wolff.

RD Philipp Wolff (BK): Vielleicht nur zur Klarstellung: Beim Zeugen Breitfelder ging es um dieses Dokument. Da kann die Zeugin natürlich was dazu sagen. Wenn es jetzt darum geht, dieses Dokument ganz konkret abzugleichen mit den Darstellungen der Zeugin, die Geheim eingestuft sind, -

Zeugin K. L.: Dann wird es komisch.

RD Philipp Wolff (BK): - dann tue ich mich sehr schwer damit, Herr von Notz.

Zeugin K. L.: Ja, ich auch.

RD Philipp Wolff (BK): Der Unterschied zu Herrn Breitfelder vorhin war, dass er ganz allgemein gesagt hat: Ja, das kann sein, Site A, Site B, weiß ich nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, der hat gesagt, er hat keine Ahnung; das war unproblematisch.

RD Philipp Wolff (BK): Aber wenn es jetzt konkret um den Abgleich geht, dann habe ich auch ein Problem damit.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, dann gleichen wir das nachher in der nichtöffentlichen Sitzung ab. - Aber ich frage Sie: Diese Begrifflichkeiten, die Sie auch verwendet haben im Bericht -

Zeugin K. L.: Hm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und die hier auch stehen, die haben Sie sich nicht ausgedacht, -

Zeugin K. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - sondern die kamen irgendwo anders her?

Zeugin K. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo kamen die denn her?

Zeugin K. L.: Ja, das ist eine gute Frage. Das wird wohl irgendwie in den Unterlagen gestanden haben, so wie die das aufstrukturieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und sagt Ihnen der Begriff Site D und Site E was?

Zeugin K. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie kennen das nur bis Site C?

Zeugin K. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie was anfangen mit diesem kleinen Satelliten, der da zwischen Site B und Site D schwebt? Wie würden Sie das interpretieren als Fachfrau?

Zeugin K. L.: Also, ich kann jetzt gerne erzählen, wie ich das interpretiere; aber ich weiß nicht so recht, wem das nutzt.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist sozusagen - -

Zeugin K. L.: Das ist ja das Bild, wir können jetzt gerne über das Bild sprechen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Diese Unterlage ist eine der Unterlagen, warum wir hier überhaupt zusammensitzen. Sie wurden von Edward Snowden in die Öffentlichkeit gegeben, und RAMPART-A ist die Bezeichnung der amerikanischen Seite für Operationen wie „Eikonol“.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

Zeugin K. L.: Also, ich habe bei dem Bild schon ein Problem mit dem Satelliten. Das habe ich immer bei so Bildern, das ist ja wieder sehr platt gemalt. Da ist ja irgendwie nicht ordentlich differenziert dargestellt, wo geht der Satellit wirklich hin: Geht er wirklich von Site B zu Site D und E, oder was, wie ist das gemeint? Also eigentlich kann man nicht viel sagen zu dem Bild, weil es gibt weder eine Legende, wie die Pfeile zu verstehen sind, noch - - Also, ich meine das, was ich in meinem Bericht, ja, besser gemacht habe, wie ich denke. Also was soll ich jetzt dazu sagen? Das kann man so oder so interpretieren.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich gebe Ihnen noch mal eine andere Übersicht; die kommt auch aus den Snowden-Unterlagen.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt)

Da ist jetzt kein Satellit, sondern da sind irgendwie so Pfeile zwischen D und B.

Zeugin K. L.: Ja, und auch noch so ein Kasten drum rum, wobei der auch D, B und C beinhaltet. Da fehlen mir wieder sämtliche Erklärungen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir auch, mir auch; aber der BND ist einfach nicht bereit, diese Unterlagen uns zur Verfügung zu stellen. Ich kann nur das - -

Zeugin K. L.: Nein, das hat mit dem BND nichts zu tun. Wenn Sie so ein Bild malen, dann müssen Sie auch dem Leser erklären, wie Sie das meinen, das Bild. Das habe ich ja in meinem Bericht zum Beispiel hinlänglich getan.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat die NSA gemalt, Frau K. L.

Zeugin K. L.: Ja, aber dann hätte der Herr Snowden da eine Legende noch mit melden müssen.

(Martina Renner (DIE LINKE): Dazu können wir ihn leider nicht fragen!)

Da kann ich Ihnen jetzt auch nicht helfen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das werden wir ihm gerne ausrichten, und ich verspreche Ihnen, es ist sehr angenehm, mit Ihnen hier zusammensitzen, aber noch lieber würde ich Herrn Snowden befragen.

Zeugin K. L.: Nein, das ist auch gar kein Vorwurf. Man kann diese Bilder nicht verstehen, wenn man nicht weiß, wie sie gemeint sind, weil das ist letztendlich eine Sprache, die hier verwendet wird, und Sie müssen die Sprache kennen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, und deswegen sitze ich jetzt mit einer Fachfrau zusammen.

Zeugin K. L.: Ja, ich habe ja meine eigene Sprache entwickelt zum Beispiel, und ich habe sie auch erklärt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau K. L., ich stelle Ihnen die Fragen, und ich bitte Sie, die zu beantworten, ja?

Zeugin K. L.: Ich beantworte sie doch.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte? Welche Frage beantworten Sie gerade?

Zeugin K. L.: Ich beantworte die Frage, warum ich Ihnen gerade nicht erklären kann, wie das



Nur zur dienstlichen Verwendung

gemeint ist. Das beantworte ich Ihnen gerade, weil mir der Schlüssel dazu fehlt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie können - - Bitte?

Zeugin K. L.: Weil mir der Schlüssel sozusagen des Verständnisses fehlt und Ihnen auch, also jedem, der das so sieht. Da kann eigentlich keiner sagen, wie das gemeint ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei dem Bild kann man nicht sagen, wie das gemeint ist?

Zeugin K. L.: Nein! Was sind das? Kästchen? Also, Sie müssen doch irgendwas - - Was ist das? Kabel? Was sind das für Pfeile? Sind das logische Pfeile, sind das wirklich Datenflusspfeile, sind es nur Beziehungspfeile? Also - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tja, wir werden ja gleich in nichtöffentlicher Sitzung Ihre Kästchen und Pfeile angucken.

Zeugin K. L.: Ja, gerne.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, und da freue ich mich schon drauf.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Gut. Wir wären mit der Zeit um.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Wir kommen jetzt zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

Christian Flisek (SPD): Wir haben in öffentlicher Sitzung keine Fragen mehr.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, dann brauche ich nicht zu stoppen. Dann kommen wir zur Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner. - Keine weiteren Fragen?

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, wir haben auch keine Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Danke schön. - Dann komme ich zur Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Kiesewetter?

Roderich Kiesewetter (CDU/CSU): Auch keine weiteren Fragen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Dann bin ich wieder bei der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe noch mal ein paar Nachfragen zu dem, weswegen Sie vorhin rausgegangen sind, was wir hier beraten haben. - Sie hatten gesagt, vor einigen Wochen waren Sie im Kanzleramt und haben dort unter anderem mit Herrn Fritsche gesprochen. Können Sie sagen, ob da noch mehr dabei waren?

Zeugin K. L.: Wie, mehr Leute?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin K. L.: Also, ich war mit dem Mitarbeiter - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit Ihrem Unterabteilungsleiter, ja?

Zeugin K. L.: Genau. Dann war unser Präsident dabei.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr Präsident war auch dabei?

Zeugin K. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Schindler?

Zeugin K. L.: Ja. Und der Herr Fritsche hatte auch eine Entourage dabei; aber das waren so viele, dass ich nicht weiß, wer die Personen - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Entourage?

Zeugin K. L.: Eine Entourage war das.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was kann ich darunter verstehen?

Zeugin K. L.: Ja, viele Leute.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Viele Leute?

Zeugin K. L.: Hm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, schätzen Sie mal. Drei? Zehn?

Zeugin K. L.: Acht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Acht, also eine ganze Menge. Und was wurde Ihnen gesagt, was der Sinn der Veranstaltung sein sollte?

Zeugin K. L.: Ja, man hatte Fragen zu dem Bericht. Ich sollte -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihrem Bericht?

Zeugin K. L.: - Hilfestellung geben.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie den da noch mal vorgelegt bekommen, den Bericht?

Zeugin K. L.: Ja, die hatten den ja alle.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine, haben Sie ihn da gelesen oder vor sich liegen gehabt?

Zeugin K. L.: Nein, also, die hatten Anmerkungen, und dann wurde mir das gezeigt, an welcher Stelle die Anmerkung war, und dann habe ich da was dazu gesagt.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie haben einen Bericht, also Ihren Bericht, gesehen mit handschriftlichen oder was für Anmerkungen daran?

Zeugin K. L.: Hm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann sollten Sie zu den jeweiligen Anmerkungen sich äußern?

Zeugin K. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie lange hat das Ganze gedauert?

Zeugin K. L.: Eine Stunde.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Stunde, und dann sind Sie alle wieder abgefahren?

Zeugin K. L.: Hm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm. - Und was wurde gesagt genau? Zu was für einer Klärung diente das?

Zeugin K. L.: Das weiß ich nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen Sie nicht?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde noch außer über den Bericht über was anderes gesprochen?

Zeugin K. L.: Nein, nein, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ging nur um den Bericht?

Zeugin K. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Alle waren da wegen dieses Berichts?

Zeugin K. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben alle was gesagt, oder haben die meisten nur zugehört?

Zeugin K. L.: Nein, die hatten - - also waren aus verschiedenen Ecken, die Fragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kamen aus verschiedenen Ecken?

Zeugin K. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War jemand, der hier im Saal ist, dabei?

Zeugin K. L.: Also, das überblicke ich jetzt nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Überblicken Sie nicht?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein? Keine Ahnung?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wirklich nicht?

Zeugin K. L.: Nein, echt nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wirklich nicht?

Zeugin K. L.: Es sind meistens Männer - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Es ist keine Sitzung hier, um eine Personenidentifizierung zu machen, zumal wir in der Beratungssitzung ja die Teilnehmer schon benannt bekommen haben.

(Martina Renner (DIE LINKE): Zu denen es jetzt erhebliche Abweichungen gibt!)

- Bei einer Person insbesondere.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie mit jemandem vorher hier im Saal gesprochen aus dem Bundeskanzleramt?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeugin K. L.: Wie war noch mal die Frage?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, in der Pause vorhin, nicht jetzt in der Pause, sondern vorher war ja auch schon mal eine Pause, wo wir zur Abstimmung gehen mussten.

Zeugin K. L.: Ich habe mit dem Herrn Weilhardt (?) mich unterhalten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeugin K. L.: Mit dem Herrn Weilhardt (?) habe ich mich unterhalten.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit wem? Dem Herrn - -

(RA Johannes Eisenberg:
Weilhardt (!!))

- Ach so, mit dem haben Sie sich unterhalten. War der denn dabei?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine jetzt bei dem Gespräch da.

Zeugin K. L.: Aber Sie haben mich doch gerade gefragt, mit wem ich mich eben unterhalten habe.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau, mit dem haben Sie sich eben unterhalten, und ich wollte jetzt wissen, ob der auch dabei war -

Zeugin K. L.: Im Bundeskanzleramt?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - im Bundeskanzleramt.

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Herr, der da sitzt: War der dabei? Gucken Sie mal, Sie dürfen sich umdrehen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

(RA Johannes Eisenberg:
Wer denn jetzt?)

Zeugin K. L.: Nein, also Entschuldigung, das sind alles immer Herren im Anzug. Sie werden es mir nachsehen, wenn ich die nicht alle so auseinanderhalten kann.

(Martina Renner (DIE LINKE):
Das geht mir auch so!)

- Ja, ich weiß es nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also der war nicht dabei, oder Sie wissen - -

Zeugin K. L.: Ich weiß es nicht. Ich war auch sehr konzentriert, dass ich da meinen Text irgendwie rüberbringe und nicht gucke, wie die da aussehen.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und können Sie sagen, um was es inhaltlich bei diesen Fragen ging? Also bei diesen Anmerkungen?

Zeugin K. L.: Na ja, die hatten Fragen zu bestimmten Passagen, die hatten die sich halt angemerkt bei ihrer Lektüre, und ich habe halt dazu versucht, irgendwie Erhellungen zu bringen, weil das ja auch alles keine Techniker sind, -

(Zuruf: Auch Juristen?)

- was weiß ich! - wie das zu verstehen ist.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und? Um welche Fragen ging es?

Zeugin K. L.: Ja, das steht ja wiederum im Bericht, und das ist geheim, und das werden wir jetzt hier nicht besprechen, denke ich.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da müssten wir am besten diesen Vermerk haben, wo die Anmerkungen drauf sind. Dann können Sie noch was sagen. Ging es auch um eine etwaige Befragung hier vor dem Untersuchungsausschuss?

Zeugin K. L.: Nein, nein, gar nicht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurde gar nicht erwähnt, der Untersuchungsausschuss?

Zeugin K. L.: Also, dass der Ausschuss läuft, das wusste man ja, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber dass Sie da möglicherweise mit zu tun haben, dass der Ausschuss läuft?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, dass Sie möglicherweise befragt werden oder geladen werden oder als Zeugin in Betracht kommen?

Zeugin K. L.: Also das stand im Raum. Ja, doch, das wurde angedeutet, dass ich eventuell das Vergnügen habe, hierherzukommen. Aber das war sehr vage.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War sehr vage. Und wurde darüber gesprochen, ob Sie sich dann so oder so verhalten können hier?

Zeugin K. L.: Nein, nein, nein, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nicht. Wurde darüber gesprochen, ob die Verhandlung öffentlich ist, also ob Sie dann hier in Person auch der Öffentlichkeit ausgesetzt sind?

Zeugin K. L.: Bei dem Termin im Bundeskanzleramt damals?

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ob darüber gesprochen worden ist, ob, wenn Sie als Zeugin kommen, die Verhandlung dann öffentlich ist oder nichtöffentlich ist.

Zeugin K. L.: Was? Ob wir das damals besprochen haben?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nicht?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über solche Fragen wurde nicht gesprochen?

Zeugin K. L.: Nein. Also das war echt also kurz und knackig.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es wurde auch nicht darüber gesprochen, ob Sie hier vielleicht in geheimer Sitzung nur aussagen sollen -

Zeugin K. L.: Nein, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und ob Ihnen das lieber ist oder so?

Zeugin K. L.: Nein, nein, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War überhaupt nicht Thema?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gar nicht. War das irgendwann mal Thema vorher, also bevor Sie heute hier sind?

Zeugin K. L.: Also für mich selber war es ein Thema.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und haben Sie das mit jemandem besprochen?

Zeugin K. L.: Mit ein paar Stellen, aber ohne Erfolg, wie man sieht.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, also Sie wollten möglichst in nicht-öffentlicher Sitzung, und man wollte in öffentlicher?

Zeugin K. L.: Ja, das Recht ist ja so, dass man öffentlich aussagen muss.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja klar.

Zeugin K. L.: Also nur - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie das mit dem Herrn dahinten besprochen, der da - -

Zeugin K. L.: Auch.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch. Mit dem haben Sie das besprochen. Also den kennen Sie, aber nicht von dieser Sitzung her, also von dieser Besprechung?

Zeugin K. L.: Nein, nicht von diesem Besuch da, nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, okay. - Und haben Sie dann danach, als Sie dann die Ladung hierher bekamen, von irgendjemand einen Hinweis bekommen, dass Sie sich die Akten noch mal kommen lassen können oder angucken können?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Niemand?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also weder schriftlich noch mündlich?

Zeugin K. L.: Ja, weder noch, genau.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn das gewesen wäre: Hätten Sie da Interesse dran gehabt? „Gucke ich mir vorher noch mal an, weiß ich mehr“?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin K. L.: Nö.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hätten Sie nicht gemacht?

Zeugin K. L.: Nein.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie hat auch keiner darauf hingewiesen, auf die Möglichkeit?

Zeugin K. L.: Nö.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nö oder Nein?

Zeugin K. L.: Also ich verstehe die Frage - - Ob mir das jemand aktiv angeboten - - Ich hätte, glaube ich, Akteneinsicht haben können gestern, aber das habe ich - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gestern?

Zeugin K. L.: Ja.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mit wem haben Sie denn gestern gesprochen? Wer hat Ihnen das gesagt? Weil Sie vorhin noch gesagt haben, es hätte Ihnen keiner angeboten oder - -

Zeugin K. L.: Ja, jetzt, wo wir so - -

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber gestern ist ja noch nicht so lange her.

Zeugin K. L.: In meinem normalen Arbeitsumfeld, da, wo wir ja normal alle sind, da hat mir das keiner angeboten, aber es ist wohl so Prozedere, dass man über den Leitungsstab dann, wenn man das möchte, sich irgendwie vorbereiten kann.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Zeugin, was das Prozedere beim Leitungsstab ist: Das können wir alle Möglichen fragen. Ich habe Sie vorhin klar gefragt, ob Ihnen irgendjemand, irgendeine Stelle, angeboten hat, die Akten zu bekommen, und da haben Sie

gesagt: Nein. Und nun? Wollen Sie das jetzt korrigieren?

Zeugin K. L.: Ich weiß ja nicht, was ich da für Akten gesehen hätte, wenn ich Ja gesagt hätte, aber ich hätte irgendwelche Akten einsehen können.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Zeugin, ich habe Sie in meinen Fragen - das ist jetzt auch meine letzte - klar gefragt. Vorhin haben Sie gesagt: Nein. Jetzt habe ich den Eindruck, Sie wollen das korrigieren. Wollen Sie das korrigieren, oder bleibt es bei dem Nein, -

Zeugin K. L.: Ja, dann korrigieren wir das.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - es hat Ihnen keiner angeboten?

Zeugin K. L.: Korrigieren wir das dann, bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

Zeugin K. L.: Dann korrigieren wir das dann, bitte.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Und wer war es dann, der Ihnen das angeboten hat, wenn doch Ihnen einer das angeboten hat?

Zeugin K. L.: Ja, hier, der Herr Weilhardt (?).

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha, der hat Ihnen das angeboten?

Zeugin K. L.: Hm.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ganz herzlichen Dank. Da die anderen Fraktionen keine Fragen mehr haben, würde ich sagen, Kollege von Notz, wenn noch eine Nachfrage ist.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, noch mal zwei Nachfragen.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Einmal: Welcher Stab hat - - Sie haben vorhin gesagt, den Bericht hat ein Stab bekommen.

Zeugin K. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welcher denn?

Zeugin K. L.: Von der Abteilung TA.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von der Abteilung TA. - Und ich wollte noch mal fragen jetzt hier auch in öffentlicher Sitzung bewusst, weil Sie es jetzt so gesagt haben. Und ich kann es mir - - Also, ich halte es für massiv lebensfremd, oder ich verstehe wirklich nicht, wie der BND funktioniert. Ich habe das so verstanden hier heute, auch bei Herrn Breitfelder, dass dieses Projekt „Eikonol“ ein lebensnotwendiges für den BND war, so ein ganz krass wichtiges Projekt, ja? Und da prüft man jetzt, ob das irgendwie funktioniert - rechtlich, tatsächlich. Und das gibt man jemandem, der seit dem 31.12.2005 beim BND ist und der ganz allein - - Die sucht sich vier Leute zusammen - -

Zeugin K. L.: Nein, die wurden mir zugeteilt.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die wurden Ihnen zugeteilt, und mit denen machen Sie das ein paar Monate lang. Da fahren Sie rum, checken das, sammeln die Fakten zusammen, und dann schreiben Sie einen Bericht zusammen, und dann geben Sie den ab und hören nie wieder was davon.

Zeugin K. L.: Exakt. - Ja, ich fand es ja auch ein bisschen schade, aber es war so.

(Heiterkeit)

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Fanden Sie es auch komisch?

Zeugin K. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

Zeugin K. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Läuft das so beim BND?

Zeugin K. L.: Ach ja, da laufen halt so Sachen.

(Heiterkeit)

Was soll ich dazu sagen?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich verstehe.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich weiß nicht, ob jetzt noch Fragen sind, aber wenn, dann sollten wir sie doch im entsprechenden Rahmen klären. Das war jetzt nicht an den Kollegen, sondern an die gesamte Runde, weil so lustig finde ich das Ganze gerade gar nicht. - Herr Kollege von Notz macht weiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Ich frage noch mal so: Also auch am Anfang jetzt: Sie haben da eine Mail bekommen.

Zeugin K. L.: Nein, das kam schriftlich, also der Projektauftrag, wenn Sie den meinen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin K. L.: Ja, der kam schriftlich per -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Brief?

Zeugin K. L.: - Post halt, ja, halt intern.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Haus?

Zeugin K. L.: Dienstpost.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dienstpost?

Zeugin K. L.: Hm.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das kam von Ihrem Chef praktisch?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin K. L.: Nein, von meinem Abteilungsleiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Abteilungsleiter. Breutfelder?

Zeugin K. L.: Nein, der danach.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danach, ah, okay. Ah ja, natürlich, genau, genau. Und der hat mit Ihnen da auch nicht drüber geredet? Das wurde nicht irgendwie - - Ich weiß nicht, sagt man „Monitor“ oder irgendwie - - Da hat es kein Controlling gegeben? Sie haben einfach viel unabhängiger als die Datenschutzbeauftragte des Deutschen Bundestages - - Sie haben einfach machen können, was Sie wollten. Sie haben sich angucken können, was Sie wollten, Sie hätten nach Frankfurt fahren können?

Zeugin K. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hätten alles machen können, was Sie wollten, und niemandem haben Sie Rapport erstattet, keinem Menschen haben Sie Zwischenberichte - - Es gab keine Runden, wo man zusammenaß: -

Zeugin K. L.: Also, Runden gab es nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - „Sag mal, K. L., wie läuft es denn mit dem Schwachstellenbericht?“?

Zeugin K. L.: Das habe ich auch schon erzählt. Also, ich erwähnte das schon: Ich wurde zwei- oder dreimal zum Gespräch gebeten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo?

Zeugin K. L.: Bei meinem Abteilungsleiter.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeugin K. L.: Und da sollte ich eben sagen, wie es läuft. Aber da wurde jetzt nicht inhaltlich detailliert nachgefragt, jetzt wie genau und was, sondern - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So: „Können wir Sie noch besser unterstützen“?

Zeugin K. L.: So in die Richtung, genau.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auf das Ergebnis - das sage ich, weil hier auch Aussagen zu den Ergebnissen, die Sie aufgeschrieben haben, genannt wurden, glaube ich, in nichtöffentlicher Sitzung, weswegen ich gar nicht sagen will, was die Kolleginnen und Kollegen zu Ihrem Bericht gesagt haben - - Aber es gab sozusagen keine Tendenz, -

Zeugin K. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - wie das nun werden sollte, -

Zeugin K. L.: Nein.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder: „Es wäre gut, K. L., wenn das klappt, das System“, oder: „Es wäre gut, wenn es nicht klappt“? Das spielte keine Rolle, Sie konnten aufschreiben, was Sie wollten?

Zeugin K. L.: Ja, aber Fakt war, dass am Ende halt da was bei rumkommen sollte.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nämlich was sollte dabei rumkommen?

Zeugin K. L.: Ja, eine gescheite Dokumentation, verlässlich.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Einschätzung, wie das System zu beurteilen ist?

Zeugin K. L.: Na ja, das, was Sie ja auch sagten: eine Dokumentation, wo man es hinterher auch kapiert.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

Zeugin K. L.: Genau. Also, ganz frei war ich nicht, also, es war schon ergebnisorientiert. Aber



Nur zur dienstlichen Verwendung

in welcher Form und wie das aufgebaut ist usw.
usf.: Das war mir überlassen.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt in der Rückschau: Wie würden Sie sagen, was „Eikonol“ für ein Projekt war?

Zeugin K. L.: Also, da ich nicht ansatzweise alle Projekte kenne und schon gar nicht - also, wie sagt man denn? - geheime Operationen oder usw., kann ich das nicht beurteilen, welchen Stellenwert das in dem Portfolio hat.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das hat ein paar Millionen Euro gekostet, da haben viele Leute mehrere - -

Zeugin K. L.: Das weiß ich zum Beispiel überhaupt nicht.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, davon muss man ja wohl ausgehen. Und da haben mehrere Leute viele Jahre dran gearbeitet.

Zeugin K. L.: Ja.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist ja jetzt wohl unbestritten.

Zeugin K. L.: Ja, aber es arbeiten auch an anderen Dingen viele Leute mehrere Jahre lang. Also insofern kann ich Ihnen da keine Einschätzung bieten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber da haben Sie ja nicht die Deutungshoheit darüber, wie dieses Projekt ist.

Zeugin K. L.: Eben, genau, ich habe keine Deutungshoheit, und deswegen kann ich Ihnen das auch nicht beantworten.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben schon eine Deutung aufgeschrieben.

Zeugin K. L.: Ja, das müssten Sie mir dann mal zeigen. Dann kann ich da - -

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf 140 Seiten, sehr eindeutig teilweise.

Zeugin K. L.: Okay.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das muss man jetzt mit Vorhalt machen, nicht?

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay? - Kollege von Notz?

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich hätte nur noch eine abschließende Frage: Hatten Sie rechtliche Beratung? Bei den Vieren waren ja wahrscheinlich keine Juristen? Oder war einer der vier ein Jurist?

Zeugin K. L.: Bitte noch mal. Einer - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: War einer der vier ein Jurist?

Zeugin K. L.: Nein.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Hatten Sie also sonst Unterstützung von einem Juristen?

Zeugin K. L.: Ja, also ich wurde - - Also, wir werden ja sowieso G-10-mäßig geschult und unterwiesen, und ich hatte dann noch mal einen Extratermin bei dem amtierenden G-10-Juristen, also dem damals amtierenden G-10-Juristen - noch mal so einen Rundumschlag, worauf es ankommt. Und ich hätte dann jederzeit da mich natürlich auch hinwenden können. Ich habe mich ja zum Beispiel auch dahin gewendet, als ich diese Datengeschichten festgestellt habe, genau. Also, der Kontakt war da, der hat mir das erzählt, und dann habe ich es halt verstanden, und dann konnte ich damit auch arbeiten und musste nicht - -

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Also, Sie haben sich schon juristisch rückversichert - bei diesen konkreten Punkten jetzt, nicht jeden Tag, sondern bei diesen Punkten?



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin K. L.: Nein, ich wurde eingewiesen, und dann versteht man ja, wie G 10 funktioniert, und dann kann man es dann auch selbstständig irgendwie - - Also, ich muss ja nicht wegen jeder Sache mich mit den Juristen rücksprechen.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay, gut. - Kollege Schipanski.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Danke. - Ich wollte noch mal an einer Sache von dem Herrn von Notz anschließen. Wir haben den Zeugen S. L. gehabt, und der hat in seiner öffentlichen Sitzung hier auch ausgesagt - ich zitiere -:

Der Bericht war ... so ausgelegt,
dass er diese Schwachstellen ganz
besonders drastisch geschildert
hat ...

Zitatende. - Jetzt aber noch mal die Frage an Sie: Haben Sie das persönlich auch so empfunden, dass Sie da die Schwachstellen ein ganzes Stück ganz besonders hervorgehoben haben?

(Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN): Es sind doch über-
haupt keine drin! - Die
Zeugin berät sich mit ihrem
Rechtsbeistand)

Zeugin K. L.: Ach, das kann man schon beantworten. - Also, wie soll ich sagen? Wenn jemand einen Text liest, dann hat er da eine bestimmte Empfindung und interpretiert das auf eine gewisse Art, und Texte können so oder so interpretiert werden, und Schreibstile sind auch verschieden. Ich habe halt einen sehr - - versuche sehr klar auf den Punkt zu kommen, und das mögen dann Leute als sehr -

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Drastisch?

Zeugin K. L.: - drastisch empfinden, genau. Also, insofern ist das seine Einschätzung. Ich habe das eben so - - Ich empfand das - - Also, man muss doch auch halt dann sagen, wie es ist. Gerade wenn man aus der Technik kommt, kann man dann nicht so schön drum herumreden, sondern die Sachen sind am Ende des Tages so, wie sie

sind, und so habe ich es halt auch aufgeschrieben. Das kann man dann so oder so interpretieren oder auch verschieden empfinden, je nachdem, wie man halt gestrickt ist.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Also, Sie fanden das persönlich nicht drastisch, sondern Sie schieben das jetzt ein Stückchen auf Ihre Wortwahl oder auf Ihre Klarheit, die Sie da entwickelt haben?

Zeugin K. L.: Ja. Klare Fakten können mitunter drastisch rüberkommen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Wenn es keine weiteren Fragen mehr gegeben hätte - - Aber es gibt Fragen. - Frau Kollegin Renner.

Martina Renner (DIE LINKE): Ja, es ergibt sich ja immer wieder was Neues, weil ich hatte ja auch vorhin gefragt, ob Sie sich mit Akten vorbereiten konnten, und das haben wir ja mittlerweile auch dank der Nachfragen von Herrn Ströbele geklärt, dass gestern von Herrn Weillhardt (?) das Angebot unterbreitet wurde, dass Sie sich mit Akten vorbereiten können.

Zeugin K. L.: Wobei ich, wie gesagt, nicht weiß, welche Akten das gewesen wären.

Martina Renner (DIE LINKE): Genau.

Zeugin K. L.: Insofern habe ich dann auch von dem Angebot Abstand genommen.

Martina Renner (DIE LINKE): Das war an Ihrem Dienstort, an Ihrem Dienstsitz?

Zeugin K. L.: Nein, das wäre dann hier gewesen. Also, weiß ich nicht, wo.

Martina Renner (DIE LINKE): Also, das - - Nein, ich frage: Das Angebot ist Ihnen an Ihrem Dienstort unterbreitet worden? Gab es da einen Anruf? Sie waren ja gestern sicherlich an Ihrem Arbeitsplatz.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Zeugin K. L.: Nein, gestern nicht. - Man wird ja informiert, dass man geladen wird, und ich glaube, im Rahmen dessen wird dann angeboten, dass - - Weil ich muss ja auch anreisen, sodass man sich das dann vorher eben noch anschauen kann. Ich habe von dem Angebot Abstand genommen, weil ich nicht - -

Martina Renner (DIE LINKE): Also, zusammen mit der Ladung haben Sie das Angebot erhalten, nicht erst gestern?

Zeugin K. L.: Ja, da sind ja mehrere Gespräche. Erst wird gesagt, es kann sein, dass Sie da geladen sind, und dann konkretisiert sich das so langsam. Man wird ja dann immer auf Stand gehalten, und irgendwie im Rahmen dessen - -

Martina Renner (DIE LINKE): Gut. Dann müssen wir das jetzt auch noch mal klären: Wann kam es zu diesem Angebot von Herrn Weilhardt (?)?

Zeugin K. L.: Ich weiß es nicht mehr.

Martina Renner (DIE LINKE): Gestern?

Zeugin K. L.: Nein, gestern wäre das gewesen.

Martina Renner (DIE LINKE): Ach, gestern hätten Sie sich das ansehen können? - Okay.

Zeugin K. L.: Wann das angeboten worden ist, das weiß ich nicht mehr, halt im Rahmen des Ladeprozesses.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Also, die Ladung kam am 10. Dezember; die kommt nämlich von uns. Nur, um das zu klären.

Martina Renner (DIE LINKE): Die Ladung bekommen Sie auch schriftlich; die haben Sie auch schriftlich bekommen, die Ladung.

Zeugin K. L.: Ja? - Ja. Worauf wollen Sie - - Also, ich verstehe nicht, worauf Sie hinauswollen.

(Die Zeugin berät sich mit
ihrem Rechtsbeistand)

Martina Renner (DIE LINKE): Hallo, Herr - - Eine einfache Frage: Haben Sie die Ladung schriftlich erhalten?

Zeugin K. L.: Ja.

Martina Renner (DIE LINKE): Okay. Und da steht ja auch der Gegenstand in der Ladung, zu dem Sie befragt werden?

Zeugin K. L.: Weiß ich nicht mehr. Ich weiß nicht, was da drin steht; weiß ich nicht mehr. Ja, halt - - Weiß ich nicht. Ich habe sie dabei. Soll ich sie mal rausholen?

Martina Renner (DIE LINKE): Nein. Jetzt wissen - - Ja, nein, das ist - - Also, woher wussten Sie, zu welchem Gegenstand Sie befragt werden sollen, wenn Sie es anscheinend nicht der Ladung entnommen haben? Also, wer hat Ihnen gesagt, zu welchen Gegenständen es heute hier geht?

Zeugin K. L.: Also erstens muss mir das, glaube ich, keiner sagen. Das kann ich mir dann schon selber denken, worum es wohl gehen könnte, und dann hat mir das der Leitungstab auch gesagt, klar.

Martina Renner (DIE LINKE): Der Leitungstab?

Zeugin K. L.: Ja. Der Herr Weilhardt (?) und sein Vorgesetzter.

Martina Renner (DIE LINKE): Die waren bei Ihnen oder Sie bei ihnen?

Zeugin K. L.: Nein, telefonisch.

Martina Renner (DIE LINKE): Telefonisch, okay. - Danke.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Herzlichen Dank. - Jetzt frage ich nur als Ausschussvorsitzender, weil es mich einfach interessiert: Sie kriegen ja die Ladung von uns mit einem Empfangsbekanntnis. Da haben Sie ja auch den Empfang quittiert.

Zeugin K. L.: Hm.



Nur zur dienstlichen Verwendung

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Haben Sie die mitgenommen, die Ladung? Also, ich nehme solche Sachen immer mit, wenn ich irgendwo eingeladen bin, und habe das in der Jackentasche oder so.

Zeugin K. L.: Die Ladung habe ich dabei, ja.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ja, also; da ist es doch gar nicht so schwer. Ich habe übrigens auch gerade eine in der Jackentasche; so mache ich das immer. Da steht ja der Gegenstand drin, zu dem Sie geladen sind, also eigentlich gar nicht so problematisch alles.

Gut. - Jetzt frage ich noch mal: Gibt es weitere Fragen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann müssen wir einen Beschluss fassen, dass wir den zweiten Teil in nichtöffentlicher Sitzung abhandeln und dementsprechend dort die weiteren Fragen stellen. Ich schlage folgenden Beschluss vor:

Für die weitere Vernehmung der Zeugin K. L. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil ein Geschäfts- oder Betriebsgeheimnis zur Sprache kommt, durch dessen öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzt worden sind.

Das ist Quatsch, der Beschluss, sondern es ist Nummer vier, weil es sich dementsprechend um Belange - - Eine Sekunde; jetzt müssen Sie mir eine Sekunde geben. - So, das ist nämlich ein sinnvoller Beschlussvorschlag:

Für die weitere Vernehmung der Zeugin K. L. am heutigen Tag wird die Öffentlichkeit gemäß § 14 Absatz 1 Nummer 4 des Untersuchungsausschussgesetzes ausgeschlossen, weil besondere Gründe des Wohls des Bundes entgegenstehen.

Wer dem Beschlussvorschlag so zustimmen kann, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Die Kollegen der Opposition auch, alle. Herzlichen Dank. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Damit ist die Vernehmung in öffentlicher Sitzung jetzt beendet. - Ja, gerne, Konstantin.

Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin ja voll konstruktiv, und wie gesagt, von mir aus können wir hier auch bis halb drei machen. Nur wenn wir jetzt den Raum wechseln müssen und wieder alle unsere Sachen hier einpacken, dann ist es, wenn wir uns wirklich beeilen, zwanzig vor, und dann können wir noch 20 Minuten machen. Ich mache mit, aber ich wollte nur darauf hinweisen. Also, wir werden dann wahrscheinlich nicht mehr drankommen. Aber ich lausche gerne noch 20 Minuten den Fragen von Roderich.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Ich finde das einen sehr konstruktiven Vorschlag. Der Kollege Kieseewetter hat einen gleichen konstruktiven Vorschlag möglicherweise.

Roderich Kieseewetter (CDU/CSU): Fragen hätte ich für zweimal 27 Minuten; ich habe es aber aufgegeben, weil mir das zu bizarr war. Aber das macht nichts; das hat nichts mit der Zeugin zu tun, sondern nur mit der Art und Weise der Aussagen.

Ich schlage vor, dass wir den nichtöffentlichen Teil verschieben, weil wir für 20 Minuten oder 30 Minuten, glaube ich, nicht den Erkenntnisgewinn erhalten, den wir brauchen, und da wir ja eine Reihe von Zusatzterminen haben, halte ich das für sinnvoll. Ich stelle hiermit den Antrag, dass wir den nichtöffentlichen Teil auf einen späteren Termin verschieben. - Danke schön.

Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg: Okay. Stößt das auf Gegenliebe aller Fraktionen?

(Zurufe: Ja!)

- Dann wären wir heute an der Stelle mit diesem Teil der öffentlichen Sitzung durch.

Frau Zeugin, ganz kurz noch: Wir würden - das kriegen wir zeitlich nämlich hin, aufgrund auch der Weihnachtspause - Ihnen das Stenografische Protokoll der öffentlichen Sitzung nach Fertigstellung zuschicken, wie es am Anfang gesagt



Nur zur dienstlichen Verwendung

worden ist. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, Korrekturen an der Überarbeitung vorzunehmen oder Richtigstellungen und Ergänzungen Ihrer Aussage mitzuteilen.

Ich darf Ihnen an dieser Stelle schon mal danken, dass Sie uns in öffentlicher Sitzung zur Verfügung gestanden haben. Wir werden uns aber dann wiedersehen direkt in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung für die Beantwortung der weiteren Fragen.

Damit schließe ich die Sitzung für den heutigen Tag.

Die nächste Ausschusssitzung wird, wenn sich nichts ändert, am 15. Januar 2015 sein. Ich danke allen ganz herzlich, insbesondere auch der Öffentlichkeit, für die lange Teilnahme und wünsche einen schönen Abend. Danke schön. - Ihnen, Frau Zeugin, auch noch einmal nachdrücklich Danke schön.

(Schluss: 23.17 Uhr)

ANLAGE 1

Reinhardt Breitsfelder

12. Januar 2015

Deutscher Bundestag
1. Untersuchungsausschuss

13. Jan. 2015

Deutscher Bundestag
Sekretariat PA 25
1. Untersuchungsausschuss
der 18. Wahlperiode

Platz der Republik 1
11011 BERLIN

Betr.: Rückmeldung zu Stenografischem Protokoll – vorläufige Fassung –
der 28. Sitzung vom 18. Dezember 2014

Geschäftszeichen: PA 25 - 5503

Sehr geehrter Herr Georgii,

Ich bestätige Ihnen den Eingang des o.a. Protokollentwurfs und bestätige die korrekte Wiedergabe meiner Aussage bis auf folgende Punkte:

Nr.	Fundstelle im Protokoll und Entwurfsfassung	Neufassung
1	S. 10, rechte Spalte, 2. Absatz (..) Die Informationsteilhabe war schließlich die Gegenleistung für die technische Unterstützung an [sic!] die NSA. (..)	(..) Die Informationsteilhabe war schließlich die Gegenleistung für die technische Unterstützung <u>durch</u> die NSA. (..)
2	S. 35, linke Spalte, 4. Absatz: (..) Warum? Nicht weil wir es gekonnt hätten [sic!], sondern weil die rechtlichen Rahmenbedingungen	(..) Warum? Nicht weil wir es <u>nicht</u> gekonnt hätten, sondern weil die rechtlichen Rahmenbedingungen

3	S. 47, rechte Spalte, 2. Absatz (..) Ich habe dafür gesorgt, als die NSA direkt mit der Abteilung 2 ins Gespräch kommen wollte (..)	(..) Ich habe dafür gesorgt, als die NSA direkt mit der Abteilung <u>3</u> ins Gespräch kommen wollte (..)
4	S. 49, linke Spalte, 5. Absatz (..) Sie haben vorhin gesagt, mit dem Präsidenten, diesem Staatsschutz für Ihre Tätigkeit, (..)	Anmerkung, da nicht meine Aussage: Der Sinn des Wortes „Staatsschutz“ in diesem Zusammenhang erschließt sich mir nicht. Hörfehler?

Mit freundliche Grüßen,



Reinhardt Breitfelder